A5800F

IWK

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

11. JAHRGANG, DEZEMBER 1975, HEFT 4

ROBERT SIGEL: Die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe: Ihr Einfluß auf die Ideologie der deutschen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg

ARNITA AMENT JONES: Paul Levi and the Comintern: A Postscript

HENRYK SKRZYPCZAK: Fälscher machen Zeitgeschichte. Ein quellenkritischer Beitrag zur Gewerkschaftsgeschichte in der Ära Papen und Schleicher

WALTER MOMPER: Die Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

FRANCISZEK HAWRANEK: Die Geschichte der Arbeiterbewegung in den Forschungen des Schlesischen Instituts in Opole (VR Polen)

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN * NEUE LITERATUR * TAGUNGSBERICHTE * JAHRESREGISTER

Anzeige

LITERATUR ZUR DEUTSCHEN UND INTERNATIONALEN ARBEITERBEWEGUNG

Neuauflage

Parteitagsprotokolle der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands (1869—1887)
VerschiedeneVerlagsorte 1869—1888. Neudruck 1975
2 Bde, 1012 S. Lwd. 8°
DM 200,—

Protokolle der Parteitage der SPD während der Weimarer Republik (1916- 1931)
Verschiedene Verlagsorte 1917—1931. Neudruck 1974.
10 Bde, 4025 S. Brosch. 8°
DM 600,—

Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (einschließlich der Vereinigungsparteitage der USPD-Linken und der KPD (Spartakus), der USPD-Rechten mit der SPD und des Parteitages der USPD-Gruppe Theodor Liebknecht und Georg Ledebour)
Verschiedene Verlagsorte 1919—1923. Neudruck
1975-1976. 5 Bde, ca. 2630 S. Lwd. 8°
Bd. 1 lieferbar. Bd. 2—5 in Vorbereitung
komplett DM 750,—
Einzelbde DM 170,—

Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands 1918 zu Berlin. Stenographische Berichte.
Berlin 1919. Neudruck. 1 Bd., 255 S., Lwd. 4°
DM 90,—

Fortsetzung
2. Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands 1919 zu Berlin. Stenographisches Protokoll. Mit Anhang: Tätigkeitsbericht des Zentralrates der Sozialistischen Republik Deutschlands.
Berlin 1919. Neudruck 1975. 1 Bd., 325 S. Lwd. 4°
DM 100,—

Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Kongresses der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu München 1919.
München 1919. Neudruck 1974, 1 Bd., 230 S. Lwd. 4°
DM 80,—

Kongreß-Protokolle der Zweiten Internationale 1889—1920
Verschiedene Verlagsorte 1889—1920. Neudruck 1975—1976.
2 Bde und 2 Ergänzungsbde, 1547 S. Lwd. 8°
Bd. 1 lieferbar. Bd. 2 und 2 Ergänzungsbde in Vorbereitung
Bd. 1 u. 2 zus. DM 250,—

Kongreß-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale 1923—1933
Verschiedene Verlagsorte 1923—1933. Neudruck 1974—1976
5 in 7 Bden. Lwd. 8°
Bd. 1 lieferbar, Bd. 2—5 , 3 und 4 je 2 Halbbde , in Vorbereitung

Verlag Detlev Auvermann KG
D - 6246 Glashütten im Taunus . Zum Talblick 2 . Tel. (06174) 6 15 60

IWK

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Inhalt

ROBERT SIGEL: Die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe: Ihr Einfluß auf die Ideologie der deutschen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg . . . . . S. 421

ARNITA AMENT JONES: Paul Levi and the Comintern: A Postscript . . . . . S. 437

HENRYK SKRZYPCZAK: Fälscher machen Zeitgeschichte. Ein quellenkritischer Beitrag zur Gewerkschaftspolitik in der Ära Papen und Schleicher . . . . . S. 452

DIRK H. MÜLLER: Die 11. Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung in Linz vom 9.–13. September 1975: Einheits- und Volksfrontpolitik im antifaschistischen Kampf der Arbeiterbewegung bis 1939; Klassenkampf und nationale Frage in der Zeit der Zweiten Internationale (bis zum Ersten Weltkrieg) . . . . . S. 472

FRANCISZEK HAWRANEK: Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1875–1975. Ein Bericht über die wissenschaftliche Tagung in Poznań am 22. und 23. Mai 1975 . . . . . S. 480

WALTER MOMPER: Die Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung . . . . . S. 482

FRANCISZEK HAWRANEK: Die Geschichte der Arbeiterbewegung in den Forschungen des Schlesischen Instituts in Opole (VR Polen) . . . . . S. 487

DAVID E. BARCLAY: Die Bibliothek Rudolf Wissells in der Historischen Kommission zu Berlin . . . . . S. 496

HELENE MAIMANN: Das „Projektteam Geschichte der Arbeiterbewegung" in Wien . . . . . S. 499

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete (26). Bearbeitet von Ursel Fadle . . . . . S. 501

NEUE LITERATUR

Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, Göttingen 1974 *(Hermann-J. Rupieper)* . . . . . S. 513

Otto Bauer, Das Weltbild des Kapitalismus, Frankfurt/M. 1971 *(Norbert Leser)* . . . . . S. 516

4/75
Dez.

Gustav Landauer, Revolution, Berlin 1974
(Ruth Link-Salinger-Hyman). . . . . S. 516

Michael Schneider, Auf dem Weg in die Krise. Thesen und Materialien zum Ruhreisenstreit 1928/29, Wentorf b. Hamburg 1974 *(Eike Hennig)*. . . . . S. 518

Interpretationen zum „Kapital, Bd. 1 – 4, Berlin 1973/74
(Gunnar Stollberg). . . . . S. 519

Bernd Rabehl, Geschichte und Klassenkampf, Berlin 1973
(Jürgen Kocka) . . . . . S. 521

Karl Marx und Friedrich Engels, Staatstheorie. Materialien zur Rekonstruktion der Marxschen Staatstheorie, Frankfurt/M., Berlin und Wien 1974 *(Otto Martin Hoffmann)* . . . . . S. 523

Kurt Mandelbaum, Sozialdemokratie und Leninismus, Berlin 1974; Bernd Rabehl, Marx und Lenin, Berlin 1973
(Paul Mattick). . . . . S. 527

Wolfgang Sofsky, Revolution und Utopie, Frankfurt/M. 1971 *(Norbert Leser)* . . . . . S. 530

Dieter Kühn (Hrsg.), Johann Most, München 1974
(Volker Gransow) . . . . . S. 531

Klaus Kreppel, Entscheidung für den Sozialismus. Die politische Biographie Pastor Wilhelm Hohoffs 1848–1923, Bonn–Bad Godesberg 1974 *(Gunnar Stollberg)*. . . . . S. 532

Karl Birker, Die deutschen Arbeiterbildungsvereine 1840–1870, Berlin 1973 *(Toni Offermann)*. . . . . S. 533

Peter Domann, Sozialdemokratie und Kaisertum unter Wilhelm II., Wiesbaden 1974 *(Monika Kramme)* . . . . . S. 536

Ulrich Kluge, Soldatenräte und Revolution, Göttingen 1975 *(Henning Köhler)*. . . . . S. 537

Vladan Pantić, Radnička veća u Nemackoj 1917-1920 (Die Arbeiterräte in Deutschland 1917-1920), Belgrad 1972
(Othmar Nikola Haberl) . . . . . S. 541

Dieter Halfmann, Der Anteil der Industrie und Banken an der faschistischen Innenpolitik, Köln 1974
(Henry Ashby Turner jr.) . . . . . S. 543

Hermann Weber, Die SED nach Ulbricht, Hannover 1974
(Volker Gransow) . . . . . S. 545

BERICHTIGUNGEN, ERGÄNZUNGEN UND BRIEFE AN DIE REDAKTION. . . . . S. 548

JAHRESREGISTER . . . . . S. I

DIE LENSCH–CUNO–HAENISCH–GRUPPE: IHR EINFLUSS AUF DIE IDEOLOGIE DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE IM ERSTEN WELTKRIEG *

Von Robert Sigel

> *„ . . . denn das wollen wir natürlich gar nicht bestreiten, daß der Revisionismus in Bernstein seinen kenntnisreichsten Kopf [. . .] und in Eisner seinen besten Journalisten an die Opposition verlor; während umgekehrt die Cunow, Lensch und Hänisch [!] der Mehrheit neun Zehntel ihres theoretischen Rüstzeugs lieferten. Welche Geistesarmut hätte erst aus den Spalten der Mehrheitspresse gegähnt, wenn nicht die drei Renegaten des Radikalismus sie im Apostateneifer mit den glühenden Bekenntnissen ihres neu entdeckten Sozialimperialismus angefüllt hätten".* [1]

Der Forschung über die Geschichte der organisierten deutschen Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg liegt ungeachtet ihrer Provenienz, ausgesprochen oder unausgesprochen, die Vorstellung zugrunde, daß der Krieg nur die seit Jahren in der deutschen Sozialdemokratie herrschende Fraktionierung zum offenen Bruch getrieben habe, der sich später in den drei Parteien SPD, USPD und KPD organisatorisch manifestierte. Während jedoch das Spektrum links von der USPD wie auch diese selbst bereits zum Gegenstand differenzierterer Untersuchungen wurden, ist die MSPD hinsichtlich ihrer Zusammensetzung, Homogenität, der ideologischen Herkunft ihrer Mitglieder, des Einflusses und der Bedeutung ihrer Gruppen und Fraktionen noch weitgehend unerforscht. Auf eine dieser Gruppen hat Gunter Krüschet in seiner Kommentierung eines Briefes von Konrad Haenisch an Karl Radek hingewiesen. [2] Nach ihren bedeutendsten Repräsentanten soll sie in der vorliegenden Arbeit die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe genannt werden.

Paul Lensch wurde am 31.3.1873 als Sohn eines preußischen Oberregierungsrates in Potsdam geboren. Studium der Nationalökonomie, 1900 Promotion. 1902 kam er zur „Leipziger Volkszeitung", wo er unter dem Einfluß von Franz Mehring und Rosa Luxemburg bald zum radikalen Flügel der Sozialdemokratie gehörte. Ab 1908 war er leitender Redakteur, eine Stellung, die er bis 1913 innehatte, nachdem er 1912 für den 22. sächsischen Wahlkreis Reichenbach in den Reichstag gewählt worden war. Auf den Parteitagen von Essen (1907) und Jena (1911) zählte er zum linken Flügel, dessen führender Sprecher er in der Imperialismusdebatte auf dem Chemnitzer Parteitag (1912) war. – Auf der Fraktionssitzung vom 3. August 1914 gehörte Lensch nicht nur zu den Gegnern der Kreditbewilligung, sondern war mit Karl Liebknecht, Georg Ledebour und Joseph Herzfeld auch einer der Sprecher der Minorität. Am Abend des 4. August war er bei den Sammlungsversuchen der Linken in der Wohnung Rosa Luxemburgs beteiligt, doch bereits einen Tag später weigerte er sich, eine Erklärung gegen die Haltung der Fraktion zu unterschreiben. Diese Weigerung leitete seine Schwenkung ein, die ihn binnen kurzem weit auf den rechten

* Der vorliegende Aufsatz ist eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse meiner Dissertation, die unter dem Titel: *Die Lensch-Cuno-Haenisch-Gruppe. Eine Studie zum rechten Flügel der deutschen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg,* im Frühjahr 1976 im Verlag Duncker & Humblot, Berlin, erscheinen soll.

1 Heinrich Ströbel, *Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten,* Berlin 1919, S. 21.

2 Gunter Krüschet, *Ein Brief Konrad Haenischs an Karl Radek. Zur Politik des 4. August,* in: *IWK,* H. 14 (1971), S. 1–17, hier S. 2.

Flügel der Partei führte. Als die Ursache seiner politischen Wandlung nannte er zwei Jahre später in einer Antwort auf die Stampfer-Kritik an seinem Buch „Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück" folgendes: „Die Vorgänge auf den Kriegsschauplätzen haben keinen Einfluß auf meine politische Neuorientierung gehabt und konnten sie nicht haben, wohl aber der Zusammenbruch der Internationalen. Sie wurde für mich die schlechthin entscheidende Tatsache . . ." [3]

Heinrich Cunow wurde am 11.4.1862 als das älteste von acht Kindern geboren. Der Vater war Bühnenarbeiter in Schwerin. Nach einer kaufmännischen Lehre schloß er sich gegen Ende des Sozialistengesetzes der SPD an.. Als Autodidakt erwarb er sich eine umfassende Kenntnis des Marxismus und der Kantschen und Hegelschen Philosophie, wodurch er zu einem der Theoretiker der sozialdemokratischen Linken wurde. Seit 1898 Mitarbeiter der „Neuen Zeit", gehörte er ab 1902 auch zur „Vorwärts"-Redaktion. Dort führte er auf der Seite der Linken den Kampf gegen die Revisionisten um Kurt Eisner. Seit 1907 war Cunow auch als Lehrer an der sozialdemokratischen Parteischule in Berlin tätig. – Nach der Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten war es Cunow, der noch am 4. August eine Erklärung gegen die Kreditzustimmung verfaßte, die dann von sämtlichen Mitgliedern der „Vorwärts"-Redaktion unterzeichnet wurde. Wann Heinrich Cunow die in dieser Stellungnahme vertretene Position der Ablehnung des imperialistischen Krieges verließ, ist nicht genau zu bestimmen. [4] Spätestens jedoch Mitte Oktober 1914 hatte auch er sein Damaskus hinter sich.

Konrad Haenisch, geboren am 14.3.1876 in Greifswald, stammte ebenso wie Paul Lensch aus großbürgerlicher Familie. Sein Vater war Arzt und Privatdozent, Sohn eines geheimen Regierungsrates und Kurators der Universität Jena, seine Mutter eine Tochter des preußischen Oberleutnants Alexander von Forstner und der Gräfin Wilhelmine von Schwerin. Konrad Haenischs Weg zur Sozialdemokratie bedeutete einen Bruch mit seiner Herkunft und Familie, der von seltener Radikalität war. [5] Seit 1895 war Haenisch Mitarbeiter bei der „Leipziger Volkszeitung", wo er im Umgang mit Franz Mehring, Rosa Luxemburg und Parvus Helphand bald die Position der marxistischen Linken in der SPD einnahm. Über die Ludwigshafener „Pfälzische Post" und die Dresdener „Sächsische Arbeiterzeitung" kam er 1900 nach Dortmund. Hier übernahm er die Redaktion der „Arbeiterzeitung" und machte diese zu einem der führenden Organe des linken Flügels. Nach zahlreichen Auseinandersetzungen wegen seiner radikalen Haltung schied er 1911 aus der Redaktion und baute im Auftrag der Partei in Berlin eine Flugblattzentrale auf. 1913 errang er im Wahlkreis Ober- und Niederbarnim ein Mandat für das preußische Abgeordnetenhaus. – Eine unmittelbare Stellungnahme Haenischs zur Entscheidung des 4. August gibt es nicht. Wie jedoch aus einem Brief Karl Radeks an Alfred Henke hervorgeht, gehörte auch Haenisch zunächst zu den Gegnern

3 Paul Lensch, *Noch einmal: Ende und Glück,* in: *Vorwärts,* Nr. 191, vom 14.7.1916.

4 Zur Kontroverse zwischen Cunow und der übrigen *Vorwärts*-Redaktion vgl. die bei Carl Grünberg, *Die Internationale und der Weltkrieg. Materialien. Erste Abteilung. Vor dem Kriege und während der ersten Kriegswochen (Schluß),* in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Jg. 7 (1915),* auf S. 233 f. abgedruckten Dokumente.

5 Auf eine Darstellung dieses Geschehens, das sogar zur Einweisung Haenischs in eine Nervenheilanstalt durch seine Familie führte, kann hier verzichtet werden. Vgl. dazu: Rudolf Franz, *Aus Briefen Konrad Haenischs,* in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung,* Jg. 14 (1929), S. 444–484.

der Fraktionsentscheidung. [6] Nach „Wochen schwerer innerer Kämpfe" [7] hatte jedoch auch er im Laufe des September eine neue Position bezogen. Der erste Hinweis auf seinen gewandelten Standpunkt ist ein Tagebucheintrag Eduard Davids vom 28. September 1914. [8] Detaillierte Auskunft über seinen Positionswechsel gibt sein Brief an Karl Radek vom 4. Oktober 1914. [9]

Die Formierung zur Gruppe

Kennzeichnend für die Situation in der SPD in den Wochen und Monaten nach dem 4. August war die weitgehende Verwirrung und Diffusität, allgemein vollzog sich ein Prozeß der Sammlung und Reorganisation, die innerparteilichen Fronten waren noch weithin undeutlich. – Das Dilemma der Lensch, Cunow und Haenisch war das Dilemma aller Proselyten: die eine Seite, den linken Flügel, hatten sie selbst verlassen, ihrer neuen Heimat aber, der Partei-Rechten, waren sie als ehemalige Radikale nach wie vor verdächtig. Die Gemeinsamkeit ihrer Lage, die übereinstimmende Herkunft von links und ihre gleiche Reaktion auf den Kriegsausbruch bildeten die objektiven Voraussetzungen ihres Zusammengehens. Der Zusammenschluß zur Gruppe war also wohl weniger bewußter Gründungsakt als das Ergebnis identischer Dispositionen und Interessen. Gemeinsames Bedürfnis war ihnen die Definition ihrer neuen Position innerhalb des Spektrums der SPD. Die Befürwortung der Politik des 4. August sollte nach eigenem Verständnis keineswegs eine Übereinstimmung mit der theoretischen Haltung der Revisionisten bedeuten. Die Distanz zu diesen hatte Haenisch schon in seinem Brief an Radek betont. Immer wieder wurde dieser Anspruch, weiterhin den radikalen, revolutionären Marxismus zu vertreten, deutlich sowohl gegen links, vor allem aber gegenüber der Parteimehrheit erhoben. So insistierte Haenisch in einem zweiteiligen Artikel „Zur Klärung unserer Parteidebatten" im Februar 1915 darauf,daß man auch als Radikaler den Krieg befürworten könne, ohne seine revolutionäre Vergangenheit leugnen zu müssen. Als weitere Beispiele dafür nannte er u.a. Parvus-Helphand, Paul Lensch und Karl Kautsky. [10] Als Kautsky sich gegen eine solche Einreihung wehrte, [11] antwortete Haenisch: „Das 'Verbrechen', das ich und so mancher andere Genosse vom linken Flügel der Partei begangen haben, besteht nur darin, daß wir, wenn vielleicht auch erst nach anfänglichem Zögern *konsequent den Weg zu Ende gegangen sind,* den Genosse Kautsky uns gewiesen hat". [12] Expressis

6 So Karl Radek in einem Brief an Alfred Henke vom 12.12.1915, in: Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn, *Nachlaß Henke,* Tr. 8,3; Kasette I, Nr. 108.

7 Vgl. den Brief Konrad Haenischs an Johann Plenge vom 3.7.1917, Universitätsbibliothek Bielefeld, *Nachlaß Plenge.*

8 „Von verschiedenen Seiten wird berichtet, daß Haenisch zu unseren Anschauungen übergegangen sei. Das wäre ein sehr wertvoller Zuwachs". Vgl. *Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914–1918.* In Verbindung mit Erich Matthias bearbeitet von Susanne Miller (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Bd. 4), Düsseldorf 1966, S. 45.

9 Vgl. Anm. 2.

10 Konrad Haenisch, *Zur Klärung unserer Parteidebatten,* in: *Hamburger Echo,* Nr. 30 und Nr. 31, vom 5. und 6.2.1915.

11 Karl Kautsky, *Aus der Partei. Eine Erklärung,* in: *Vorwärts,* Nr. 50, vom 19.2.1915.

12 Konrad Haenisch, *Aus der Partei. Erwiderung,* in: *a.a.O.,* Nr. 52, vom 21.2.1915.

verbis würde dieser Anspruch formuliert von Paul Lensch in einer Auseinandersetzung mit Friedrich Stampfer: „Der Unterschied, der uns trennt, ist der Unterschied zwischen Revisionismus und Marxismus . . . " [13] Bedeutsamstes Moment in der Theoriebildung der Lensch, Cunow, Haenisch mußte also der Nachweis sein, daß ihre politische Einstellung die in Wahrheit einzig revolutionäre sei. Ein entscheidender Stellenwert kam in einer solchen theoretischen Begründung der Interpretation des Krieges zu. Der Prozeß der Theoriebildung ging jedoch nicht in einer gradlinigen, konsequenten Entwicklung vonstatten, sondern es gab Ansätze, Zurücknahmen und neue Versuche, wobei die Abhängigkeit von den politischen und ökonomischen Veränderungen während des Kriegsverlaufs zeitweilig deutlich hervortritt.

Der Kriegssozialismus

Einer dieser Ansätze war die Theorie vom Kriegssozialismus. Schon bald nach Kriegsbeginn waren in der Gewerkschaftspresse Artikel aufgetaucht, welche die gewerkschaftliche Burgfriedens- und Stillhaltepolitik legitimieren sollten, indem sie dem Krieg eine den Sozialismus fördernde Wirkung zuschrieben. [14] Inhalte dieser Apologetik waren die Beschwörung von Zusammengehörigkeits- und Harmoniegefühl sowie einer allgemeinen Interessenidentität. Eine auf solchen „Werten" aufgebaute Proklamierung des Sozialismus mußte sich bald als einer theoretischen Fundierung bedürftig erweisen, und diese nun lieferte Paul Lensch. In einem Artikel in der Frankfurter „Volksstimme" vom Januar 1915 [15] begründete Lensch erstmals seine Theorie vom Kriegssozialismus, die er in weiteren Artikeln sowie in seiner Broschüre „Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg" [16] verteidigte und fortentwickelte. Die Grundzüge dieses Kriegssozialismus sollen im folgenden dargelegt werden. – Auf die Debatte, die sowohl innerhalb der Sozialdemokratie als auch unter bürgerlichen Wissenschaftlern in teilweise sehr polemischer Form geführt wurde, kann hier nicht eingegangen werden. – Der Krieg – so Lensch – habe die Überlebtheit und die Unfähigkeit des Kapitalismus deutlich erwiesen: das System der freien Konkurrenz, des Marktes, habe sich den Anforderungen des Krieges nicht gewachsen gezeigt, der Staat mußte in sozialistischen Maßnahmen seine Rettung suchen. Die Einführung eines staatlichen Getreidemonopols, die Festsetzung von Höchstpreisen, die Ausgabe von Brotkarten, die zunehmende Regelung von Produktion und Konsum, das alles sei planmäßige Organisation der Wirtschaft und damit der Sieg des sozialistischen Prinzips: „Und diese Organisation des Wirtschaftslebens, die man jetzt plötzlich an die Stelle der kapitalistischen Anarchie setzen will, und zwar die Organisation zugunsten der Gesamtheit – was heißt sie aber im Prinzip anderes als Sozialismus"? [17] Konrad Haenisch stellte sich voll und ganz hinter die Theorie des Kriegssozialismus, die Schrift Lenschs [18] bezeichnete er in einer Besprechung als die theoretische Begründung der sozialdemokratischen Politik seit dem 4. August, und in seiner Broschüre „Zur Lage der Partei" wies er alle Ein-

13 Paul Lensch, *Der Schäfer Thomas als Friedensstifter,* in: *a.a.O.,* Nr. 20, vom 21.1.1917.

14 Als typisches Beispiel eines solchen „Sozialismus"-Artikels zitiert Johannes Kämpfer (i.e. Julian Marchlewski) einen Beitrag aus der *Metallarbeiterzeitung* vom 7.11.1915. Vgl. Johannes Kämpfer, *Kriegssozialismus in Theorie und Praxis,* Bern 1915, S. 7.

15 Paul Lensch, *Kriegssozialismus,* nachgedruckt in: *Vorwärts,* Nr. 36, vom 5.2.1915.

16 Paul Lensch, *Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg,* Berlin 1915.

17 *A.a.O.,* S. 63.

18 Vgl. Anm. 16.

wände gegen Lensch zurück und charakterisierte die von diesem angeführten wirtschaftspolitischen Maßnahmen ebenfalls als „Meilensteine auf dem Wege zum Sozialismus". [19] Heinrich Cunow, als profunder Kenner der marxistischen Ökonomie, war, auf sein Renommee bedacht, allerdings nicht bereit, die von Lensch entwickelte Kriegssozialismustheorie in dieser Weise zu akzeptieren und mitzuvertreten. Seine Ablehnung wird deutlich, wenn er in einem Artikel davon spricht, daß der Krieg keineswegs direkt zum Sozialismus führen werde, sondern zunächst in eine neue Epoche des Kapitalismus, den Imperialismus. [20]

Die Imperialismus-Theorie

Der Begriff Imperialismus führt hin zu Cunows Beitrag zur theoretischen Entwicklung der Gruppe, nämlich einer neuen Variante der Imperialismustheorie. Es ist dabei notwendig, kurz auf die im Zusammenhang mit dem Chemnitzer Parteitag von 1912 geführte Imperialismus-Debatte in der SPD einzugehen. [21] Lensch war in dieser Debatte der Wortführer des linken Flügels gewesen, während Kautsky die Haltung der Parteimehrheit formuliert hatte: Militarismus, Aufrüstung und Krieg waren in der Sicht Kautskys nicht zwangsläufig Ergebnisse des Imperialismus, sondern nur Tendenzen, die ihm innewohnten, deren Entwicklung zu verhindern aber möglich sei. Der politische Kampf der Sozialdemokratie müsse deshalb zum Ziel haben, den Imperialismus friedlich zu machen. Lensch hatte dem in Chemnitz entgegengehalten, friedliche Tendenzen seien im Imperialismus nicht vorhanden, Aggressivität sei ihm wesentlich. Nicht Streben nach Abrüstung müsse deshalb die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, sondern der bedingungslose Kampf für den Sozialismus. Ein gewichtiges Argument Lenschs gegen Abrüstungen war, daß, wie der Imperialismus dem Sozialismus den Weg bereite, so schaffe auch der Militarismus die materiellen Voraussetzungen für die sozialdemokratische Forderung nach allgemeiner Wehrpflicht, indem er ständig die Heere vergrößere. Aus der von Kautsky vertretenen Auffassung von den zwei Tendenzen des Imperialismus entstand die in der Mehrheitssozialdemokratie vorherrschende Einschätzung vom deutschen Imperialismus als einem Imperialismus, in welchem – nicht zuletzt durch den Kampf der SPD – die friedliche Tendenz obsiegt, und des Entente-Imperialismus als eines aggressiv-militaristischen, der den Krieg begonnen habe. Aus dem von Lensch in Chemnitz formulierten Imperialismusverständnis leitete sich die Erklärung des Weltkrieges für die sozialdemokratische Linke ab. Danach hatte der Krieg im Imperialismus aller an ihm beteiligten Länder seine Ursache. Diese Erkenntnis machte es den sozialistischen Parteien zur Pflicht, im eigenen Land den Kampf gegen Imperialismus und Krieg aufzunehmen.

Nach Kriegsausabruch vertraten Lensch, Cunow und Haenisch eine von diesen Interpretationen verschiedene Deutung. Im März 1915 erschien Heinrich Cunows Schrift „Partei-Zusammenbruch?", deren drittes Kapitel überschrieben war: „Ist der wirtschaftliche Imperialismus eine geschichtlich notwendige Entwicklungsphase?" Darin bezeichnete er nach einer Analyse

19 Vgl. Konrad Haenisch, *Zur Lage der Partei,* Hamburg 1916, S. 14.

20 Heinrich Cunow, *Zurück zu Marx,* in: *Volksblatt für Harburg, Wilhelmsburg und Umgegend,* Nr. 306, vom 31.12.1915.

21 Vgl. Paul Lensch, *Die neuen Wehrvorlagen,* in: *Die Neue Zeit,* Jg. 30 (1911/12), Bd. 2, S. 68-75. Karl Kautsky, *Der erste Mai und der Kampf gegen den Militarismus,* in: *a.a.O.,* S. 97–109. Karl Radek, *Zu unserem Kampfe gegen den Imperialismus,* 2 Teile, in: *a.a.O.,* S. 194–199 und S. 233–241. Paul Lensch, *Eine Improvisation,* 3 Teile, in: *a.a.O.,* S. 308–313 und S. 359–368. Karl Kautsky, *Der improvisierte Bruch,* 3 Teile, in: *a.a.O.,* S. 461–467 und S. 513–523. Georg Ledebour, *Eine parlamentarische Improvisation,* in: *a.a.O.,* S. 537–541. Gustav Eckstein, *Gegenwartsforderungen,* in: *a.a.O.,* S. 569–576. Paul Lensch, *Miliz und Abrüstung,* in: *a.a.O.,* S. 765–772. Karl Kautsky, *Nochmals die Abrüstung,* in: *a.a.O.,* S. 841–854. *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Chemnitz, 15. bis 21. September 1912,* Berlin 1912, S. 415 ff.

der ökonomischen Entwicklung im Kapitalismus diesen als „eine in den inneren Lebensbedingungen und in der Kräftekonzentration des erstarkten Finanzkapitalismus wurzelnde Erscheinung", [22] welche eine unumgängliche und für das Entstehen des Sozialismus notwendige Phase sei, eine Phase, die nicht übersprungen werden könne. Konsequenz solcher Erklärung war die Feststellung, daß die Bedingungen für den Sozialismus noch nicht reif seien, daß, wer den Imperialismus bekämpfe und verhindern wolle, Maschinenstürmerei betreibe, ja, daß – diese letzte Schlußfolgerung zu formulieren, blieb Paul Lensch vorbehalten –, wer den Sozialismus fördern wolle, eben den Imperialismus unterstützen müsse. Kampf für Deutschlands Sieg im Weltkrieg sei somit Kampf für den Sozialismus. Wie eine von dieser Grundlage abgeleitete Politik aussehen mußte, ist offensichtlich. Dabei wurde auch für diese Theorie von ihren Vertretern wiederum der Anspruch erhoben, sie sei die einzig marxistische, Paul Lensch berief sich dabei ausdrücklich auf seine Stellungnahme von 1912. Gleichzeitig implizierte dieser Anspruch auch die bewußte Distanzierung von der revisionistischen Mehrheit der Partei. Eine Unvereinbarkeit solcher Imperialismustheorie mit den Thesen vom Kriegssozialismus schien Lensch und Haenisch nicht gegeben. Haenisch sah beides sogar als sich ergänzende Teile einer Theorie an. In einer Rezension von Cunows obengenannter Schrift meinte er: „Auch Cunows neueste Arbeit ist ganz vom Geiste der marxistischen Methode beherrscht. Sie gleicht darin durchaus der Schrift von Paul Lensch 'Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg', zu der sie eine sehr glückliche und notwendige Ergänzung bildet". [23]

Die Erweiterung der politischen Wirksamkeit

Obwohl die Blätter der Parteimehrheit – vor allem das „Hamburger Echo", aber auch die sozialdemokratischen Zeitungen Frankfurts, Karlsruhes, Dortmunds und, nach Vertreibung der Westmeyer-Fraktion, Stuttgarts sowie die kleineren Provinzblätter – ihre Seiten den Lensch, Cunow und Haenisch bereitwillig zur Verfügung stellten, mußte es doch das Ziel der Gruppe sein, ein eigenes Organ zu schaffen, um einerseits unabhängig von den genannten Zeitungen auch diesen inopportune Anschauungen vertreten zu können, zum anderen aber, um mit einem eigenen Sprachrohr einen Kristallisationspunkt zu schaffen, welcher zum Ausgangspunkt für eine Vergrößerung ihres Einflusses in der Partei werden konnte. Die Zentralflugblattstelle, deren Leiter Haenisch war, kam dafür nicht in Betracht, denn seine Tätigkeit dort unterlag der Zensur des Parteivorstandes.
Am 1. Juni 1915 erschien die erste Nummer der „Sozialdemokratischen Artikelkorrespondenz", die zweimal wöchentlich herausgegeben wurde, und die versuchte durch möglichst günstige Honorarbedingungen für die Abnehmer eine breite Aufnahme zu finden. Als Herausgeber der Korrespondenz zeichneten Heinrich Cunow, Paul Lensch, Heinrich Schulz und August Winnig, die Redaktionsleitung hatte Paul Lensch übernommen. Konrad Haenisch hatte wohl wegen seiner Tätigkeit in der Flugblattzentrale auf eine Funktion als Herausgeber verzichtet. Wie in dem die erste Nummer begleitenden Schreiben an die Redaktionen mitgeteilt wurde, sollte die politische Ausrichtung der Korrespondenz gekennzeichnet sein durch die beiden Schriften von Lensch und Cunow („Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg" und „Partei-Zusammenbruch?"). – Heinrich Schulz, der dritte Herausgeber, Leiter des Zentral-Bildungsausschusses, hatte vor dem Krieg ebenfalls zur Linken gehört und

22 Heinrich Cunow, *Partei-Zusammenbruch? Ein offenes Wort zum inneren Parteienstreit*, Berlin 1915, S. 14 f.

23 Konrad Haenisch, *Partei-Zusammenbruch?*, in: *Arbeiterzeitung*, Dortmund, Nr. 72 und 73, vom 26. und 27.3.1915.

war einen ähnlichen Weg gegangen wie die drei Protagonisten. August Winnig, 2. Vorsitzender des Bauarbeiterverbandes, stand der Gruppe gleichfalls nahe. In der Frage des Imperialismusverständnisses hatte er eine mit Cunow, Lensch und Haenisch übereinstimmende Position bezogen. [24] In seiner Eigenschaft als Gewerkschaftsführer eröffnete er der Gruppe die Möglichkeit, nun auch gezielt die große Masse der Gewerkschaftsmitglieder und ihrer Funktionäre zu erreichen. Der Artikeldienst fand zunächst in der sozialdemokratischen Presse eine gute Aufnahme. Nachdem er jedoch im weiteren Verlauf des Krieges auf zunehmende Ablehnung stieß, wurde er gegen Ende des Jahres 1917 eingestellt. Mitausschlaggebend dafür war, daß mit der Zeitschrift „Die Glocke" der Gruppe inzwischen ein weitaus brauchbareres Instrument zur Verfügung stand.

Gründer und Herausgeber der „Glocke" war Alexander Parvus Helphand aus Rußland, der Anfang der 90er Jahre nach Deutschland gekommen war und nach seinem Eintritt in die SPD stets zu den entschiedenen Vertretern der Linken gehört hatte. [25] Parvus hatte seit 1910 in der Türkei ein großes Vermögen erworben, war Anfang 1915 nach Deutschland zurückgekehrt und betrieb dort weiter seine Kriegsgeschäfte. Er erhoffte sich vom Weltkrieg einen Sieg der deutschen Heere gegen das zaristische Rußland und in dessen Folge den Sturz des Zarismus und die sozialistische Revolution. Die deutschen Heere waren ihm dazu die Wegbereiter. Wegen dieser Einstellung wurde er sowohl von den Menschewiki als auch von den Bolschewiki heftig angegriffen. Da er genügend Geld zur Verfügung hatte, schuf er sich zur Propagierung und Verteidigung seiner Ansichten ein eigenes Organ, die „Glocke". Nach Beginn der Planungen im Mai 1915 erschien die erste Nummer am 1. September 1915. Schwierigkeiten bereitete Parvus die Besetzung der Redaktion, er selbst hatte kaum Zeit, da er sich weiterhin vorwiegend seinen Geschäften zu widmen beabsichtigte. Nach dem Erscheinen der ersten Nummer hatte Haenisch, den mit Parvus eine alte Freundschaft verband, diesem seine Befriedigung über die neue Zeitschrift mitgeteilt. [26] Parvus antwortete fünf Tage später und bot Haenisch die Redaktion der Zeitschrift an. [27] Dieser akzeptierte, hielt es aber nun, angesichts der sich so konkret entwickelnden Zusammenarbeit, für nötig, Parvus zu erklären, daß bei grundsätzlicher Übereinstimmung er doch teilweise andere Anschauungen vertrete. Die Redaktion wechselte von München nach Berlin, Haenisch trat von seinem Amt als Leiter der Flugblattzentrale zurück, übernahm die Redaktion und machte noch im selben Monat Paul Lensch zum festen Mitarbeiter. Heinrich Cunow, der zunächst freier Mitarbeiter war, übernahm im Oktober das Amt des Verlagsredakteurs des mit der „Glocke" verbundenen Broschürenverlages. Mit der Anstellung auch Cunows in Parvus' Verlag war die Gruppe nunmehr in der Lage, sowohl zur aktuellen Politik – seit April 1916 erschien „Die Glocke" nicht mehr nur alle 2 Wochen, sondern wöchentlich – jederzeit Stellung zu beziehen als

24 August Winnig, *Im Strom der Geschichte,* in: *Volksstimme,* Frankfurt/M., Nr. 87, vom 17. April 1915. Am gleichen Tag begann auch im *Grundstein,* dem Organ des von Winnig mitgeleiteten Bauarbeiterverbandes,eine dreiteilige Artikelserie mit einer positiven Besprechung des Cunowschen Buches: *Der Zusammenbruch der Illusionen,* in: *Der Grundstein,* Nr. 16, 17 und 18, vom 16.4., 24.4. und 1.5.1915.

25 Zu Parvus vgl.: Winfried Scharlau und Zbynek Zeman, *Freibeuter der Revolution, Parvus-Helphand. Eine politische Biographie,* Köln 1964.

26 „Mit größtem Interesse las ich Ihren Artikel im ersten Heft der *Glocke.* Schon seit Monaten war es mir eine *große* Freude, zu wissen, daß Sie in der Kriegsfrage die Haltung der Partei billigen und Dutzende von Malen habe ich mich in Diskussionen mit Vertretern der Minderheit auf Sie berufen. Nun liefert Ihr Artikel sehr wertvolles neues Material für die Verteidigung unserer Auffassung. Gerade für uns alten Linen [!] ist Ihr Eingreifen überaus wertvoll". Brief Konrad Haenischs an Parvus-Helphand vom 11.9.1915, Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Geheimes Staatsarchiv, Berlin-Dahlem, Rep. 92, Nr. 7, Bl. 57.

27 Vgl. Konrad Haenisch, *Parvus, Ein Blatt der Erinnerung,* Berlin 1925, S. 36 f.

auch umfangreichere theoretische Darlegungen zu veröffentlichen. Der Einfluß, den Parvus auf die Redaktion nahm, war so gering, daß Haenisch, Lensch und Cunow die Zeitschrift ungehindert zu ihrem Organ und Sprachrohr machen konnten. Neben August Winnig wurden mit Wilhelm Jansson, Johann Leinpeters und Hugo Poetzsch weitere Gewerkschaftsführer als Autoren gewonnen.

Der Weltkrieg – die Weltrevolution

Die entscheidende Frage für alle Gruppen innerhalb der Sozialdemokratie war die Stellung zum Weltkriege. In der Beantwortung dieser Grundfrage war die Basis für die gesamte Politik während des Krieges gegeben. Sie entschied über die Stellung zum Burgfrieden, zur Zusammenarbeit mit der Regierung, zu den Kriegszielen, sowie über das Verhältnis zu den anderen sozialistischen Parteien und zum Internationalismus. Für die Lensch-Cunow-Haenisch war der Weltkrieg die Weltrevolution, und zwar nicht irgendeine, sondern die sozialistische Weltrevolution. Diese These war das Produkt von vor allem von Lensch angestellten theoretischen Überlegungen, deren Ergebnis eine Gesamtdeutung des Krieges war, die zum Kernstück der neuen sozialistischen Theorie der Gruppe wurde, und in die auch Entwürfe wie die Theorien über den Kriegssozialismus und den Imperialismus eingingen. Ausgangspunkt der Lensch'schen Überlegungen war der Zusammenbruch der Internationale bei Ausbruch des Krieges. In der Frage nach den Gründen des Zusammenbruchs untersuchte Lensch die Haltung der einzelnen Parteien und bemühte sich, sie aus den ökonomischen Verhältnissen heraus, unter denen sie wirkten, zu verstehen. Den Schlüssel zum ganzen Verständnis schien ihm dabei der deutsch-englische Gegensatz zu bieten. Bereits in seiner Rede auf dem Chemnitzer Parteitag 1912 war Lensch auf die deutsch-englischen Beziehungen eingegangen und hatte dabei aus einem Artikel von Friedrich Engels aus dem Jahre 1885 folgende Zeilen zitiert: „Solange Englands Industriemonopol dauerte, hat die englische Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Grade teil genommen an den Vorteilen dieses Monopols. Diese Vorteile wurden sehr ungleich unter sie verteilt; die privilegierte Minderheit sackte den größten Teil ein, aber selbst die große Masse hatte dann und wann vorübergehend ihr Teil. Und das ist der Grund, weshalb seit dem Aussterben des Owenismus es in England keinen Sozialismus gegeben hat. Mit dem Zusammenbruch des Monopols wird die englische Arbeiterklasse diese bevorrechtete Stellung verlieren. Sie wird sich allgemein – die bevorrechtete und leitende Minderheit nicht ausgeschlossen – auf das gleiche Niveau gebracht sehen, wie die Arbeiter des Auslandes". [28] An diesen Gedanken von Engels und an seinen eigenen Ausführungen knüpfte Lensch nun an und entwickelte in zahlreichen Artikeln und Schriften seine Theorie von der Rolle Englands als Weltbourgeois. [29]

Die in England zum Puritanertum entwickelte calvinistische Religion sei die frühkapitalistische Ideologie gewesen. In ihrem Prädestinationsdogma sei eine wesentliche Ursache für die rasche Entwicklung des Kapitalismus zu sehen. Daraus sei die absolute industrielle Vor-

28 *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Chemnitz. . . 1912,* Berlin 1912, S. 27. Der genannte Engels-Artikel findet sich unter dem Titel: *England 1845 und 1885,* in: *Die Neue Zeit,* Jg. 3 (1885), S. 241 ff. Wiederabdruck in: Karl Marx und Friedrich Engels, *Werke,* 38 Bde, hrsg. vom IML beim ZK der SED, Berlin 1962 f. Bd. 21, S. 191–197.

29 Paul Lensch, *Gegen die englische Weltherrschaft,* in: *Schwäbische Tagwacht,* Nr. 296, vom 19.12. 1914: ders.; *Das englische Weltreich* (= Mächte des Weltkriegs, H. 5), Berlin 1915: ders., *Der Zusammenbruch des alten England,* in: *Hamburger Echo,* Nr. 136, vom 13.6.1915: ders., *Im englischen Krähwinkel,* in: *Die Glocke,* Jg. 1 (1915/16), S. 182–193; ders., *Friedensecho,* in: *a.a.O.,* Jg. 2 (1916/17) Bd. 2, S. 481–490; ders., *Die deutsche Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück,* Leipzig 1916.

macht und seine Herrschaft zur See entstanden. Mit der Einführung des Freihandels habe England seine Weltherrschaft auf unblutige Weise verewigen wollen. Nach der Darlegung der ökonomischen Entwicklung ging Lensch daran, das, was er die englische Legende nannte, nämlich das positive Englandbild der deutschen Sozialdemokratie, zu zerschlagen. Ausgehend von der sozialdemokratischen Programmforderung nach einer Demokratisierung des Militärwesens in Form der allgemeinen Miliz, nahm er die englische Militärverfassung, die noch keine allgemeine Wehrpflicht kannte, zum Beweis für die Rückständigkeit der gesellschaftlichen Zustände in England: Die revolutionären Ereignisse, die den Kontinent bewegt hatten, seien an England spurlos vorübergegangen. Nicht nur ökonomisch, auch geistig sei es zum Rentnerstaat, zum „geistige[n] China Europas" geworden. [30] Nachdem Lensch aufgezeigt hatte, daß das bewunderte England, sein Reichtum, seine Liberalität, seine Freiheiten nur auf dem Boden der englischen Weltherrschaft hatten gedeihen können, ging er nun daran, die Erschütterung dieser Weltstellung durch das Aufkommen der kapitalistischen Konkurrenten darzulegen. Hauptkonkurrent wurde seit der Reichsvereinigung der junge deutsche Kapitalismus, für dessen Aufstieg und Dynamik Lensch drei Faktoren verantwortlich machte: die allgemeine Schulpflicht, die allgemeine Wehrpflicht, das allgemeine Wahlrecht. Aus dem Fehlen dieser Konstitutionsbedingungen in England erklärte er dessen langsamen ökonomischen und gesellschaftlichen Niedergang. Diese drei Momente hätten in Deutschland trotz aller ihrer Mängel die Voraussetzung für die Entstehung einer umfassenden Kulturgemeinschaft, einer alle verbindenden Nation, gebildet, wodurch erst der Aufstieg des deutschen Reiches möglich geworden sei.. Gleichzeitig seien damit die Grundlagen des Aufstiegs des deutschen Proletariats geschaffen worden, das sich zu einer organisierten Arbeiterbewegung entwickelt habe, welche die Arbeiterbewegungen der anderen Länder alle überträfe. England, den Tag fürchtend, da es seine wirtschaftliche Vorrangstellung eingebüßt haben würde, habe den Krieg begonnen. Ursache sei der deutsch-englische Gegensatz. Wo aber, so fragte Lensch weiter, lagen in diesem Krieg die Interessen des Proletariats? Englands ökonomische Vormacht habe die englische Arbeiterschaft durch die Beteiligung an Extraprofiten korrumpiert, die englische Arbeiteraristokratie sie so zum Komplizen der englischen Bourgeoisie geworden. Sozialistische Überzeugungen gebe es so gut wie keine, die britischen Arbeiterführer seien unfähig und nicht willens, die Interessen der britischen Massen zu vertreten. Ihrer reaktionären Haltung nach innen entspräche ein Mangel an internationaler Solidarität. Die an den Extraprofiten beteiligte englische Arbeiterklasse sei daran interessiert, Englands Vormacht aufrechtzuerhalten; dies beweise ihre gesamte Haltung während des Krieges. Nur eine Niederlage Englands und damit das Ende seiner weltbeherrschenden Stellung könne die Verknüpfung der Interessen der englischen Arbeiterschaft mit denen der englischen Bourgeoisie lösen und das englische Proletariat für die Aufnahme des wissenschaftlichen Sozialismus bereit machen. Eine Niederlange Englands würde die kapitalistische Entwicklung in den übrigen Ländern und damit die Entwicklung des dortigen Proletariats fördern. Die Niederlage Englands liege daher im Interesse des Sozialismus in England und des internationalen Sozialismus, sie würde den Sieg des Sozialismus international auf die Tagesordnung stellen. Da eine Niederlage Englands gleichbedeutend mit einem Sieg Deutschlands war, sah Lensch sich gezwungen, auch die Folgen des Sieges darzulegen. Der Sieg Deutschlands würde endlich dessen steter Bedrohung von außen ein Ende setzen, seine permanente Aufrüstung unnötig machen und damit den Weg freigeben für eine Demokratisierung der noch vorhandenen autoritären Strukturen. Mehr aber noch: mit dem Sieg Deutschlands würde der Staat obsiegen, der am reinsten bereits die neue Form der sozialisierten Gesell-

30 Paul Lensch, *Im englischen Krähwinkel,* in: *Die Glocke,* Jg. 1 (1915/16), S. 188.

schaft vertrete. Mit diesem Begriff der sozialisierten Gesellschaft führte Lensch ein weiteres Argument in seine These von der Weltrevolution ein: spezifisch an der englischen Gesellschaft sei das individualistische Prinzip, ein Prinzip, das, herrührend aus dem frühen Sieg des Bürgertums in England und dem Aufstieg des liberalen Kapitalismus, sämtliche Bereiche der englischen Gesellschaft bestimme, was abzulesen sei u.a. am englischen Söldnersystem und an der weitgehenden Ausschaltung des Staates in allen gesellschaftlichen Funktionen. Auch die englische Arbeiterklasse sei infiziert von diesem alles umfassenden Individualismus. Diese Form des absoluten individualistischen Prinzips, einst eine fortschrittliche gesellschaftliche Verfassung, sei inzwischen zu einer rückständigen geworden. Den fortschrittlichen Gegenpol nun – das Prinzip der (staatlichen) Organisation, welches auch das wesentliche Prinzip des Sozialismus sei – vertrete Deutschland, bzw. das die deutschen Verhältnisse bestimmende Preußen. Die historischen Bedingungen für die Entwicklung dieser Form in Deutschland sah Lensch in der Schwäche des deutschen Bürgertums, das nicht fähig gewesen sei, seine ökonomischen Klasseninteressen alleine, ohne staatliche Hilfe durchzusetzen. Die hierdurch erreichte starke Stellung des Staates sei darüber hinaus in Preußen so bestimmend gewesen, weil die äußere Bedrohung Preußens einerseits sowie andererseits die dürftigen Voraussetzungen preußischer Staatlichkeit auch im Innern das Prinzip der Organisation aller Bereiche notwendig vorantrieb, wie es in der leistungsfähigen, umfassenden Bürokratie und den drei Prinzipien der allgemeinen Wehrpflicht, Schulpflicht und des allgemeinen Wahlrechts sich manifestiere. Dieses Organisationsprinzip habe auch die inneren Prinzipien der kapitalistischen Entwicklung beeinflußt und einen Kapitalismus des individualistischen Typs wie in England nicht entstehen lassen. – Ein historisches Produkt der Not und des Mangels also, kombiniert mit der kapitalistischen Entwicklung und dem klassenbewußten Zusammenschluß des Proletariats, das war der Inhalt jenes Prinzips Organisation, das auf die im Gesamtinteresse organisierte Gesellschaft zielte, die für Lensch den historischen Fortschritt vertrat. [31]

Mit dieser hier nur knapp skizzierten Theorie vom Weltkrieg als Weltrevolution übertrug Lensch die Klassenauseinandersetzung auf die Ebene von Nationen. Der Weltkrieg wurde zum Kampf zwischen dem Proletarier Deutschland und dem Bourgeois England. Die Entwicklung dieser Theorie war in Ansätzen noch im Jahre 1914 begonnen worden. Ihren endgültigen Abschluß fand sie in dem im Mai 1916 erschienenen Buch Lenschs „Die deutsche Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück". Die Gruppe hatte damit ihre selbständige theoretische Position deutlich formuliert. [32] Heinrich Cunow und Konrad Haenisch übernahmen Lenschs Theorie vollständig und vertraten sie nicht nur offensiv, sondern machten sie auch zur Grundlage ihrer Haltung in den politischen Auseinandersetzungen. In einer ausführlichen Besprechung in zwei Teilen im „Hamburger Echo" unter dem zustimmenden Titel „Vom Utopismus zur sozialistischen Realpolitik" beteuerte Cunow seine völlige Über-

31 „So drängte in Deutschland alles, die alten geschichtlichen Tendenzen des Staatslebens wie die neuen ökonomischen Kräfte des Wirtschaftslebens verstärkt zu dem einen großen aus der Not geborenen Prinzip hin: Organisation!" Paul Lensch, *Die deutsche Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück*, Leipzig 1916, S. 159.

32 Die Bedeutung einer solchen Theorie, wie Lensch sie entwickelt hatte, wurde gerade von der sozialdemokratischen Linken klar gesehen; so schrieb Franz Mehring in einem Artikel *Kritische Anmerkungen*, Teil 2, in: *Die Neue Zeit*, Jg. 34 (1916/17), Bd. 2, S. 721–726, hier S. 723: „So begreift man den Jubel in manchen Kreisen der Umlerner, als einer von ihnen wirklich mit einer neuen Theorie hervortrat, Paul Lensch mit seiner Schrift über das Ende und das Glück der deutschen Sozialdemokratie; so begreift man, daß Heinrich Cunow und Heinrich Schulz und Konrad Haenisch und andere mehr in den jubelnden Ruf ausbrechen: Habemus papam".

einstimmung mit allen Thesen in Lenschs Buch. Er unterstrich, daß Lenschs Position weder mit der des rechten noch des linken Flügels identisch sei, und erklärte die Schrift zur besten all derer, die sich bislang mit der Bedeutung des Krieges für die deutsche Sozialdemokratie befaßt hatten. [33] Konrad Haenisch formulierte seine Übereinstimmung mit Lensch in einem sehr umfassenden, die ganze Problematik des Verhältnisses von Sozialdemokratie und Krieg aufgreifenden, fünfzehnseitigen Artikel im Juli 1916 in der „Glocke". [34] Haenisch stellte eingangs fest, er wolle kein Hehl daraus machen, daß auch er bei Kriegsausbruch zunächst geglaubt habe, der Angelpunkt des Krieges sei der Kampf gegen Rußland. Erst allmählich sei ihm klar geworden, daß das entschiedende Moment die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und England sei. Was er, Haenisch, bloß gefühlt habe, sei von Lensch nun nachgewiesen, daß nämlich dieser Krieg die erwartete und ersehnte Revolution sei, die Auseinandersetzung zwischen dem individualistischen Wirtschaftsprinzip und dem von Deutschland vertretenen sozialistischen. – Auf die Implikationen dieser Deutung des Krieges bezüglich der aktuellen politischen Fragen kann hier nicht eingegangen werden. Deutlich ist jedoch, daß sie der Gruppe ermöglichten, sich restlos und vollkommen hinter die Kriegsführung der herrschenden Klassen in Deutschland zu stellen und zu den Problemen der Kriegsziele, der Annexionen, des Kolonialismus, der Verschärfung der Kriegsführung usf. eine Position einzunehmen, die weit konsequenter, als dies die Partei-Mehrheit tat, alle Entscheidungen der Militärs und der Regierung unterstützte, in der innerparteilichen Auseinandersetzung am entschiedensten eine rechte Position vertrat und dies alles bei Wahrung des revolutionären, marxistischen Anspruchs.

Das Selbstbewußtsein der Gruppe – Zusammensetzung und Funktionsverteilung.

Obwohl der Bruch von 1914 und die innerparteiliche Situation während des Krieges die Grenze der partei-offiziellen Duldung abweichender Meinungen auf dem rechten Flügel ziemlich weit zogen, konnten und wollten die Lensch, Cunow und Haenisch es sich dennoch nicht leisten, die Konsequenzen ihrer Theorie bis ins Letzte zu formulieren. Diese auszusprechen wurde die Aufgabe des Münsteraner Professors für Volkswirtschaft, Johan Plenge. Plenge war durch Haenisch, mit dem er über einen bildungspolitischen Beitrag Haenischs im preußischen Abgeordnetenhaus bekannt geworden war, an die Gruppe herangeführt und zu einem häufigen Mitarbeiter der „Glocke" geworden. Er wurde als Nicht-Parteimitglied zum Vorreiter der Gruppe, der dort weitergehen konnte, wo Lensch, Cunow und Haenisch als Sozialdemokraten einhalten mußten. Dieser Funktion Plenges waren sich die Beteiligten bewußt, wie aus einem Brief Plenges an Cunow hervorgeht: „Ich hoffe aber, Sie sind doch zufrieden, weil die Klarheit, die beim Ganzen herauskommt, der Sache nützt, und einige Dinge gesagt wurden, die ein in der Partei stehender nicht sagen kann. Es erscheint mir für Ihre Gruppe sehr nützlich, daß jemand da ist, der viel extremer ist wie sie selbst". [35] Plenge begann seine Mitarbeit an der „Glocke" mit einer Artikelserie in neun Folgen unter der Überschrift: „Die Revolutionierung der Revolutionäre". Darin knüpfte er in der Tat dort an, wo Lensch, Cunow und Haenisch aufgehört hatten. Während diese noch den Marxismus für ihre Theorien reklamierten, ging Plenge daran, die Gültigkeit des Marxismus selbst zu bestreiten. Es sei notwendig, so Plenge, zu erkennen, daß der marxistische Sozialismus – den Plenge den prophetischen nannte – ebenso wie der utopische nur Durchgangsstadium sei, ein geschichtlich

33 Heinrich Cunow, *Vom Utopismus zur sozialistischen Realpolitik*, in: *Hamburger Echo*, Nr. 149 und 150, vom 28. und 29.6.1916.

34 Konrad Haenisch, *Die Theorie unserer Praxis*, in: *Die Glocke*, Jg. 2 (1916/17), Bd. 1, S. 605–619.

35 Brief Johann Plenges an Heinrich Cunow vom 26.6.1917, Universitätsbibliothek Bielefeld, *Nachlaß Plenge*.

notwendiger Irrtum, durch den die Idee des Sozialismus hindurch müsse, um zum wissenschaftlichen Sozialismus zu gelangen. Zwei Hauptfehler sind es, die Plenge dem Marxismus ankreidet: einmal die zu negative und einseitige Analyse des Kapitalismus, zum zweiten die Auffassung, wonach das Proletariat dazu berufen sei, den Sozialismus zu verwirklichen. Die Organisierung der Arbeitermassen sei nur ein Faktor, hinzukommen müsse die Organisierung des Staates und die der Führer. [36] In der letzten Folge der Artikelserie behandelte Plenge diese Führer des neuen Sozialismus, als welche er, wie nicht anders zu erwarten, Lensch, Cunow und Haenisch vorstellte. Da man annehmen kann, daß der Abdruck in der „Glocke" ohne das Einverständnis der „Betroffenen" nicht geschehen wäre, ist dieser Beitrag von besonderem Erkenntniswert, was die Einschätzung der Rolle und Funktion der Gruppenmitglieder angeht: Haenisch sei der eigentliche Politiker der Gruppe, der seinem politischen Instinkt folge und frei von einengender Theorie die Politik des 4. August begrüßt habe und ihre Konsequenzen vertrete. Lensch, den Denkschemata des Marxismus zu sehr noch verhaftet, habe aber eben durch die konsequente Anwendung des marxistischen Denkansatzes auf den Weltkrieg das bestimmende Prinzip des neuen Sozialismus erkannt. Lensch sei bereits weit über den Marxismus hinausgegangen und habe sich dies nur noch nicht zugestanden, er sei die entscheidende Figur auf dem „Grabmonument des alten Marxismus". [37] Cunow sei, im Gegensatz zu Lensch und Haenisch, nicht Politiker, sondern Wissenschaftler, der Philosoph und Soziologe der Gruppe. Entfernt davon, den Kapitalismus einfach zu bekämpfen, habe er ihn zunächst auf seinen Entwicklungszustand hin untersucht und sei dabei – im Gegensatz zu Marx – zu einer „Theorie des 'wirklichen Kapitalismus' " [38] gelangt. Damit sei auch er bereits über Marx hinausgegangen. – Plenges Darstellung gibt in der Tat wesentliche Charakteristika der Mitglieder der Gruppe und ihrer Arbeitsweise wieder: Heinrich Cunow war der eher Zurückhaltende, auf seine Reputation als Marxist bedacht, vorsichtiger in seinen Äußerungen. Cunows Ansehen als Wissenschaftler blieb in der Partei auf diese Weise weithin unangetastet und konnte so Lensch und Haenisch als Rückendeckung dienen. Sichtbar wurde diese Rollenteilung auf dem Würzburger Parteitag von 1917, als Lensch, wegen seiner Schrift „Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück" heftig angegriffen, zu seiner Verteidigung u.a. folgendes ausführte: „Gerade weil es mir unmöglich war, auf die mannigfachen Angriffe zu antworten, möchte ich noch auf folgende Gesamtsituation aufmerksam machen. Sie haben gehört, daß Cunow zum Leiter der 'Neuen Zeit' gewählt worden ist. Nach meiner persönlichen Überzeugung gibt es keinen Genossen, der derartig zu dieser Stellung berufen ist wie Cunow, nach seiner gesamten wissenschaftlichen und geistigen Qualifikation. Darüber sind wir uns wohl einig (Zustimmung). Ich darf aber hinzufügen, daß ich gerade während des Krieges und speziell im dritten Kriegsjahr mit keinem unserer führenden Parteigenossen derartig in dauernder enger politischer Fühlung gestanden habe wie mit Cunow. Er war mit mir zusammen bis zum 1. Oktober dauernder Mitarbeiter in der 'Glocke', wir haben in allwöchentlichen Beratungen die politische Stellungnahme immer wieder durchgesprochen und ich ging Schritt und Tritt mit ihm in den grundlegenden Fragen. Ich kann weiter sagen, daß gerade meine Schriften und meine sonstigen literarischen Arbeiten [. . .] von dem jetzigen Leiter der 'Neuen Zeit' im allgemeinen in freudiger und anerkennender Weise besprochen sind, und ich hoffe, daß die neue Schrift, die in nächster Zeit von mir herauskommen wird – ich kann das jetzt nicht ändern (Heiterkeit) – ebenfalls freund-

36 Johann Plenge, *Die Revolutionierung der Revolutionäre*, 11 Teile, in: *Die Glocke*, Jg. 3 (1917/18), Bd. 1, S. 214–223, S. 266–276, S. 299–313, S. 329–343, S. 369–382, S. 421–432, S. 456–469, S. 500–508, S. 526–533, S. 571–583 und S. 614–631.

37 Johann Plenge, *a.a.O.*, Teil 9, S. 624.

38 *A.a.O.*, S. 625.

lich von ihm besprochen wird. In solcher Situation sollte man nicht den einen von uns beiden in die Redaktion der 'Neuen Zeit' setzen und von dem anderen sagen, werft das Scheusal in die Wolfsschlucht (Heiterkeit)". [39] Lensch war aus der Gruppe derjenige, der sich am meisten exponierte, dabei stets auf seinem Marxismus beharrte und deshalb mehr noch als Haenisch heftigsten Angriffen ausgesetzt war, die gegen ihn stets eine Note persönlicher Anfeindung enthielten. Während er auch der Schöpfer der meisten Theorien der Gruppe war, fungierte Haenisch mehr als Akklamateur und Verbreiter. Hingegen formulierte und vertrat Haenisch entschieden deren Konsequenzen für die Tagespolitik, so etwa bezüglich der Kriegsziele und Annexionen, der Scheidung innerhalb der Partei. Als Redakteur der „Glocke" und als häufiger Sprecher der Mehrheitsfraktion der SPD im preußischen Abgeordnetenhaus war er zudem weitaus mehr mit politischer Kleinarbeit belastet als Cunow und Lensch. Seine vergleichsweise geringere journalistische Aktivität hing auch mit den Auseinandersetzungen zusammen, die zwischen ihm und Parvus entstanden waren. [40] Wie aus Haenischs Briefwechsel mit Plenge hervorgeht, betrieb er jedoch eine äußerst intensive Versammlungsagitation. Insgesamt ist die Quellenlage, was Kommunikation und Funktionieren der Gruppe nach innen, was Absprachen, Aufgabenverteilung usw. angeht, dürftig. Auseinandersetzungen, vor allem zwischen Lensch und Haenisch, entstanden gegen Ende des Weltkrieges und führten beinahe zu einem Bruch der Zusammenarbeit. Nach außen war die Gruppe offen für die Mitarbeit anderer Sozialdemokraten vom rechten Flügel, eine Mitarbeit, die in der Tat von Fall zu Fall erfolgte. Lensch, Cunow und Haenisch verstanden sich als die Schöpfer und Verkünder einer neuen sozialistischen Theorie. Die praktische Politik der MSPD wurde von ihnen für gut befunden, wenngleich sie diese oftmals als inkonsequent und ungenügend kritisierten. Das große Manko der Partei – so die Gruppe – sei es, die wahre Bedeutung des 4. August nicht erkannt zu haben und noch stets mit den alten Phrasen die neue Politik zu begründen. Während die Führung der MSPD auf dem Anspruch der Kontinuität ihrer Politik beharrte, forderten Lensch, Cunow und Haenisch, daß endlich auch die theoretischen Konsequenzen aus der seit 1914 gewandelten Politik der Partei gezogen werden müßten. Die Schaffung einer neuen, den veränderten Bedingungen angemessenen Programmatik für die Partei, dies sah die Gruppe als ihre Aufgabe und Leistung an.

Das Verhältnis zur Linken.

Die Beziehungen zwischen dem linken Flügel der Sozialdemokratie und der Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe erhielten ihre spezifische Schärfe und Polemik durch die ehemalige Zugehörigkeit jener zur Partei-Linken sowie durch ihren marxistischen Anspruch. Über die Sonderstellung der Gruppe innerhalb der MSPD war sich die Linke durchaus im klaren, auch wenn sie in ihrer Agitation manchmal bewußt auf eine solche Differenzierung verzichtete. Auf den Verlauf der Auseinandersetzungen im einzelnen kann hier nicht eingegangen werden, hingegen soll die grundsätzliche Einschätzung der Lensch, Cunow und Haenisch durch die sozialdemokratische Linke um die Spartakusgruppe im folgenden kurz aufgezeigt werden.

39 *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD, abgehalten in Würzburg vom 14.–20.10.1917,* o.O., o.J., S. 312 ff.

40 „Besonders habe *ich selbst* seit dem Herbst 1916, seit die Differenzen mit Parvus begannen, kaum noch etwas für die Glocke geschrieben, sondern alles, was ich zu sagen hatte, in der *Tagespresse* gesagt. Diese mir gewiß schmerzlichen negativen Konzessionen *mußte* ich machen, um so *wenigstens so lange wie möglich* die Existenz der Zeitschrift zu sichern, die meiner festen Überzeugung nach eine wichtige Aufgabe im Sozialismus wie in der politischen Geschichte Deutschlands zu erfüllen hatte". *Nachlaß Plenge.* Brief Konrad Haenischs an Johann Plenge vom 9.2.1918, Universitätsbibliothek Bielefeld. Hervorhebungen im Original.

Das gesamte, rechts von ihr befindliche Spektrum wurde von dieser Linken in drei Gruppen gegliedert: in die Sozialpazifisten, womit die Führung der USPD um Haase, Dittmann und Kautsky bezeichnet wurde, die Sozialpatrioten, dies die große Mehrheit der MSPD um Ebert und Scheidemann, sowie die Sozialimperialisten, eben die Gruppe um Lensch, Cunow und Haenisch. Der Sozialimperialismus – so die Linke – sei die konsequente Fortführung der sozialpatriotischen Politik des 4. August. Während diese nur die kriegsnotwendigen Zugeständnisse an den Staat machen wolle und im übrigen in einer schwankenden Haltung verharre, habe sich jener voll hinter die Interessen des imperialistischen Staates gestellt, und damit konsequent die Position eingenommen, die in der Logik des 4. August begründet sei. Das Verhältnis des Sozialimperialismus zum Sozialpatriotismus definierte die „Arbeiterpolitik", das Bremer Organ der sozialdemokratischen Linken, dabei folgendermaßen: „Wenn man bedenkt, daß es sich bei Cunow, Lensch und Haenisch um Männer handelt, die ein Vierteljahrhundert als radikale Sozialdemokraten gekämpft haben, daß ihnen der Bruch mit dem alten Standpunkt ganz gewiß nicht leicht wurde, daß sie aber als ehrliche Ideologen nichts anderes tun konnten als bekennen, was ihre Politik bedeutet, so ist es klar, daß der Sozialimperialismus eine unentrinnbare Konsequenz des Sozialpatriotismus ist: der seiner selbst bewußt gewordene Sozialpateriotismus". [41] Die Sozialimperialisten unterscheide also von den Sozialpatrioten ihre entschiedene Rücksichtslosigkeit in der Analyse des Bestehenden. Die Politik des 4. August, der Burgfrieden, die Unterstützung des militärischen Kampfes, all das bedeute ja, davon auszugehen, daß das Proletariat ein Interesse an der Verteidigung des kapitalistischen Staates habe, bedeute, auch den Imperialismus als den notwendigen Ausdruck dieses Staates zu akzeptieren. Dies in voller Konsequenz getan zu haben, sei es, was die Lensch, Cunow und Haenisch auszeichne, was sie zu Sozialimperialisten mache.

Das Verhältnis zur Parteimehrheit.

Die Funktion, welche sich die Gruppe selbst in der MSPD gab, ist bereits angesprochen worden. Sie machte sich zur Aufgabe, die These von der Kontinuität der sozialdemokratischen Politik zu bekämpfen, die wahre Bedeutung des Weltkrieges deutlich zu machen und die Partei auf ein neues Programm zu orientieren. Dabei gab es, was die konkreten politischen Entscheidungen anging, keine allzu großen Differenzen, wenn man von der schon erwähnten konsequenteren Haltung der Gruppe absieht, die sich beispielsweise in der entschiedenen Befürwortung des Friedens von Brest-Litows äußerte. Das Verhältnis der die Partei-Mehrheit repräsentierenden Parteiführung zur Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe kann schematisch nicht erfaßt werden. Es müssen die teilweise widersprüchlichen Interessen der Parteiführung berücksichtigt werden, auch angesichts dessen, daß Lensch, Haenisch und Cunow von ihrer intellektuellen Kapazität, ihrer jahrzehntelangen Erfahrung in der Parteijournalistik her einen Gewinn darstellten, der nicht leicht zu entbehren war. Ihre Funktion als Ideologielieferant für die Parteimehrheit war in der Tat bedeutsam. Wann immer nützlich, wurden Theorien der Gruppe oder Versatzstücke dieser von der Parteiführung zur theoretischen Rechtfertigung ihrer Politik herangezogen; Thesen von Weltkrieg als der Weltrevolution ebenso wie die Imperialismusversion Lenschs und Cunows oder die Theorie vom Kriegssozialismus. Als Friedrich Ebert auf der Sitzung des Parteiausschusses vom 7. und 8. April 1915 zum Kampf gegen die Partei-Linke eine breite Agitation unter den Parteimitgliedern im Sinne der Mehrheitspolitik forderte, empfahl er zu diesem Zweck als besonders geeignetes Material neben einer Schrift Kautskys Heinrich Cunows „Partei-Zusammenbruch?", Konrad Haenischs „Krieg und Sozial-

41 *Nach der Reichskonferenz. 2. Sozialpatriotismus gegen Sozialimperialismus,* in: *Arbeitspolitik,* Nr. 17, vom 14.10.1916.

demokratie"sowie Paul Lenschs „Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg". [42] Gegen die Kritik Haases, Lipinskis, Ströbels und Dißmanns an diesen drei Broschüren beharrte Ebert nachdrücklich auf seiner Empfehlung und wies alle Vorwürfe mit dem Verweis auf die anerkannt marxistische Grundhaltung der Autoren zurück. – Die Berufung Heinrich Cunows zum Redakteur der „Neuen Zeit" als Nachfolger des entlassenen Kautsky ebenso wie die vorgesehene Berufung Haenischs in die „Vorwärts"-Redaktion nach der Ausbootung der Zentristen [43] erhellen die nicht zu unterschätzende Rolle der Gruppe und ihren Rang in der MSPD. Im gesamten Spektrum der SPD bewirkte die Existenz der Gruppe, die den neuen äußersten rechten Flügel bildete, eine Verschiebung des Zentrums nach rechts: das ehemalige Parteizentrum um Kautsky und Haase gehörte nun zum linken Flügel, während die ehemals Rechten mit Ebert und Scheidemann die neue Mitte bildeten. Der Ausschluß der Linken und die Gründung der USPD befestigten diese neue Gewichtung. Das neue Zentrum um Ebert und Scheidemann, wußte diese Situation zu nutzen: je lauter und extremer sie die Lensch, und Haenisch agitieren ließen, desto maßvoller mußten sie selbst als Mitte erscheinen; distanzierten sie sich jedoch in bestimmten Fällen, so konnten sie auch dadurch ihre gemäßigte Position herausstreichen. Diese Taktik schlug die Partei-Mehrheit auf der im September 1916 abgehaltenen Reichskonferenz ein. Die Parteiführung richtete die Front gegen die äußerste Rechte, beanspruchte konsequent die Mitte. Die Rechte wurde zum Schweigen verurteilt oder schwieg freiwillig. Auch Lensch stimmte beispielsweise der Resolution gegen Annexionen zu, was ihn keineswegs hinderte, auch weiterhin einer territorialen Ausdehnung des Reichs das Wort zu reden. Im Gegensatz dazu verzichtete der Parteivorstand auf dem Würzburger Parteitag 1917, als die Linke bereits aus der Partei ausgeschieden war, auf jegliches Vorgehen gegen den rechten Flügel, wiewohl von nicht wenigen Delegierten heftige Kritik an der Politik Haenischs und Lenschs geübt worden war. Ebert betonte sogar ausdrücklich in seinem Schlußwort das Recht der freien Meinungsäußerung für jedes Parteimitglied. Während die Parteiführung keinerlei Bedenken hatte, Lenschs Beteiligung an dem von Friedrich Thimme, dem Direktor der Bibliothek des Preußischen Herrenhauses, und Carl Legien gemeinsam herausgegebenen bürgerlich-sozialdemokratischen Sammelwerk „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland" als Autor neben u.a. Philipp Scheidemann, Gustav Noske und Hugo Heinemann als besonderen Beweis für die durch den Krieg geschaffene, neue Situation vorzuführen, [44] nominierte sie auf der anderen Seite während der gesamten Kriegsdauer Lensch kein einziges Mal als Redner der Fraktion im Reichstag, für die er zuvor recht häufig gesprochen hatte. Rücksicht nehmen mußte der Parteivorstand jedoch auch auf den wachsenden Einfluß, den die Weltrevolutionstheorie der Gruppe in zunehmendem Maße vor allem in Kreisen der höheren Funktionäre der Gewerkschaften, aber auch der Partei gewann. Abmessen läßt sich diese wachsende Bedeutung an den Auseinandersetzungen im sogenannten „Sozialwissenschaftlichen Verein", einer von Eduard David initiierten Vereinigung von Anhängern der Partei-Mehrheit, welcher neben anderen, vor allem Reichtstagsabgeordneten, Paul Lensch, Heinrich Cunow, Konrad Haenisch, Julius Kaliski, Curt Baake, Gustav Bauer (2. Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften), Albert Baumeister und Wilhelm Jansson (beide Sekretäre der Generalkommission), Adam Neumann (Holzarbeiterverband), Hugo Poetzsch (Vorsitzender der Gewerkschaft der Gastwirtsgehilfen)

42 *Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses vom 7. und 8. April 1915,* o.O. o.J., S. 64.

43 Wolfgang Heine, *Erinnerungen „Politische Aufzeichnungen"*, Manuskript, Bd. 3, 4. August 1914–24. Oktober 1918, Bundesarchiv Koblenz, Kleine Erwerbungen 371-3, S. 26.

44 *Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland,* hrsg. von Friedrich Thimme und Carl Legien, Leipzig 1915, Vgl. hierzu: Ursula Ratz, *„Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland". Eine bürgerlich-sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft aus dem Jahre 1915,* in: *IWK,* H. 13 (1971), 1–27.

angehörten. Im Rahmen einer Diskussion über die Kriegsziele und die Ausrichtung der zukünftigen deutschen Politik fand in der Vereinigung im Sommer 1916 eine Konferenz statt, die sich über drei Tage erstreckte. Die beiden Grundsatzreferate wurden von David und Lensch gehalten. In einem der geheimen Berichte des Büros für Sozialpolitik heißt es hierzu: „Die auch in der Presse bereits leise hervorklingende Scheidung in eine 'englische' und eine 'russische' Orientierung bildete den grundlegenden Unterschied zwischen Davids und Lenschs Vortrag. [. . .] Über diese grundsätzlichen Betrachtungen, die von beiden Referenten mit viel Material belegt wurden, ist der Ausschuß bisher nicht hinausgekommen. Es fällt bereits auf, daß von den Anwesenden die Mehrzahl mehr Lenschs als Davids Darlegungen Geschmack abgewinnen zu können schien, obsschon Lensch mit seinen Ansichten gegen alle Parteitradition verstößt, während David die Gedanken vertritt, die, soweit man überhaupt an die Zukunft dachte, in der Parteimehrheit bislang vorherrschten". [45] Ausschlaggebend für die Politik der Parteimehrheit blieb jedoch die Davidsche Richtung, die Übernahme der Theorie der Lensch, Cunow, Haenisch hätte auch eine Übernahme von deren Konsequenzen gefordert, darauf aber konnte die Parteiführung nicht eingehen. Die Differenz der Anschauungen blieb bestimmend für das gegenseitige Verhältnis.

Kriegsende und Auflösung der Gruppe.

Ohne daß dies je ausdrücklich von ihnen formuliert worden war, hatten Lensch, Cunow und Haenisch doch stets mit einem Siege Deutschlands oder zumindest mit einem unentschiedenen Kriegsende gerechnet. Die im Sommer 1918 sich abzeichnende Niederlage mit all ihren Folgen nahm der Gruppe die Grundlage ihrer politischen Existenz. Das Ende des Krieges bedeutete auch das Ende der Gruppe. Neben diesen objektiven Ursachen hatten seit dem Frühjahr 1918 innere Auseinandersetzungen vor allem zwischen Lensch und Haenisch sowie zwischen Haenisch und Parvus die Zusammenarbeit zunehmend erschwert. Während Haenisch und Cunow nach 1918 den Weg zur Parteimehrheit und deren Politik zurückfanden und von der Partei in bedeutende Funktionen delegiert wurden, [46] ging Paul Lensch den einmal eingeschlagenen Weg zu Ende. 1922 trat er aus der SPD aus, bis zu seinem Tode 1926 war er zunächst Mitarbeiter, dann Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", des Organs der Schwerindustrie.

45 *Berichte des Büros für Sozialpolitik betreff: Stimmung innerhalb der sozialdemokratischen Partei,* Bericht vom 26.9.1916, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München, MA 95 736, Nr. 101533.

46 Konrad Haenisch wurde 1918 preußischer Kultusminister; 1921 mußte er nach einer Kabinettsumbildung das Amt abgeben. Von 1923 bis zu seinem Tode 1925 war er Regierungspräsident in Wiesbaden. Heinrich Cunow, Mitglied der Nationalversammlung, gehörte neben Karl Kautsky und Otto Hue zu den sozialdemokratischen Mitgliedern der Sozialisierungskommission. 1925 war er Mitverfasser des Heidelberger Programms der SPD. Seit 1919 hatte er eine Professur an der Berliner Universität. Cunow starb 1938.

PAUL LEVI AND THE COMINTERN: A POSTSCRIPT

By Arnita Ament Jones

In 1930 when Paul Levi died, one of the leading socialist journals began his obituary with the following introduction: „The last Communist in Germany has just died". [1] Indeed, though by that time Levi had been leader of the SPD Left for several years, as well as one of that party's most eloquent Reichstag spokesmen, he was generally recognized as the heir and custodian of the Luxemburg tradition. He had first come to know Luxemburg before the war when, as a young lawyer, he hed defended her in the notorious anti-military propaganda trial. After the murders of Luxemburg and Liebknecht in the socalled January uprising of 1919 Levi had, for a short time, fallen heir to her position as leader of the KPD and through the years had seen to the publication of some of her works. [2] At the point of his own death Levi was involved with the Jorns trial, which dealt in a complicated way with Luxemburg's murder. [3] It was during the trial that he became ill, and in a delirium brought on by high fever, either fell or jumped from the window of his apartment. During the course of this illness, he talked much of Rosa Luxemburg and of death. Ironically, his body was found in the courtyard not far from where, eleven years before, Luxemburg's corpse had been retrieved from the canal into which her murderers had thrown it. [4]

Levi's break with the KPD had occurred several years before, in 1921. 1921 was, in fact, a year of decision both for the KPD and for its leader Paul Levi, who had inherited his position shortly after the death of Rosa Luxemburg in early 1919. After two years of chaos and often illegal status, the German Communists had recently become the beneficiaries of the Comintern's great victory at Halle, where a majority of the USPD Congress voted to throw in its lot with that organization by accepting the Twenty-One Conditions and merging with the KPD. Now no longer a small sectarian group despised as a lunatic fringe, the KPD was on the way to becoming a mass party; and no one took greater satisfaction in this turn of events than Paul Levi. [5] Hopes among old and new Communists were high, both because

1 Georg Decker, *Opposition*, in: *Die Gesellschaft* 7 (1930), p. 196.

2 Rosa Luxemburg, *Die russische Revolution*, Berlin 1922, and Rosa Luxemburg, *Einführung in die Nationalökonomie*, Berlin 1925.

3 Istvan Deak, *Weimar Germany's Left-Wing Intellectuals: A Political History of the Weltbühne and its Circle*, Los Angeles 1968, pp. 281–82. See also the biography by Charlotte Beradt, *Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik*, Frankfort/M. 1969, pp.119–127.

4 Charlotte Beradt, *Paul Levi . . .*, pp. 144–51. The entire Levi *Nachlaß*, formerly a part of the Library for Political Studies, private library of Joseph Buttinger in New York, has recently been placed with the Friedrich-Ebert-Stiftung, Bibliothek des Archivs der Sozialen Demokratie in Bonn-Bad Godesberg. Paul Levi, *Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie*, Charlotte Beradt, ed., Frankfort/M. 1969, contains various selected material from this *Nachlaß*.

5 The USPD has been the subject of considerable recent research, a significant portion of which remains unpublished. See, for instance, by Robert F. Wheeler, *The Independent Social Demoratic Party and the Internationals: An Examination of Socialist Internationalism in Germany 1915 to 1923*, Phil. Diss. University of Pittsburgh 1970 (a German translation has just been published: Robert F. Wheeler, *USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution*, Berlin 1975); Dan Lincoln Morill, *The Independent Social Democratic Party of Germany and the Communist International: March 1919 – October 1920*, Phil. Diss., Emory University 1966; Arthur J. Ryder, *The Independent Social Democratic Party and the German Revolution*, Phil. Diss., St. Anthony's College, Oxford 1968 and Albert E. Shirk, *The Problem of the Communist International for French and German Socialism, 1919–20*, Phil. Diss., Harvard University 1968. Several of these and other works are discussed in John A. Maxwell, *On American*

they expected aid and direction from the Bolsheviks in Russia but also because real revolution seemed once again within their grasp; for Germany then was besieged by an increasingly alarming inflation rate and faced also probable confrontation with the Entente powers over the reparations issue. [6] The November Revolution of 1918 had clearly not brought a socialist republic to the German masses but had only increased their misery. In such circumstances it was not illogical to conclude that the loyalty of those still supporting the moderate parties could be undermined. Such high hopes proved to be illusory. The German government did not deal effectively with its problems while the masses of workers, far from being radicalized, sank deeper into apathy. Partly out of frustration at this situation, as well as for other reasons, the KPD underwent several crises during 1921 – crises which had the ultimate result of alienating the bulk of its mass support won so recently at Halle. Not least of these problems was the abortive putsch known as the March Action, an irresponsible provocation of the workers which led to the death of many and resulted in recriminations among the

Studies of the German Labor Movement, 1848–1933, in: *Archiv für Sozialgeschichte,* 14 (1974), pp. 593–609. Accounts of the Halle Congress may be found in older histories or memoirs such as Eugen Prager, *Geschichte der USPD, Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,* Berlin 1921; or Toni Sender, *The Autobiography of a German Rebel,* New York 1939. See also Richard Hunt, *German Social Democracy, 1918–33,* New Haven 1964, for a brief treatment of the USPD. A most useful new work is Albert S. Lindemann, *The „Red Years": European Socialism versus Bolshevism, 1919–1921,* Berkeley 1974, especially his Chapter VIII, subsection entitled „Paul Levi and the Comintern", pp. 274–86. – A standard treatment of the KPD during this period is Ossip K. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik,* Offenbach/M. 1948, (second ed. Frankfort/M. 1969); more recent is the work of Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik.* 2 Vols, Frankfort/M. 1969, as well as the documentations contained in his *Das Prinzip Links. Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland 1848–1973,* Hannover, 1973. Also by Weber are *Zu den Beziehungen zwischen der KPD und der Kommunistischen Internationale,* in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte,* 16 (1968), pp. 177–208; *Zwischem kritischem und bürokratischem Kommunismus. Unbekannte Briefe von Clara Zetkin,* in: *Archiv für Sozialgeschichte, 11* (1971),pp.417–448 and *Zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland,* in:*Archiv für Sozialgeschichte,*12 (1972), pp.535–545. Most important for Levi's break with the Comintern are Werner T. Angress,*Stillborn Revolution: The Communist Bid for Power in Germany 1921–23,* Princeton 1963. See also *Paul Levi and Moscow* in: *The Comintern: Historical Highlights, Essays, Recollections, Documents,* Milorad M. Drachkovitch and Branko Lazitch, eds., (Hoover Institution Publications), New York 1966, pp. 271–310. Gerhard P. Bassler, *The Communist Movement in the German Revolution 1918–19: A Problem of Historical Typology ?* , in: *Central European History,* 7 (1973) pp. 233–279; Franz Borkenau, *Worl Communism,* Ann Arbor 1962; Helmut Gruber, *International Communism in the Era of Lenin,* Ithaca 1967; James Hulse, *The Forming of the Communist International,* Stanford 1964, Peter Lösche, *Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie* (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Vol.29), Berlin 1967; Richard Löwenthal, *The Bolshevization of the Spartacus League* in: David Footman, *International Communism* (St. Anthony's Papers Nr. 9) Carbondale 1960, pp. 23–71 and Dieter Fritz, *Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) im Vergleich mit der KPO und SAP. Eine Studie zur politischen Ideologie des deutschen „Rechts"-Kommunismus in der Zeit der Weimarer Republik,* Phil. Diss. University of Bonn 1966. Biographies and memoirs are also helpful, particularly Willy Brandt and Richard Löwenthal, *Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. Eine politische Biographie,* Munich 1957; Karl Retzlaw, *Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters,* Frankfort/M. 1972; Warren L. Lerner, *Karl Radek: The Last Internationalist,* Stanford 1970; and John M. Cammett, *Antonio Gramsci and the Origins of Italian Communism,* Stanford 1967.

6 Levi early had reservations about the revolutionary situation in Germany at this time. See his *Zum Stand der proletarischen Bewegung in Deutschland,* ms. in Levi *Nachlaß.* For a more optimistic assessment from the USPD side see Curt Geyer, *Für die dritte Internationale,* Berlin 1920.

party leaders that were felt all the way to Moscow. Many of the German Communists, and most particularly Paul Levi, became bitterly disillusioned about the degree and nature of control the Comintern was trying to impose and the fact that Comintern agents had instigated the March Action. To make matters worse, the position of Russia itself was no longer inspirational. Far short of the conquest of Poland and triumphant march westward which had seemed possible scarcely a year and a half before, the Russian Communists had had to crush a proletarian rebellion at Kronstadt in March of 1921 and retreat on the economic front as well, returning to a form of capitalism at home and economic concessions to foreign governments abroad. By the end of this year, during which Lenin and other important Bolsheviks finally came to believe the revolutionary situation had ended, Paul Levi, who had hoped to lead a revolutionary mass party, found himself facing the unwelcome prospect of making his peace with the reformist SPD or being shut out of political life altogether. – The March putsch of 1921 precipitated a public break between Paul Levi and both, KPD and Comintern. It had been initiated secretly by Béla Kun, a Comintern representative who persuaded the KPD leadership that provocation of the workers to armed uprising would be the needed spark to set off revolution in Germany. The German Communists were particularly vulnerable to Comintern pressures, for as of February 22, 1921, Levi and his supporters had resigned their seats on the „Zentrale" or executive body of the KPD. They did so in response to an issue which had arisen out of the split provoked by Comintern representatives in the Italian Socialist Party at the Leghorn Congress a few weeks before. Levi had been an observer there and had supported Serrati in his refusal to bow to the demands of Comintern representatives that the less militant majority of his party be purged. The Leghorn Congress was not Levi's first difference of opinion with Comintern leaders, particularly Radek and Zinoviev. Indeed, resentments had been building as far back as the KPD's Heidelberg Congress in 1919 when Levi had succeeded in expelling his party's extreme left or „putschist" wing, later known as the KAPD („Kommunistische Arbeiter Partei Deutschlands"). Yet the Comintern had never repudiated this group; instead it had invited the KAPD to become a conditional member just weeks after the unification of the USPD with the KPD. Tensions were high, then, so that Levi's criticism of the Leghorn affair become the perfect vehicle for Radek and others to organize a faction against his leadership. When the matter came to a vote of confidence in the „Zentrale", it became clear that Levi and his supporters were in the minority – hence their resignations. [7]

7 Marie-Luise Goldbach, *Karl Radek und die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1918–1923.* Bonn 1973, pp. 52–54, 73–94, argues that mistrust of Levi had been building within the Comintern leadership since the Second Congress in 1920, that Radek used the Leghorn issue to isolate Levi within the KPD and that Radek had already decided by then that a total break with Levi was necessary. Goldbach's work also contains a protocol from a meeting of the Executive Committee of the Comintern, Feb. 22 and 23, 1921, in which the problem of Levi's leadership was discussed and in which Zinoviev assorts: „it would be better to lose Levi than the respect of the world proletariat", p. 143. See also Albert S. Lindemann, *The Red Years. . .* , pp. 269–74, and Helmut Gruber, *The Twenty-One Conditions and Communist Discipline: The Italian Example,* in: Helmut Gruber, *International Communism . . .*, pp. 280–85; Paul Levi, *The Beginning of the Crisis in the Communist Party and International,* in: Helmut Gruber, *Ibid.*, pp. 304–309; Helmut Gruber, *Paul Levi and the Comintern,* in: Helmut Gruber, *Ibid.*, pp. 391–407; Willy Brandt and Richard Löwenthal, *Ernst Reuter . . .* , pp. 145–50, and Richard Löwenthal, *The Bolshevization . . .*, pp. 52–56. Serrati eventually did return to the Comintern, however; see Franz Borkenau, *World Communism,* p. 271.

Those remaining in a position of leadership within the KPD were eager for action and thus easy prey to the machinations of Bela Kun, who was willing to use fraud and sabotage to ignite the expected proletarian revolution.The death, the imprisonment and disillusionment of the workers were the consequences of the putsch instead, and this caused Levi to feel compelled to expose publicly those who were responsible. The result was a brochure entitled „Unser Weg. Wider den Putschismus," written in an attempt to salvage whatever was left of the credibility that the KPD had with the proletariat. For his trouble Levi was expelled from the Communist Party of Germany and the Comintern, even though the Comintern Congress in June of that year repudiated the tactics which had precipitated the March Action. [8] Recently scholars who have described the break between Levi and the Comintern have generally focused their attention on Levi's expulsion and the issue it created at the Congress the following June. Such accounts portray him as their heir to the Luxemburgist democratic Marxist tradition who belatedly realized that he could no longer cooperate with the Bolshevik-dominated Comintern. [9] It was Levi who gave the oration at her funeral and who, after Leo Jogiches, succeeded her to leadership of the KPD. He did, in fact, many times afterward portray himself as her disciple. But it had also been Levi who persuaded Luxemburg to meet with Karl Radek during the revolutionary days in Berlin in 1919 at a time when she said „we need no commissar for Bolshevism in Germany", [10] and it was Levi who persuaded her not to make public her criticisms of the Russian Revolution during the last days of the war. [11]

There is evidence that Paul Levi did not turn his back on Bolshevism or Communism quite so finally as the drastic step of publication of the brochure „Unser Weg. Wider den Putschismus" has suggested. After the uproar over the pamphlet and the decisions of the Third Comintern Congress – which Levi regarded as a personal defeat – he organized the KAG („Kommunistische Arbeitsgemeinschaft"), at first a kind of oppositional faction within the KPD which centered around a periodical, entitled „Sowjet", later „Unser Weg", [12] The KAG was composed of those who like Levi had been expelled from the KPD and others remaining in the party who sympathized with it. Its aim was, as Levi put it, „to save, in this most difficult

8 The most detailed accounts of the episode known as the March Action may be found in Werner T. Angress, *Stillborn Revolution . . .*, pp. 119–60; Willy Brandt and Richard Löwenthal, *Ernst Reuter . . .*, pp. 145–56, Franz Borkenau, *World Communism*, pp. 208–219 and Helmut Gruber, ed., *International Communism . . .*, Part 3, Sect. II, *The German March Action*, which includes documents and a commentary, pp. 313–358.

9 The influence of Luxemburg is taken for granted by Levi's biographer although she points out that they had disagreed on the Russian Revolution. The definitive biography of Luxemburg is Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, 2 Vols., New York 1966. A collection of obituaries on Levi (1930) found in the Levi *Nachlaß* includes a number of characterizations of Levi as her student and follower.

10 Paul Levi, *Notizen*, in: *Unser Weg* 4 (August 25, 1922), No. 15, p. 339. He reported here that Rosa Luxemburg had only one feeling for Radek: nausea. „I appreciate that today more than I did then", he recalled.

11 Charlotte Beradt, *Paul Levi . . .*, p. 65; Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, Vol. 2, pp. 697–98.

12 On May 1 Levi took over the publication and editorship of a periodical known as *Sowjet, (Kommunistische Zeitschrift)*, formerly published in Vienna by Otto Kaus as *Sowjet: Kommunistische Monatsschrift*. On July 1 the name was changed to *Unser Weg (Sowjet). Zeitschrift für kommunistische Politik*. The latter name was used until April of 1922, when it was changed to *Unser Weg. Halbmonatsschrift für Sozialistische Politik*.

hour which ever a party has experienced, what is left to be saved". [13] Initially this group hoped to recapture leadership of the Communist Party of Germany but it suffered a severe setback at the Jena Congress in August, where it became clear that the KAG could speak for only a minority. At the Jena Congress the KPD had elected Ernst Reuter-Friesland to be General Secretary. A Left Opposition leader from the Berlin party organization, Reuter-Friesland had been a prisoner of war in Russia and a Commissar on the Volga after the Russian revolution before he returned to Germany in 1919 and became active in the KPD. Opposed to what he considered the too conservative tactics of Levi, he had by late 1921 begun moving in the direction of pragmatism and moderation that was to eventually lead him back to the SPD. [14] Hopeful that under Friesland's leadership there was yet a possibility of salvaging the KPD from left sectarianism, the KAG held a national conference on November 20, 1921. At that time it published a set of demands for conciliation with the KPD which included independence of, although not a break with, the Comintern. [15] While the KAG has yet to be given full attention by scholars, other documents from its files in the „Levi Nachlaß" also demonstrate that this group had not yet opted for a complete break with either Comintern or KPD, as late as November of 1921. [16]

Most intriguing is the existence of correspondence in the „Levi Nachlaß" which suggest that Levi was willing to go over the heads of the KPD leadership and may have been carrying on his own private negotiations with Comintern representatives as late as mid-December 1921. [17] Nor was this inconsistent with the position of Levi's comrades in the KAG. Earlier in December there had appeared in the SPD's „Vorwärts" the publication of documents, confiscated at the border from Clara Zetkin on her way to Moscow in June of 1921, which contained proof of the complicity of certain leaders of the KPD in provoking the March Action. Reuter-Friesland's response was to disavow the March Action, some of the details of which he had never known, and to demand the resignatiom of those involved. For taking a firm stand he was ousted as General secretary and advised to go to Moscow; instead he chose to stay in Germany and fight for support within the KPD. He had, by this time, come close enough to the position of the Levi group that he was willing to cooperate with the KAG. The complete break, marked by Reuter-Friesland's expulsion from the KPD and the subsequent entry of both his

13 Paul Levi, *Ein Geleitwort*, in: *Sowjet*, 3 (May 1, 1921), No. 1, p. 1. For terms of the purchase of the paper see Charlotte Beradt, *Paul Levi . . .*, p. 63.

14 Willy Brandt and Richard Löwenthal, *Ernst Reuter . . .*, pp. 175–89; Werner T. Angress, *Stillborn Revolution . . .*, pp. 197–204, Karl Retzlaw, *Spartakus*, pp. 176–77.

15 *Resolution der 1. Reichskonferenz der KAG*, in: *Unser Weg*, 3 (December 1921), No. 15, p. 415.

16 Werner T. Angress, *Stillborn Revolution . . .*, gives the most published information to date on the KAG. The Levi *Nachlaß* contains correspondence about attempts to organize the opposition. A number of these letters are not signed, making it impossible to verify the author absolutely but an analysis of the entire collection leads to the conclusion that these are almost certainly the work of Max Sievers, former member of the „Zentrale" under Levi, and I have so attributed them. Mathilde Jacob generally signed as „responsible" for the journal and undoubtedly was responsible for much of the technical part of its preparation according to Charlotte Beradt, *Paul Levi . . .*, p. 63. Sievers performed his role as business manager of the „Internationale Verlagsanstalt" until January, 1922; see letters from Levi to Sievers, January 5, 1922, and Sievers to Levi, January 6, 1922, in *Levi Nachlaß*.

17 See material cited in notes 25, 32, 40, 43 and 46 below.

and Levi's followers into the truncated USPD, came not until January of 1922. [18] The KAG records as well as the Levi material examined below strongly suggest that during most of 1921 there was at least the possibility that events could have turned out differently. While this conclusion is somewhat at variance with the image of Levi as the disillusioned Luxemburgist betrayed by the Bolsheviks, it is reflective of the fact that the career of Levi up to this point contained both traditions. Luxemburg herself became a weapon in the hands of a group that had not chosen between democratic socialism and Bolshevism until the end of 1921. This choice was not made swiftly, the result of a sudden disillusionment; it was instead slow and painful. [19] What follows is an examination of some of the evidence from 1921 which bears on this conclusion. – It is clear that in the spring of 1921 Levi hoped to appeal his case over the heads of the German party leaders, even the Comintern leaders, to Lenin himself. This was not inconsistent or illogical on his part. Even though the March Action had been instigated by a Comintern agent, it later became apparent at the Third World Congress of the Comintern in June of 1921 that there were differences between Lenin and Trotsky on the one hand and Zinoviev and others of the ECCI („Executive Committee of the Communist International") on the other. [20] In a recent published letter to Lenin, Levi attempted to acquaint him with the German situation as well as his own plans as of late March, 1921. [21] Here he reported to Lenin the generally unfavorable conditions for proletarian revolution in Germany and relayed the information that the Comintern agents had said the Russian situation made diversionary tactics in Germany necessary. Making a personal appeal to Lenin to investigate and act, Levi for his part promised to do nothing to hinder the uprising which continued on through the first of April, but did inform him of his plans to do a brochure on the subject. Continuation of irresponsible provocations of the workers would lead to the destruction of the KPD within six months, Levi predicted, and would result in the struggle not of proletariat against the bourgeoisie but of the Communists against a majority of the proletariat. In January, in an Open Letter to the trade unions, Levi had tried to promote cooperation among the working class of all parties, a continuation of what he termed two years of painstaking effort to build the confidence of the masses in the KPD. This was, complained Levi, being destroyed by the March Action. [22] „Unser Weg" was published April 12, 1921, and was a much more eleborate statement of Levi's concerns

18 Willy Brandt and Richard Löwenthal, *Ernst Reuter. . .*, pp. 197–204; Werner T. Angress, *Stillborn Revolution . . .*, pp. 214–19. See also Max Sievers to Polenz, December 16, 1921; Sievers to Weisse, December 15, 1921; Polenz to Sievers, December 11, 1921; Sonnenburg to Sievers, December 12, 1921, and Paul Levi to Mathilde Jacob, November 12, 1921, all in the *Levi Nachlaß*. In the latter letter Levi discusses his contacts with Reuter-Friesland.

19 For an analysis of the role of „Luxemburgism" in international communism see *Luxemburgism – Weapon and Myth*, in: Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, Vol. 2, pp. 787–827.

20 Curt Geyer, one of those who sympathized with Levi happened to be in Moscow at the time of the March putsch. He later reported that upon giving a skeptical reply to a query from Lenin about the prospects for the uprising he met with no rebuke, but was attacked immediately on giving this same answer to Comintern functionaries. Willy Brandt and Richard Löwenthal, *Ernst Reuter . . .*, believe that Zinoviev may have felt particularly in need of instigating a diversionary activity to strengthen his position at home, p. 154.

21 Paul Levi, *Brief an Lenin*, in: Paul Levi, *Zwischen Spartakus . . .*, pp. 37–44.

22 Franz Borkenau, *World Communism*, p. 200, 218, estimates that due to the March Action the KPD lost about 200.000 of its 350.000 members. Most of these had been gained only so recently as December of 1920, when a small 50.000 member KPD merged with about a third of the USPD's 800.000 members.

along these lines; but it remained consistent with his sentiments already expressed to Lenin that the highest level of Soviet leadership must take a hand in the ECCI and prevent it from destroying the Communist parties of western Europe. – [23] One of Levi's supporters in his stand against the March Action had been Clara Zetkin, a long time leader in the women's movement and close friend of Rosa Luxemburg. During this crisis they maintained close contact. Zetkin felt that Levi's brochure was „quite excellent", although she correctly feared it would lead to his expulsion from the party. [24] Nonetheless, she too pursued a policy of direct appeal to Lenin, who sent the following reply, dated April 16, 1921, obviously in response to earlier letters.

Genossin Zetkin und Genossen, 16. April 1921
Liebe Freunde!
Besten Dank für Ihre Briefe. Ich war leider letzte Wochen so beschäftigt übermüde, daß ich fast absolut nichts aus der deutschen Presse habe lesen können. Nur den Offenen Brief gesehen und für *ganz richtige* Taktik gehalten (die gegenteilige Meinung unserer „Linken", die gegen diesen Brief waren, habe ich getadelt). Was die letzte Streik- und Aufstandsbewegung in Deutschland betrifft, habe absolut nichts gelesen. Daß ein Vertreter der Exekutive dumme Taktik vertrat, zu „linke", sofortige Aktion „um den Russen zu helfen", das glaube ich gerne: dieser Vertreter ist oft zu link[s.] Sie müssen m.E. in solchen Fällen nicht nachgeben, sondern protestieren und die Frage sofort (offiziell) an das Plenum des Exekutivbüros bringen.
In Bezug auf Serrati halte ich Ihre Taktik für einen Fehler. Irgendwelche Verteidigung oder Halbverteidigung von Serrati war ein Fehler. Aber Austritt aus der Zentrale!!? ? Der jedenfalls der größte Fehler! Wenn wir solche Gepflogenheiten dulden werden, daß verantwortliche Mitglieder der Zentrale austreten, wenn sie in der Minderheit geblieben sind, dann wird die Entwicklung der Kommunistischen Partei niemals glatt gehen. Statt austreten – strittige Fragen mehrere Male besser *mit* der Exekutive ventilieren. Jetzt will Genosse Levi eine Broschüre schreiben – d.h. vertiefen der Gegensätze. Wozu das alles? ? Das ist nach meiner Meinung ein großer Fehler.
Warum nicht abwarten? Am 1. Juli Kongreß hier. Warum nicht eine private Besprechung hier *vor* dem Kongreß? Ohne öffentliche Polemik, ohne Austritte, ohne Broschüre über die Differenzen. Wir haben zu wenig erprobte Kräfte, daß ich wirklich empört bin, daß Genossen Austritt erklären usw. Alles mögliche und etwas unmögliches dazu tun – aber; koste es, was es wolle, Austritte vermeiden und Gegensätze nicht verschärfen.
Unsere Lage war im Februar und März schwierig. Bauernland. Bauernschaft enorme Mehrheit der Bevölkerung. Schwankt. Ruiniert, unzufrieden. Aber zu pessimistisch dürfen wir nicht sein. Wir haben rechtzeitig Konzessionen gemacht und ich bin sicher, daß wir siegen werden.

Beste Grüße und beste Wünsche
Ihr Lenin [25]

23 Paul Levi, *Unser Weg. Wider den Putschismus*, in: Paul Levi, *Zwischen Spartakus . . .*, pp. 44–94.

24 Zetkin to Levi, April 11, 1921. *Levi Nachlaß.*

25 Lenin to Zetkin und Genossen, April 16, 1921, *Levi Nachlaß*, marked *Abschrift von Abschrift.* This letter is the same, except for a difference in the salutation („Genossen Zetkin und Levi!") and minor difference in wording and punctuation, as that reproduced in Wladimir Illitsch Lenin, *Briefe*, Vol. 7, *November 1920 – Juni 1921*, Berlin (East) 1970, pp. 150–151. This volume also includes a *Telegramm an W.L. Kopp*, pp. 183–184, dated May 7, 1921, which gives instructions for a certain „Thomas" (i.e. J.S. Reich, business manager of the Berlin publication house of the Comintern) to deliver a letter to Levi and Zetkin.

Lenin may have had reservations about the March Action but there is no evidence these views were early communicated to the ECCI. „Rote Fahne" was able to print a message from the Comintern which read in part as follows: „‚The Communist International says to you: You acted rightly! The working class can never win victory by a single blow. . . Prepare for new struggles . . .' " [26] Levi was predictably expelled from the party on April 15, by a vote of 36 to 7, shortly after the publicaton of his pamphlet on April 12. This action was endorsed by the ECCI on April 29. [27] By this time Lenin may have become involved, for no others of the dissidents in Levi's circle were purged at that time. Clara Zetkin did go to the Comintern Congress in June, where the German problem was a key item on the agenda. Zetkin and others were prepared to argue the case and Levi constructed a long statement of his position to be delivered to the ECCI, defending himself by arguing that going public with his statement was the only way to communicate with the masses and save what was left of their confidence in the KPD. [28] Zetkin, with her immense prestige in the women's movement, was a force Lenin could not ignore; nor did he wish to, because by this time he had made himself more informed of the situation in Germany and had come to believe that the March Action had been a misguided failure. In this interview, which he had promised in his April 16 letter, Lenin made it clear that Levi, because of his breach of discipline, had become a separate case in himself; as Lenin put it „Paul Levi is his own worst enemy". [29] But Zetkin defended him vigorously, describing how he had wept in sorrow for the party he felt was lost and how he had published the brochure only in a spirit of self sacrifice in order to turn the KPD back to its proper course. Lenin was impressed but reminded her that „The way to hell is paved with good intentions". The Congress hat to discipline Levi severely; still, if he could accept the discipline, write only anonymously for a while, in three or four months Lenin promised his rehabilitation. – Levi would be forced to demonstrate his loyalty by giving up his Reichstag mandate, ceasing publication of the periodical „Unser Weg", and publicly proclaiming his loyalty to the resolutions of the Third Comintern Congress. [30] In a copy of a letter written to an unidentified comrade Levi expressed his views of the situation at this time, as well as his pessimism about the eventual outcome:

Werter Genosse
ich danke Ihnen für Ihren Brief und ich erinnere mich auch Ihrer sehr wohl und des Tages, an dem ich Sie im Reichstag sprach. Ich habe veranlaßt, daß Ihnen die Hefte meiner Zeitschrift zugehen. Clara ist immer noch bei unserer Gruppe. Ich habe erst in diesen Tagen Nachricht von ihr bekommen und ich hoffe, daß sie schon in 8 Tagen etwa zurück sein wird. In Moskau stehen Lenin, Trotzki und viele andere vollständig auf meinem Standpunkt, nur wird mir eben nicht verziehen, daß ich so rücksichtslos war, aus der Krone des Exekutiv-Komitees einen Stein zu brechen. Es ist sehr bedauerlich, daß das sein mußte. aber: es *mußte* sein. Das meiste, was über die Sünden – wenn man kein schärferes Wort gebrauchen will –

26 *Die Rote Fahne,* No. 165, April 14, 1921, in: Werner T. Angress, *Stillborn Revolution* . . ., p. 171.

27 Werner T. Angress, *Stillborn Revolution* . . .,, pp. 170–77. Karl Retzlaw, *Spartakus* . . ., p. 222, reports having delivered a letter to Levi from Lenin, handwritten in German, in which Lenin agreed with Levi's criticism but took issue with the public breach of discipline.

28 Paul Levi, *An das Präsidium,* Frankfurt, May 31, 1921, ms. in: *Levi Nachlaß.*

29 Clara Zetkin, *Erinnerungen an Lenin,* Berlin 1957, p. 39.

30 *Ibid.*, pp. 38–42; To *G.J. Sinowjew,* dated July 28, 1921, in: Wladimir Iljitsch Lenin, *Briefe,* Vol 8, *Juni–November 1921.* Berlin (East) 1973, pp. 76–77. Similar sentiments regarding the essential correctness of Levi's position are expressed in *Bemerkungen zu den Entwürfen der Themen über die Taktik für den III. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Brief an G.J. Sinowjew,* dated June 10, 1921, in: Wladimir Iljitsch Lenin, *Briefe,* Vol. 7, pp. 268–72.

zu sagen ist, konnte und wollte ich öffentlich nicht sagen; Sie können mir aber glauben: es war toll genug, ehe ich mich entschloß, loszuschlagen. Ich bin auch in der italienischen Frage ganz Ihrer Meinung. Es ist der alte Unsinn, daß man in Moskau immer glaubt, wenn Serrati in Italien oder Levi in Deutschland nicht die Sowjetrepublik verhinderten, dann wäre sie schon längst gekommen. Die Moskauer vergessen vollständig die ganz und gar anderen Verhältnisse in Westeuropa und in Rußland. Hier war eine Agrarrevolution und durchweg 95% der Bevölkerung revolutionär; in Italien spielen die Bauern nur eine geringere revolutionäre Rolle und in Deutschland eine gegenrevolutionäre. In Westeuropa ist das Proletariat zäh organisiert, in Rußland war es die Masse nicht. Das sind so Unterschiede, die man eines Tages auch in Moskau wird begreifen müssen. Leider haben sich die guten Leute in den Kopf gesetzt, nur durch Schaden klug werden zu wollen.

Mit besten Grüßen
Ihr [31]

Early in June Zetkin reported to Levi that at first the situation had been difficult and full of intrique, but recently had improved. She had, indeed, been able to have the long conversation with Lenin described above. Without going into detail she communicated Lenin's view that Levi's expulsion would have to be upheld but that he could come back into the party after a time. Lenin wanted a compromise between the factions of the party, she wrote, even though he agreed with Levi's criticisms of the contemporary leadership. In addition she advised Levi further:

Also sachlich scheinen die Dinge für uns nicht übel zu stehen. Dagegen ist Ihr Fall zunächst „hoffnungslos". Natürlich werde ich vor der erweiterten Exekutive und im Plenum energisch gegen Ihren Ausschluß opponieren. Unsere Freunde werden mich unterstützen. Aber ich darf Ihnen keine Illusionen über den Erfolg machen. Ich bitte Sie dringend, die Sache so ernst zu nehmen, wie sie ist, aber auch so klug, daß sie sich wenden muß, wie das Parteiinteresse es fordert. L.[enin] und Tr.[otsky] schätzen Sie hoch und sind überzeugt, daß Ihnen die Türe offengelassen werden muß, sobald als nur möglich wieder als Führer in die Partei zurückzukehren. Hier kursiert allgemein das Gerücht, daß Ihr Ausschluß nur pro forma aufrecht gehalten werde und für kurze Zeit. Ich habe Anhaltspunkte, um das für mehr als bloßes Geschwätz zu halten und bitte Sie im Interesse der Sache inständig, die Türe der Partei nicht heftig und unklug zuzuschlagen, und sich zunächst ruhig zu verhalten, zum mindesten bis zu meiner Rückkehr und genauer Information. Es ist gewiß ein schweres Opfer, aber Sie müssen das der Sache bringen. Nachdem Sie sich so mutig in den Abgrund gestürzt haben, weil Sie die Partei retten wollten, müssen Sie auch den Willen zu der Selbstüberwindung aufbringen, etwas zu warten und zu schweigen, obgleich nichts schrecklicheres als das Warten ist. [32]

Paul Levi did not follow the advice of either Lenin or Clara Zetkin. Instead he continued his public criticism of KPD policies in „Sowjet", and set about organizing an oppositional faction within the KPD as well. In connection with this task Levi and others made personal appearances and engaged in extensive correspondence with like-minded Communists during the summer of 1921. Typical of this activity is the following letter from the Sievers correspondence, written to a sympathizer in Erfurt.

31 Undated letter in *Levi Nachlaß*, marked *Abschrift*, recipient of letter unknown.

32 Zetkin to Levi, June 2? , 1921, in: *Levi Nachlaß*.

Werter Genosse!
Genosse Levi hat, wie er uns mitteilt, bereits mit Ihnen darüber gesprochen, daß wir von unserem Büro aus in Korrespondenz treten wollen mit allen Genossen, die auf dem sogenannten „levitischen" Standpunkt stehen. Wir wollen uns gegenseitig unterrichten über die Verhältnisse in der Gesamtpartei, was dadurch ermöglicht wird, daß wir kleine Stimmungsbilder aus den einzelnen Bezirken nach hier erbitten und sie dann unseren Genossen übermitteln. Wir hoffen, daß auch Sie sich recht lebhaft an dieser Korrespondenz beteiligen werden. Weiter ist eine rege Propaganda für den „Sowjet", der ab Nr. 5 unter dem Namen „Unser Weg" erscheinen wird, notwendig. Wir bitten dringend darum, daß Sie uns mit Ratschlägen über die zweckmäßigste Art des Vertriebes im dortigen Bezirk an Hand gehen. Nach unseren bisherigen Erfahrungen ist es am vorteilhaftesten, wenn man einen Genossen damit betraut, der den Vertrieb übernimmt, evtl. gegen eine kleine Entschädigung für aufgewandte Mühen und Unkosten. . . [33]
At Moscow at the Comintern Congress the tactics of the March Action had been disavowed, while Levi's expulsion was upheld. In addition a compromise was arranged between the Right Opposition or suporters of Levi and the discredited „Zentrale" in which it was provided that the Levi supporters (though not Levi himself) be assured of toleration and publication in the party organs so long as they renounced any intentions to form a splinter party and pledged themselves to abide by Comintern decisions. [34] This compromise was never implemented; instead, shortly after the Jena Congress of the KPD in August 1921, the most vocal Levi supporters were purged from the party. Nonetheless at least some of the Right Opposition were unwilling to give up their attempt to win support among the rank and file of the KPD. As Sievers put it in an August 6 letter:

Wir aber, d.h. Levi, Geyer, Düwell, Wolff, Handke, ich und andere stehen auf dem Standpunkt, daß der Weg über eine Verständigung mit der Zentrale uns nur in ihren Sumpf hineinführen kann. Wir sind fest entschlossen, mit Zeitschrift und allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, weiter zu kämpfen ohne Rücksicht darauf, ob wir klein oder groß sind, ob wir hinausfliegen oder nicht. Düwell, Geyer, Marcu und ich sind, wie uns mitgeteilt wurde, vor drei Wochen aus der Partei ausgeschlossen worden, sind am letzten Montag wiederum ausgeschlossen worden, der Brief an uns war schon geschrieben und dann wurde alles wieder rückgängig gemacht. Was beweist das? Daß die Zentrale ganz genau weiß, daß sie mit uns durch eine Hand voll Ausschlüsse allein nicht fertig werden kann und deswegen kapituliert man nicht vor einem Gegner, der sich selbst mit jedem Tage von neuem lächerlich macht. . .[35]

A similar letter from the Sievers correspondence of the same date ends on an even more hopeful note and also demonstrates the willingness of the Right to continue contact with the Comintern.
Erfüllen wir die von der Opposition eingegangenen Verpflichtungen, haben wir uns selbst aufgehangen und unsere eigenen Leute verraten. Erfüllen wir sie nicht, geht der Kampf weiter, aber die Gruppe, die ihn führt, wird sehr zusammengeschrumpft und klein sein. Daß wir

33 Sievers to Lindemann, July 6, 1921, in: *Levi Nachlaß.*

34 For a good discussion of the Moscow congress see Paul Levi, *Nach dem 3. Weltkongreß,* in: *Unser Weg,* 3 (August, 1921), No. 7, pp. 204–205. See also Paul Levi, *Von den Konzessiones,* in: *Unser Weg* 3 (July 15, 1921), No. 6, pp. 168–72.

35 Sievers to Lindemann, August 6, 1921, in: *Levi Nachlaß.* Geyer and Düwell mentioned in this letter were former USPD members, Geyer a member of the Levi „Zentrale". Marcu was a journalist and left socialist who was a close personal friend of Levi.

ihn aber führen müssen, steht für uns fest. Wir sind auch der festen Überzeugung, daß wir sehr bald wieder in eine bessere Situation hineinkommen werden, wenn wir hart bleiben. Das beweist auch Moskau, das durch Sinowjew ein Telegramm schickte, in welchem die sofortige Hinreise von Braß und Hoffmann gefordert wird. Beide werden fahren. [36]

Through August and September the purge of the Right Opposition continued, however, so that those expelled had to group themselves into a more formal and public organization as the following letter demonstrates:

Lieber Weisse! 29. September 21.
Inzwischen wirst Du durch die Parteipresse wohl bereits erfahren haben, daß Däumig und Hoffmann aus der Partei ausgetreten sind und nunmehr im Reichstag mit den ausgeschlossenen und ausgetretenen Fraktionsmitgliedern, insgesamt 7 Personen, die neue Fraktion der „Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft" gebildet haben. Das Mitteilungsblatt, das am Sonnabend dieser Woche expediert wird, wird Däumig und Hoffmann als Herausgeber haben und als „Mitteilungsblatt der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft" bezeichnet werden. Die Opposition in der Gesamtpartei macht seit einigen Wochen ganz bedeutende Fortschritte. In Darmstadt, Berlin, Kiel haben öffentliche Versammlungen mit Levi als Referenten stattgefunden und ebenso wird Levi auch demnächst in Königsberg und einige Zeit später im Westen sprechen. Es fanden Oppositions-Konferenzen statt in Thüringen, Württemberg, Hamburg, Königsberg und im Westen. An einigen derselben habe ich selbst teilgenommen und es herrschte allenthalben große Zuversicht und ein guter Geist . . . [37]

The group around Levi had suffered one important defection, however, and for Levi himself it was personally very painful. Clara Zetkin had agreed to what he termed the „foul compromise" in Moscow and despite the purges of the Right Opposition in the KPD soon thereafter, gave her support to the „Zentrale". Levi realized that this meant a parting of the ways for them, and yet was not willing to make a complete break. As he wrote to Mathilde Jacob, former secretary of Rosa Luxemburg and now his own aide,

Liebe Mathilde, Berlin, den 23.8.1921
also Clara ist endgültig umgefallen. Nicht nur uns hat sie verraten, sie hat die Sache gleich konsequent gemacht und auch noch Trotzki verraten indem sie heute eine Resolution angenommen hat – von Maslow bis Clara – in der die Trotzkische Auffassung vom Märzputsch zurückgewiesen wird. Das war selbst Malzahn und Neumann zu bunt: Sie haben sich wieder von Clara getrennt. Ich wünsche ihr gute Reise und werde das noch öffentlich tun; wir werden morgen wieder ein Extrablatt herausgeben wie das beigefügte. [38]

36 Sievers to Habemeyer, August 6, 1921 in: *Levi Nachlaß*. Otto Braß and Adolph Hoffmann mentioned in this letter were former USPD members, Communist Reichstag deputies and members of the Levi „Zentrale", Braß was expelled from the KPD during the Friesland crisis in December. Hoffmann had given long years of service to the pre-war SPD and during the 1918–1919 revolution had served in the Prussian government for a time as Minister of Culture. He left the KPD by September of 1921. See also Paul Levi, *Der Parteitag der VKPD*, in: *Unser Weg*, 3 (August, 1921), Nos, 8/9, pp. 239–40; Paul Levi, *Nach dem Parteitage*, in: *Unser Weg* 3 (September, 1921), No. 10, p. 267; Paul Levi, *Das Ergebnis des Parteitages der VKPD*, and Curt Geyer, *Das Jena der VKPD*, in: *Unser Weg* 3 (September, 1921) No. 10, pp. 212–215.

37 Sievers to Weisse, September 29, 1921, in: *Levi Nachlaß*. Malzahn and Neumann were Levi supporters who were leaders in trade unions and specialized within this area in party work.

38 Levi to Jacob, August 23, 1921, in: *Levi Nachlaß*, marked *Abschrift*. For a brief discussion of Mathilde Jacob's relationship to both Levi and Luxemburg see Agnes F. Peterson, *A Working Woman: Mathilde Jacob*, in: *IWK*, No. 18 (April, 1973), pp. 51–55.

Yet realtions between Levi and Zetkin were not completely broken. There ist even evidence that she may have tried to arrange a meeting between Levi and someone who could intercede for him with the leadership of the Russian party. As the correspondence below demonstrates, Levi was willing to make himself available for these negotiations and thus had not completely closed the door on the Bolsheviks, even if he appears not to have been optimistic about them.

Liebe Mathilde,
Ich kann erst Dienstag früh kommen. Praxis! Hoffentlich haben Sie die Wohnung festgemacht. Von Clara 3 Seiten Brief mit sechs Fuhren Mist. Sie spricht mehr noch gegen Sie als gegen mich. Ich habe ihr respektvoll auch 3 Seiten geschrieben und gemeint: sie soll tun was sie nicht lassen kann und ich mache es gerade so. Sonntag fahre ich zu Adolf W. nach Wildbad, worum die Alte mich gebeten hat.

Herzlichen Gruß von Ihrem Paulchen [39]

The Adolf W. Levi was referring to was Adolf Warski, an old Polish Communist and longtime friend to Rosa Luxemburg. That Levi did make a trip to Wildbad, that they did discuss negotiations with the Comintern even at an unspecified later date, ist documented by a letter from Warski to Levi dated December 9, 1921:

W.G.
In der Unterredung anläßlich meines Besuches bei Ihnen am 3. ds. Mts. erklärten Sie mir, daß Sie immer zu Verhandlungen bereit seien, besonders wenn diese Verhandlungen mit der K.P.R. geführt werden könnten, und wenn die Initiative dazu von einer dritten Seite oder Person ausginge. Ich gab Ihnen darauf keine Antwort, weil ich mich nicht entschliessen konnte, die mir zugedachte Rolle der dritten Person zu übernehmen und zwar aus folgenden Gründen: Schon während Ihres liebenswürdigen Besuches bei mir in Wildbad habe ich meine Meinung dahin geäußert, daß Sie alles tun, um sich den Weg zu der Partei und zur K.I. zu verrammeln und daß schon Ihre erste Broschüre über die Märzaktion wegen ihrer rein negativen sterilen Kritik den Zweck zu haben schien, mit der Partei endgültig zu brechen. Wie ich Ihnen damals gesagt habe, machte auf mich die Broschüre den Eindruck eines Racheaktes.
Warski pointed out that Rosa believed that to share the worst errors of the workers was better than to join with the forces of reaction; this, he intimated, was what Levi was doing in his public criticism. He continued:
Dies, w.G. der Grund, warum ich mich nicht entschließen konnte, die Vermittlerrolle zu übernehmen. Nach unserer Unterredung hoffte ich auf ganz andere Äußerungen und Taten der K.A.G. Statt dessen kam Ihrerseits, wie ich jetzt erfahre, eine neue Erklärung zu den „Vorwärts-Enthüllungen" in demselben Geiste. Somit scheint mir die Sache hoffnungslos. Im Falle aber die K.A.G. in nächster Zeit sich in ganz anderen Bahnen entwickelt, stehe ich Ihnen gern zu jedem revolutionären Dienst zur Verfügung. [40]
The „Vorwärts-Enthüllungen" referred to by Warsky were those documents, confiscated by the Prussian police from Clara Zetkin, and later published in „Vorwärts". The „Vorwärts" publication proved the complicity of the KPD „Zentrale", particularly Hugo Eberlein, in the provocation of the putsch. This in turn provoked a crisis in the KPD, for the General

39 Levi to Jacob, Frankfurt, September 24, 1921, in: *Levi Nachlaß.*

40 Warski to Levi, Danzig, December 9, 1921, in: *Levi Nachlaß.*

Secretary Ernst Reuter-Friesland had not known of Eberlein's activities and now demanded his recall. [41] Thus the hopes of the Levi–KAG group were raised one last time. According to the Sievers correspondences:

Lieber Genosse Polenz Berlin den 16.12.1921
Dann wäre noch mitzuteilen, daß innerhalb der Abteilungen der Zentrale sich einige Genossen unter der Führung von Braß, Friesland u.s.w. zu einem Vorstoß getrennt von uns, aber mit den gleichen Zielen entschlossen haben. Sie lassen eine Resolution zirkulieren und sammeln für dieselbe Unterschriften. Solltet Ihr davon hören, so gebt bitte Eure Unterstützung im weitesten Maße. Friesland scheint es jetzt wirklich ehrlich zu meinen, er hat sich bisher sehr gut gehalten.

Mit kommunistischem Gruß [42]

By the end of December, 1921, Friesland was expelled from the „Zentrale" and well on the way to being forced out of the party. Levi himself was far from optimistic. In a curt reply to the above-mentioned Warski letter he wrote on December 16:

Werter Genosse,
Ich möchte in Ihrem Schreiben vom 9. d.M. zunächst eines richtig stellen: ich habe Ihnen keine Vermittlerrolle angesonnen, sondern habe, als Sie aus eigener Initiative zu mir kamen, auf ihre Frage, ob ich Verhandlungen mit Moskau ablehne, Ihnen wie einem halbend Dutzend ähnlicher Fragesteller geantwortet, daß ich daran nicht dächte, sondern immer zu Verhandlungen bereit sei. Ob Sie auf Grund einer solchen Mitteilung zu weiteren Schritten bereit sind oder nicht, ist eine Frage, die mich nicht direkt interessiert, und die zu entscheiden ich vollständig Ihnen überlasse, genau so, wie ich die Gründe über Ihre Entscheidung vollständig Ihrem Ermessen anheimgebe . . . [43]

Levi continued in this letter to take issue with Warski, pointing out emphatically that Rosa Luxemburg would never have chosen sides with such as Béla Kun. – Rosa Luxemburg was much in Levi's mind in December of 1921 because he had now resolved to make public her criticism of the Russian Revolution written from a prison cell in Breslau in 1918. When he published it early in 1922 Paul Levi closed any doors that might have remained open to him in the Comintern, and he knew it. It was his farewell to Bolshevik Communism and it was a sad farewell: „He who writes this, writes away a piece of his own heart", [44] he ruefully noted in the introduction, as he recalled how he had won out over Luxemburg's insistence on publishing the piece in 1918. His publication of „The Russian Revolution", which represented a watershed in his thinking about Bolshevism, was precipitated by Clara Zetkin's plans to publish, in an edition underwritten by the Comintern, a „collected works" of

41 See note 18 about Reuter-Friesland's contact with the Levi group.

42 Sievers to Polenz, December 16, 1921, in: *Levi Nachlaß.*

43 Levi to Warski, Berlin, December 16, 1921, in: *Levi Nachlaß,* marked *Abschrift.*

44 Paul Levi, *Vorwort und Einleitung zu Rosa Luxemburg, „Die russische Revolution"*, in: Paul Levi, *Zwischen Spartakus . . ., p. 134.*

Luxemburg without „The Russian Revolution". [45] Levi's sentiments against such a publication were strong, and he had no hesitation to make them known to Clara Zetkin in the following letter:

Liebe Genossin Clara,
Mathilde schickt mir den beigefügten Brief mit der Bitte, ihn abzusenden, wenn ich ihn für richtig halte. Ich tue das. Ich bin sogar noch etwas „offensiver" gestimmt. Wie das Verhältnis von Rosa zu den Bolschewiki war, ist ja kein Geheimnis mehr, weder unter uns noch unter den Bolschewiki. Nicht umsonst bin ich letztes Jahr in Moskau immer beargwöhnt worden als der Träger der traditionellen Gegnerschaft von Rosa gegen die Bolschewiki. Das sind nicht meine Wort. Wie das Verhältnis war, ist auch *dritten* kein Geheimnis. Siehe die Kritik Kautskys zu Radeks Schrift im Wiener Kampf! Dieser Lügner (R.[adek] nicht K.[autsky] bringt es ja sogar fertig (in seiner Sudelschrift gegen mich), Rosa für die Bolschewiki in allen entscheidenden organisatorischen und politischen Fragen in Anspruch zu nehmen. . . Wie Rosa zu den Bolschewiki stand, wie sie ihre Größe anerkannte, ihre Fehler kritisierte und ihre Niederträchtigkeiten haßte: Das kann man doch an hundert Stellen ihrer literarischen Nachlässe belegen, selbst wenn man Rosa nie hat sprechen hören. Man braucht doch wirklich nur das Spartakusprogramm zu lesen! Ich erinnere mich noch, als Radek in Berlin angetanzt kam, wie Rosa sich über den Kommunismus für Bolschewismus ausließ.
Kurzum: ich hielte es für politisch falsch und menschlich für ein Unrecht, wenn man die Bedeutung, die die tote Rosa heute noch hat, mit zu den Gütern täte, mit denen die Bolschewiki so umgehen, wie sie schon mit anderen umgingen. Ich kann mir die Herausgabe von Rosas Nachlaß nur in scharfer, kritischer Stellung zu den Bolschewiki denken. Ich bin sogar fest überzeugt, es würde Rosa auf das tiefste empören, wenn sie hörte, daß für sie jetzt Gelder aus Rußland requiriert werden sollen. Die Bolschewiki mögen ihre Gelder ruhig behalten und für die notleidenden Bauern verwenden; ich nehme es auf mich, in Deutschland und von ergebenen Freunden von Rosa soviel aufzubringen, als zur Herausgabe ihres Nachlasses nötig ist. Das ist doch das verdammte an den Russen: sie glauben für Geld alles kaufen zu können. Im März haben sie geglaubt, eine Revolution kaufen zu können, jetzt meinen sie, die Leiche von Rosa sei auch zu haben. Karl Radek und Gregory Sinowjew als Leichenbitter. Ich wünschte sehr, daß die Herausgabe bald erfolgt, aber in *völliger,* materieller und geistiger Unabhängigkeit von Moskau. Dabei kommt keiner zu kurz. Nicht Rosa und nicht die Bolschewiki! Mann sollte dem Kaiser lassen was des Kaisers ist und Gott was Gottes ist..
Ich hoffe, daß es Ihnen gesundheitlich wieder besser geht. Ich selber habe wenigstens ein paar schöne Tage an der Nordsee verlebt.

Wie immer [46]

Levi's introduction to „The Russian Revolution" pointed out the correctness of the criticisms of the Bolsheviks that Luxemburg hat made: the restriction of the franchise to the laboring classes only, the abrogation of the Constituent Assembly and the suppression of basic civil liberties. These mistakes had resulted in the failure of revolution in Russia by

45 Charlotte Beradt, *Paul Levi . . .*, p. 65. See also the September 13, 1921, *Brief an Clara Zetkin,* in: Paul Levi, *Zwischen Spartakus . . .*, about Zetkin's publication plans . In Levi, *Vorwort und Einleitung zu Rosa Luxemburg . . .*, mentioned above, Levi made clear his belief that Lenin and Trotzky would be the first to end concessions to capitalism. But, he mused: „Lenin und Trotzki können sterben; wie werden die Nachfolger sein? " p. 128.

46 Levi to Zetkin, undated, in: *Levi Nachlaß.*

1921. The Kronstadt revolt of the previous March Levi now characterized as the Russian Thermidor, the point at which the revolution turned against itself. He also emphasized a sometimes neglected fact – that he had himself been a Bolshevik. „Not as anti-Bolsheviks do we stand here today, but as Bolsheviks of yesterday against Thermidoreans of today", [47] he wrote shortly after the publication of this work. – When in 1922 the Russian Communists commenced a series of political trials of a number of Social Revolutionaries, their late partners in the October Revolution, one of Levi's followers confirmed this judgment, and recalled the words of Rosa Luxemburg: „Freedom is always the freedom for those who think differently". [48] Levi apparently never considered Bolshevism as an alternative again. The evidence from the year 1921 suggests that the KPD in Germany was not so thoroughly „bolshevized" as may have appeared but it confirms that perhaps Bolshevism, like Communism, has meant many different things to many people and for Levi, at least, it was difficult to turn his back on it completely. It was not „Unser Weg" in April of 1921 but the publication of „The Russian Revolution" early in 1922 that represented his final break and an act of contrition as well. But it was regret for misjudging what Lenin, Trotsky, and the other leading members of the Comintern meant by Bolshevism and Communism as much as a reappraisal of his own goals and values. [49]

When Levi died eight years later he was eulogized as a „communist" by his comrades in the SPD. At the same time, the KPD's „Die Rote Fahne" in a long review of his career, characterized him as a renegade, but still a „renegade out of conviction". [50]

47 Paul Levi, *Ihre Gefängnisse*, in: *Unser Weg*, 4 (May 25, 1922) No. 10, pp. 226–227.

48 Otto Kaus, *Sozialrevolutionäres aus Rußland*, in: *Unser Weg* 4 (June 10, 1922), No. 11, pp. 247–55, especially 253. See also Hans Meyer, *Die russische Revolution und die Internationale*, in: *Unser Weg* 4 (April 1, 1922), No. 6, pp. 130–35.

49 For a reappraisal on Lenin's part of Levi see *Über die Fuchsjadt; Über Levi, Über Serrati*, in: Wladimir Iljitsch Lenin, *Werke*, Vol. 33, *August 1921 – Mai 1923*, Berlin 1963, pp. 192–196.

50 *Paul Levis Ende: Selbstmord im Fieberwahn*, in: *Die Rote Fahne* clipping, February 11, 1930, in: *Levi Nachlaß*.

FÄLSCHER MACHEN ZEITGESCHICHTE. EIN QUELLENKRITISCHER BEITRAG ZUR GEWERKSCHAFTSPOLITIK IN DER ÄRA PAPEN UND SCHLEICHER

Von Henryk Skrzypczak

In seiner 1968 veröffentlichten apologetischen Spätschrift „Vom Scheitern einer Demokratie" konnte Franz von Papen neben anderen Materialien zur Gewerkschaftsgeschichte der Weimarer Endphase auch zwei Aufzeichnungen vorlegen, deren Publikation im Kontext des damals erreichten Forschungsstandes zumindest die Würdigung eines wissenschaftlich herausragenden, wenn nicht sogar sensationellen Ereignisses verdient hätte. Aus den Akten der Reichskanzlei zutage gefördert, stellte sich das erste der beiden Dokumente als ein von Erwin Planck, dem einstigen Staatssekretär Papens, handschriftlich gefertigtes Protokoll dar, das endlich in die vom Kanzler am 30. Juli 1932 mit Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes geführte Unterredung einen authentischen Einblick gewährte. Wie dem Text zu entnehmen war, hatten Leipart und Graßmann – einen Tag vor der Reichstagswahl, nur zehn Tage nach dem Staatsstreich in Preußen – den Kabinettschef der Sorge vor Gewaltaktionen ihrer Verbände enthoben. Mit der rückhaltlos formulierten Garantiezusage eines im strengen Legalitätsrahmen verbleibenden Oppositionskurses verknüpften Graßmann und Eggert sogar die Bereitschaft, sich unter dem Patronat des Staatsstreichkanzlers mit gegnerischen, sprich: nationalsozialistischen Wirtschaftstheoretikern zu treffen. Den Beweis für die Ernsthaftigkeit dieser Absichtserklärung und zugleich für die Doppelzüngigkeit einer Gewerkschaftsführung, die vor Mitgliedern und Öffentlichkeit noch immer angestrengt den Schein unversöhnlicher Gegnerschaft zur Hitler-Partei aufrechtzuerhalten versuchte, lieferte eine weitere Aufzeichnung Plancks, sein ebenfalls „persönlich und handschriftlich" gefertigtes Protokoll einer Geheimunterredung vom 9. September. Geleitet durch ihren eigentlichen Initiator, den Reichswehrminister, und schweigsam beobachtet vom Reichsminister des Innern, bot sie den Nationalsozialisten Wagner und Gregor Strasser die Möglichkeit, einige Spitzenfunktionäre des ADGB im vertraulichen Kreis für die ständische Neuorientierung der Gewerkschaften und ihren geplanten Einbau in den staatlichen Apparat zu erwärmen. Am Ende des ohne jeden Mißton verlaufenden, gelegentlich sogar durch allseitige Heiterkeit unterbrochenen Gesprächs glaubte Herr von Schleicher trotz der spürbaren Vorsicht und Zurückhaltung Eggerts eine erfreuliche sachliche Übereinstimmung konstatieren zu dürfen. [1]

Was der Publikation dieser Texte besonderen Wert für die Forschung verlieh, war weniger die Vermittlung neuer Einsichten in den politischen Hintergrund der Ära Papen und Schleicher als der quellengenetische Aspekt einer verbürgten Urheberschaft – der Niederschrift beider Protokolle durch den seinerzeit zuständigen Staatssekretär. Über den wesentlichen Inhalt nämlich der von ihm festgehaltenen Gespräche war die aufmerksame Öffentlichkeit schon vor Ende des Jahres 1932 voll unterrichtet. In seiner Ausgabe vom 2. Dezember, auf

1 Vgl. Franz v. Papen, *Vom Scheitern einer Demokratie. 1930–1933,* Mainz 1968, S. 258–262 sowie S. 399, Anm. 106 f. – Bei Wagner handelt es sich nach Ursula Hüllbüsch *(Gewerkschaften und Staat. Ein Beitrag zur Geschichte der Gewerkschaften zu Anfang und zu Ende der Weimarer Republik,* maschinenschriftliche Phil. Diss., Heidelberg 1958, S. 177 f.) offenbar um Adolf Wagner, „der später Beauftragter für das Staatsministerium des Innern wurde". Mit größerer Wahrscheinlichkeit ist jedoch Dr. Otto Wilhelm Wagener gemeint, dem ab 1931 die wirtschaftspolitische Abteilung der NS-Reichsleitung unterstand. Vgl. Dirk Stegmann, *Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930–1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung,* in: *Archiv für Sozialgeschichte,* Jg. 13 (1973), S. 418, S. 436 und S. 448.

dem Kulminationspunkt der seit Monaten hartnackig umlaufenden Gerüchte über Kontakte des ADGB zu Schleicher und den Nationalsozialisten, hatte sich der „Volkswille", das Reichsorgan des Lenin-Bundes, in der Lage gesehen, den „Klassenverrat" der reformistischen Gewerkschaftsführer auf eindrucksvolle Weise zu dokumentieren. Hatte die „Rote Fahne" sich zur Begründung ihrer permanenten Alarmsignale bislang allenfalls auf den „Besitz genauer Mitteilungen", auf „Mitteilungen aus absolut zuverlässiger Quelle" berufen können, [2] so wartete das linkskommunistische „Skandalblättchen" [3] jetzt mit handfesten Beweisstükken der obersten Provenienzstufe auf. Mit einer akribischen Sorgfalt, die sich bis auf die Wiedergabe der Registraturnummern und der eigenhändigen Verfügungsvermerke des Kanzlers erstreckte, brachte die Redaktion ihren Lesern genüßlich den Wortlaut des amtlichen Aktenvorgangs über die Konferenzen vom 30. Juli und 9. September zur Kenntnis. [4] Obgleich sich der ADGB nicht nur mit massiven Dementis zur Wehr setzte, sondern auch einen aufwendigen Versuch unternahm, den aus „schmutzigen Fingern gesogenen Unsinn" als ebenso perfide wie plumpe Fälschung zu entlarven, [5] stießen seine Gegendarstellungen weithin auf Unglauben und auf erhebliche Skepsis. Da eine prozessuale Klärung, wie sie dem Bundesvorstand angeblich vorschwebte, [6] in den wenigen Monaten bis zur Liquidation der Gewerkschaften nicht zu erreichen war, blieb die bald überlagerte Streitfrage länger als zwei Jahrzehnte hindurch unentschieden. Ihre wissenschaftliche Analyse ist erst Ursula Hüllbüsch zu danken, die auf dem kombinierten Weg kritischer Textuntersuchung und ergänzender Zeugenbefragung ein für die Glaubwürdigkeit der ADGB-Spitze vernichtendes Urteil erzielte. Demnach wären zwar die im „Volkswillen" abgedruckten Hauptdokumente keine Protokolle im strengeren Sinn, doch von dieser formalen Einschränkung abgesehen, dürften sie „insofern als echt bezeichnet werden, als sie über wirklich stattgefundene Besprechungen und deren Verhandlungsthemen berichten". [7] In der zeitgeschichtlichen Literatur ohne Wider-

2 *Die Rote Fahne,* Jg. 15 (1932), Nr. 172 vom 19. August, S. 1: *Die ADGB-Führer marschieren ins Lager des Faschismus!;* Nr. 174 vom 21. August, S. 1: *Wir enthüllen fertige Regierungsliste: Kabinett Schleicher-Strasser /-/ Frick-Göring-Stegerwald.Geheimverhandlungen zwischen ADGB-Leipart und dem Reichswehrminister Schleicher.*

3 So ursprünglich der Entwurf des ADGB-Dementis, in: Archiv des August-Bebel-Instituts Berlin (künftig zitiert: ABI-Archiv), NB 65/83.

4 Die Ausgabe des *Volkswillens* vom 2. Dezember 1932 ist anscheinend nur noch in DDR-Bibliotheken erhalten. Da alle Bemühungen um Einsichtnahme fehlgeschlagen sind, muß sich die vorliegende Untersuchung auf einen Nachdruck der angeblichen Dokumente stützen, den der ADGB in seiner Abwehrbroschüre *„Klassenverrat"?* (siehe Anm. 5) publizierte. Bedenken gegen diesen Behelfsweg erübrigen sich insofern, als die Gewerkschaftsführung sich nicht dem Vorwurf einer Abweichung von den Texten des *Volkswillens* aussetzen durfte.

5 Vgl. *Vorwärts,* Jg. 49 (1932), Abend-Ausgabe, Nr. 574 vom 6. Dezember, S. 2: *Fälscher am Werke. „Klassenverrat im ADGB"*; nach dieser ersten redaktionellen Stellungnahme, die sich wahrscheinlich auf eine Auskunft des ADGB stützte, veröffentlichte der *Vorwärts* drei Tage später das offizielle Dementi des Bundesvorstands: Morgen-Ausgabe, Nr. 579 vom 9. Dezember, S. 2 *(Schwindel gegen ADGB. Agitation mit gefälschten Protokollen)*; dieses Dementi auch in: *Gewerkschafts-Zeitung,* Jg. 42 (1932), Nr. 51 vom 17. Dezember, S. 811 *(Gerüchte und Fälschungen)*; vgl. ferner: Jg. 43 (1933), Nr. 4 vom 28. Januar, S. 63 *(Politik und Gewerkschaften. 12. Bundesausschußsitzung des ADGB)*; S. 52 *(Eröffnungsrede von Theodor Leipart* auf der Betriebsrätekonferenz am 22. Januar); *„Klassenverrat"?,* Berlin o. J.(1933; siehe Anm. 52); Zitat dort S. 14.

6 Dementi des Bundesvorstands im *Vorwärts* vom 9. Dezember: „Unser Rechtsbeistand ist mit den erforderlichen Schritten gegen die Verleumder und die Urheber beauftragt worden." – *„Klassenverrat"?,* S. 15: „Der Bundesvorstand hat das Gericht zur Verfolgung angerufen." Vgl. hierzu Anm. 42.

7 Ursula Hüllbüsch, *Gewerkschaften und Staat,* S. 139–141 (Zitat) und S. 177; A 30, Anm. 58.

spruch rezipiert, [8] schien Hüllbüschs Echtheitsbefund durch die Entdeckung der handschriftlichen Planck-Version endgültig aus der Kontroverszone geraten. Zu prüfen blieb allenfalls noch die quellenkritisch reizvolle, für die Sache selbst aber völlig untergeordnete Frage, wie sich die substantiell geringfügigen Abweichungen der einen von der anderen Fassung erklären. Franz von Papen hatte wiedereinmal der Wahrheit eine Gasse gebahnt, Franz von Papen hatte sich um die Geschichtswissenschaft verdient gemacht.
Hatte er wirklich? – Trotz „umfänglicher und langwieriger Recherchen", an denen mehrere Mitarbeiter des Bundesarchivs beteiligt waren, konnten „in den einschlägigen Akten der Reichskanzlei" bis heute keinerlei „Hinweise oder gar Unterlagen" zu den fraglichen Sitzungen ermittelt werden. [9] Die einzige Ausnahme bildet ein am 15. Dezember 1932 von Planck an Theodor Leipart gerichtetes Schreiben, in dem es nach kurzer Einleitung heißt: „Die von Ihnen übersandten Abschriften angeblich amtlicher Protokolle sind ganz offenbar eine Fälschung. Richtig ist, wie Sie ja wissen, daß am 30. Juli 1932 eine Besprechung zwischen Herrn Reichskanzler von Papen, den Herren Reichsministern von Gayl und von Schleicher, Ihnen, Herrn Graßmann,Herrn Eggert und mir stattgefunden hat. Über den Inhalt der Besprechung ist nie eine Aufzeichnung von amtlicher Seite gemacht worden. Von einer Besprechung am 9. September ist mir nichts bekannt. Ich habe jedenfalls an einer solchen nicht teilgenommen. Alle angeblichen Aktenvermerke von der Hand des Herrn Reichskanzlers von Papen oder von meiner Hand sind natürlich erfunden. Ebensowenig gibt es im Reichsinnenministerium über diese Angelegenheit Aufzeichnungen." [10] Träfen Plancks Feststellungen zu, dann ließe sich ohne abenteuerliche Konstruktionen verstehen, warum das Bundesarchiv trotz intensiver Suche nach einschlägigen Vorgängen ein positives Ergebnis nicht zu melden vermochte. Verstehen ließe sich dann auch die asketische Zurückhaltung der DDR-Historiographie, für die es längst nahegelegen hätte, durch Publikation der angeblich an das Reichsinnenministerium weitergeleiteten oder in ihm entstandenen Originale allen Mutmaßungen ein Ende zu setzen und so die bekannte 'Verräterrolle' rechtsopportunistischer Gewerkschaftsführer an einem Paradebeispiel erneut zu exemplifizieren. Hätte Planck die reine Wahrheit gesagt, dann wäre der fast neunzigjährige Papen – wohlwollend interpretiert – einer argen Mystifikation zum Opfer gefallen.
Da der Weg zur historisch-politischen Wahrheit mit Dementis gepflastert und das Charakterbild Erich Plancks, dieses „Menschen mit der Franz-Moor-Visage", [11] äußerst umstritten ist, spricht indessen vieles dafür, sein Schreiben vom 15. Dezember nicht ungeprüft für bare Münze zu nehmen. Nachdem Leipart zu einer der Hauptfiguren im taktischen Sandkastenspiel Schleichers geworden war, besaß dessen Erfüllungsgehilfe zweifellos ein starkes Motiv, die Männer aus der Inselstraße zu decken. Das Risiko, einer Falschbezeugung überführt zu werden, war angesichts des kleinen Kreises ebenfalls interessierter Mitwisser gering, und es verringerte sich weiter, wenn man Planck zu verstehen gab, seine entlastende Äußerung würde nur für interne Zwecke benötigt. Als Indiz für eine augenzwinkernd getroffene Absprache

8 Vgl. Hannes Heer, *Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930–1933 (= Sammlung Luchterhand* 22), Neuwied und Berlin 1971, S. 68–70; S. 87–89; S. 157–161; neuerdings ders., *Ernst Thälmann in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten (= rowohlts monographien)*, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 109 f. – Dirk Stegmann, *Zum Verhältnis von Großindustrie . . .*, S. 436 f.

9 Schreiben Dr. Trumpps vom 30. Januar 1975 an den Verfasser. Wie Herrn Trumpp und dessen Kollegen bin ich auch Herrn Dr. Tilman P. Koops für seine Unterstützung zu Dank verpflichtet.

10 Bundesarchiv, R 43 I/1971, fol. 235 f.

11 Otto Braun, *Von Weimar zu Hitler*, Hamburg 1949, S. 248.

auf der angedeuteten Linie könnte die immerhin merkwürdige Tatsache gelten, daß der Vorstand des ADGB in keiner einzigen seiner folgenden öffentlichen Stellungnahmen die Existenz des Planck-Briefes auch nur mit einem Worte erwähnte. Der partiell bestätigende Hinweis Plancks auf die Unterredung mit Papen am 30. Juli konnte der Grund nicht sein, denn dieses leidige Faktum wurde vom Bundesvorstand durchaus nicht bestritten. Ihm war vor allem an der Abwehr des Vorwurfs geheimer Sondierungsgespräche mit den Nationalsozialisten gelegen. Hielt er nun seine argumentative Position für so stark, daß ihm der Einbau eines zusätzlichen Beweisgliedes entbehrlich erschien, oder konnte er sich schon glücklich schätzen, die Trumpfkarte des Planck-Briefes wenn schon nicht im Außenbereich, so doch wenigstens zum Hausgebrauch, und zwar zur Verhinderung einer tiefen Vertrauenskrise innerhalb der Führungsspitze ausspielen zu dürfen? War es nämlich ausgerechnet am 9. September zu einer Kontaktaufnahme mit Gregor Strasser gekommen, dann hatten die leitenden Verbandsfunktionäre in ganz besonderem Maße Anlaß, sich vom Bundesvorstand grob hintergangen zu fühlen. Schließlich war es an eben jenem 9. September gewesen, daß Leipart vor dem Bundesausschuß die schon damals kursierenden Gerüchte über Beziehungen zu den Nationalsozialisten erneut und „mit Nachdruck" in das Reich der politischen Fabel verwies. [12] Graßmann und Eggert hatten mit biederer Miene dabeigesessen, nur um sich hinterher womöglich still ins Fäustchen zu lachen und auf gewundenen Schleichpfaden dem Reichsinnenministerium entgegenzustreben.

Doch war eine solche Vorstellung nicht gänzlich absurd? Wäre sie so absurd wenigstens für den engeren Kreis der Spitzenfunktionäre gewesen, hätte es Graßmann wohl kaum nötig gehabt, ihnen später Punkt für Punkt darzulegen, daß und warum die ominösen Protokolle des „Volkswillens" den Stempel der Fälschung klar *„an der Stirn"* trugen. [13] Wie er seine Aufgabe im einzelnen löste, ist nicht überliefert. Substantiell aber konnte er mit der wahrscheinlichen Ausnahme des Schreibens von Planck ebenso wahrscheinlich nur wiederholen, was der Bundesvorstand bereits in seiner Abwehrbroschüre „'Klassenverrat'? " ausgeführt hatte, und das war bei Lichte gesehen wenig genug. Papen hatte demnach in der Tat die drei ADGB-Vorsitzenden am 30. Juli zu einer Besprechung geladen, die jedoch am Vormittag und „nicht nachmittags 4 1/2 Uhr stattfand", wie von dem „Erfinder des Protokolls", diesem „ausgemachten Trottel" behauptet. „Auch nahmen an ihr" – ein weiterer Schönheitsfehler in des „Protokolldichters" Lügengewebe – „von seiten der Regierung nicht nur v. Papen und Staatssekretär Planck teil und 'ein Berichterstatter des Reichswehrministeriums', sondern" zugleich „der Reichsinnenminister von Gayl und – welche grauenvolle Tatsache für den Frieden einer gläubigen Seele – sogar der Reichswehrminister v. Schleicher in eigener Person". Uninformiert über genauen Zeitpunkt und Teilnehmerkreis der „wirklichen" Unterredung, tappte der „Blödian" von Fälscher auch im Hinblick auf die behandelten Themen daneben, die „wir hiermit verraten: nämlich Arbeitsbeschaffung, Naziterror, Demolierung von Gewerkschaftshäusern usw." [14]

12 *5. Geschäftsperiode. Protokoll der 9. Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Abgehalten am 9. und 10. September 1932 im Sitzungssaal der Arbeiterbank*, Berlin 1932, S. 124.

13 Graßmann auf der 12. Sitzung des Bundesausschusses am 21. Januar 1933; siehe Anm. 5

14 *„Klassenverrat"?*, S. 5; S. 4. – Vgl. *Protokoll der 9. Sitzung . . .*, S. 124: „Dagegen werden die Gewerkschaften auch bei der gegenwärtigen Regierung ihren Einfluß soweit auszuüben versuchen, wie es erforderlich ist, um das Interesse der Arbeiter gegenüber allen Maßnahmen zu vertreten, die in den Aufgabenkreis der Gewerkschaften fallen. Leipart erwähnte eine Reihe von Fällen, in denen die Bundesleitung durch Eingaben, Beschwerden, Vorstellungen und Proteste bei verschiedenen Regierungsstellen ihren Einfluß in einem solchen Sinne geltend gemacht hat. Dies sei u.a. in Zusammenhang mit den Überfällen auf Gewerkschaftshäuser durch nationalsozialistische Banden mit großer Eindringlichkeit geschehen."

Bestechend für jeden, der Leipart und seiner Führungsmannschaft noch immer unbegrenzten Vertrauenskredit einträumte, litten selbst diese schlagendsten der Argumente des Bundesvorstands in den Augen seiner erklärten Gegner und der eingefleischten Skeptiker an einem erheblichen Mangel. Genauer betrachtet, handelte es sich um nicht mehr als bloße Behauptungen, für die sich allseits unverdächtige Zeugen offenbar nicht aufbieten ließen. Zur Abstützung seines weiteren Beweisganges konnte sich der ADGB zwar auf eine stattliche Zahl von Eideshelfern berufen, waren doch auf der Ausschußsitzung vom 9. September neben den Verbandsspitzen und ihren Tarifpolitikern auch eine Reihe von Bezirkssekretären, die Redakteure der Gewerkschaftspresse sowie unter anderen der linke Aufhäuser vom AfA-Bund und vom Parteivorstand Otto Wels vertreten gewesen. [15] So klang es denn ungemein eindrucksvoll, wenn der Bundesvorstand, „die unglückliche Hand des Verfassers" ironisch bedauernd, argumentierte: „Er hätte sich, besser beraten, ein geeigneteres Datum für seine Dichtung aussuchen sollen. Denn gerade zu der Zeit, wo sein Schauspiel im roten Hause am Platz der Republik die Uraufführung erlebt haben soll, tagte im Sitzungssaal der Arbeiterbank der Ausschuß des ADGB, an dessen Verhandlungen Graßmann und Eggert vom Anfang bis zum Schluß teilnahmen". [16] Machten sich die Leipart & Co. hier aber nicht einfach geschickt den Umstand zunutze, daß die Tageszeit der Unterredung mit Strasser aus unbekannten Gründen im Protokoll nicht vermerkt worden war? Die Freitagssitzung des Ausschusses hatte um 20 Uhr ihr Ende gefunden – Zeit genug also für Graßmann und Eggert, noch einen Gesprächstermin im RMI wahrzunehmen. Lag dieser Gedanke so fern, daß der ADGB ihn stillschweigend glaubte ausklammern zu dürfen? Verwunderlich allerdings war – einzugestehendermaßen –, auf einem Geheimtreff der höchsten Ebene ausgerechnet die dritte oder vierte Funktionärsgarnitur durch den nebelhaften Kollegen Dressel vertreten zu sehen. [17] Bei schlichten Gemütern, die den angestammten Platz des Protokollverfassers ohnehin im nächsten „Heim für Schwachsinnige" erblickten, [18] mochte eine solche Vorstellung wahre Lachstürme entfesseln. Ein Kritiker von Geblüt jedoch war durch den äußeren Anschein so leicht nicht zu blenden. Welcher Fälscher hätte sich wohl – und dazu noch ganz unnötigerweise wie hier – eine solche Blöße gegeben. Nur das Leben selbst, das die wirklich wahren Geschichten schreibt, leistet sich erfahrungsgemäß derart krause Pointen.

„Die Äußerungen des ADGB", faßte Ursula Hüllbüsch später zusammen, „konnten die Behauptung, die Dokumente entsprächen der Wirklichkeit, nicht widerlegen, sie haben diese These vielmehr gestützt." [19] Als entscheidende zusätzliche Stütze führte Hüllbüsch die Aussagen von vier zeitgenössischen Zeugen ins Treffen, die sie teils mündlich, teils schriftlich zu den fast ein Vierteljahrhundert zurückliegenden Geschehnissen befragt hatte. [20] Aus unmittelbarem Erleben vermochte nur einer von ihnen, der damals weit über siebzigjährige Papen Stellung zu nehmen. Angesprochen auf die Sitzung vom 30. Juli, „meinte" er dieses Datum „mit Bestimmtheit verifizieren zu können", ja sein Langzeitgedächtnis erlaubte ihm sogar zu versichern, „daß die in den Aufzeichnungen angegebenen Themen zutreffend seien".

15 Vgl. *a.a.O.*, S. 123, Anwesenheitsliste.

16 *„Klassenverrat"?*, S. 7.

17 *Protokoll der 9. Sitzung . . .*, S. 139; *„Klassenverrat"?*, S. 8: „Es bleibt der Phantasie des Lesers überlassen, ob unter Dressel der Redakteur der 'Textilarbeiter-Zeitung' oder sonst ein Träger dieses Namens zu verstehen ist."

18 *A.a.O.*, S. 4.

19 Ursula Hüllbüsch, *Gewerkschaften und Staat*, S. 145.

20 *A.a.O.*, S. 139 f., S. 144 f.; A 30, Anm. 58; A 25 f., Anm. 37, 39–41, 43, 50.

Über die Unterredung vom 9. September zeigte sich Papen, dem Planck das einschlägige Protokoll wohlweislich vorenthalten hatte, [21] gänzlich uninformiert, doch erschien ihm der Hergang als durchaus möglich. Wilhelm Keil, der nächste Kronzeuge Hüllbüschs, hatte im August 1932 durch Leipart von der ersten Aussprache gehört und dabei auch manche Einzelheiten erfahren. [22] Präzise Angaben über das Septembergespräch beizusteuern, war er jedoch ebenfalls außerstande. Was sich ihm „fest eingeprägt" hatte, daß nämlich „die Gewerkschaftsführer den Einladungen gefolgt seien", aber „nie eine von der SPD abweichende Politik betrieben" hätten, deckte sich zumindest im zweiten Teil nicht mit den Tatsachen. [23] Reich kompensiert wurden die Erinnerungslücken Papens und Keils durch die Aussage des Publizisten Hans Zehrer, der die anerkannte Autorität seines im Bannkreis von Schleicher erworbenen Hintergrundwissens ohne Abstriche zugunsten der beiden Protokolle in die Waagschale warf. Ihren eigentlichen Triumph aber sollte Hüllbüsch erleben, als sie einen hartgesottenen Veteranen der Inselstraße in die Zange ausgefeilter Interviewtechnik nahm. Franz Spliedt, „der zunächst von den Verhandlungen nichts zu wissen vorgab und als kritikloser Verteidiger der Aktionen des ADGB die Protokolle unbesehen als Fälschungen abtun wollte", auch er mußte schließlich widerwillig bekennen: „Wären sie gefälscht, so wären sie geschickter gefälscht".

Abstrakte Logik ist gut, konkrete Logik ist besser. Rückt man dem Zeugenaufgebot Hüllbüschs mit der gleichen methodischen Skepsis zuleibe, die schon eine ungeprüfte Hinnahme der ADGB-Dementis und ihrer Bestätigung durch den Planck-Brief verbot, dann beginnt auch diese entscheidende Säule alsbald zu zerbröckeln. Spliedts Deduktion, auf deren Stichhaltigkeit noch einzugehen sein wird, beweist im Grunde nur eines : Bei aller Neigung, sich hinter die Politik des Bundesvorstands zu stellen, fand sein Hang zur Apologie dort eine Grenze, wo das Opfer der eigenen schwer errungenen Einsicht gefordert war. Nachdem er, unangekränkelt von den Bedenken des geschulten Diplomatikers, die „Dokumente" allein mit dem Instrumentarium seines gesunden Menschenverstandes geprüft hatte, zeigte er sich zwar widerstrebend, doch ohne äußere Zwänge bereit, sein erstes, spontanes Urteil zu revidieren. Sollte es daher eine gewagte Schlußfolgerung sein, wenn man feststellt, daß Spliedt zunächst keineswegs „nichts zu wissen vorgab", sondern in der Tat nichts mehr von den Vorgängen wußte, so daß seinem späteren Bekenntnis kein höherer Stellenwert als der eines Laiengutachtens eingeräumt werden kann. Das Diktum Zehrers wiederum, eines der Zeugen vom Hörensagen, ist einer abwägenden Einschätzung seiner Relevanz dadurch entzogen, daß es im Unterschied zu den Erinnerungen Keils jeglichen Hinweises auf die Informationsquelle ermangelt. Und weiter: Hat Keil mit dem Gesamtumfang seiner frühesten Einlassung zum Thema als glaubwürdig zu gelten, dann ist hinter die Aussage Zehrers ein doppeltes Fragezeichen zu setzen. Gestützt auf die vertraulichen Mitteilungen seines engen Freundes Leipart, der ihm viele Wochen vor dem Ausbruch der Fälschungskontroverse die Unterredung mit Papen geschildert hatte, bezeugte Keil ja in einem zentral wichtigen Punkt das genaue Gegenteil dessen, wofür sich Zehrer mit seiner pauschalen Echtheitsbestätigung verbürgte. Entwe-

21 Franz v. Papen, *Vom Scheitern einer Demokratie*, S. 259: „Das Protokoll der Sitzung vom 9. September 1932 mit den Gewerkschaftlern. . . habe ich nie zu Gesicht bekommen." S. 262: „Zu diesem Protokoll möchte ich bemerken: Wenn Schleichers Ausführungen ehrlich gemeint waren, dann lag es in seinem Sinne, sie vor mir zu verbergen. Ich hätte sonst schon damals die Konsequenzen gezogen, er oder ich!"

22 Wilhelm Keil, *Erlebnisse eines Sozialdemokraten*, Bd. 2, Stuttgart 1948, S. 455.

23 Als wichtigste Kontroversthemen sind hier zu nennen das Reparationsproblem, der WTB-Plan, das Stülpnagel-Kuratorium und die Frage der Tolerierung des Kabinetts Schleicher.

der hatten, wie das Protokoll vom 30. Juli wollte, Schleicher und Gayl in der damaligen Gesprächsrunde gefehlt – oder sie waren zugegen gewesen, was Leipart immerhin schon im August 1932 außerhalb der Öffentlichkeit und noch ohne jede Beweisnot erwähnte. Inwieweit endlich Papen als Augen- und Ohrenzeuge des Treffens vom Juli ernstgenommen zu werden verdient, wird sich im Verlauf der folgenden Untersuchung ergeben. Ihr Befragungsgegenstand sind die inkriminierten Schriftstücke selbst, denen bei verstärkter Quellenbasis auf dem Weg formal vergleichender und inhaltlicher Textanalyse eine weiterführende Antwort abverlangt werden soll.

Der vom „Volkswillen" überlieferte und vom ADGB in seiner Broschüre „'Klassenverrat'? " nachgedruckte Gesamtvorgang [24] gliedert sich in die Hauptteile I und II, die durch Aktenzeichen beziehungsweise Registraturnummern den Eindruck der Zugehörigkeit zum Fonds des Reichsinnenministeriums erwecken. Das Problem des *discrimen veri ac falsi* wäre überaus einfach durch Vorlage der Originale oder durch den Nachweis zu lösen, daß Zeichen der erwähnten Art im RMI ungebräuchlich, wenn aber gebräuchlich, daß die betreffenden Nummern für andere Akten vergeben waren. Zur Erklärung der „möglichst hoch" gegriffenen Ziffern, die dem ADGB eine ironische Glosse entlockten, [25] könnte die naheliegende Annahme einer Numerierung durch die Nachrichtensammelstelle des Ministeriums dienen. Soweit sich ohne Archivzutritt ersehen läßt, verwendete sie damals bei Eingängen wie bei hauseigenen Schriftsätzen allerdings Aktenzeichen beziehungsweise Registraturnummern eines anderen Typs. [26] Hieraus Schlußfolgerungen zu ziehen, scheint jedoch wegen der schmalen Vergleichsgrundlage nicht ratsam. Ebensowenig dürfen Abweichungen von der gewohnten Behördennorm, ja sogar Fehler, die auf den ersten Blick dekouvrierend anmuten, zu vorschnellen Negativurteilen verleiten. [27] Normabweichungen und Fehler sind zwar sorgsam festzuhalten, stets aber auch unter dem Aspekt außergewöhnlicher Umstände der Entstehungs- und Überlieferungsgeschichte zu prüfen. Anderenfalls bedürfte es gerade hier neben der Formalanalyse nicht erst des ergänzenden Schritts inhaltlicher Betrachtung, um ein abschließendes Bild vom Charakter der vorliegenden Aktensequenz zu gewinnen.

24 Vgl. zum Folgenden Anhang, A.

25 *„Klassenverrat"?*, S. 5.

26 Vgl. *Die antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik. Mai 1932 bis Januar 1933*, hrsg. und eingeleitet von Heinz Karl und Erika Kücklich unter Mitarbeit von Elfriede Fölster und Käthe Haferkorn, (Ost-)Berlin 1965, S. 183 f., Nr. 58 (Eingang): Deutsches Zentralarchiv, Potsdam, Reichsministerium des Innern, Abt. IAN, Nr. 26 153, Bl. 23; S. 185–187, Nr. 59 (aus dem Lagebericht Nr. 13 des RMI): ebd., Abt. IAN, Nr. 26 153, Bl. 25–29; S. 321–323, Nr. 91 (aus dem Lagebericht Nr. 23): ebd., Abt. IAN, Nr. 26 153, Bl. 46/47; S. 357 f., Nr. 102 (Eingang): ebd., Abt. IAN, Nr. 26 153, Bl. 66.
Die Kürzel Gew zur Kennzeichnung gewerkschaftsbezogener Vorgänge hat zwar in der Reichskanzlei Verwendung gefunden, doch weicht der dortige Signaturtyp ebenfalls stark vom Muster der Geheimdokumente ab. Vgl. Bundesarchiv, R 43 I/2024, Schreiben von Rohrs vom 4. November 1932, Bl. 1, unten (handschriftlicher Zusatz): Gew C 3.

27 Daß auch Formulierungsmängel nicht unbedingt als Beweis für das Vorliegen einer Fälschung anzusehen sind, hat schon Hüllbüsch hervorgehoben *(Gewerkschaften und Staat*, S. 140). Neben der von ihr erwähnten einen Möglichkeit, „daß ein den behandelten Fragen Fernstehender die Aufzeichnungen verfaßt hat", ist ebenso die andere denkbar, daß ein durchaus sachkundiger Redner im freien Vortrag „schlechtes Deutsch" spricht, sich ein „bißchen dunkel" ausdrückt und plötzlich von der Logik verlassen wird (*„Klassenverrat"?*, S. 8 und S. 11). Völlig belanglos ist im vorliegenden Fall die Schreibweise Straßer statt Strasser und – sofern der wirtschaftspolitische Abteilungsleiter gemeint war – Wagner statt Wagener.

Schon der Vorgang I/a/, ein knapper Herkunfts- und Verfügungsvermerk zu I/b/, fällt durch seine maschinenschriftliche Anfertigung aus dem üblichen Rahmen. Plancks Name ist überdies falsch geschrieben, der Doktortitel ein ihm nicht zustehender Zierat. I/b/ stellt sich als Aktenvermerk des Staatssekretärs dar, dessen Paraphe – erneut normabweichend – maschinenschriftlich eingesetzt worden ist. Auffällig selbst bei einer 'formlosen Notiz', verstößt der Text zudem in jeder Hinsicht gegen die von Planck sonst peinlichst gewahrte Etikette. Einen arrivierten Arbeiter-'Aristokraten' wie Leipart im Behördenverkehr einfach Leipart zu nennen, das mochte eben noch hingehen. Aber den Herrn Reichswehrminister von Schleicher auf die selbe mindere Titularstufe zu stellen – so etwas wäre für einen Erwin Planck unvollziehbar gewesen, der sich nichtsdestotrotz in I/c/ eine solche Respektlosigkeit auch gegenüber dem Herrn Reichskanzler von Papen erlaubte. [28] Sollte dem frischgebackenen Staatssekretär seine Blitzkarriere zu Kopf gestiegen sein? Mußte das bescheidene Elaborat vom 30. Juli sich deshalb als „Protokoll" gerieren, weil eine schlichte „Niederschrift" zwar Brünings kleinem Oberregierungsrat angemessen, [29] mit seiner neuen Würde aber nicht länger verträglich war? Doch vielleicht waren Planck und sein hoher Chef auch nur durch die Strapazen der vorhergehenden Nacht [30] aus dem gewohnten Gleichschritt geraten. Einerseits zeigten sie sich überpenibel: Der Staatssekretär hielt den feierlichen Augenblick des Anbringens seiner Paraphe bis auf die Minute genau fest, und der Kanzler zerbrach sich den Kopf seines Reichsinnenministers, indem er ihn eigenhändig über den Standort einer sinnvollen Aktenablage belehrte. Andererseits forderte die Müdigkeit der Stunde ihren herben Tribut. Planck entrichtete ihn dadurch, daß er die Verstümmelung seines Namens glatt überlas, worauf ihn der zweimal nur Papen genannte Kanzler, eine zarte Rüge witzig verschleiernd, in seiner Niederschrift ebenfalls zweimal süffisant „Dr. Plank" titulierte.

Fürwahr, es ist schwer, angesichts eines Protokolls keine Satire zu schreiben, in dem sich ein Berichterstatter des Reichswehrministeriums als männliche Mata Hari gebärden darf, deren riskant pikanten Namen niemand nicht weiß. Ein noch köstlicherer Anonymus preußisch-deutscher Behördengeschichte ist der Verfasser des Protokolls Nr. II, der sich – restlos zerstreut und von Planck nicht zur Ordnung gerufen – im Teilnehmerverzeichnis, ja sogar an

28 Vgl. z.B. Bundesarchiv, R 43 I/2280, fol. 19, Vermerk Plancks vom 8. Juli 1932 mit dem Verfügungszusatz: „Hiermit Herrn Reichskanzler gehorsamst nach Rückkehr zur Kenntnis." Im Unterschied zu I/b/ und /c/ trägt dieser Vermerk links oben die Aufschrift: „Der Staatssekretär in der Reichskanzler." Dem Datum geht die Ortsangabe mit Überleitung voran („Berlin, den"). Titulaturen im Text: „die Landtagsabgeordneten von Winterfeldt und Borck"; „Herr von Winterfeldt"; „dem Herrn Reichskanzler"; „den Herrn Reichsminister des Innern". Siehe auch Anm. 29.

29 Vgl. z.B. Bundesarchiv, R 43 I/517, fol. 207–209, „Niederschrift" Plancks über die Chefbesprechung am 30. Oktober 1930. Auch hier werden Dienstränge, Adelsprädikate und akademische Titel sorgfältig wiedergegeben. Abweichend von I/c/ vermerkt Planck nur den Zeitpunkt des Beginns der Unterredung („nachm. 4 1/2 Uhr"). Zur Angabe der Uhrzeit einer Unterfertigung – wie in I/c/ – findet sich in dem mir bekannten Vergleichsmaterial keine einzige Parallele.

30 Papen hatte um Mitternacht eine Rede für zwei amerikanische Rundfunksender gehalten. Vgl. *Vorwärts*, Jg. 49 (1932), Abendausgabe, Nr. 356 vom 30. Juli, S. 2: *Papen an Amerika.*

Stelle der Unterschrift, nur mit dem blanken Titel eines Ministerialrats verewigt. Neben den zahlreichen formalen Absonderlichkeiten won I und II hat *[c]* dem Leser inhaltlich wenigstens eine gehobene Preisfrage zu bieten. Sie beginnt mit dem auffälligen Hinweis: „Von der Führung eines Protokolls ist der Mehrzahl der Teilnehmer nichts bekannt." Bei sechs Anwesenden, von denen drei die Regierung und drei den ADGB vertraten, betrug die Mehrheit mindestens vier. Also war, wie immer man es wendet und dreht, wenigstens einer der Gewerkschafter ins Vertrauen gezogen. Die Vorstellung ist pyramidal und schreit danach, sie mit eiserner Konsequenz zuende zu denken. Sollte es Papen gewesen sein, der etwa Leipart beiseite genommen und ihm schmunzelnd gesteckt hat: „Sagen Sie's bloß Ihren Leuten nicht weiter! Wenn's nachher unter'm Tisch raschelt, ist das der Planck mit seinen Notizen für's Geheimprotokoll, von dem Sie eine Abschrift postwendend erhalten"? Wäre dem nicht so oder wenigstens doch so ähnlich gewesen, dann bliebe wohl nur eine einzige befriedigende Alternative: Der wirkliche Protokollführer, der Mann, der die handschriftliche Aufzeichnung besorgte, hieß weder Planck, noch saß er im Zimmer. Es war Schleichers altbewährter Mann am Kanzlerkamin, [31] der auch dieses Gespräch, eifrig mitschreibend, durch den sommerlich qualmlosen Schornstein belauschte. Der Mann am Kamin – welch umwerfend überzeugende Lösung.

Könnte vorausgesetzt werden, daß der Redaktion des „Volkswillens" Originale oder wortgetreue Abschriften vorlagen, die sie buchstabengetreu reproduzierte, so dürfte der Fälschungsnachweis schon jetzt als erbracht gelten. Kleinere Unrichtigkeiten und gelegentliche Abweichungen von der Norm unterlaufen selbst in den vorzüglichsten Behördenkanzleien. [32] Die Skala der denkbaren Fehlerquellen reicht vom zeitlichen Streß bis zur mangelhaften Sach- und Personenkenntnis nicht eingearbeiteter Kräfte. Eine auffällige Häufung von Fehlern läßt sich im Regelfall gänzlich harmlos aus dem Zusammentreffen mehrerer solcher Faktoren erklären. Im vorliegenden Beispiel freilich sind es der horrenden Schnitzer zu viele. Was trotzdem noch davon abhält, den schwerwiegenden Vorwurf einer plumpen Fälschung zu erheben, das sind die außergewöhnlichen Umstände der Überlieferungsgeschichte. Stammten die Texte tatsächlich aus dem Reichsministerium des Innern, dann zeichnen sich zumindest zwei mögliche Stufen einer Verunechtung ab, die nicht mit bewußter und materieller Fälschung identisch ist. Erste Überlieferungsverluste, etwa von Titulaturen, konnten sich bereits bei einer heimlich vorgenommenen und deshalb in größter Hast erfolgenden Abschrift von den Originalen ergeben. [33] Aus dem Entschluß, diese Kopien vervielfältigt in Umlauf zu bringen, [34] resultierte die Notwendigkeit einer erneuten Abschrift, also die Gelegenheit für

31 Zum Thema Spionage in der Reichskanzlei siehe Heinrich Brüning, *Memoiren. 1918–1934,* Stuttgart 1970, S. 395–398.

32 Hierfür wenigstens ein Beispiel aus dem Tätigkeitsbereich Plancks: In seiner Niederschrift über die Chefbesprechung am 30. Oktober 1930 (siehe Anm. 29) folgt unmittelbar auf die handschriftliche Korrektur des militärischen Titels von Hammerstein die Schreibung „Freiher" statt Freiherr.

33 Auch hierfür ein zeitgenössisches Beispiel: Im Dezember 1932 spielte die kommunistische Presse das Thema der Wartegeldbezüge Grzesinskis hoch. Sie publizierte angeblich amtliche Dokumente, die ihr offenbar dadurch zur Kenntnis gelangt waren, daß ein Beamter im Polizeipräsidium Berlin „für ganz kurze Zeit" einem Reporter „Gelegenheit zum Abschreiben einiger Erlasse und Briefe" gegeben hatte. Die veröffentlichten Kopien zeigten die natürlichen Merkmale ihrer hastigen Entstehung. Sie waren, wie Grzesinski glaubwürdig feststellte, „sowohl mit Bezug auf Adressaten wie Inhalt ungenau". Vgl. *Vorwärts,* Jg. 49 (1932), Abend-Ausgabe, Nr. 596 vom 19. Dezember, S. 2: *Boshafte Verleumder. Kommunistische Hetze gegen Sozialdemokraten.*

34 Leipart in seiner Eröffnungsrede auf der Betriebsrätekonferenz am 22. Januar 1933 (vgl. Anm. 5): „Man fertigt *erdichtete Protokolle* an . . .; man vervielfältigt und verbreitet sie hinter unserm Rücken, monatelang, ehe wir Kenntnis davon erhalten."

weitere Schreibfehler, weitere kleine Textverluste, ja sogar für 'Überlieferungsgewinne', wenn nämlich erkannte oder vermutete Lücken der Vorlage nach bestem Wissen durch Interpolationen 'frisiert' wurden. Bevor eines der vervielfältigten Exemplare in die Redaktion des „Volkswillens" gelangte, waren jedenfalls genügend Möglichkeiten für eine harmlose Verunechtung der Dokumente vorhanden. Von Fälschung wäre stichhaltig erst dann zu sprechen, wenn wenigstens eine zentrale Aussage dieses Aktenkomplexes in unauflösbarem Widerspruch zu absolut gesicherten Erkenntnissen stünde. Genau das aber läßt sich auf der heute verfügbaren Quellenbasis beweisen.

Durch „zahlreiche Anforderungen nach bestimmten Daten und Ereignissen" in Atem gehalten, hatte der ADGB-Sekretär Kurt Exner im Sommer 1932 damit begonnen, „eine laufend geführte Chronik zusammenzustellen, die die Gewerkschaftsbewegung berührenden Ereignisse festhält". [35] Als Grundlage dienten ihm neben Presseberichten auch interne Informationen, die ihm in seiner besonderen Vertrauensstellung zugänglich waren: Exner verwaltete im Bundesvorstand die Registratur. [36] Seine nur für den engeren Dienstgebrauch angelegte und bestimmte „Gewerkschaftspolitische Chronik" [37] verzeichnet nun in der Tat Ende Juli einen Termin in der Reichskanzlei, an dem von Seiten des ADGB die drei Vorsitzenden Leipart, Graßmann und Eggert teilnahmen. Ihre Gesprächspartner aber waren Exner zufolge nicht – wie es der Geheimprotokollant will – Papen, Planck und der rätselhafte Berichterstatter des RWeM, sondern Papen, Schleicher und der Reichsinnenminister von Gayl, [38] also eben jene führenden Regierungsvertreter, die Leipart Ende August 1932 gegenüber Keil und die Planck im darauffolgenden Dezember gegenüber Leipart erwähnte. Entstanden wahrscheinlich Anfang August und mit Sicherheit nicht nach dem 7. September, entzieht Exners Vermerk dem Urheber von I[c] jegliche Glaubwürdigkeit, an der umgekehrt Planck und der ADGB-Vorstand gewinnen. Leiparts private Äußerung, daß es Papen und seinen beiden Ministern in der Besprechung vom 30. Juli hauptsächlich darauf angekommen sei, „die Gewerkschaften bei guter Laune zu halten", [39] läßt sich mit der öffentlichen Darstellung des ADGB durchaus vereinbaren. Das genaue Gegenteil gilt von dem durch I[b] und I[c] vermittelten Bild eines mit den Gewerkschaftsführern autoritär umspringenden Papen. Zählt man alle Fakten zusammen, zu denen auch das Mißverhältnis zwischen Dauer und angeblichem Inhalt des ersten Gesprächs sowie die unerklärliche Frontstellung gegen den Reichsarbeitsminister gehören, dann ist die Einstufung von I[c] und seines Aktenvorlaufs als Falsifikat eine logisch unausweichliche Folge.

Da I und II sich als sachlich verbundene Einheit darstellen, hat sich mit dem Nachweis der Fälschung von I zugleich der Verdacht gegenüber dem Produkt des namenlosen Ministerialrats bis zur Gewißheit verdichtet. Wem diese Schlußfolgerung auch im Kontext der bereits erwähnten Indizien noch immer nicht abgesichert erscheint, der möge seine Aufmerksamkeit den Registraturzeichen des Gesamtvorganges zuwenden und das erstaunliche Nummerngefälle beachten. In den ersten sieben Monaten des Jahres wären demnach insgesamt wenig-

35 Exner am 7. September 1932 an Leipart, als er diesem erstmals die Chronik zur Vorlage brachte; ABI-Archiv, NB 16/1.

36 *Jahrbuch 1926 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes,* Berlin 1927, S. 216.

37 Gewerkschaftspolitische Chronik, in: ABI-Archiv, NB 16/4–49; auf Bl. 1 ist mit Rotstift vermerkt: „vertraulich".

38 A.a.O., 5 (Bl. 2): „Aussprache Leipart, Eggert, Grassmann mit v. Papen, v. Schleicher u. v. Gayl." Exner hat das Gespräch irrtümlich unter dem 28. Juli vermerkt – ein weiteres Beispiel dafür, mit welchen Fehlern der Historiker auch in grundsätzlich zuverlässigen Quellen zu rechnen hat.

39 Wilhelm Keil, *Erlebnisse . . .*, Bd. 2, S. 455.

stens 1.440 Einzelvorgänge erfaßt worden, was einem monatlichen Durchschnitt von etwas über 200 entspricht. Ausgerechnet zu einer Zeit aber, in der politische Spekulationen über die Gewerkschaften üppig ins Kraut schießen, verliert sich das Behördeninteresse auf schlechterdings unverständliche Weise: Zwischen der Unterredung vom 30. Juli und dem Gespräch vom 9. September, also in annähernd eineinhalb Monaten, werden nur noch ganze fünfzehn gewerkschaftliche ‚Betreffe' für registrierungswürdig gehalten. Genauso unerklärlich und deshalb ein weiteres Argument gegen die Echtheit von II ist und bleibt in der Diskussionsrunde mit Strasser das Phänomen „Dressel". Im einschlägigen 'Bonzenalmanach', dem „Handbuch des Vereins Arbeiterpresse", sind nur zwei Träger dieses Namens verzeichnet. Wilhelm Dressel, seit 1919 Gauleiter im Eisenbahnerverband, [40] war ein Funktionär der mittleren Ebene. Der Gedanke, gerade ihn würde die Spitze des ADGB für eine so delikate Mission ausgewählt haben, scheint völlig absurd, und auch Hugo Dressel war als Vorstandsmitglied der ADGB-Redakteurkonferenz [41] entschieden zu weit vom Führungszentrum entfernt, als daß seine Beteiligung sich irgendwie gerechtfertigt hätte.
Von den zahlreichen Argumenten, die zugunsten der Echtheitsthese bemüht worden sind, verdient über dem Strich nur noch eines Beachtung. [42] Wären die Protokolle gefälscht, dann wären sie geschickter gefälscht – so einleuchtend diese Schlußfolgerung klingt, stichhaltig ist sie mitnichten. Franz Spliedt, der sich zu ihr durchrang, verkannte, daß die historische Qualität eines Falsifikats nicht an absoluten, sondern an relativen Maßstäben gemessen wird, die den erstrebten Fälschungszweck mit den angewandten Mitteln und der ausgelösten Wirkung vergleichen. Zielgruppe des Fälschers oder des Fälscherteams war schließlich kein gelehrtes Gremium und auch kein Gremium von Behördenexperten. Wer immer sich diesen „Quark" hatte einfallen lassen, war auf aktuelle Breitenwirkung bedacht und „wollte vor allem in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft" sowie „innerhalb der Sozialdemokratie gläubige Leser finden". [43] Hierbei kam ihm eine politische Atmosphäre

40 *Handbuch des Vereins Arbeiterpresse,* hrsg. vom Vorstand des Vereins Arbeiterpresse, Vierte Folge, 1927, Berlin o.J., S. 152.

41 Vgl. *ebd.*; ergänzend: *Gewerkschafts-Zeitung,* Jg. 40 (1930), Nr. 18 vom 3. Mai, S. 287 (Redakteur des Verbandsorgans der Textilarbeiter); Georg Werner, *Meine Rechnung geht in Ordnung,* Berlin-Steglitz 1958, S. 334 (Vorstandsmitglied der Redakteurkonferenz, Schwiegervater des Staatssekretärs Geib).

42 Weshalb es „für die Echtheit des Dokumentes" vom 9. September spricht, „daß Papen als nicht anwesend bezeichnet wurde und daß Schleicher seinen Vertrauensmann Planck als den Vertreter des Reichskanzlers vorstellte", ist unerfindlich. Ebensowenig kann die Politik des Tat-Kreises als „indirekter Beweis für die Echtheit der Dokumente" gelten. Auch das Fehlen jeder Bestätigung für die Behauptung des ADGB, er habe das Gericht zur Verfolgung angerufen, ist kein stichhaltiger „Hinweis dafür, daß die Protokolle der Wirklichkeit entsprachen" (vgl. Hüllbüsch, *Gewerkschaften und Staat,* S. 177 und S. 140). Wie im Kontext aus einem Schreiben Hermann Schlimmes vom 12. Dezember 1932 hervorzugehen scheint, hatte der Bundesvorstand seinen Rechtsbeistand tatsächlich „mit den erforderlichen Schritten" beauftragt (vgl. Anm. 6 und ABI-Archiv, NB 65/87, Schlimme an den Vorstand des Fabrikarbeiter-Verbandes, z. Zd. von Herrn Thiemig: „Wir werden trotzdem das übermittelte /angebliche NS-/Rundschreiben unserem Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Dr. Landsberg, geben und versuchen, auch über diese Quelle Klarheit zu schaffen"). Wurde die Klage ungefähr Mitte Dezember eingereicht, dann liefert schon der Zeitfaktor eine plausible Erklärung dafür, daß bis zur Machtergreifung, durch die der Fall in den Hintergrund trat, keine spektakulären Fortschritte erzielt werden konnten. Politisch gesehen, war vom Urteil eines bürgerlichen Gerichts, dem der ADGB nicht einmal die Fälscher zu benennen vermochte, ohnehin kaum etwas zu erhoffen. Unter diesem Aspekt mußte dem Bundesvorstand weniger am Prozeß selbst als an seiner Ankündigung gelegen sein.

43 *„Klassenverrat"?*, S. 5 und S. 7.

entgegen, in der, während die Gerüchte sich überschlugen, die Indiskretionen und Enthüllungen sich häuften, [44] Dementis an der Meinungsbörse nur zu stets fallenden Kursen abgesetzt werden konnten und so die zeitlose Gültigkeit des *semper aliquid haeret* bewiesen. War es schon soweit gekommen, daß man selbst auf den höheren Etagen der Gewerkschaftsbürokratie die wiederholte Leugnung von NS-Kontakten durch den Bundesvorstand für bloße Pflichtübungen hielt, [45] dann bedurfte es wahrlich keines Fälschergenies, um den Argwohn an der Basis zu schüren. Wie leicht sich auch primitive Falsifikate an den Mann bringen ließen, war unlängst erst am vergnüglichen Beispiel eines Schwindler-Duos deutlich geworden, das fast ein Jahr lang gegen klingende Münze zahlreiche diplomatische Vertretungen in der Reichshauptstadt mit stümperhaft fabrizierten „Sowjetdokumenten" bedient hatte. [46] Auch im vorliegenden Fall war weniger gediegene Spezialkenntnis erforderlich als etwas Phantasie, verbunden mit einer gewissen Einfühlungsgabe. Daß der Fälscher über beide Eigenschaften verfügte und sie wohldosiert einzusetzen verstand, zeigt der außergewöhnliche Effekt seiner Produkte. Wer sonst aus der Zunft hätte sich schon der Tatsache rühmen dürfen, daß seine „sauberen Machwerke" vervielfältigt, wochenlang „von Hand zu Hand weitergereicht" und dann in die Presse lanciert wurden, daß sie in Gewerkschaften und SPD einschlugen wie eine Bombe, den ADGB-Vorstand aus dem Trott seiner Alltagsdementis brachten und Theodor Leipart zu einer mißtrauischen Anfrage in der Wilhelmstraße bewogen. Nimmt man die Langzeitwirkung hinzu, so wird man dem „elenden Wicht", der Spliedt, Papen und andere, ja Historiker vom Fach zu Trugschlüssen verführte, mancherlei nachsagen können, nur nicht das eine: daß er der „Blödian" war, als den die Polemik des ADGB ihn abzustempeln versuchte. [47]

Gewiß, er hat mehr als einen groben Fehler begangen und dies nicht erst aus heutiger Sicht. Ihm deshalb unzureichende Kenntnisse und mangelnde Fähigkeit zu bescheinigen, liegt ebenso nahe, wie es zumindest wieder voreilig wäre. Was nämlich bietet denn eine sichere Gewähr dafür, daß ihm die Fehler aus begrenztem Sachverstand unterliefen und daß er sie nicht völlig bewußt einstreute, um die Spürhunde auf eine falsche Fährte zu lenken. Wenn es der „unverkennbare Zweck aller dieser falschen Behauptungen und böswilligen Erfindungen" war, „in der Arbeiterschaft Mißtrauen gegen ihre Führer zu wecken und *Zwietracht in die Reihen der Arbeiterbewegung zu tragen*", [48] dann sind die Urheber der Geheimprotokolle

44 Zu den eindrucksvollsten Beispielen gehört die photographische Reproduktion eines politisch kompromittierenden Briefes, den angeblich Kurt Heinig an den Niederbarnimer Landrat Schlemminger gerichtet hatte. Vgl. *Vorwärts*, Jg. 49 (1932), Abendausgabe, Nr. 352 vom 28. Juli, S. 1: *Brieffälscher bei Hugenberg. Gemeiner Fälscherstreich gegen sozialdemokratischen Landrat.*

45 Karl Thiemig, Angestellter im Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter, am 9. Dezember 1932 an den ADGB: „Ich hatte umsomehr die Empfindung, daß eine Besprechung zwischen Gregor Strasser und Furtwängler stattgefunden hat, weil das ja bis tief in die Kreise der Nazi hinein behauptet und geschrieben worden ist." ABI-Archiv, NB 65/26.

46 Vgl. *Vorwärts*, Jg. 49 (1932), Morgenausgabe, Nr. 279 vom 16. Juni, 2. Beilage, S. 3: *Gefälschte Sowjetdokumente. Fälscher entlarvt und verhaftet.*

47 *„Klassenverrat"?*, S. 4, S. 3 und S. 5; Anm. 34; Bundesarchiv, R 43 I/1971, fol. 229, Schreiben Leiparts vom 13. Dezember 1932 an Schleicher: „Die Form der angeblichen Protokolle erweckt jedoch den Anschein, als ob sie tatsächlich aus der Reichskanzlei oder dem Innenministerium stammten. Sie sind mit Aktenzeichen und Verfügungen versehen, wie sie im internen Geschäftsverkehr der Ministerien wohl üblich sind. Aus diesem Grunde halten wir uns verpflichtet, Ihnen, Herr Reichskanzler, von dem Vorgang Kenntnis zu geben mit der Bitte, eine Nachprüfung veranlassen zu wollen, ob irgendeine Verbindung besteht zwischen diesen Protokollen und der Reichskanzlei resp. dem Innenministerium."

48 So das Dementi im *Vorwärts* vom 9. Dezember (vgl. Anm. 5); der kursiv hervorgehobene Teil dort gesperrt.

nicht nur in einer Richtung zu suchen. Für den „Vorwärts" allerdings gab es an dem Fall nichts zu deuteln. Da er sich nahtlos in die 'Hetzkampagne' einfügte, mit der die „Moskauer Rubelpresse" gegen den Leipart-Flügel zu Felde zog, kam als Täterkreis nur eine KPD-„Fälscherzentrale" infrage. [49] Der ADGB hingegen tappte im dunkeln. Am 12. Dezember glaubte er anscheinend, eine heiße Spur gefunden zu haben, [50] am 13. wandte sich Leipart mit der Bitte an Schleicher, „eine Nachprüfung veranlassen zu wollen, ob irgendeine Verbindung besteht zwischen diesen Protokollen und der Reichskanzlei" beziehungsweise dem Reichsministerium des Innern. [51] In seiner Anfang Januar veröffentlichten Abwehrschrift zeigte der Bundesvorstand sich von der schwankenden Seite. Teils brachte er die poetischen Ausgeburten mit einem „kommunistischen Hirn" in Zusammenhang, von dem lediglich unklar war, ob es seine grauen Zellen im Dienste der KPD oder einer benachbarten Gruppierung strapazierte. Teils wiederum waren neben der kommunistischen Parteileitung auch ihre bewußten oder unbewußten Helfershelfer verdächtig, und zwar nicht nur die auf der äußersten Linken, sondern ebenso die auf der äußersten Rechten. [52] Daß in diesem reichhaltigen Sortiment potentieller Täter die interessanteste Alternative ausgespart worden war, konnten nur eingeweihte Leser der Broschüre erkennen.

Alarmiert durch die ersten Pressemeldungen über NS-Kontakte der Freien Gewerkschaften und über Regierungsofferten an den ADGB hatte Otto Wels bereits am 26. August die Reichskampfleitung der Eisernen Front vor Versuchen gewarnt, systematisch „Mißtrauen in unsere Reihen zu säen". Wels ließ keinen Zweifel daran, wo er die Hintermänner dieser Manöver vermutete: nicht im roten Karl-Liebknecht-Haus, sondern im Feldgrau der Bendlerstraße. Es war das Reichswehrministerium, das sich nach seiner Ansicht „durch allerhand Notizen" bemühte, die Eiserne Front „auseinander zu treiben". [53] Auf der Sitzung des Parteiausschusses vom 10. November hatte Wels erneut Anlaß, sich über die bedrohlichen Pläne Schleichers, die dubiosen Praktiken seiner Politoffiziere und die Wühlarbeit seiner Agenten zu verbreiten. „Wir sind im Besitze von authentischem Material", versicherte er zum Thema der Querverbindungen zwischen Regierung, Gewerkschaften und Strasser-Flügel der NSDAP, „daß sie geschaffen werden sollen, und zwar durch das Wehrministerium, das sich als politische Zentrale in Deutschland betrachtet". [54] Das Konzept, die „Sozialdemokratie mürbe zu machen und dabei die Gewerkschaften . . . erst recht in ihrer Stellung zu befestigen gegen die Partei", nahm nach der Ablösung Papens nicht nur in den Augen von Wels verschärfte Konturen an. „Wenn uns noch irgend etwas unklar gewesen wäre", betonte Lipinski auf der Parteiausschußsitzung vom 16. Dezember, „die gestrige Schleicher-Rede im Rundfunk

49 Vgl. *Vorwärts*, Jg. 49 (1932), Morgen-Ausgabe, Nr. 599 vom 21. Dezember, S. 4: *Jede Woche 700 neue Mitglieder! Werbeerfolg der Berliner Gewerkschaften; ebd.: Freche Fälscher. Immer wieder Lenins Rezept.*

50 Schlimme an Thiemig (vgl. Anm. 42): „Wir sind auf der Spur, die Quellen aufzudecken, die ein Interesse daran haben, solche Dokumente in die Welt zu setzen".

51 Siehe Anm. 47.

52 Vgl. *„Klassenverrat"?*, S. 10, S. 14 f,; S. 2 f. – Exner registriert in seiner Chronik die Veröffentlichung der Broschüre unter dem 6. Januar 1933. ABI-Archiv, NB 16/41.

53 Aktennotiz Schlimmes vom 31. August 1932 über die Sitzung der Reichskampfleitung am 26. August; a.a.O., NB 473/48.

54 Vgl. das Protokoll der genannten Sitzung in: *Anpassung oder Widerstand ? Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33 (= Archiv für Sozialgeschichte*, Beiheft 4), hrsg. und bearbeitet von Hagen Schulze, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 24 f.

hat ganz klar erwiesen, wie man den Versuch machen will, die Partei auseinanderzutreiben, das Reichsbanner und die Gewerkschaften von der Partei zu trennen, so daß die Eiserne Front einfach ein leeres Schemen sein würde." [55]

Die von den Geheimprotokollen ausgehende weitere Vergiftung des politischen Klimas kam also nicht nur den Kommunisten und dem gewerkschaftsfeindlichen Flügel der Hitler-Partei entgegen. Sie entsprach mindestens ebenso stark dem Wunschdenken der Reichswehrstrategen um Schleicher. Von diesen drei Gruppen, die bei gleichgewichtiger Interessenlage als Hauptverdächtige erscheinen, kann mit wirklich durchschlagenden Argumenten keine einzige aus dem Kreis potentieller Täter oder Anstifter entlassen werden. Einer Fälscherzentrale, die im höchsten Auftrag der KPD-Führung handelte, wäre – so möchte man meinen – wenigstens ein inhaltlicher Fehler des „Protokolldichters" nicht unterlaufen. In genauer Kenntnis der Gewerkschaftshierarchie hätte es ihr vermutlich ferngelegen, durch die Erwähnung Dressels eine überflüssige Angriffsfläche zu bieten. [56] An eine Auftragsarbeit des Braunen Hauses mit seinem Reservoir erfahrener Verwaltungsfachleute zu denken, fällt angesichts der formalen Regelwidrigkeiten ebenfalls schwer. Sofern nicht ein dilettantischer Aussenseiter am Werke gewesen war, fände die Häufung formaler und inhaltlicher Schnitzer in der Urheberschaft durch den Schleicher-Kreis eine gleichermaßen paradox klingende wie am ehesten einleuchtende Erklärung. [57] Die Idee ist verführerisch, beweiskräftig ist sie nicht. Tauchen keine neuen Fakten oder Gesichtspunkte auf, dann wird sich die Forschung mit der Existenz eines weiteren Großen Unbekannten abfinden müssen.

So bliebe denn abschließend nur noch zu prüfen, was es mit dem Mysterium der handschriftlichen Planck-Version auf sich hat, die Papen angeblich in den Reichskanzleiakten entdeckte. Wenigstens dieses Rätsel ist verhältnismäßig einfach zu lösen. Als Papen in Vorbereitung der „Studie" „Vom Scheitern einer Demokratie" die „zeitgeschichtlichen Dokumente und Aufzeichnungen" seines Privatarchivs durchsah, [58] stieß er auch auf eine maschinenschriftliche Fassung der Geheimprotokolle. Da die Texte ihm einerseits als zusätzliche Munition für seine literarische Abrechnung mit Schleicher höchst willkommen waren, ihn andererseits aber schon durch ihre Verstöße gegen den gewohnten Formkodex irritierten, wurden sie einer gründlichen Revision unterzogen, bevor sie in das Manuskript als eigenhändige Protokolle Plancks Aufnahme fanden. [59] Erklärter Gegner der „Entwicklung einer politischen 'Lügenkunst' – als methodische Kunst, die Wahrheit der Tatsachen im Dienste der jeweiligen Politik umzufälschen", [60] hatte Papen damit eine glatte Anschlußfälschung begangen. Er hatte, so absurd es sich anhört, einen gefälschten Aktenvorgang verunechtet. Ursprünglich nur eine vage Vermutung, ist diese These dank dem segensreichen Walten des 'Kommis-

55 *A.a.O.*, S. 117 und S. 128; vgl. auch S. 114.

56 Außerdem ist daran zu denken, daß der KPD-Apparat auf Informationsquellen selbst in höchsten Regierungs- und Reichswehrkreisen zurückgreifen konnte. Vgl. Siegfried Bahne, *Die Kommunistische Partei Deutschlands*, in: *Das Ende der Parteien 1933*, hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 691.

57 Es spricht für sich, daß Groener, als im April 1932 belastendes Material gegen das Reichsbanner ausgespielt wurde, die Urheber in derselben Richtung vermutete. Er hegte den starken Verdacht, „daß diese Informationen im Reichswehrministerium erfunden, von dort in die Zeitungen hineinlanciert und dann vom Chef der Heeresleitung, auf Verlangen Schleichers, als überraschend neues Material dem Reichspräsidenten vorgelegt worden seien". Heinrich Brüning, *Memoiren*, S. 544 f.

58 Franz v. Papen, *Vom Scheitern einer Demokratie*, S. 3.

59 Vgl. Anhang, A I/c/ und II mit B.

60 Franz v. Papen, *Vom Scheitern einer Demokratie*, S. 11.

sars Zufall' leicht zu erhärten. Im Vorspann der durch Papen überlieferten Protokollvariante hat nämlich ein sehr charakteristischer Entzifferungsfehler seine episch breite Ausmalung erfahren: „So hat er [Schleicher] auch einen Tag vor der Reinigungsaktion in Preußen mit dem ADGB telefonieren lassen, um Herrn Leipart zu Gesprächen ins Reichswehrministerium einzuladen. Dieser lehnte jedoch ab. Daraufhin habe ich mich um eine Unterredung mit bevollmächtigten Vertretern des ADGB bemüht. Diese wurde mir auch für den nächsten Nachmittag, also den 20. Juli 1932, zugesagt." [61] Von einem Telefongespräch Schleichers oder Papens am 19. Juli und von einer Terminvereinbarung für den Tag der 'Reinigungsaktion' ist nun weder im ADGB-Nachdruck noch mit Sicherheit im Erstabdruck des „Volkswillens" die Rede. Hingegen findet sich die irrtümliche Datierung sowohl in der Arbeit von Hüllbüsch[62] als auch in einer Kopie des Nachlasses Keil, die sich ebenfalls von Urusla Hüllbüsch herleitet. [63] Damit aber wäre der letzte mystische Nebel verflogen. Papens handschriftlicher Planck-Version aus dem Aktenfundus der Reichskanzlei liegt nicht weniger und nicht mehr als eine für Befragungszwecke angefertigte maschinelle Abschrift der notorischen Geheimprotokolle zugrunde.

Als Problem quellenkritischer Betrachtung in den entscheidenden Punkten erledigt, stellen die „Dokumente" des „Volkswillens" als nachweisliche Falsifikate das gängige Bild der ADGB-Politik unter Papen und Schleicher neu zur Debatte. Solange sie das Ansehen echter Aufzeichnungen genossen, waren sie gleichsam prädestiniert, außer naheliegenden Schlußfolgerungen auch gewagten Konstruktionen eine scheinbar tragfähige Stütze zu liefern. Hannes Heer etwa glaubte, den Faden einer phantastischen Vermutung aufnehmen und weiterspinnen zu dürfen, daß nämlich Schleicher „den Preußenstaatsstreich mit dem ADGB abgesprochen [!] bzw. ihn informiert" habe. Die Initiatoren der Unterredung vom 30. Juli, spann Heer seinen Interpretationsfaden fort, „mußten sich des ADGB sehr sicher sein, daß sie zu diesem Termin einen Themenkreis anschnitten, der für die Gewerkschaften, sollte etwas darüber bekannt werden, ungemein kompromittierend sein mußte: die Frage der 'zukünftigen Gewerkschaftsgestaltung'" im ständisch-nationalsozialistischen Sinne. „Während die Freien Gewerkschaften", kommentierte Heer ebenso hintersinnig wie empört das Protokoll vom 9. September, „draußen im Land die Massen verbal für den Endkampf rüsteten, ließen sie sich im Gespräch mit dem Gegner dieses Endkampfes Unterstützung bei der Niederschlagung innergewerkschaftlicher Revolten zusagen." [64] Derartigen Legenden, die ihre Entstehung teils obskuren Nebenquellen, teils zielbewußter Fälschung verdanken, sollte der wissenschaftliche Resonanzboden für immer entzogen sein.

Mit geringfügigen Einschränkungen hat dies auch für die geheimnisumwobenen „Querverbindungen" zu gelten. Symptom einer politischen Krise, in der alterprobte Konzepte versagten, ist es unter Papen und Schleicher unbestreitbar zu Fühlungnahmen zwischen sozialistischen Gewerkschaftern und Exponenten des braunen Lagers gekommen. Auf welcher Ebene die Sondierungsgespräche sich abspielten, läßt der aus dem Dezember 1932 stammende Entwurf eines ADGB-Dementis ahnen, in dem es vielsagend heißt: „Niemals haben zwi-

61 *A.a.O.*, S. 258.

62 Ursula Hüllbüsch, *Gewerkschaften und Staat*, Anhang, S. I; vgl. S. 141: „hier liegt ein offensichtlicher Druckfehler vor, das Telefongespräch kann nicht am 19., sondern nur am 29. Juli geführt worden sein".

63 Archiv der sozialen Demokratie, Nachlaß Keil, Schreiben Hüllbüschs vom 10. Juni 1956 an Keil und Anlage.

64 Hannes Heer, *Burgfrieden oder Klassenkampf*, S. 67, S. 69 f., S. 89.

schen Vorstandsmitgliedern [!] des ADGB und Führern der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei irgendwelche Besprechungen stattgefunden." [65] Konkrete Vereinbarungen auf der Linie des Tat-Kreises um Zehrer und Fried hat es bei den inoffiziellen Kontakten ebenfalls nie gegeben. Erstaunlich würde sich nur das Gegenteil ausnehmen, denn bei all ihrer Anpassungsbereitschaft dürfte den Männern der Inselstraße wohl kaum jene Problematik entgangen sein, die schon einer der zeitgenössischen Kritiker Schleichers schärfstens umrissen hat: „So großartig der Gedanke sein mag, unter der Parole des Sozialismus Straßer, Stegerwald und Leipart zu vereinigen, so unmöglich ist die Verwirklichung eines solchen Planes. Die gewerkschaftlichen 'Querverbindungen' sind politische Spielereien eines Feldherrn, vergleichbar den phantastischen Staatengründungen der deutschen Armee während des Krieges. . . Weder kann man den christlichen Gewerkschafler vom Zentrum noch den freien Gewerkschaftler von der Sozialdemokratie losreißen. Selbst wenn sich der eine oder der andre Führer durch glänzende Versprechungen verlocken ließe, seine Verbandsstellung mit einem Posten in einer künftigen fascistischen Gewerkschaftsbureaukratie zu vertauschen, würde ihm die breite Masse der Mitglieder und der Funktionäre auf diesem Wege niemals Gefolgschaft leisten. Die freien Gewerkschaften sind sich dieser Konsequenzen auch durchaus bewußt". [66] Hierfür den Blick zu trüben, ist den Urhebern der Geheimprotokolle erfolgreich gelungen. Im klassischen Bündnis mit Voreingenommenheit und Leichtgläubigkeit haben die Fälscher auf ihre Weise Zeitgeschichte gemacht.

65 Vgl. Anm. 3.

66 Bernhard Citron, *Sozialist Schleicher*, in: *Die Weltbühne*, Jg. 28 (1932), Nr. 35 vom 30. August, S. 308.

Anhang

A: Photographische Reproduktion des ADGB-Nachdrucks der umstrittenen Texte; [1] *Zusätze in eckigen Klammern hier und unter B vom Verfasser des vorliegenden Beitrags*

I [a]

Gew. A. 1932/1439
Notiz zu den Akten des Herrn Referenten.
Ueberreicht durch Dr Plank.

---

[b]

Am 29. VII 32. Telephongespräch von der Reichskanzlei zum ADGB., begonnen von Schleicher mit Leipart — dieser lehnte Verhandlungen mit dem Reichswehrministerium ab. Darauf sprach der Reichskanzler, der Unterredung mit bevollmächtigten Delegierten des ADGB. verlangte. Zugesagt zum nächsten Tag nachmittags.

P.

(Handschriftlich.)

Friedensverpflichtung nach den Wahlen.
Aussprache mit rechtsstehendem Wirtschaftstheoretiker (Wagner).

---

1 „*Klassenverrat*"?, S. 12–14.

[c]

Gew. A 1932/1440 **30. Juli 32, nachmittags 4½ Uhr.**

Protokoll auf Grund handschriftlicher **Aufzeichnung des Protokollführers. (Von** der Führung eines Protokolls ist der **Mehrzahl der Teilnehmer nichts bekannt.)**

Anwesend: Reichskanzler von Papen, **Planck, Leipart, Graßmann, Eggert und** ein Berichterstatter des Reichswehrministeriums.

Papen begrüßt und dankt für Erscheinen Leipart erklärt, man habe sich für verpflichtet gehalten, der ausdrücklichen Aufforderung des Reichskanzlers trotz schwerster Bedenken Folge zu leisten.

Papen in kurzer zusammengefaßter Rede:

Zwei Punkte ständen zur Besprechung. Erstens: Haben die Gewerkschaften ihre Leute so fest in der Hand, daß sie unbedingte Ruhe ohne Rücksicht auf den Ausgang der Wahlen garantieren können.

Von Leipart und Graßmann rückhaltlos bejaht. Kurze Debatte über die Oppositionsstellung von Gewerkschaft und Partei. Ergebnis: Scharfe theoretische Opposition im Rahmen der legalen Möglichkeiten. Keinerlei Gewaltmaßnahmen — aber parlamentarischer Optimismus bezüglich des Ausgangs der Wahlen auf seiten der Gewerkschaften (insbesondere Eggert).

Ferner erbat der Reichskanzler eine Erklärung der Gewerkschaftsführer über ihre Bereitschaft, an einer prinzipiellen Diskussion über die Frage der zukünftigen Gewerkschaftsgestaltung teilzunehmen. Er beabsichtige, auch gegnerisch eingestellte Wirtschaftstheoretiker dazu aufzufordern.

Auf Graßmanns Anfrage wer damit gemeint sei, wurde eine unverbindliche ausweichende Antwort erteilt und auf einer prinzipiellen Zu- oder Absage bestanden. Graßmann und Eggert erklärten sich zur Teilnahme bereit. Leipart äußerte sich nicht.

Der Herr Berichterstatter des RWM. versprach die Anwesenheit des Ministers. **Auf Anregung Leiparts und ausdrücklichen Wunsch Graßmanns wird der Reichsinnenminister dazu geladen werden.** Die Anwesenheit des **Reichsarbeitsministers** wurde vom Reichskanzler angeregt, jedoch von den Herren stritte **abgelehnt.**

Schluß etwa 6 Uhr 15. 30 7. 0 Uhr abends. Pl.

Verfügung (handschriftl.)

1. Herrn Reichsinnenminister zur Kenntnis und Abschrift zu den Gew. Akten.
2. Herrn Leipart Abschrift des Protokolls nach Kenntnisnahme und Unterschrift von Dr. Planck.
3. Fühlungnahme wegen eines Termins durch Dr. Planck.

30. 7. Papen.

II

Protokoll.

Freitag, den 9. September 1932.
Pressezimmer des Ministeriums des Innern.

Anwesend: der Reichsminister des Innern, der Reichswehrminister, Dr. Planck als Vertreter des Reichskanzlers, Ministerialrat, die Herren Eggert, Graßmann, Dreßel, die Herren Gregor Straßer und Wagner.

Herr von Schleicher begrüßt die erschienenen Herren und entschuldigt das Fernbleiben des bedauerlicherweise verhinderten Herrn Reichskanzlers. Zu seiner Vertretung sei Herr Dr Planck anwesend. Er, der Reichswehrminister, sei um so lieber Leiter dieser persönlichen Aussprache, da der Gedanke, persönlich so erfreuliche Gegner wie die erschienenen zur sachlichen Aussprache zu bringen, von ihm ausgegangen sei.

Darauf kurze Pause zur gegenseitigen Vorstellung. Es spricht darauf der Wirtschaftstheoretiker der NSDAP., Herr Wagner, und entwickelt seine bekannten Ideen von den ständischen Aufgaben der Gewerkschaften, die in ihrer

heute rein klaſſenkämpferiſchen Geſtalt vom Weſen der wahren Gewerkſchaft, d. h. Zuſammenſchluß einer Arbeits- und Arbeitergemeinſchaft, ſich allzu weit entfernt hätten. Grundſatz dieſer wahren Gewerkſchaft ſei ihre Totalität bezüglich ihres perſonellen und ſachweiſen Geltungsgebietes.

Die praktiſche Konſequenz dieſes Grundſatzes ſei der Einbau der Gewerkſchaften in den ſtaatlichen Apparat. Zuerſt Zuſammenfaſſung aller beſtehenden Arbeitnehmerorganiſationen nach Fachgebieten, ſodann eine Art Zwangsmitgliedſchaft und dann Uebernahme des geſamten dazu notwendigen Apparates durch den Staat. Dadurch ſei auf der einen Seite dem Staat die Möglichkeit eines intenſiven Einfluſſes geſichert, auf der anderen Seite ſeien die Arbeitnehmerintereſſen viel mehr gewahrt als in der zur Zeit herrſchenden Zerſplitterung in freie, chriſtliche uſw. Gewerkſchaften.

Er perſönlich richte deshalb an die hier anweſenden Vertreter der ſtaatlichen Gewalt die dringende Aufforderung, alles zu tun, um den geſamten Fragenkomplex: Gewerkſchaften in dieſem Sinne zu löſen.

Nach ihm ſprach ganz kurz Herr Straßer, der ſich und die von ihm vertretene Partei im weſentlichen mit den Anſchauungen Wagners identifizierte, wobei er allerdings offenließ, daß man ſich über die zur Durchführung notwendigen Maßnahmen ſtreiten könne. Er ſei feſt davon überzeugt, daß im ſtaatlichen Apparat die Gegenſätze ſich ausgleichen und achtbare Gegner freundſchaftliche Mitarbeiter ſein könnten. (Letzteres offenbar an die Adreſſe der Herren vom ADGB. Der Referent handſchriftlich.)

Herr von Schleicher erklärte dann auch kurz ſeine perſönliche Uebereinſtimmung mit den Herren Wagner und Straßer, obwohl er in anderen Fragen ſich durchaus auf die eigene Meinung zurückziehen müſſe.

Sodann ſprach äußerſt vorſichtig und zurückhaltend Herr Eggert, der ohne weiteres erkennen ließ, daß er grundſätzlich mit dem Ziele der Verſtaatlichung einverſtanden ſei. Er machte dann aber auf die außerordentliche Schwierigkeit der Zuſammenfaſſung ſo heterogener Elemente aufmerkſam. (Zwiſchenruf des Herrn Wagner: Es handelt ſich ja dann um eine Behörde, was allſeitig mit Heiterkeit quittiert wurde.) Eggert glaubte, daß es praktiſcher ſei, zuerſt mit einer Machtanhäufung der Gewerkſchaften zu beginnen, bevor man an die Verſtaatlichung herangehe. Die Gewerkſchaften, für die er ſpreche, könnten nicht ſo ohne weiteres auf die wertvollen, jetzt noch revolutionären Kräfte verzichten, die bei einer offenen Verſtaatlichung unter ſtändiſchen Geſichtspunkten ſich einem dahin zielenden Zwang mit allen Mitteln widerſetzen würden. Andererſeits ſei bei der Hereinnahme dieſer Kräfte mit deren Ueberhandnehmen und einem Durchkreuzen der vorgetragenen Abſichten im bolſchewiſtiſchem Sinne zu rechnen. Man muß daher allen Organiſationen Zeit laſſen, dieſen Gedankengängen aſſimiliert zu werden. Durch die Ideologie der Gewerkſchaften ſei die Aſſimilation ſchon weit, aber noch nicht weit genug fortgeſchritten.

Herr von Schleicher wies darauf hin, daß es ihm als Inhaber der tatſächlichen Macht ein leichtes ſei, revolutionäre Elemente in Schach zu halten.

Es entſpann ſich eine lebhafte Debatte, aus der lediglich intereſſant war, daß ſie die Unſicherheit aufzeigte, mit der beide vertretenen Richtungen die Möglichkeit ihrer Machtauswirkung betrachteten.

Zum Schluß dankte Herr von Schleicher nochmals und betonte die erfreuliche ſachliche Uebereinſtimmung. Es ſei jetzt die nächſte Aufgabe, im eigenen Kreiſe die Fragen zu klären und für ſie zu arbeiten. Er glaube, dieſes Verſprechen von den Herren zu bekommen. Mit der Bitte um weiteſt gehende Diskretion wurde die Ausſprache geſchloſſen.

Miniſterialrat.

Verfügung. (Mit Stift.) Keine Abſchrift des Protokolls.

Streng vertraulich zu den Gew. Akten des Reichsinnenminiſters.

11. 9. Pl.

(Mit Blauſtift.) Gew. A. 1932. 1456.

B: *Text der Geheimprotokolle in der von Papen veröffentlichten Fassung* [2]

/ I /

„Berlin, Reichskanzlei, 30. Juli 1932, 4.30 Uhr.
Anwesend: Der Reichskanzler, Leipart, Graßmann, Eggert und ein Vertreter des Reichswehrministeriums.
Der Reichskanzler begrüßt und dankt den Erschienenen, daß sie seiner Aufforderung folgten. Kurz zusammengefaßt sagt er, zwei Punkte stünden zur Erörterung:
1. Er möchte wissen, ob die Gewerkschaften ihre Leute so fest in der Hand hätten, daß ohne Rücksicht auf den Wahlausgang (30.7.1932) Ruhe und Sicherheit unbedingt garantiert seien?
Leipart und Graßmann bejahen dies rückhaltlos.
Es folgt dann eine kurze Debatte über die Opposition des ADGB und der SPD.
Ergebnis: Scharfe theoretische Opposition im Rahmen legaler Möglichkeiten – aber keinerlei Gewaltmaßnahmen.
2. Wollte der Reichskanzler eine Erklärung der Gewerkschaften erbitten, sich zur prinzipiellen Diskussion über die Frage zukünftiger Gewerkschaftsgestaltung bereitzufinden. Er wollte zu dieser Diskussion auch gegnerische Wirtschaftstheoretiker einladen.
Graßmann und Eggert erklärten sich bereit, Leipart äußerte sich nicht. Der Berichterstatter des Reichswehrministeriums stellte die Anwesenheit des Reichswehrministers in Aussicht.
Auch der Reichsinnenminister soll teilnehmen. Dahingegen lehnen alle drei Herren die Zuziehung des Reichsarbeitsministers ab."

/ II /

„Anwesend: Reichsinnenminister, Reichswehrminister, Dr. Planck als Vertreter des Reichskanzlers, die Herren Eggert, Graßmann, Dressel und von der NSDAP Strasser und Wagner.
Herr von Schleicher begrüßt die Erschienenen und entschuldigt das Fernbleiben des Reichskanzlers. Er, Schleicher, sei um so lieber Leiter dieser persönlichen Aussprache, da der Gedanke, persönliche Gegner wie die erschienenen, zur sachlichen Aussprache zu bringen, von ihm ausgegangen sei. Der Wirtschaftstheoretiker der NSDAP Wagner entwickelt sodann seine gekannten Ideen von den ständischen Aufgaben der Gewerkschaften, die in ihrer heute rein klassenkämpferischen Gestalt vom Wesen der reien Gewerkschaften, das heißt Zusammenschluß einer Arbeiter- und Arbeitgeber-Gemeinschaft, sich allzu weit entfernt hätten. Grundsatz dieser wahren Gewerkschaft sei ihre Totalität bezüglich ihres personellen und fachweisen Geltungsgebietes.
Die praktische Konsequenz dieses Grundsatzes sei der Einbau der Gewerkschaften in den staatlichen Apparat.
Zuerst Zusammenfassung aller bestehenden Arbeitnehmer-Organisationen nach Fachgebieten, sodann eine Art Zwangsmitgliedschaft – und dann Übernahme des gesamten dazu notwendigen Apparates durch den Staat.
Dadurch sei auf der einen Seite dem Staat die Möglichkeit eines intensiven Einflusses gesichert, auf der anderen Seite seien die Arbeitnehmerinteressen viel mehr gewahrt als in der zur Zeit herrschenden Zersplitterung in freie, christliche und so weiter Gewerkschaften. Er persönlich richte daher an die hier anwesenden Vertreter der staatlichen Gewalt die dringen-

2 Franz v. Papen, *Vom Scheitern einer Demokratie*, S. 258–262.

de Aufforderung, alles zu tun, um den gesamten Fragenkomplex 'Gewerkschaften' in diesem Sinne zu lösen.
Nach ihm sprach kurz Herr Strasser, der sich und die von ihm vertretene Partei im wesentlichen mit den Abmachungen Wagners identifizierte, wobei er offenließ, daß man sich über notwendige Maßnahmen streiten könne. Er sei fest davon überzeugt, daß im staatlichen Apparat die Gegensätze sich ausgleichen und achtbare Gegner freundschaftliche Mitarbeiter sein könnten.
(Der Protokollführer handschriftlich: 'Letzteres sei offenbar an die Adresse der Herren vom ADGB gerichtet.')
Herr von Schleicher erklärte dann auch kurz seine persönliche Übereinstimmung mit den Herren Wagner und Strasser, obwohl er in anderen Fragen sich durchaus auf die eigene Meinung zurückziehen müsse.
Sodann sprach äußerst vorsichtig und zurückhaltend Herr Eggert, der ohne weiteres erkennen ließ, daß er grundsätzlich mit dem Ziel der Verstaatlichung einverstanden sei. Er machte dann auf die außerordentlichen Schwierigkeiten der Zusammenfassung so heterogener Elemente aufmerksam.
(Zwischenruf Wagners: 'Es handle sich ja dann um eine Behörde' – was allerseits mit Heiterkeit quittiert wird.) – Eggert glaubt, daß es praktischer sei, mit einer Machtanhäufung der Gewerkschaften zu beginnen, bevor man an die Verstaatlichung herangehe. Die Gewerkschaften, für die er spreche, könnten nicht so ohne weiteres auf die wertvollen, jetzt noch revolutionären Kräfte verzichten, die bei einer offenen Verstaatlichung unter ständischen Gesichtspunkten sich einem dahin zielenden Zwang mit allen Mitteln widersetzen würden. Andererseits sei bei einer Hereinnahme jener Kräfte mit deren Überhandnehmen und einem Durchkreuzen der vorgetragenen Absichten im bolschewistischen Sinne zu rechnen. Man muß daher allen Organisationen Zeit lassen, diesen Gedankengängen assimiliert zu werden. Durch die Ideologie der Gewerkschaften sei die Assimilation schon weit – aber noch nicht weit genug – fortgeschritten. General von Schleicher wies darauf hin, daß es ihm als Inhaber der tatsächlichen Macht ein leichtes sei, revolutionäre Elemente in Schach zu halten."
Es entspann sich eine lebhafte Debatte, aus der lediglich interessant war, daß sie die Unsicherheit aufzeigte, mit der beide vertretenen Richtungen die Möglichkeit ihrer Machtausweitung betrachteten.
„Am Schluß dankte Herr von Schleicher nochmals und betonte die erfreulich sachliche Übereinstimmung. Es sei jetzt die nächste Aufgabe, im eigenen Kreise die Fragen zu klären und für sie zu arbeiten. Er glaube, diese Versprechen von den Herren zu bekommen."
Mit der Bitte um weitestgehende Diskretion wurde die Aussprache geschlossen.
Mit Bleistift wurde hinzugefügt: „Keine Abschrift des Protokolls. Streng vertraulich; zu den Akten des Reichsinnenministers. 11. September. Pl.(anck) 107." [3]

3 *A.a.O.*, S. 399, Anm. 107: „Zusatz mit Blaustift: Gew. A. 1932/1456."

DIE 11. INTERNATIONALE TAGUNG DER HISTORIKER DER ARBEITERBEWEGUNG IN LINZ VOM 9.–13. SEPTEMBER 1975:
EINHEITS- UND VOLKSFRONTPOLITIK IM ANTIFASCHISTISCHEN KAMPF DER ARBEITERBEWEGUNG BIS 1939
KLASSENKAMPF UND NATIONALE FRAGE IN DER ZEIT DER ZWEITEN INTERNATIONALE (BIS ZUM ERSTEN WELTKRIEG)

Von Dirk H. Müller

Zum ersten Thema lagen drei Hauptreferate vor. [1] Kyrill SCHIRINJA (Moskau) und Horst SCHUMACHER (Berlin/DDR) referierten über die **Einheits- und Volksfrontpolitik im antifaaschistischen Kampf der Arbeiterbewegung bis 1939**: Die Kommunistische Internationale sei die einzige gesellschaftliche Kraft ihrer Zeit gewesen, die eine konstruktive, theoretisch wie praktisch begründete und erprobte Konzeption des antifaschistischen und Antikriegskampfes besaß, die zugleich den Ausweg aus Imperialismus, Faschismus und Krieg bedeutete und an die sozialistische Revolution heranführte. Die Einheits- und Volksfrontpolitik war inhaltlich wie formal revolutionär, war Massenpolitik, wohingegen die rechten Sozialdemokraten den Faschismus durch eine bürgerliche Koalitionspolitik beseitigen wollten. Die Ablehnung der Einheits- und Volksfrontpolitik durch rechte Sozialdemokraten ist nicht durch historische Einzelereignisse erklärbar, sondern ist durch ihren prinzipiellen Opportunismus und Anti-Kommunismus begründet, der, gestützt auf die Totalitarismusdoktrin, die Zerstörung der kommunistischen Parteien zum Ziel hat. Die Ablehnung der Einheitsfrontpolitik gegen den Faschismus führte zu sektiererischen Abweichungen einiger kommunistischer Parteien. Der VII. Weltkongreß der KI (1935) beseitigte alle Hemmnisse gegen die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten. Diese Aktionseinheit war in Frankreich und Spanien teilweise erfolgreich. Sie führte in beiden Ländern zur Gewerkschaftseinheit und verhinderte in Frankreich den Faschismus. In Spanien jedoch scheiterten, trotz der überaus großen internationalen Solidarität gegen die ausländische Intervention, alle Anstrengungen des EKKI, mit der SAI ein wirksames Kampfbündnis gegen die Interventen zu schaffen, weil die SAI vor den zunehmenden sozialistischen Tendenzen der spanischen Revolution zurückschreckte.
Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, als der Antikriegscharakter der Volksfrontpolitik immer mehr in den Vordergrund rückte, erlitt die Volksfront in Spanien und in Frankreich ihre entscheidenden Niederlagen. Die Doppelstrategie der Sowjetunion auf bi- wie multinationaler Ebene,sowie im Völkerbund ein System der kollektiven Sicherheit in Europa zu schaffen und gleichzeitig eine Politik der Einheits- und Volksfrontpolitik in den einzelnen Ländern zu betreiben, mußte revidiert werden, denn auch die Bemühungen, auf diplomatischer Ebene einen Krieg zu verhindern, scheiterten, weil die westlichen Demokratien die Interessen der kleineren europäischen Staaten und die der spanischen Republik zugunsten der kriegerischen Auseinandersetzung des Faschismus mit der Sowjetunion preisgaben, von der sie sich eine Stärkung ihrer Weltmachtstellung erhofften.

1 Vier weitere Referate wurden den Tagungsmaterialien beigegeben: Everhard Holtmann, *Einheitsfront, Volksfront, Anti-Nationalsozialistische Allianz – Perspektiven und Probleme der illegalen Arbeiteropposition in Österreich 1933–1938;* Forschungsgruppe der Universität Helsinki, *Die finnische Volksfrontpolitik und ihre Aktionsvoraussetzungen in den 30er Jahren;* Franz West, *Zur Einheitsfront- und Volksfrontpolitik in Österreich zwischen Februar 1934 und März 1938,* Leopold Hornik, *Die nationale Frage und der Kampf gegen den Faschismus in Österreich.*

Die Sowjetunion war so die einzige Bastion im antifaschistischen Kampf. Von ihrem Erhalt hing die Zukunft der revolutionären Arbeiterbewegung ab. Da die Westmächte ein internationales Bündnis gegen den Faschismus ablehnten, die Sowjetunion aber vom westlichen wie vom faschistischen Block gleichermaßen bedroht wurde, war der Hitler-Stalin-Pakt die einzige Möglichkeit, sich eine Atempause vor dem unvermeidlichen Krieg zu verschaffen. Dieser Pakt rief allerdings Unsicherheit in einigen kommunistischen Parteien hervor. Trotz des Scheiterns der Einheits- und Volksfrontpolitik war und ist sie der einzige Weg, die allgemeindemokratischen und nationalen Interessen der Völker zu verwirklichen.

Erich MATTHIAS und Hermann WEBER (beide Mannheim) untersuchten in ihrem Referat die **Stellung der KI und der SAI zur Einheitsfront**: Das Verhältnis zwischen der zentralistischen KI, die den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion untergeordnet war, und der wenig handlungsfähigen, weil föderativ aufgebauten SAI war von Anfang an durch die von Sinowjew kreierte Taktik von Spaltung und Einheit gegenüber der sozialdemokratischen Bewegung belastet. Für die KI war die Einheitsfrontpolitik bloßes Manöver, um die Sozialdemokratie zu schwächen. Ausgehend von der Verratstheorie, aus der das monopolistische Selbstbewußtsein der Kommunisten in bezug auf die Einheitsfront resultierte, betrachtete die KI die SAI als Agentur des Imperialismus innerhalb der Arbeiterklasse und setzte später Sozialdemokratie und Faschismus gleich. Nach der Machtergreifung Hitlers schlägt die KI ein Bündnisangebot der SAI aus und proklamiert stattdessen die Einheitsfront von unten. Erst in der Phase der Vorbereitung des VII. Weltkongresses zeichnet sich eine Änderung der Taktik der KI ab, es kommt zu Einheitsfront-Angeboten in einzelnen Ländern, vor allem in Frankreich und Spanien. Gespräche zwischen KI und SAI auf oberster Ebene scheitern an der föderativen Struktur der SAI, die die Entscheidung über die Einheitspolitik den einzelnen Ländern freigibt. Die Sozialdemokraten Großbritanniens, Skandinaviens, Hollands und der Tschechoslowakei gaben ihren Widerstand gegen die Einheitsfrontpolitik auch nicht auf, nachdem die KI ihre Sozialfaschismustheorie bereits fallengelassen hatte. An ihrem Widerstand scheiterten die Bemühungen der KI, gemeinsame Aktionen gegen den drohenden Kriegsausbruch in Abessinien zu beraten. Das Mißtrauen vieler sozialdemokratischer Parteien gegen die Einheitsfront-Taktik der Kommunisten war durch den VII. Weltkongreß nicht beseitigt worden. Die Kontroverse über die Einheitsfront führte zu Spannungen in der SAI, wiewohl in der Zwischenphase zwischen dem Eintritt der UdSSR in den Völkerbund (1934) bis hin zum Münchener Abkommen (1938) in den außenpolitischen Fragen der kollektiven Sicherheit keine Differenzen zwischen SAI und KI bestanden. Erst durch die kontroverse Interpretation des Münchener Abkommens zerfiel die SAI wieder in zwei Lager. Trotz der Aufgabe der Sozialfaschismustheorie durch die KI und der außenpolitischen Annäherung von KI und SAI bis 1938 ging die Ära der Einheitsfront ihrem Ende entgegen. Der erbitterte Kampf der Stalinisten gegen Trotzkisten, Anarchisten und Sozialisten in Spanien und die Moskauer Prozesse machten jede weitere Einheitsfrontpolitik unmöglich und verhinderten, daß die Parteien der SAI ihren vulgären, bürgerlichen Antibolschewismus (Adler) überwinden konnten. Der Hitler-Stalin-Pakt besiegelte das Scheitern der Einheitsfront-Politik. Die KI war den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion untergeordnet, die nicht mit denen des Weltproletariats identisch waren; umgekehrt opferten die Parteien der SAI den internationalen Charakter einer sozialistischen Politik dem nationalen Charakter der Parteien der einzelnen Mitgliedsländer.

Maciej TECHNICZEK (Tel Aviv) berichtete über **Die Einheits- und Volksfront im spanischen Bürgerkrieg.** Das vom VII. Weltkongreß der KI festgesetzte Programm der Verteidigung der bürgerlichen Republik placierte die KPSp auf Rechtspositionen, die dem Bewußtsein der radikalisierten Massen Spaniens nicht entsprachen. Der Einfluß des Anarchosyndikalismus schuf den spezifischen Stellenwert der Gewerkschaften, ihre leitende Rolle in den sozialen und revolutionären Kämpfen. Die sozialistische Bewegung war, trotz reformistischer Tradition, nach 1932 bereit, die Macht bewaffnet zu erobern. Die KPSp stand den Arbeiterallianzen, die sich als Organe der revolutionären Einheit der Arbeiterklasse verstanden, anfangs ablehnend gebenüber. In Spanien kam die Initiative zur Einheitsfront von den Sozialisten. Im Sommer 1935 lancierte die KPSp die Losung einer antifaschistischen Volksfront, die für Spaniens Realität ohne Bedeutung war. Die Rebellion der Generale im Juli 1936 traf sofort auf heftigen Widerstand und löste eine spontane soziale Revolution aus, die die erste Alternative zum bolschewistischen Modell war und in eindeutigem Gegensatz zu den kommunistischen Volksfrontvorstellungen stand.
Der revolutionären Volksfrontregierung gelang es nicht, ein Programm auszuarbeiten, das den organisierten Zusammenschluß aller antifaschistischen Kräfte bewirkt hätte. Die Strategie der KPSp zielte auf die Liquidierung der revolutionären Experimente (der Sozialisierung, der selbständigen Rolle der Gewerkschaften, der Kollektivierung), der Eliminierung ihrer Träger, das Hineinzwängen der Revolution in den Rahmen einer Volksfrontpolitik, bedingungslose Unterstützung der außenpolitischen Interessen der Sowjetunion. Zwar ermöglichte die materielle Unterstützung durch die UdSSR den drei Jahre währenden Widerstand gegen die Faschisten, andererseits führte die Politik der Sowjetunion dazu, daß nach der Niederlage das antifaschistische Lager hoffnungslos gespalten war.

Die **Diskussion**, in der mehr als vierzig Kollegen das Wort ergriffen, eröffnete Josef KOWALSKI (Warschau). Er kritisierte am Referat von Schirinja/Schumacher die einseitige Verkürzung des Problems auf die Politik der KI, wodurch die Länder, die die größten Erfahrungen mit der Einheitsfrontpolitik hatten – nämlich Frankreich und Spanien – zu kurz kämen. Außerdem schilderten die Referenten nur den Aufstieg nicht aber den Zerfall der Einheitsfrontpolitik vor 1939, deren entscheidendes Problem weniger das „ob" als vielmehr das „wie" war und zwar nicht allein bezogen auf die Frage der Bekämpfung des Faschismus. Die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten in der Frage nach der den Faschismus ablösenden Gesellschaftsform verhinderten von Anfang an die Entstehung einer wirksamen antifaschistischen Einheits- und Volksfrontpolitik. Der Vorwurf, der Antikommunismus der Sozialdemokraten habe diese Entstehung verhindert, verschleiert diese Differenzen. Sicherlich paßten sich recht Sozialdemokraten nicht nur dem Monopolkapitalismus sondern auch den Nazis an, aber auch zwischen revolutionären Sozialdemokraten – wie etwa Otto Bauer und Max Adler – und Kommunisten herrschte Uneinigkeit über die sozialistische Perspektive, die aus der unterschiedlichen Einschätzung des sowjetischen Modells abgeleitet war. Der Personenkult machte die Differenzen zwischen revolutionären Sozialdemokraten und Kommunisten unüberbrückbar.
Ossip K. FLECHTHEIM (Berlin-West) knüpfte an die Ausführungen von Kowalski an und bezeichnete es als Tragik der Einheits- und Volksfrontpolitik, daß sie zeitlich mit dem Beginn des Stalinismus zusammenfiel. Die Nicht-Kommunisten fürchteten, daß eine offensiv geführte und erfolgreiche Volksfrontpolitik zum Stalinismus hätte führen können, sie sahen in der Sowjetunion einen „entarteten Arbeiterstaat" (Trotzki), der alle sozialistischen Elemente eliminierte. – Reinhard KÜHNL (Marburg) meinte, die Diskussion drehe sich nur im

Kreise, wollte man nur die Schuld am Scheitern der Volksfrontpolitik suchen. Man solle weniger die Motive für eine Volksfrontpolitik untersuchen als vielmehr ihre Funktion. Ausgehend von einer ökonomischen Faschismus-Defenition kam er zu dem Schluß, die Volksfrontpolitik sei trotz zahlreicher konkreter Fehler aller Beteiligten historisch wie aktuell die einzig richtige wie notwendige Strategie, den Kapitalismus zu überwinden.
Leopold HORNIK (Wien) zeigte am Beispiel einer Gewerkschaftskonferenz des österreichischen Widerstandes, daß abstrakte Deduktionen das Problem der Strategie der Einheits- bzw. Volksfront weder in der Vergangenheit lösten, noch aktuell lösen könnten. Auf jener Gewerkschaftskonferenz nämlich habe sich der Sozialdemokrat Otto Bauer für die Diktatur des Proletariats, der Vertreter der Kommunisten hingegen für die parlamentarische Demokratie als Ziel der Volksfrontpolitik ausgesprochen.
Arnold REISBERG (Berlin/DDR) weist die Art der Interpretation des Zitates von Sinowjew über die kommunistische Taktik von Spaltung und Einheit in bezug auf die Sozialdemokratie zurück, wie sie Matthiaus und Weber in ihrem Referat verwenden. Die Spaltung der Arbeiterbewegung resultierte aus dem Zusammenbruch der Zweiten Internationale. Hätten die revolutionären Kräfte daraus nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen, gäbe es in der UdSSR keinen Sozialismus. Weil die deutsche Sozialdemokratie im November 1918 nicht die politische Macht ergriff, konnte der Kapitalismus wieder offensiv werden, daher wurde eine defensive Vereinigung der Arbeiterparteien notwendig. Der defensive Charakter war das Hauptmerkmal der Einheitsfront. Die Kommunisten hätten von den Sozialdemokraten niemals verlangt, den Bolschewismus auf ihre Fahnen zu schreiben.
Monty JOHNSTONE (London) kommt auf das Verhältnis der Volksfrontpolitik in den einzelnen europäischen Ländern zur sowjetischen Außenpolitik zurück. Daß die je nationale Volksfrontpolitik der Kommunisten und die sowjetische Außenpolitik komplementär waren, läßt nicht ohne weiteres den Schluß zu, die Volksfrontpolitik sei das trojanische Pferd der sowjetischen Außenpolitik gewesen, wie es Matthias und Weber behaupten. Die kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs haben ihre Volksfrontpolitik durchaus eigenverantwortlich betrieben. Erst ab 1939 ist eine durchgängige Gleichschaltung der KI mit den außenpolitischen Interessen der UdSSR zu beobachten. Diese Gleichschaltung schadete den weltweiten Interessen des Proletariats.
Für Wolfgang ABENDROTH (Frankfurt/M.) sind Einheits- und Volksfrontpolitik keine nur epochalen sondern generellen Probleme, die ökonomisch seit der staatsmonopolistischen Phase des Kapitalismus, politisch seit der Spaltung der Arbeiterbewegung existieren, sie sind notwendig strategische Probleme. Die Ausarbeitung und Anwendung dieser Strategie wurde durch den unterschiedlichen Stand der verschiedenen nationalen Arbeiterbewegungen und durch die Existenz der Sowjetunion erschwert. Die Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion war widersprüchlich und führte vorübergehend zu einer barbarischen Variante des Sozialismus, ohne daß die UdSSR ihren sozialistischen Gesamtcharakter verlor. Abendroth wies in diesem Zusammenhang auf die Perioden des Terrorismus in den bürgerlichen Revolutionen Englands und Frankreichs hin, gleichwohl kann ihnen nicht der Charakter bürgerlicher Revolutionen abgesprochen werden, auch führten sie zur Herausbildung bürgerlicher Gesellschaften.
Peter LÖSCHE (Göttingen) weist daraufhin, daß die Aktualität einer Volksfrontpolitik steht und fällt mit der Einschätzung, ob die weltweite Krise des Kapitalismus notwendig in den Faschismus hatte führen müssen. Das Beispiel der USA zeige, daß eine parlamentarische Demokratie in der Lage war, die Weltwirtschaftskrise anders als faschistisch zu lösen. Auch sehe er nicht, wie Abendroth, die notwendige Verbindung von staatsmonopolistischem Ka-

pitalismus und Volksfrontpolitik. Von einem staatsmonopolistischen Kapitalismus im Spanien der 30iger Jahre könne wohl kaum die Rede sein. In der marxistisch-leninistischen Theorie seien die bündnispolitischen Probleme einer Volksfrontpolitik nur abstrakt ökonomisch, nicht jedoch politisch konkret gelöst.
Aus den zahlreichen Beiträgen der Teilnehmer aus den ost- und südosteuropäischen Ländern – die im Gesamtzusammenhang der Diskussion leider nur wenig berücksichtigt wurden – ging hervor, daß sich die bündnispolitische Problematik der Volksfront in ihren Ländern – trotz aller historischen Unterschiede – in zwei Aspekten wesentlich von der in den mitteleuropäischen Ländern unterschied: zum einen fehlte die ökonomische Basis für einen (starken) Reformismus, zum anderen war der antifaschistische Kampf zugleich ein Kampf für nationale Unabhängigkeit. Diese beiden Momente kamen am stärksten in Yugoslawien zur Geltung.

Die drei Hauptreferate [2] zu dem zweiten Thema **Klassenkampf und nationale Frage in der Zeit der Zweiten Internationale (bis zum Ersten Weltkrieg)** hielten Feliks TYCH (Warschau), Peretz MERCHAV (Emek-Hayarden, Israel) und Hans MOMMSEN (Bochum). Feliks Tych führte aus, die Uneinheitlichkeit der Zweiten Internationale sei deutlich an der Behandlung der nationalen Frage erkennbar gewesen. Die Trennungslinien in der Beurteilung der nationalen Frage deckten sich jedoch nicht immer mit den Trennungslinien der unterschiedlichen Taktik im Klassenkampf. Für Länder, die den Grundton der Zweiten Internationale bestimmten, war – mit Ausnahme Österreichs – die nationale Frage nicht akut, umgekehrt spielten die Parteien, in deren Länder die nationale Frage problematisch war, eine geringere Rolle innerhalb der Zweiten Internationale. Nur auf einem von neun Kongressen beschäftigte sie sich mit der nationalen Frage. Die PPS legt auf dem Londoner Kongreß von 1896 einen Resolutionsentwurf zur Unabhängigkeit Polens vor. Der Kongreß wollte sich jedoch nicht in konkreten nationalen Bewegungen engagieren und hob dieses Problem auf die bewährte höhere Ebene, indem er für die Unabhängigkeit aller Nationen eintrat. Die Kolonialfrage wurde von der Mehrheit der Zweiten Internationale nicht als nationale Frage behandelt, sondern im Lichte humanitärer und keinesfalls vom Standpunkt politischer oder sozialer Kategorien her analysiert. Eine richtige Beurteilung des Stellenwerts der nationalen Frage kann nur geleistet werden, wenn man über die Beschlüsse der Kongresse der Zweiten Internationale hinausgeht und die Grundlage der einzelnen Parteien sowie ihrer verschiedenen Strömungen genauer betrachtet: Für die Parteien West- und Mitteleuropas hatte die soziale Frage gegenüber der nationalen Priorität, sie betrachteten die europäischen Grenzen als feststehend und wollten den nationalen Minderheiten politische Gleichberechtigung und Tolerierung ihrer nationalen Kultur garantieren. Nationale Autonomiebestrebungen würden nur die Klassenfronten schwächen. Diese Meinung war unterschiedlich motiviert. Sie wurde geteilt von denen, die aus staatspolitischen Gründen den status quo erhalten wissen wollten, auf den sie ihre evolutionistischen Hoffnungen setzten, aber ebenso von den Verfechtern dogmatischer Klassenkampfprinzipien. Einige sozialistische Parteien unterdrückter Völker (z.B. Polen und Tschechen) legten dagegen einen stärkeren Akzent auf die Gemeinsamkeit innerhalb der Nation als auf die internationale Klassensolidarität. Auf der anderen Seite gab es in Frankreich

2 Zum zweiten Thema lagen noch folgende Referate vor, die jedoch nicht im einzelnen diskutiert wurden: Gerd Callesen, Niels Finn Christiansen und Curt Sørensen, *Klassenkampf und nationale Frage in der Zeit der II. Internationale in Dänemark;* Enver Redzic, *Austromarxismus und jugoslawische Frage.*

eine starke Strömung des nationalen Nihilismus, die Anarchisten, revolutionäre Syndikalisten und linke Sozialisten umfaßte. Für sie war die Kategorie der Nation eine bloße Fiktion. Viele von ihnen schwenkten bei Kriegsausbruch abrupt in das Lager der Chauvinisten, die von Anfang an auch in der Zweiten Internationale vertreten waren. Daneben gab es eine Gruppe von Sozialisten, die, in jakobinischer Tradition stehend, von der demokratischen und republikanischen Sendung Frankreichs überzeugt waren.
Lenin war der erste Theoretiker der Epoche der Zweiten Internationale, der die enge Verknüpfung zwischen der nationalen Frage und dem sozialen Kampf des Proletariats sah, sowohl den negativen Aspekt, die Gefahren des Nationalsozialismus für den proletarischen Klassenkampf, als auch den positiven Aspekt, den nationalen Befreiungskampf als Ausdruck eines Kampfes, der die imperialistischen Großmächte von innen heraus sprengt.
Im letzen Teil seines Referates analysierte Tych die widersprüchlichen Positionen zur nationalen Frage innerhalb der revolutionären Linken, wie sie vor allem von Lenin einerseits, Rosa Luxemburg andererseits vertreten wurden. Rosa Luxemburg erlag im Unterschied zu Lenin, der alle Aspekte der nationalen Bewegung berücksichtigte, dem Bann jener zeitweiligen negativen Folgen, die die nationale Bewegung auf den internationalen Kampf des Proletariats um den Sozialismus ausüben konnte. Für sie war die sozialistische Bewegung die höchste Form der Befreiungsbewegung und sie betrachtete die nationale Bewegung niemals als einen Faktor, der den Druck der sozialen Bewegung der Arbeiter verstärken konnte. Die dialektischen Widersprüche der nationalen Bewegung verstand sie als einfache.
Peretz Merchav ging in seinem Referat näher auf die Diskussionen über die nationale Frage in der russischen und in der österreichischen Partei ein. Die SDAPR garantierte für die Zeit nach ihrem Sieg das Recht der Selbstbestimmung der Nationen, die zum russischen Staatsverband gehörten, betonte aber gleichzeitig, daß die territoriale und die nationale Autonomie nicht unter allen Bedingungen notwendig deckungsgleich sein müßten. Die vom jüdisch-sozialistischen Bund geforderte exterritoriale (personale) „kulturell-nationale Autonomie" wurde abgelehnt. – Mitte der neunziger Jahre sah sich die österreichische Sozialdemokratie mit einer Welle von bürgerlichem Nationalismus der unterdrückten Völker konfrontiert. Wollte sie als Arbeiterpartei weiterexistieren, mußte sie dieser Strömung Rechnung tragen. 1897 wurde die Partei in eine Föderation selbständiger nationaler Parteien umgewandelt. Das Nationalitäten-Programm des Brünner Parteitages von 1899 war ein Kompromiß zwischen den territorial-nationalen und dem personal-kulturellen Konzeptionen. Die organisatorischen und programmatischen Beschlüsse vermochten jedoch die zentrifugalen Tendenzen zu meistern, die nicht nur die Einheit sondern sogar die Existenz der österreichischen Sozialdemokratie bedrohten. Seit 1906 griff diese Spaltung auch auf die bis dahin mehr oder weniger einheitlich gebliebene Gewerkschaftsbewegung über, und nicht einmal die fast einmütige Verurteilung des tschechischen Gewerkschaftsseperatismus durch den Kopenhagener Kongreß der Zweiten Internationale (1910) war imstande, die endgültige Spaltung der österreichischen Gewerkschaften und der Gesamtpartei zu verhinden (1911). All den theoretischen wie praktischen Lösungsversuchen der nationalen Frage, die in der Zeit der Zweiten Internationale unternommen wurden, ist gemeinsam, daß sie begrifflich wie sachlich Nation und Klasse als jeweils in sich autonom verstanden. So wurde dieses Problem auf praktischer Ebene nur taktisch, auf theoretischer Ebene nur abstrakt „gelöst". Dem hielt Merchav die dualistische Gliederung der Menschheit entgegen. Man müsse sich daran gewöhnen, die nationale Gliederung als parallel zu sozialen und dieser gleichwertig zu betrachten. Die sozialistische Partei, die sich vornehmlich auf die Arbeiter stützt, jedoch alle aktuellen und historischen Interessen, Erwartungen und Hoffnungen des arbeitenden Volkes vertritt, ist

auch die Haupterbin der nationalen Geschichte und Kultur, sowie die Gewähr für deren Fortsetzung, Bereicherung und Vertiefung.
Hans Mommsen verwies auf die Kontinuitätslinien in der Behandlung der nationalen Frage durch die Zweite Internationale. Mit dem Frühliberalismus hatte der Sozialismus die Überzeugung gemeinsam, der Nationalismus sei ein Übergangsphänomen, das im Zuge der zivilisatorischen Entwicklung seine politische Virulanz verlieren würde. Ideengeschichtlich lassen sich in der Einschätzung der nationalen Frage idealistische Einflüsse auf die sich herausbildende materialistische Geschichtsauffassung nachweisen. Die internationalistische Konzeption von Marx und Engels stellte das Problem der nationalen Emanzipation hinter die soziale Emanzipation zurück. In der äußersten Konsequenz lief das von Marx konzipierte Verlaufsmodell der Durchsetzung wie Selbstaufhebung des Kapitalismus, wie der nationalistischen Zwischenstufe durch die Schaffung des Weltmarktes darauf hinaus, daß die Durchsetzung des Sozialismus sich nur im Weltmaßstab vollziehen könne, wiewohl er diese idealtypische Konstruktion selbst relativierte und einen qualitativen Umschlag zum Sozialismus zunächst in den kapitalistisch fortgeschrittenen Ländern und erst in zweiter Linie global nicht ausschloß. – Die Erfahrungen der Revolution von 1848/49 wie der Periode der Nationalstaatsbildung in Mitteleuropa haben die ursprünglich kosmopolitisch gefärbten Grundauffassungen von Marx und Engels zugunsten einer realistischen Einschätzung der nationalstaatlichen Konstellation zurücktreten lassen, wenngleich sie in den ökonomischen Theorien weiterhin durchschienen. Es kam indessen nicht zu einer Neubestimmung der theoretischen Position in der nationalen Frage. Bei den Epigonen führte dies notwendig zur Unterschätzung der politischen Virulenz der nationalen Bewegung, die allzuleicht als konterrevolutionär abgestempelt wurde. Auch die Periode der Zweiten Internationale ist von einer tiefgehenden Unsicherheit gegenüber der nationalen Frage gekennzeichnet, die zu einer Täuschung über die Intensität der Bindung der Masse der Arbeiterschaft an die gegebenen nationalstaatlichen, politischen und kulturellen Strukturen führte. Lenin hatte schon vor dem Zusammenbruch der Zweiten Internationalen die Konsequenz gezogen, durch die taktische Ausnützung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen bis zur Loslösung die Einheit der bolschewistischen Partei zu sichern und die nationalstaatlichen Strömungen zu neutralisieren, ja sie zur Stärkung der bolschewistischen Position zu benutzen. In Österreich führte der Mangel an theoretischer Klarheit in der nationalen Frage praktisch zu einer durch und durch defensiven Frontstellung. Als Otto Bauer 1907 aus taktischen Überlegungen heraus eine Agitationsbroschüre konzipierte, entstand das bis heute bedeutendste Werk zur theoretischen Bewältigung des Nationalsozialismus-Problems aus marxistischer Sicht, das jedoch mit den herkömmlichen marxistischen Vorstellungen brach: Bauer war überzeugt, die nationalen Besonderheiten würden auch nach dem Übergang zum Sozialismus erhalten bleiben, der Kapitalismus würde bis dahin das Nationalitätenprinzip nicht gebrochen haben, da er an supranationalen imperialistischen Herrschaftsgebilden interessiert sei. Hingegen die soziale Verbreiterung der Nation virtuell zur inneren Einheit der Nation führen würde und mit dem Wegfall der Klassengegensätze im Sozialismus ihren Abschluß fände.

Neben den zahlreichen ergänzenden Ausführungen standen drei Fragen im Mittelpunkt der **Diskussion**: die Stellung von Marx und Engels zur nationalen Frage, der Vergleich der leninistischen mit der austromarxistischen Nationalitätenpolitik und das Problem der nationalen Frage innerhalb der imperialistischen Länder. Ernst WANGERMANN (Leeds) widersprach Mommsens These, Marx habe die Verwirklichung der nationalen Emanzipation als innerkapitalistisches Problem betrachtet, vielmehr galt sie ihm als eine Vorbedingung der

sozialen Revolution. Seine Epigonen hingegen sahen es umgekehrt. France KLOPČIČ (Ljublanja) verteidigte Engels, der zwar keine ausgeprägte Theorie des Nationalismus gehabt hätte, seine allgemeine Äußerung, eine Nation, die eine andere unterdrücke, könne selbst nicht frei sein, habe als praktische Richtschnur noch heute Gültigkeit. Gerd CALLESSEN (Humbleback, DK) hatte zuvor auf die Stellungnahme von Engels in der Schleswig-Holstein-Frage hingewiesen, in der er stets das Selbstbestimmungsrecht nationaler Minderheiten betont hatte. Helmut KONRAD (Linz) wies auf den Widerspruch zwischen der von Mommsen behaupteten hervorragenden theoretischen Lösung der nationalen Frage bei Otto Bauer und dem praktischen Versagen des Austromarxismus in dieser Frage hin, der jedoch dem bürgerlichen Nationalismus nicht aus innerer Schwäche erlag, sondern der bürgerlichen Ideologie seiner Basis entgegenkam. Jan GALLANDAUER (Prag) vertrat, die Nationalitätenpolitik der Bolschewisten mit der der tschechischen Sozialdemokratie vergleichend, die These, daß die soziale und die nationale Frage nur gemeinsam im revolutionären Prozeß gelöst werden kann. Die tschechische Sozialdemokratie sei aber weder sozial noch national revolutionär gewesen. Heinz WOHLGEMUTH (Berlin/DDR) und Georg FÜLBERTH (Marburg) wiesen auf die nationale Frage innerhalb der imperialistischen Länder hin, gefährde doch die kriegerische Konsequenz des Imperialismus die Nation als ganze.

Auf der 11. Linzer Tagung wurde über sechzigmal das Wort zu einem der beiden Themen ergriffen. Daher konnten in diesem Bericht nur die Hauptlinien der Diskussion nachgezeichnet werden. Die 12. Linzer Tagung findet vom 14.–18. September 1976 statt, als Themen wurden das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften vor 1917 und methodologische Probleme der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung gewählt.

DIE GESCHICHTE DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE 1875–1975. EIN BERICHT ÜBER DIE WISSENSCHAFTLICHE TAGUNG IN POZNAŃ AM 22. UND 23. MAI 1975

Von Franciszek Hawranek

Das Historische Institut der Adam-Mickiewicz-Universität zu Poznań (Abteilung für die Geschichte Deutschlands), organisierte am 22. und 23. Mai 1975 eine wissenschaftliche Tagung über die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie in den Jahren 1875–1975. Unter der Leitung von Prof. Antoni Czubiński fanden sich in Poznan alle polnischen Wissenschaftler ein, die sich mit der Geschichte der SPD befassen. Es war eine recht interessante und anregende Veranstaltung, in der über eine große Vielfalt von Problemen beraten wurde. An einem Tage behandelte man die geschichtlichen Aspekte der Entwicklung der SPD bis 1933; am anderen wurde die Stellung der SPD in Westdeutschland und in der BRD untersucht. Trotz der Fülle der Referate verlief die Tagung in einer Atmosphäre gespannter Aufmerksamkeit, da die Texte den Teilnehmern in vervielfältigter Form zugestellt worden waren und die Referenten nur einige Minuten benötigten, um ihre Hauptthesen in Erinnerung zu bringen.

Die folgende Aufzählung mag einen Überblick über die Themen vermitteln.Am ersten Tage wurden behandelt: „Die Entwicklungsphasen der SPD und ihre Programmevolution 1875–1975" (Antoni Czubiński); „Die historiographischen Aspekte der Marxschen 'Kritik des Gothaer Programms' " (Jerzy Topolski); „Egalitarismus und soziale Gerechtigkeit in der 'Kritik des Gothaer Programms' " (Seweryn Dziamski); „Die Stellung der SPD zur nationalen Frage" (Jozef Chlebowczyk); „Die SPD und die Agrarfrage" (Michał Pirko); „Die Rolle der SPD in der Zweiten Internationale (1889–1914)" (Andrzej Głowacki); „Die Rolle der SPD in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940)" (Jan Tomicki); „Die Auffassungen der SPD über den politischen Staatsaufbau (1918–1933)" (Jan Wąsicki); „Die Beziehungen zwischen der deutschen und italienischen sozialistischen Bewegung um die Wende des 19. und 20. Jahrhunderts" (Stanisław Sierpowski); „Die SPD und die Arbeiterbewegung der skandinavischen Länder" (Bernard Piotrowski); „Das Wirken der SPD in Oberschlesien 1890–1933" (Franciszek Hawranek); „Die SPD und die Westgrenzen Polens" (Janusz Sobczak); „Die NSDAP und die SPD" (Henryk Olszewski).

Am zweiten Tage wurden folgende Referate zusammengefaßt: „Der Wiederaufbau der SPD in den vier Besatzungszonen (1945–1946)" (Marian Grzeda); „Die Stellung der SPD zum Problem der Einigung Deutschlands" (Antoni W. Walczak); „Die Ostpolitik der SPD in den Jahren 1945–1969" (Mirosław Cygański); „Die Ideologie der ersten sozialliberalen Koalition" (Lucjan Meissner); „Die Rolle der Ostpolitik im Kampf der SPD um das Erstarken ihrer politischen Position in der BRD in den Jahren 1964–1975" (Ryszard Wojna); „Die Sozialpolitik der SPD" (Olgierd Lissowski); „Der Standpunkt der SPD in der Abrüstungs- und der Remilitarisierungsfrage der BRD" (Czesław Mojsiewicz); „Die Rolle der sozialdemokratischen Presse bei der Gestaltung der öffentlichen Meinung in der BRD" (Janusz Matuszyński).

Die Diskussion war sehr rege, frei und kontrovers. Die am meisten umstrittenen Fragen betrafen folgende Probleme: Warum versagte die SPD 1914 und 1933? Gab es zum Reformismus in der SPD (vor 1914) eine Alternative oder handelte es sich dabei um eine gesetzmäßige Erscheinung? Warum wollte und konnte die SPD in den Jahren 1890–1914 keinen illegalen Kampf gegen die bestehende Ordnung führen? Welche Faktoren bedingten die Stellung der

SPD zur Nationalitätenfrage? Welchen Stellenwert besitzt die Ostpolitik in der Gesamtstrategie der Partei in der BRD? – Der Verlauf der Tagung dokumentierte einerseits die Vielfalt und Intensität der polnischen Forschungen zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, machte aber andererseits deutlich, daß diese im Augenblick noch nicht ausreichen, um eine *Gesamtdarstellung* der Geschichte der Partei aus polnischer Sicht vorzulegen. Dieses Ziel wird jedoch von der in Poznań konzentrierten polnischen Deutschland-Forschung angestrebt. Deshalb beschloß man auch, alle Referate mit den Diskussionsbeiträgen in Buchform erscheinen zu lassen, damit weitere Fragen erörtert und geklärt werden können.

DIE QUELLEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG IM ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE DER FRIEDRICH - EBERT - STIFTUNG *

Von Walter Momper

Seit der Eröffnung des Archivs der sozialen Demokratie (AsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahre 1969 sind die Bestände dieser Einrichtung nach Umfang und Zahl rapide gewachsen. Den Grundstock des Archivs bildeten die Archivalienbestände des Parteivorstands der SPD, die allerdings nach der Rettung des alten sozialdemokratischen Parteiarchivs vor dem Zugriff der Faschisten und dessen Verkauf an das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, erst nach 1945 mühsam durch den Erwerb von Nachlässen und Splitterbeständen aufgebaut worden waren. 1969 und in der Folgezeit übernahm das Archiv vom SPD-Parteivorstand und den Organisationsgliederungen der SPD archivreife Aktenbestände, so daß das AsD für die SPD die Funktion eines zentralen Parteiarchivs erfüllt. Darüber hinaus bemüht sich das AsD durch den Erwerb und die Sammlung von Nachlässen und anderem Schriftgut, die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und insbesondere der SPD umfassend zu dokumentieren.

Zum Archiv der sozialen Demokratie gehört auch die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Literatur zu den Arbeitsbereichen des Forschungsinstitutes der Stiftung sammelt. Zu den Sammlungsgebieten zählt, neben Wirtschaftswissenschaften, Entwicklungsländerforschung und Entwicklungspolitik, schwerpunktmäßig die Sozial- und Zeitgeschichte. Die Bibliothek mit ihren über 90 000 Bänden – darunter ca. 3 000 Periodica aller Sammlungsgebiete – dürfte eine der umfangreichsten und umfassendsten Spezialbibliotheken zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik sein.

Das Archiv der sozialen Demokratie ist juristisch ein Privatarchiv. Nach der Benutzerordnung und den für die einzelnen Bestände geltenden jeweils besonderen Bestimmungen, ist die Benutzung von Archivalien unterschiedlichen Beschränkungen unterworfen, insbesondere unterliegen die in der Zeit nach 1933 entstandenen Bestände Einschränkungen. Wie bei jedem Archiv empfiehlt sich für den Benutzer eine Anfrage und auf jeden Fall eine Anmeldung *vor* der beabsichtigten Benutzung. Der Lesesaal von Archiv und Bibliothek ist montags bis donnerstags von 9.00 bis 17.00 Uhr, freitags von 9.00 bis 16.00 Uhr geöffnet.

Der Erschließungs- und Verzeichnungsstand der einzelnen Bestände ist sehr unterschiedlich, zum Teil stehen nur provisorische Findmittel zur Verfügung. Nach der Neugliederung der Archivalien in einzelne Abteilungen ist inzwischen die 3. überarbeitete Auflage der Übersicht über die Archivbestände (Stand: 1.3.1973) erschienen. [1] Diese vorzügliche und klar gegliederte Archivübersicht wurde vom AsD-Archivar Werner Krause und von Sheila Ochová verfaßt.

Gestützt auf die Arbeiten von Paul Mayer, ist dem Verzeichnis eine annotierte Übersicht über die Geschichte des Parteiarchivs der SPD und eine kurze Akzessionsgeschichte der nach 1945 völlig neu aufgebauten und gesammelten Bestände von Archiv und Bibliothek

* Anschrift: 53 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Str. 149.

1 Werner Krause und Sheila Ochová, *Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie. Übersicht über die Archivbestände (Stand vom 1.3.1973)*, Bad Godesberg 1973, 134 S.

vorangestellt. Eine den einzelnen Beständen vorangestellte Übersicht vermittelt dem Benutzer einen guten Überblick und zeigt, daß der Sammlerfleiß der Archivare es zustande gebracht hat, daß für den Zeitraum vor 1945 im Archiv eine Reihe von wesentlichen Nachlässen vorhanden ist, die für einschlägig arbeitende Forscher von zentraler Bedeutung sein dürfe.
Die Übersicht enthält ausführliche biographische Angaben zu den einzelnen dort verwahrten Nachlässen und knappe, aber informative Beschreibungen des Inhalts der aufgeführten Nachlässe. Die übrigen Bestände werden durch kurze Abrisse der geschichtlichen Entwicklung des Registraturbildners, der Bestandsgeschichte und Einführungen in Inhalt und Aussagekraft des Bestandes selbst ergänzt. Darüber hinaus enthält die Übersicht eine kurze Darstellung der technischen Einrichtungen des Archivs und eine umfangreiche Auswahlbibliographie der Periodika in der Bibliothek des AsD.

Literatur

Friedrich-Ebert-Stiftung. Archiv der sozialen Demokratie. Übersicht über die Archivbestände (Stand vom 1.3.1973), bearbeitet von Werner Krause und Sheila Ochová, Bad Godesberg 1973, 134 S.

Daß, Herbert: *Quellensammlung zur Geschichte der Arbeiter-, Turn- und Sportbewegung,* in: *IWK,* H. 4 (1967), S. 48 ff.

Jensen, Jürgen: *Das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, ... IWK,* H. 11/12 (1971), S. 53-54.

Mayer, Paul: *Schriftliche Nachlässe und Dokumente im historischen Archiv der SPD,* in: *IWK,* H. 1 (1965), S. 29-31.

Ders.: *Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses,* in: *Archiv für Sozialgeschichte,* Bd. VI/VII, Hannover 1967, S. 5 ff.

Ders.: *Der Stockholmer Dokumentenfund. Das Archiv der Sopade,* in: *IWK,* H. 15 (1972), S. 46 - 48.

Miller, Susanne: *Der Nachlaß Emil Barth,* in: *IWK,* H. 3 (1966), S. 26-27.

Dies.: *Rudolf Rothe und Paul Mayer zum Gedenken,* in: *IWK,* H. 11/12 (1971), S. 120.

Stern, Heinz und Dieter Wolf: *Das große Echo. Eine historische Reportage um den literarischen Nachlaß von Karl Marx und Friedrich Engels,* Berlin (DDR) 1972.

Wheeler, Robert: *Der Levi-Nachlaß im Buttinger Archiv,* in: *IWK,* H. 4 (1967), S. 43-46.

Bestände

Da die auf Anforderung beim AsD kostenlos erhältliche Übersicht über die Bestände des Archivs die für den potentiellen Benutzer relevanten Informationen enthält, beschränkt sich der hier vorliegende Bericht auf eine Aufzählung der Bestände und die Angabe, welcher Zeitraum in dem jeweiligen Bestand dokumentiert wird sowie die Anzahl der Akten bzw. den Umfang in laufenden Archivmetern. Die Anordnung der Bestände im Bericht entspricht der Tektonik des Archivs. Es muß darauf hingewiesen werden, daß es sich zum Teil nicht um reine Provenienzen, sondern um Sammlungsgut bzw. Mischprovenienzen handelt.

Abt. I
Nachlässe und Deposita

Adolf Arndt 1904 - 1974
1945 - 1965, 2,90 m

Walter Auerbach 1905 - 1975
1933 - 1948, 5,00 m

Emil Barth 1879 - 1941
1918/1919, 0,60 m

Otto Braun 1872 - 1955
1918 - 1933, 50 Dokumente

Louis Hermann Brill 1895 - 1959
1945 - 1959, 0,40 m

Joseph Buttinger * 1906
1933 - 1948, 2,25 m

Artur Crispien 1875 - 1946
Manuskript Memoiren

Heinrich Deist 1902 - 1964
1946 - 1964, 4,50 m

J. H. W. Dietz 1843 - 1922
Glückwünsche zum 70. und
75. Geburtstag

Wilhelm Dittmann 1874 - 1954
1899 - 1945, 1,00 m

Henry Dittmer * 1905
1933 ff., 0,55 m

Alfred Dobbert * 1897
1946 ff., 0,07 m

Willi Eichler 1896 - 1971
1955 ff., 10,00 m

Georg Eliasberg 1906 - 1972
1940 - 1950, 0,45 m

Fritz Erler 1913 - 1967
1945 - 1967, 17,00 m

Felix Fechenbach 1894 - 1933
1913 - 1933, 0,30 m

Hermann Fischer 1895 - 1967
1940 - 1947, 0,50 m

Ludwig Frank 1874 - 1914
38 Briefe an A. Kessler 1909 - 1914

Carl Giebel 1878 - 1930
1912 - 1927, 0,50 m

Erich W. Gniffke 1895 - 1964
1948 ff., 2,25 m

Ernst Heilmann 1881 - 1940
17 Briefe 1934 - 1940

Gustav Heinemann * 1899
1919 - 1969, 25,00 m

Josef Hellenbrock * 1900
1965 - 1969, 2,00 m

Alfred Henke 1868 - 1946
1907 - 1919, 0,30 m

Fritz Henßler 1886 - 1953
1946 - 1953, 1,80 m

Karl Herrmann 1882 - 1951
1932 - 1949, 0,09 m

Paul Hertz 1888 - 1961
1920 - 1961, 46 Filmrollen

Martin Hirsch * 1913
1961 - 1965, 0,70 m

Karl Höltermann 1894 - 1955
1933 - 1953, 1,00 m

Werner Jacobi 1907 - 1970
1956 - 1970, 8,00 m

Marie Juchacz 1879 - 1956
1949 ff., 0,50 m

Paul Kampffmeyer 1864 - 1945
55 Briefe 1885

Arno Kapp
1871 - 1949, 0,14 m

Wilhelm Keil 1870 - 1968
0,50 m

Georg Ledebour 1850 - 1947
1931 - 1947, 0,10 m

Paul Levi 1883 - 1930
1909 - 1930, 11,00 m

Paul Löbe 1875 - 1967
1946 - 1967, 2,60 m

Walter Menzel 1901 - 1963
1946 ff., 2,50 m

Hermann Molkenbuhr 1851 - 1927
1899 - 1927, 0,40 m

Karl Mommer * 1920
1945 - 1956, 2,30 m

Willy Müller * 1903
1949 ff., 1,80 m

Hermann Müller-Franken 1876 - 1931
1928 - 1929, 0,50 m

Friedrich Naumann 1860 - 1919
18 Briefe 1898 - 1906

Peter Nellen 1912 - 1969
1960 - 1969, 1,40 m

Gustav Noske 1868 - 1946
1914 - 1946, 0,20 m

Otto Ostrowski 1883 - 1963
1946 ff., 2,50 m

Ludwig Preller 1897 - 1975
1946 - 1968, 2,60 m

Max Quarck 1860 - 1930
1889 - 1907, 0,20 m

Willi Richter 1894 - 1972
1950 - 1952, 0,05 m

Heinrich Ritzel 1893 - 1971
1933 ff., 43,00 m

Fritz Sänger * 1901
1960 - 1969, 3,00 m

Friedrich Salomon * 1890
1933 - 1940, 0,50 m

Wilhelm Sander * 1895
1922 - 1966, 0,40 m

Philipp Scheidemann 1865 - 1939
1937 - 1939

Karl Schmidt * 1878
1918 - 1920, 0,27 m

Bruno Schoenlank 1859 - 1901
1890 - 1898, 0,10 m

Arno Scholz 1904 - 1971
1946 - 1971, 21,00 m

Karl Schroeder 1884 - 1950
26 Briefe 1902 - 1919

Walter Seuffert * 1907
1949 - 1964, 3,50 m

Carl Severing 1875 - 1952
1892 - 1952, 2,40 m

Friedrich Stampfer 1893 - 1965
1933 - 1957, 1,00 m

Jean Stock 1893 - 1965
1918 - 1964, 1,00 m

Karl Töpfer * 1888
1924 - 1960, 0,90 m

Richard Voigt 1895 - 1970
1949 - 1963, 0,80 m

Hedwig Wachenheim 1891 - 1969
Manuskripte und Tonbänder
der Lebenserinnerungen

Otto Wels 1873 - 1939
36 Einzelstücke 1933 - 1939

Helene Wessel 1898 - 1969
1945 - 1968, 19,00 m

Gerda Weyl 1904 - 1964
78 Einzelstücke 1902 - 1952

Wladimir Woytinsky 1885 - 1960
Manuskripte 1926 - 1932

Abt. II
SPD - Parteiführung

Bestand Emigration
Akten des Parteivorstandes
1932 - 1945, 21,00 m

Bestand Schumacher
Handakten,
Akten des 'Büros Dr. Schumacher' usw.
1946 - 1952

Bestand Ollenhauer
Handakten 1948 - 1963

Bestand Heine
Korrespondenz 1948 - 1958

SPD-Parteivorstand
Akten der Abteilungen/Referate zu den folgenden Sachgebieten: Betriebsorganisation (Gewerkschaftsarbeit, Arbeitnehmer), Frauenpolitik, Jugendpolitik, Kulturpolitik, Öffentlichkeitsarbeit und Werbetechnik (Propaganda), Organisation, Rundfunk/Presse, Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik
1947 - 1969

SPD-Parteivorstand
Akten der Arbeitsgemeinschaften/Ausschüsse zu den folgenden Sachgebieten: Frauenfragen, Kulturpolitik, Rechtspolitik, Rundfunkpolitik, Sozialpolitik,Werbung und Propaganda, Wirtschaftspolitik
1947 - 1969

SPD-Parteivorstand
Akten betr. die Programmdiskussion
14 Ordner
bis 1969

SPD-Parteivorstand
Akten betr. Parteitage
Protokolle, Anträge, Korrespondenz
1946 - 1966

SPD-Parteivorstand
Akten betr. internationale Kongresse
Protokolle, Anträge, Korrespondenz
1947 - 1969

Abt. III
SPD - Parteigliederungen

SPD-Landesverband Bayern
1946 - 1957, 14,00 m

SPD-Bezirk Braunschweig
1946 - 1960, 16,00 m

SPD-Landesorganisation Bremen
1948 - 1967, 5,00 m

SPD-Landesorganisation Hamburg
1946 - 1965, 11,00 m

SPD-Bezirk Pfalz
1946 - 1960, 1,10 m

SPD-Landesverband Saar
(Sammlung Ernst Kunkel)
1947 - 1959, 7,50 m

SPD-Landesverband Schleswig-Holstein
1945 - 1961, 15,00 m

SPD-Bezirk Weser-Ems
1946 - 1963, 11,00 m

SPD-Bezirk Westliches Westfalen
1946 - 1962, 8,00 m

SPD-Unterbezirk Bonn
1949 - 1965, 8,00 m

SPD-Unterbezirk Düsseldorf
1945 - 1970, 28,00 m

SPD-Kreisverein Pinneberg
1946 - 1950, 1,70 m

Abt. IV
Andere Organisationen

Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (ADAV)
Fotokopien 1860 - 1866

Arbeiterwohlfahrt (AWO)
1953 - 1963, 7,50 m

Arbeiter-, Turn- und Sportbund (ATUS)
1893 - 1933

Internationale Landarbeiter-Föderation (ILF) / Europäische Landarbeiter-Föderation (ELF)
1957 - 1964, 4,25 m

Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF)
1905 - 1948, 4,00 m

Sozialistische Jugend-Internationale (SJI)
1923 - 1947, 1,00 m

Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS)
1947 - 1958, 6,20 m

Abt. V
Sammlungen

Flugblattsammlung
ca. 1900 ff.

Fotosammlung
7000 Fotos, ca. 1905 ff.

Personalarchiv (Sammlung Personalia)
Presseausschnitte und Dokumente betr. einzelne Personen
20,00 m

Plakatsammlung

Pressedienste
Pressedienste der SPD
1946 - 1967

Sammlung von Einzelexemplaren von Zeitungen, Zeitschriften, Pressediensten u. ä.

Zeitgeschichtliche Sammlung
31,00 m

Zeitungsausschnittsammlung
1946 - 1961, 144 m

Kleine Erwerbungen
2,00 m

DIE GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG IN DEN FORSCHUNGEN DES SCHLESISCHEN INSTITUTS IN OPOLE (VR POLEN)

Von Franciszek Hawranek

Seit 1957 besteht in Opole ein Schlesisches Institut (Instytut Śląski), das neben einer ähnlichen Forschungsanstalt in Katowice (unter dem Namen Schlesisches Wissenschaftliches Institut – Śląski Instytut Naukowy) regionale Forschungen auf verschiedenen Gebieten betreibt. Dies geschieht in folgenden Abteilungen: Geschichte, Bildung und Erziehung, zeitgenössische Kultur, sozialökonomische Wissenschaften, Agrarökonomik, internationale Beziehungen, Demographie, Soziologie und Wasserwirtschaft auf der Oder. In wissenschaftlicher Hinsicht untersteht das Institut der Polnischen Akademie der Wissenschaften, finanziert wird seine Tätigkeit durch die Wojewodschaftsbehörden in Opole, denen es seine Forschungsergebnisse zur Verfügung stellt. Leiter des Instituts ist seit 1966 Prof. Dr. Józef Kokot.
Die Abteilung für Geschichte betreibt Forschungen, die für den deutschen Wissenschaftler nicht ohne Interesse sein dürften. Die neuere Geschichte Oberschlesiens im 19. und 20. Jahrhundert in den Grenzen des ehemaligen Regierungsbezirkes Oppeln (1816–1944) bildet das Hauptthema der wissenschaftlichen Arbeiten des Instituts. Da in diesem Gebiet bis 1945 ein beträchtlicher Teil deutscher Bevölkerung gewohnt hat, mußte sich jeder Historiker, der über diesen Zeitraum arbeiten wollte, mit der Geschichte des deutschen Einwohnerteiles befassen. Allerdings legte man zunächst das Schwergewicht auf die Erforschung der Geschichte der polnischen Volksmassen im Oppelner Schlesien, da vor 1945 weder die deutsche noch die polnische Historiographie ein nennenswertes Interesse für diese Problematik an den Tag gelegt hatte. Nach einem Jahrzehnt (1957–1966) intensiver Arbeit konnte das Institut auf eine Reihe erfolgreicher Publikationen zurückblicken, die der Geschichte der polnischen Bevölkerung dieser Region gewidmet waren. Es hatte sich aber herausgestellt, daß die Polen sehr eng mit den Deutschen zusammengelebt und -gearbeitet hatten. Man ging also an die Untersuchung der Geschichte der oberschlesischen Arbeiterbewegung, die – entsprechend der Bevölkerungszusammensetzung – naturgemäß auch deutsch-polnischen Charakter hatte. Deshalb soll dieser Literaturbericht die IWK-Leser über diejenigen Publikationen des Schlesischen Instituts informieren, die nicht nur die polnische, sondern auch die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bis 1945 betreffen. Dabei werden nur die wichtigeren Forschungsergebnisse genannt. Zwar besitzt das Institut seit 1972 einen eigenen Verlag, dennoch erscheint ein Teil der Publikationen bei Verlagen an anderen Orten (z.B. in Katowice oder Wrocław). Außer selbständigen größeren und umfangreichen Arbeiten einzelner Autoren, die auch nicht immer wissenschaftliche Angestellte des Instituts sind, werden kleinere Beiträge in den Periodika des Instituts veröffentlicht. Von diesen Zeitschriften sind zwei besonders zu nennen. Einmal die Halbjahresschrift „Studia Śląskie" (Schlesische Studien), von der bisher 27 Bände erschienen sind. Jeder umfaßt etwa 25–30 Bogen; ab Bd. 3 hat jeder Beitrag eine fremdsprachige (russische, englische und deutsche) Zusammenfassung, damit die Forschungsergebnisse – wegen der nicht sehr weiten Verbreitung der Kenntnis des Polnischen – auch im allgemeinen Schrifttum verwertet werden können. Zum anderen erschien in den Jahren 1967–1973 eine besondere Reihe unter dem Titel „Zeszyty Naukow. Ruch robotniczy na Śląsku Opolskim" (Wissenschaftliche Hefte. Die Arbeiterbewegung im Oppelner Schlesien), deren 10 Hefte ausschließlich der Geschichte der Arbeiterbewegung gewidmet waren. Diese Reihe ist neuerdings von einem Jahrbuch abgelöst worden, dessen erster Band unter dem Titel „Klasa Robotnicza na Śląsku" (Die Arbeiterklasse in Schlesien; im fol-

genden zitiert: „KR") in diesem Jahre erschienen ist.
Für den Zeitabschnitt bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges untersuchte man zunächst einzelne Faktoren, die die soziale Lage der Arbeiterklasse bestimmten, und zwar die Immigration der polnischen Arbeiter nach Schlesien, den Arbeitsschutz der Frauen und Jugendlichen und die Sozialgesetzgebung in den Zinkhütten. Aufgrund dieser Forschungen konnte die erste Monographie über die staatliche Sozialpolitik in der Schwerindustrie fertiggestellt werden. [1] Damit sind natürlich die Forschungen über die soziale Lage der Arbeiterklasse noch lange nicht abgeschlossen. Unter anderem müssen auch die einzelnen Betriebsordnungen untersucht werden. Einige Dokumente dieser Art sind jedoch bereits veröffentlicht worden. [2] Für das Teschener Schlesien entstand eine gedrängte Schilderung der Anfänge der dortigen Industrie und der Herausbildung des Proletariats. [3]

Bei dem Versuch, die Anfänge der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Oberschlesien zu erforschen, [4] stellte sich heraus, daß bei allen weiteren Untersuchungen – neben der Feststellung der organisatorischen Vielfältigkeit der Bewegung – ganz besonders die mannigfachen Ursachen der schwachen Entwicklung der deutschen und polnischen sozialdemokratischen Partei berücksichtigt werden müssen. Erste, allerdings noch sehr ungenügende Ergebnisse über die polnischen Arbeiterverbände in Oberschlesien vor dem Ersten Weltkrieg waren schon früher publiziert worden. [5] Eine sehr wichtige Quelle, die man als eine Voruntersuchung der Rolle Rosa Luxemburgs in der oberschlesischen Arbeiterbewegung betrachten kann, sind einige Briefe Rosa Luxemburgs an Julius Bruhns, der die oberschlesische SPD einige Jahre hindurch leitete. [6] Sie wurden in der deutschen Originalfassung mit polnischer Übersetzung herausgegeben und bieten sehr aufschlußreiches Material über die Stellung Rosa Luxemburgs zur polnischen und deutschen Sozialdemokratie in Oberschlesien. Darüber-

1 Karol Jonca, *Imigracja robotników polskich na Śląsk w końcu XIX i w początkach XX wieku (Die Einwanderung polnischer Arbeiter nach Schlesien am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts)*, in: *Studia Śląskie* (künftig zitiert: *SŚ*), Bd. 1 (1958), S. 139–158; ders., *Ochrona pracy kobiet i robotników młodocianych w przemyśle górniczo-hutniczym na Górnym Śląsku w latach 1878–1914 (Der Arbeitsschutz der Frauen und Jugendlichen in der oberschlesischen Montanindustrie in den Jahren 1878–1914)*, in: *SŚ*, Bd. 2 (1959), S. 61–86; ders., *Z problemów stosowania ustawodawstwa socjalnego w śląskim hutnictwie cynku przed I wojna światowa (Probleme der Sozialgesetzgebung im schlesischen Zinkhüttenwesen vor dem Ersten Weltkrieg)*, in: *SŚ*, Bd. 7 (1963), S. 7–37; ders., *Polityka socjalna Niemiec w przemyśle ciężkim Górnego Śląska (1871–1914)* [*Deutschlands Sozialpolitik in der oberschlesischen Schwerindustrie (1871–1914)*], Katowice 1966.

2 Zbigniew Kwaśny, *Śląskie regulaminy pracy z drugiej połowy XIX wieku (Schlesische Fabrikordnungen aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts)*, in: *Klasa Robotnicza na Śląsku* (künftig zitiert: *KR*), Bd. 1 (1975), S. 415–431.

3 Antoni Zając, *Powstanie przemysłu i formowanie się proletariatu na Śląsku Cieszyńskim (do roku 1867)* [*Die Entstehung der Industrie und die Bildung des Proletariats im Teschener Schlesien (bis 1867)*], in: *KR*, Bd. 1 (1975), S. 19–60.

4 Franciszek Hawranek, *Początki socjaldemokratycznego ruchu robotniczego na Górnym Śląsku w latach 1890–1891 (Die Anfänge der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Oberschlesien in den Jahren 1890–1891)*, in: *Zeszyty Naukowe – Ruch robotniczy na Śląsku Opolskim* (künftig zitiert: *ZN*), H. 10 (1973), S. 31–51.

5 Felicja Figowa, *Związki robotników polskich w byłej rejencji opolskiej w przededniu pierwszej wojny światowej (Die Verbände polnischer Arbeiter im ehemaligen Regierungsbezirk Oppeln am Vorabend des Ersten Weltkrieges)*, Opole 1966.

6 Edmund Klein, *Nie opublikowane listy Róży Luksemburg w sprawie Górnego Śląska. Listy Róży Luksemburg do Juliusza Bruhnsa (grudzień 1902 – kwiecień 1905)* [*Unveröffentlichte Briefe Rosa Luxemburgs über oberschlesische Angelegenheiten. Briefe Rosa Luxemburgs an Julius Bruhns (Dezember 1902 – April 1905)*], in: *ZN*, H. 8 (1971), S. 64–106.

hinaus bietet ein Beitrag Edmund Kleins interessante Informationen über die Kontakte zwischen Wladimir Iljitsch Lenin und den führenden Männern der schlesischen SPD-Organisation, die dem illegal arbeitenden Führer der Bolschewiki einen gut getarnten Briefwechsel ermöglicht hatten. [7] Es scheint, daß in Zukunft der Geschichte einzelner Betriebe und Industriezentren größere Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Bis jetzt ist nur wenig in dieser Richtung getan worden [8]. In diesem Zusammenhang ist jedoch die Studie eines namhaften DDR-Forschers über das Senftenberger Kohlenrevier zu erwähnen. [9]

Die Zeit des ersten Weltkrieges und die ihm folgenden Jahre, in denen drei oberschlesische Aufstände stattfanden (1919, 1920 und 1921) und das Plebiszit durchgeführt wurde (20.3. 1921), bilden eine neue Epoche in der Entwicklung der oberschlesischen Arbeiterbewegung. In immer stärkerem Maße spielte die nationale Frage eine entscheidende Rolle im Werdegang des Bewußtseins des oberschlesischen Proletariats. Der weitaus größere Teil der Arbeiterschaft war polnischer Herkunft und rang sich im Kampfe gegen das chauvinistisch gesinnte deutsche Unternehmertum zu polnischem Nationalbewußtsein durch, das in den damaligen Verhältnissen als gleichwertig mit dem Klassenkampf gegen Ausbeutung anzusehen ist. [10] Eine umfassende Schilderung der Lage der polnischen Bevölkerung während der Kriegszeit lieferte Edward Mendel. [11] Er wies in überzeugender Weise nach, daß für die Radikalisierung der polnischen Proletarier das Streben nach Loslösung vom preußischen Staat ausschlaggebend war. Dieser Prozeß vollzog sich auch unter dem Einfluß der beiden Russischen Revolutionen, über deren Verlauf die oberschlesische Bevölkerung gut unterrichtet war. [12] Anhand vielfacher Quellen wurde auch die Teilnahme Rosa Luxemburgs an der Revolutionsbewegung im November 1918 in Breslau untersucht. [13] Als außerordentlich erschöpfend muß man die Forschungen bezeichnen, die der oberschlesischen Rätebewegung

7 Edmund Klein, *Śląskie „skrzynki pocztowe" Włodzimierza Lenina (Die schlesischen „Briefkästen" Wladimir Lenins)*, in: *KR*, Bd. 1 (1975), S. 97–110.

8 Mieczysław Grzyb, *Załoga kopalni węgla kamiennego „Wujek" (1899–1918)* [*Die Belegschaft der Steinkohlengrube „Oheim" (1899–1918)*], in: *KR*, Bd. 1 (1975), S. 61–96; Benedykt Motyka, *Ruch robotniczy w Kuźni Raciborskiej na tle walk proletariatu raciborskiego (Die Arbeiterbewegung in Ratiborhammer unter Berücksichtigung der Kämpfe des Ratiborer Proletariats)*, in: *Fabryka Obrabiarek Rafamet w Kuźni Raciborskiej (Die Werkzeugmaschinenfabrik „Rafamet" in Kuźnia Raciborska)*, Opole 1971, S. 99–105; Norbert Słopecki, *Rola prudnickiego ośrodka przemysłowego w rozwoju gospodarczym Śląska Opolskiego (Die Rolle des Neustädter Industriezentrums in der ökonomischen Entwicklung des Oppelner Schlesien)*, in: *SŚ*, Bd. 6 (1963), S. 85–105.

9 Frank Förster, *Koncentracja proletariatu w przemyśle węgla brunatnego okręgu Senftenberg w latach 1890–1914* [*Die Konzentration des Proletariats im Braunkohlenbergbau des Senftenberger Reviers in den Jahren 1890–1914*], in: *SŚ*, Bd. 18 (1970), S. 207–222.

10 Franciszek Hawranek, *Z problematyki narodowościowej na Śląsku w XX wieku w świetle leninowskiego stanowiska w kwestii narodowej (Über die Nationalitätenproblematik in Schlesien im 20. Jahrhundert im Lichte der Leninschen Stellung zur Nationalitätenfrage)*, Opole 1970.

11 Edward Mendel, *Polacy na Górnym Śląsku w latach I wojny światowej (Die Polen in Oberschlesien während des Ersten Weltkrieges)*, Katowice 1971.

12 Wiesław Lesiuk, *Echa Wielkiej Socjalistycznej Rewolucji Październikowej na Górnym Śląsku (Das Echo der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution in Oberschlesien)*, in: *ZN*, H. 4 (1967), S. 30–47.

13 Edmund Klein, *Udział Róży Luksemburg w rewolucji listopadowej we Wrocławiu w 1918 r. (Die Teilnahme Rosa Luxemburgs an der Novemberrevolution in Breslau im Jahre 1918)*, in: *KR*, Bd. 1 (1975), S. 201–218.

gewidmet sind. Zuerst ist von zwei jungen Forschern erfolgreich die These widerlegt worden, es habe in Oberschlesien um die Jahreswende 1918/19 einen Zustand der Doppelherrschaft gegeben. [14] Daraufhin untersuchte einer der Autoren die finanziellen Grundlagen der Rätebewegung, wobei sich herausstellte, daß das bürgerliche Milieu die Verfügungsgewalt über die Finanzmittel aufrechterhalten konnte und damit in der Lage war, die Rätebewegung seinen Interessen gemäß zu führen. [15] Der polnische Bevölkerungsteil, der sich zunächst an der Rätebewegung beteiligen wollte, wurde wegen der antipolnischen Haltung der Räte bald von der Führung der polnischen Nationalorganisation von diesem Vorhaben abgebracht. [16] Nachdem die Haltung des Proletariats in Oppeln und die dortigen Räte in zwei Aufsätzen untersucht worden waren, [17] schenkte man der Konferenz der oberschlesischen Räte in Gleiwitz vom 22.11.1918, die mit der Reise des damaligen Volksbeauftragten Hugo Haase nach Oberschlesien in engem Zusammenhang stand, besondere Aufmerksamkeit. [18] Während eine auf umfangreichem Quellenstudium basierende erschöpfende Monographie der gesamten oberschlesischen Rätebewegung bereits vorliegt, [19] befindet sich eine ausführliche Darstellung der Geschichte des Breslauer Zentralvolksrates z.Zt. im Druck. Auch die Geschichte der kommunistischen Bewegung in Oberschlesien, die in dieser Epoche über eine eigene Partei in diesem Gebiet verfügte, ist eingehend untersucht worden. [20] Die Politik der sozialdemokratischen Parteien in dieser ereignisreichen Zeit ist dagegen noch nicht vollständig erforscht. Einen guten Anfang machte Jósef Wendt mit seinem Beitrag über die Stellung der SPD zu den wichtigsten Problemen in Oberschlesien zur Zeit der Aufstände und des Plebiszits [21]. Inzwischen wurde auch neues und wenig bekanntes Material über das Verhält-

14 Wiesław Lesiuk – Janusz Sawczuk, *Działalność rad robotniczo-żołnierskich w Nysie i Łambinowicach w świetle dyskusji nad teza o dwuwładzy na Górnym Śląsku w latach 1918–1919 (Die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte in Neiße und Lamsdorf im Lichte der Diskussion über die These von der Doppelherrschaft in Oberschlesien in den Jahren 1918–1919)*, in: *ZN*, H. 7 (1969), S. 23–46.

15 Wiesław Lesiuk, *Finansowe podłoże działalności górnośląskich rad robotniczych, żołnierskich, chłopskich i ludowych w latach 1918–1919 (Die finanziellen Grundlagen der Tätigkeit der oberschlesischen Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Volksräte in den Jahren 1918–1919)*, in: *SŚ*, Bd. 19 (1971), S. 165–193.

16 Edmund Klein, *Polityka polskich organizacji narodowych wobec rad robotników, chłopów i żołnierzy na Górnym Śląsku (Die Politik der polnischen Nationalorganisationen gegenüber den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten in Oberschlesien)*, in: *SŚ*, Bd. 19 (1971), S. 13–55.

17 Edward Mendel, *Środowisko robotnicze Opola w okresie plebiscytu i powstań śląskich (1919–1921) [Das Arbeitermilieu in Oppeln in der Ära des Plebiszits und der schlesischen Aufstände (1919–1921)]*, in: *ZN*, H. 8 (1971), S. 5–20; Wiesław Lesiuk, *Rady żołnierska, robotnicza, chłopska i ludowa w mieście Opolu w latach 1918–1919 (Die Soldaten-, Arbeiter-, Bauern- und Volksräte in der Stadt Oppeln in den Jahren 1918–1919)*, in: *SŚ*, Bd. 21 (1972), S. 65–96.

18 Edmund Klein, *Konferencja górnośląskich rad robotniczych i żołnierskich 22 listopada 1918 roku w Gliwicach (Podróz Hugona Haasego na Górny Śląsk) [Die Konferenz der oberschlesischen Arbeiter- und Soldatenräte vom 22. November in Gleiwitz (Die Reise von Hugo Haase nach Oberschlesien)]*, in: SŚ, Bd. 23 (1973), S. 103–132.

19 Wiesław Lesiuk, *Rady robotnicze, żołnierskie, chłopskie i ludowe w rejencji opolskiej w latach 1918–1919 (Die Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Volksräte im Regierungsbezirk Oppeln in den Jahren 1918–1919)*, Opole 1973.

20 Franciszek Hawranek, *Ruch komunistyczny na Górnym Śląsku w latach 1918–1921 (Die kommunistische Bewegung in Oberschlesien in den Jahren 1918–1921)*, Wrocław 1966.

21 Jósef Wendt, *SPD wobec problemu górnośląskiego w latach 1918–1921 (Die Stellung der SPD zum oberschlesischen Problem in den Jahren 1918–1921)*, in: *KR*, Bd. 1 (1975), S. 219–266.

nis der SPD zum Zentrum, insbesondere zur Frage der Verselbständigung Oberschlesiens, bearbeitet und publiziert. [22]

Die meisten Untersuchungen und Veröffentlichungen über die oberschlesische Arbeiterbewegung behandeln die Zeitspanne von 1922 bis 1939, also die Zwischenkriegszeit nach der im Jahre 1922 vollzogenen Teilung Oberschlesiens. Aus naheliegenden politischen Gründen kam dabei der Erforschung der Geschichte der KPD in Oberschlesien große Bedeutung zu. Zwei Übersichten geben sowohl Auskunft über den Forschungsstand auf diesem Gebiet als auch über konkrete Forschungspläne und -perspektiven. [23] Es wurde beschlossen, zunächst eine Quellensammlung herauszugeben, die die wichtigsten Ereignisse aus dem Kampf der oberschlesischen Arbeiterklasse um die soziale und nationale Freiheit dokumentieren sollte. Der erste Band erschien im Jahre 1967 und enthält 83 Dokumente in deutscher und polnischer Sprache. [24] Der zweite Band, den Jósef Wendt bearbeitet hat, befindet sich z.Zt. im Druck. Darüberhinaus wurden in den Periodika des Instituts eine Quellenauswahl über die Bergarbeiterstreiks im Jahre 1923, [25] eine Rede Fritz Selbmanns, des politischen Leiters der oberschlesischen Bezirksorganisation der PKD, die er am 28.9.1930 in Kandrzin vor Parteifunktionären gehalten hatte [26] und schließlich ein wenig bekannter Aufruf der KPD zum 1. Mai 1932 [27] veröffentlicht. – Als Quellen muß man ebenfalls die Erinnerungen ehemaliger Parteimitglieder betrachten. Sie haben einen besonders hohen Wert für die Erforschung der Entwicklung der Arbeiterbewegung in der Nazizeit, da die illegale Arbeit nur in seltenen Fällen ganz durch schriftliche Quellen dokumentiert ist. Einige Mitglieder der ehemaligen KPD, die heute in der DDR oder in der VR Polen wohnen, hatte man dazu bewogen, ihre Erinnerungen niederzuschreiben. Mit der Sammlung dieser Autobiographien befaßt sich besonders das Archiv des Wojewodschaftskomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei in Opole. Bereits publiziert wurden die Memoiren von T. Mrochen, [28] E. Gomolla, T. Krzyk, V. Porombka, O. Węgrzyk, J. Wilk und F. Wutke. [29] Im Schlesischen Institut ist inzwischen ein Redaktionskollegium beauftragt worden, die Publikationen eines Memoiren-Sammelbandes vorzubereiten, der voraussichtlich 1977 erscheinen soll.

Einen Schwerpunkt der Forschungen bildet das Problem der Zusammenarbeit zwischen der deutschen und polnischen Arbeiterbewegung. Allerdings hat man sich bisher nur auf die kom-

22 Franciszek Hawranek, *Polityka Centrum w kwestii górnośląskiej po I wojnie światowej (Die Politik der Zentrumspartei in der oberschlesischen Frage in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg)*, Opole 1973.

23 Oswald Stefan Popiołek, *Ruch komunistyczny na Opolszczyźnie w latach 1918–1945 (Die kommunistische Bewegung im Oppelner Schlesien in den Jahren 1918–1945)*, Opole 1960; Tadeusz Minczakiewicz, *Stan i potrzeby badań związanych z problematyką ruchu robotniczego na Śląsku Opolskim w latach 1918–1945 (Probleme der Arbeiterbewegung im Oppelner Schlesien: Forschungsstand und -erfordernisse)*, in: *Regionalne badania naukowe (Regionale wissenschaftliche Forschungen)*, Katowice 1969, S. 89–93.

24 *Źródła do historii ruchu robotniczego na Śląsku Opolskim. T. 1: 1921–1933* pod. red. Tadeusza Minczakiewicza *(Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Oppelner Schlesien*, Bd. 1, 1921–1933, unter der Redaktion von Tadeusz Minczakiewicz), Katowice 1967.

25 Wiesław Lesiuk, *Strajki górników na Śląsku Opolskim w marcu i czerwcu 1923 r. (Bergarbeiterstreiks im Oppelner Schlesien im März und Juni 1923)*, in: *KR*, Bd. 1 (1975), S. 433–458.

26 Ryszard Hajduk, *Nieznane przemowienie Fritza Selbmanna (Eine unbekannte Rede Fritz Selbmanns)*, in: *ZN*, H. 7 (1969), S. 57–72.

27 Franciszek Hawranek, *Odezwa 1-majowa Górnośląskiego Okregu KPD z 1932 r. (Der Mai-Aufruf des oberschlesischen Bezirks der KPD aus dem Jahre 1932)*, in: *ZN*, H. 8 (1971), S. 107–111.

28 In: *ZN*, H. 2 (1966), S. 101–123.

29 In: *ZN*, H. 10 (1973), S. 98–162.

munistischen Parteien beschränkt. Es erschienen zwei allgemeine Übersichten [30] sowie einige kleinere Beiträge über einzelne Erscheinungsformen des Zusammenwirkens beider Parteien. [31] Weitere Forschungen zu diesem Thema sind im Gange. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED in Berlin wird ein Quellenband herausgegeben, der 1976 gleichzeitig in deutscher Sprache in der DDR und in polnischer Sprache in Opole erscheinen wird. R. Dermin bereitet die Drucklegung seiner an der Pädagogischen Hochschule in Opole verteidigten Doktorarbeit vor, die eine ausführliche Geschichte der Zusammenarbeit von KPD und KPP darstellt. – Biographische Forschungen über einzelne Führer der Arbeiterbewegung sind leider bisher nur in geringem Umfang betrieben worden. So erschienen lediglich eine kurze Lebensdarstellung von Anton Jadasch, der in der Zeit von 1918 bis 1933 eine führende Rolle in der kommunistischen Arbeiterbewegung in Oberschlesien gespielt hatte, [32] und einige Materialien zu den Biographien von Richard Mundrzyk und August und Emil Bassy. [33] – Ohne größere Schwierigkeiten ließ sich die Geschichte des Arbeiterkampfes in einzelnen Orten oder Kreisen rekonstruieren. Mannigfache Untersuchungen haben verschiedenes Material ans Tageslicht gefördert . So wurde die Tätigkeit der KPD im Kreise Brieg und in Gogolin erforscht [34] und der Versuch unternommen, die Vergangenheit der revolutionären Arbeiterbewegung in Ratibor, Neisse, Oppeln und den entsprechenden Kreisen darzustellen [35]. Andere Forscher haben diese Thematik unter regionalem

30 Tadeusz Minczakiewicz, *Tradycje przyjaźni i współpracy KPD i KPP (Traditionen der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der KPD und KP Polens)*, in: *ZN*, H. 2 (1966), S. 7–15; Franciszek Hawranek, *Współpraca proletariatu polskiego i niemieckiego na Górnym Śląsku w latach 1918–1921 (Die Zusammenarbeit des polnischen und deutschen Proletariats in Oberschlesien in den Jahren 1918–1921)*, in: *ZN*, H. 7 (1969), S. 5–22.

31 Czesław Nowiński, *O współpracy proletariatu polskiego i niemieckiego na Górnym Śląsku w okresie miedzywojennym (Über die Zusammenarbeit des polnischen und deutschen Proletariats in Oberschlesien in der Zwischenkriegszeit)*, in: *ZN*, H. 7 (1969), S. 80–84; Ryszard Dermin, *Z problemów współpracy Komunistycznej Partii Niemiec z Komunistyczna Partia Polski na Górnym Śląsku w latach 1922–1939 (Aus der Problematik der Zusammenarbeit zwischen der KPD und der KP Polens in Oberschlesien in den Jahren 1922–1939)*, in: *ZN*, H. 5 (1968), S. 5–25; ders., *Przyczynek do dziejów współpracy komunistów polskich i niemieckich (Ein Beitrag zur Geschichte der Zusammenarbeit der polnischen und deutschen Kommunisten)*, in: *ZN*, H. 7 (1969), S. 73–79.

32 Ryszard Hajduk, *Anton Jadasch*, in: *ZN*, H. 7 (1969), S. 98–100.

33 Wiesław Lesiuk, *Ryszard Mundrzyk*, in: *ZN*, H. 5 (1968), S. 105–106; ders., *August i Emil Bassowie – ofiary terroru hitlerowskiego na Śląsku Opolskim (August und Emil Bassy – Opfer des faschistischen Terrors im Oppelner Schlesien)*, in: *ZN*, H. 2 (1966), S. 16–23.

34 Marian Czapliński, *Przyczynek do dziejów KPD w Brzeskiem (Ein Beitrag zur Geschichte der KPD im Kreise Brieg)*, in: *ZN*, H. 5 (1968), S. 92–99; Jan Fazan, *O działalności komórki KPD w Gogolinie w świetle relacji jej działaczy (Über die Tätigkeit der KPD-Zelle in Gogolin im Lichte der Berichte ihrer Aktivisten)*, in: *ZN*, H. 7 (1969), S. 95–97.

35 Tadeusz Minczakiewicz, *Położenie klasy robotniczej i ruch komunistyczny Raciborza w okresie międzywojennym (Die Lage der Arbeiterklasse und die kommunistische Bewegung in Ratibor in der Zwischenkriegszeit)*, in: *Szkice z dziejów Raciborza (Skizzen aus der Geschichte von Ratibor)*, Katowice 1967, S. 163–180; ders., *Rewolucyjny ruch robotniczy na ziemi nyskiej (Die revolutionäre Arbeiterbewegung im Neisser Land)*, in: *Miasto Nysa. Szkice monograficzne (Stadt Neisse. Monographische Skizzen)*, Wrocław 1970, S. 99–110; Stefan Popiołek, *Rewolucyjny ruch robotniczy w powiecie opolskim w okresie miedzywojennym (Die revolutionäre Arbeiterbewegung im Kreis Oppeln in der Zwischenkriegszeit)*, in: *Powiat opolski. Szkice monograficzne (Kreis Oppeln. Monographische Skizzen)*, Opole 1969, S. 135–146; Edward Mendel, *Z badań nad ruchem robotniczym w Opolu w okresie wzgednej stabilizacji gospodarczej (1924–1925)* [*Aus den Forschungen über die Arbeiterbewegung in Oppeln in der Periode der relativen Stabilisierung (1924–1925)*], in: *KR*, Bd. 1 (1975), S. 267–280.

Aspekt behandelt oder versuchten, die soziale Lage einzelner Arbeitergruppen zu erforschen. So entstanden Studien über die Arbeiterbewegung in Niederschlesien, über die Lage und den Kampf der Arbeiter im Teschener Schlesien und der Weber in Katscher [36] und eine gelungene Regionalstudie über die Arbeiterjugendbewegung. [37] Außerdem untersuchte Józef Wendt die Stellung der SPD zur deutsch-polnischen Grenze in den Jahren 1921–1925. [38] Viel Aufmerksamkeit schenkte man in Einzeldarstellungen den größeren Aktionen des oberschlesischen Proletariats in der Weimarer Republik. So wurden der Kampf der Arbeiter um die Erhaltung des Achtstundentages geschildert [39] und die Kampagnen zur Fürstenenteignung (1926) und gegen den Panzerkreuzerverbot (1928) dargestellt. [40] Auch die Periode der großen Wirtschaftskrise (1929–1933) und die politischen Ereignisse dieser Zeit haben die Aufmerksamkeit der Forscher angezogen. Man analysierte die Wahlergebnisse dieses Zeitabschnittes und versuchte festzustellen, in welchem Maße dem Faschismus Einbrüche in die Reihen der Arbeiter gelangen. [41] Neben den großen Streikkämpfen der oberschlesischen Bergarbeiter im Jahre 1931 [42] war auch die Tätigkeit der SPD in Oberschlesien in den Jahren 1929–1933, auf der Basis der in Polen zugänglichen Quellen, Gegenstand einer Untersuchung. [43] Sehr gründlich wurde die illegale Tätigkeit der Kommunisten in dem Hitlerstaat erforscht. So entstand eine minutiöse Darstellung über die konspirative Aktivität einer KPD-

36 Franciszek Biały, *Z dziejów ruchu robotniczego na Dolnym Śląsku 1918–1923 (Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in Niederschlesien 1918–1923)*, in: *KR*, Bd. 1 (1975), S. 153–200; Otakar Káňa, *Z badań nad położeniem i walka górników i metalowców na Śląsku Cieszyńskim w latach wielkiego kryzysu ekonomicznego (Aus den Forschungen über die Lage und den Kampf der Berg- und Metallarbeiter im Teschener Schlesien in den Jahren der großen Wirtschaftskrise)*, in: *KR*, Bd. 1 (1975), S. 281–310; Norbert Słopecki, *Sytuacja tkaczy kietrzańskich w świetle urzędowej korespondencji władz administracyjnych byłej rejencji opolskiej (Die Lage der Weber in Katscher im Lichte der amtlichen Korrespondenz der Verwaltungsbehörden des ehemaligen Regierungsbezirks Oppeln)*, in: *SŚ*, Bd. 10 (1966), S. 327–339.

37 Czesław Nowiński – Bolesław Reiner, *Z dziejów młodzieżowego ruchu robotniczego na Śląsku Opolskim w latach 1919–1939 (Aus der Geschichte der Arbeiterjugendbewegung im Oppelner Schlesien in den Jahren 1919–1939)*, Opole 1967.

38 Józef Wendt, *SPD wobec granicy polsko-niemieckiej w latach 1921–1925 (Die Stellungnahme der SPD zur polnisch-deutschen Grenze in den Jahren 1921–1925)*, in: *SŚ*, Bd. 25 (1974), S. 167–202.

39 Franciszek Hawranek, *Walki hutników i górników na Śląsku Opolskim w 1924 roku o ośmiogodzinny dzień pracy (Der Kampf der Hütten- und Bergarbeiter im Jahre 1924 um den Achtstundentag im Oppelner Schlesien)*, in: *SŚ*, Bd. 24 (1973), S. 97–135.

40 Franciszek Hawranek, *Dwie akcje polityczne na Śląsku Opolskim w latach 1926 i 1928 (Zwei politische Aktionen im Oppelner Schlesien in den Jahren 1926 und 1928)*, in: *SŚ*, Bd. 21 (1972), *S. 97–134.*

41 Franciszek Hawranek, *Wyniki wyborcze na Śląsku Opolskim (1929–1933)* [*Die Wahlergebnisse im Oppelner Schlesien (1929–1933)*], in: *ZN*, H. 5 (1968), S. 51–91; Tadeusz Minczakiewicz, *Z badań nad rewolucyjnym ruchem robotniczym na Śląsku Opolskim w latach kryzysu i narastania groźby faszyzmu (1929–1933)* [*Aus den Forschungen über die revolutionäre Arbeiterbewegung im Oppelner Schlesien in den Jahren der Krise un des Anwachsens der Faschismusgefahr (1929–1933)*], in: *ZN*, H.5 (1968),S. 26–50; Edward Mendel, *Opolska komórka KPD w walce z faszyzmem w latach 1929–1932 (Die Oppelner KPD-Zelle im Kampf gegen Faschismus in den Jahren 1929–1932)*, in: *ZN*, H. 10 (1973), S. 52–77.

42 Franciszek Hawranek, *Walki strajkowe górnośląskich górników w 1932 r. (Die Streitkämpfe der oberschlesischen Bergleute im Jahre 1931)*, in: *ZN*, H. 8 (1971), S. 21–43.

43 Franciszek Hawranek, *Niemiecka socjaldemokracja w prowincji górnośląskiej w latach 1929–1933 (Die deutsche Sozialdemokratie in der Provinz Oberschlesien in den Jahren 1929–1933)*, Wrocław 1971.

Gruppe in Groß Strehlitz. [44] Eine ähnliche Gruppe arbeitete mit Erfolg in Hindenburg, bevor sie durch die Gestapo liquidiert wurde. [45] Auch die Versuche, dem Faschismus in Oberschlesien eine breite Volksfront der KPD entgegenzustellen, sind als gut dokumentiert anzusehen. [46] Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß kürzlich eine Geschichte der oberschlesischen Arbeiterbewegung in den Jahren 1918–1944 in gedrängter und synthetischer Form erschienen ist. [47]

Den letzten Zeitabschnitt, der den deutschen Leser interessieren dürfte, bilden die Jahre des Zweiten Weltkrieges. Von vielen Seiten wurde des öfteren hervorgehoben, daß die Forschungen über diese Epoche sehr vernachlässigt worden seien. Das hängt damit zusammen, daß verhältnismäßig wenig Quellen erhalten geblieben sind und es auch nicht ganz einfach ist, zu definieren, was man eigentlich unter Arbeiterbewegung während des Zweiten Weltkrieges verstehen soll. Trotzdem sollte man in Zukunft diesem Zeitabschnitt mehr Aufmerksamkeit schenken. Bisher wurden nur einige, allerdings sehr wertvolle, Studien über die Lage der ausländischen Zwangsarbeiter (darunter auch besonders der polnischen) veröffentlicht. [48]

44 Jerzy Bałłaban, *Komitet antyfaszystowski w Strzelcach Opolskich (Das Antifa-Komitee in Groß Strehlitz)*, Opole 1963; Felicja Figowa, *Z dziejow ruchu komunistycznego w Strzelcach Opolskich (1935–1938)* [*Aus der Geschichte der kommunistischen Bewegung in Groß Strehlitz (1935–1938)*], in: *ZN*, H. 2 (1966), S. 24–47.

45 Gerard Bieniek, *Likwidacja nielegalnej grupy antyfaszystowskiej w Zabrzu w 1937 roku (Die Liquidierung der illegalen Antifa-Gruppe in Hindenburg im Jahre 1937)*, in: *SŚ*, Bd. 10 (1966), S. 315–395.

46 Stefan Popiołek, *Z działalności antyfaszystowskiego frontu ludowego na Śląsku Opolskim w latach 1935–1939 (Aus der Tätigkeit der antifaschistischen Volksfront im Oppelner Schlesien in den Jahren 1935–1939)*, in: *ZN*, H. 2 (1966), S. 124–138; Ryszard Dermin, *Z działalnosci Komunistycznej Partii Niemiec na Śląsku Opolskim w latach 1933–136 (Das Wirken der KPD im Oppelner Schlesien in den Jahren 1933–1936)*, in: *ZN*, H. 8 (1971), S. 44–63; Ignacy Domański, *Struktura organizacyjna, kierunki i formy działalności KPD na Śląsku Opolskim w latach 1936–1938 w świetle materiałów policyjnych i sądowych (Organisationsstruktur, Richtungen und Formen der Tätigkeit der KPD im Oppelner Schlesien in den Jahren 1936–1938 im Lichte der Polizei- und Gerichtsakten)*, in: *ZN*, H. 10 (1973), S. 78–97.

47 Franciszek Hawranek, *Ruch robotniczy na Śląsku Opolskim w latach 1918–1944 (Die Arbeiterbewegung im Oppelner Schlesien in den Jahren 1918–1944)*, Opole 1974.

48 Herbert Szurgacz, *Nadzór policyjny wobec polskich robotników przymusowych na Śląska w latach 1939–1945 (Die Polizeiaufsicht über die polnischen Zwangsarbeiter in Schlesien in den Jahren 1939–1945)*, in: *SŚ*, Bd. 10 (1966), S. 281–295; ders. *Niektóre zagadnienia pracy przymusowej Polaków w okresie II wojny światowej we współczesnej literaturze zachodnioniemieckiej (Einige Fragen der Zwangsarbeit der Polen während des Zweiten Weltkrieges in der westdeutschen Nachkriegsliteratur)*, in: *SŚ*, Bd. 20 (1971), S. 481–489; Alfred Konieczny, *Zwalczanie zbiegostwa polskich robotników przymusowych przez policje hitlerowska na Śląsku w latach II wojny światowej (Die Fluchtbekämpfung der polnischen Zwangsarbeiter durch die Hitlerpolizei in Schlesien in den Jahren des Zweiten Weltkrieges)*, in: *SŚ*, Bd. 11 (1967), S. 145–267; ders. *Zagraniczni robotnicy przymusowi i obozy pracy na Górnym Śląsku w 1944 roku (Ausländische Zwangsarbeiter und Arbeitslager in Oberschlesien im Jahre 1944)*, in: *SŚ*, Bd. 12 (1967), S. 151–219; ders. *Rozmiary zatrudnienia zagranicznych robotników przymusowych i jeńców wojennych w gospodarce Dolnego Śląska w latach II wojny światowej (Das Ausmaß der Beschäftigung ausländischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener in der niederschlesischen Wirtschaft während des Zweiten Weltkrieges)*, in: *SŚ*, Bd. 13 (1968), S. 235–288.

Die Memoirenliteratur zu diesem Thema ist recht spärlich. Es liegt erst eine einzige Autobiographie vor. [49]

Zusammenfassend darf man wohl betonen, daß im Endergebnis die Leistungen des Schlesischen Instituts in Opole bei der Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung zahlreich und bedeutungsvoll erscheinen. Als ihre Schwäche muß jedoch die ungleichmäßige Berücksichtigung der verschiedenen Entwicklungsperioden und Richtungen der Bewegung hervorgehoben werden.

49 Lech Kowalewski, *W hitlerowskim obozie pracy. Wspomnienia z Kedzierzyna (In einem Hitler-Arbeitslager. Erinnerungen aus Heydebreck)*, Opole 1973.

DIE BIBLIOTHEK RUDOLF WISSELLS IN DER HISTORISCHEN KOMMISSION ZU BERLIN

Von David E. Barclay

Die Historische Kommission zu Berlin hat sich ständig bemüht, die Forschung zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung auf allen Gebieten zu fördern. Infolgedessen steht in der Bibliothek der Historischen Kommission jedem Benutzer eine reichhaltige Sammlung von Materialien zu verschiedenen Aspekten der Arbeiterbewegung zur Verfügung. Insbesondere ist der Gesamtbestand der Bibliothek im Jahre 1964 durch den Erwerb der Privatbibliothek Rudolf Wissells erheblich bereichert worden. Die Wissell-Bibliothek, ein geschlossener Bestand, enthält insgesamt 5342 Stücke, die in zwei Hauptabteilungen gegliedert sind, eine „gewerkschaftlich-politische Bibliothek" (rd. 4480 Stücke) und eine „Handwerksbibliothek" (rd. 830 Stücke). Man sollte sie allerdings nicht mit dem umfangreichen Wissell-Nachlaß verwechseln. Der Nachlaß, der jahrelang in Berlin in Privathand war und von der Historischen Kommission wissenschaftlich betreut wurde, befindet sich seit 1974 im Bundesarchiv Koblenz. [1]

Der Bestand der Wissell-Bibliothek spiegelt den langen, aktiven Lebensweg und die verschiedenen Interessen Rudolf Wissells wider. Im Jahre 1869 in Göttingen geboren und in Bremen aufgewachsen, lernte er Maschinenbau. 1888 siedelte er nach Kiel über, wo er in der kaiserlichen Torpedo-Fabrik arbeitete. Schon zu dieser Zeit wurde er Mitglied des Fachvereins der Metallarbeiter sowie der noch illegalen sozialdemokratischen Parteiorganisation. Ab 1890 setzte er seine Parteitätigkeit fort, spielte eine führende Rolle innerhalb der Kieler Ortsgruppe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und war zugleich Berichterstatter für verschiedene sozialdemokratische Zeitungen. Im Jahre 1900 verließ er Kiel und zog nach Lübeck um, wo er das neugegründete Amt des Arbeitersekretärs übernahm. In diesem Amt, das er bis Ende 1908 innehatte, beschäftigte er sich hauptsächlich mit sozialpolitischen Problemen, und gerade als profilierter Sozialpolitiker war er jahrzehntelang engagiert in Partei, Gewerkschaft und Staat. [2] Anfang 1909 folgte er einem Ruf nach Berlin ins Zentralarbeitersekretariat bei der Generalkommission der Freien Gewerkschaften. Seine publizistische Tätigkeit setzte er in diesen Jahren fort, insbesondere als Korrespondent für die „Sozialistischen Monatshefte" und das „Correspondenzblatt" der Generalkommission. Im Ersten Weltkrieg unterstützte er die Politik der Freien Gewerkschaften und der Mehrheits-SPD. 1918 wurde er nach einer Stichwahl in den Reichstag gewählt. Ende Dezember 1918 wurde er Mitglied des Rates der Volksbeauftragten (nach dem Rücktritt der Unabhängigen), und im darauffolgenden Februar erster Wirtschaftsminister der Weimarer Republik. Zusammen mit seinem Unterstaatssekretär Wichard von Moellendorff entwarf Wissell komplizierte und umstrittene Pläne für den Aufbau einer „Gemein-" bzw. „Planwirtschaft". Nach dem Scheitern dieser Pläne traten Wissell und Moellendorff Mitte Juli 1919 von ihren Regierungsämtern zurück. In den zwanziger Jahren blieb Wissell ein streitbarer Befürworter planwirtschaftlicher Auffassungen. Gleichzeitig gehörte er dem Reichstag, dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, der zweiten Sozialisierungskommission und dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) an. Anfang 1924 wurde er Schlichter für den Bezirk Berlin-Brandenburg,und im Juni 1928 übernahm er das Amt des Arbeitsministers im zweiten Kabi-

1 Vgl. Monika Richarz, *Der Nachlaß Rudolf Wissell*, in: *IWK*, H. 2 (1966), S. 17 f.

2 Vgl. Otto Bach (Hrsg.), *Rudolf Wissell. Ein Leben für soziale Gerechtigkeit*, Berlin, 2. Aufl. 1959.

nett Hermann Müllers. Dies war wohl die stürmischste und schwierigste Zeit im Leben Wissells, mit dem Ruhreisenstreit 1928, dem Aufkommen der Depression und den Auseinandersetzungen um die Arbeitslosenversicherung, die endlich zum Rücktritt des Kabinetts im März 1930 führten. – Nach einer kurzen Haftzeit im Mai 1933 lebte Wissell zurückgezogen in Berlin-Tempelhof, nahm aber nach 1945 seine partei- und gewerkschaftspolitische Tätigkeit wieder auf. Er starb im Dezember 1962 im Alter von 93 Jahren. – Während seiner langen Lebenszeit war Wissell auch wissenschaftlich tätig: Er beschäftigte sich vor allem mit der Geschichte der deutschen Handwerkstraditionen seit dem Mittelalter. Das Ergebnis dieser Arbeit waren eine umfangreiche Sammlung von Dokumenten und Urkunden sowie einige Publikationen zu diesem Thema, am bekanntesten „Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit". [3]

Für den Forscher liegen die Hauptvorteile der Wissell-Bibliothek in deren Geschlossenheit und Zugänglichkeit. Außerdem läßt sich die Arbeit mit dem übrigen Bibliotheksbestand an Sozialistika der Historischen Kommission sowie mit der Sammlung Stein an der Freien Universität Berlin recht gut ergänzen. Besondere Schwerpunkte der Wissell-Bibliothek, die man nennen sollte, sind die Zeitschriftensammlung, die Sammlung von sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Berichten, Protokollen usw., die Broschürensammlung und die Handwerksbibliothek.

1) *Zeitschriften*

Die Arbeit (1924–29).
Arbeit und Recht (1958–60).
Arbeiter-Jugend (1909, 1911, 1913–17).
Aufbau (1945–47).
Die Berufsgenossenschaft (1957–60).
Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (1891–1923).
Deutsche Republik, hrsg. von Joseph Wirth (1926–33).
Der Firn (lückenhaft).
Geist und Tat (1957–59).
Die Gesellschaft, hrsg. von Rudolf Hilferding (1924–30).
Der getreue Eckart (1920–22).
Gewerkschafts-Archiv, hrsg. von Karl Zwing (1924–26).
Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (1891, 1895–96, 1898).
Die Glocke, hrsg. von Parvus-Helphand (1915–25).
Die internationale Gewerkschaftsbewegung. Organ des Internationalen Gewerkschaftsbundes (lückenhaft).
Internationale Korrespondenz, hrsg. von A. Baumeister (1914–15).
Mitteilungsblatt für die Sozialversicherung (1947–48).
Die Neue Zeit (1888–1923).
Paneuropa (1928–29).
Sozialdemokratische Partei-Correspondenz (1906–16, 1929).
Sozialer Fortschritt (1957, 1959–60).
Sozialistische Monatshefte (1898, 1902, 1905–32).

3 Rudolf Wissell, *Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit*, Berlin 1929. 2., erweiterte und bearbeitete Ausgabe in sechs Bden, hrsg. von Ernst Schraepler (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, 7), Bd. 1, Berlin 1971, Bd. 2, Berlin 1974.

Unser Weg. Monatsschrift für die Mitglieder der Berliner Sozialdemokratie (1927–30).
Der Zeitgeist. Monatliches Bildungsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (1908–14).
Zeitschrift für Sozialismus, hrsg. von Rudolf Hilferding (1933–36).

2) *Protokolle, Berichte, Statuten usw.*
In der Bibliothek befindet sich eine ziemlich umfangreiche Sammlung von sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Protokollen und Berichten, z.B.:
Protokolle der Verhandlungen der Kongresse der [Freien] Gewerkschaften Deutschlands (1890–1922, 1928).
Protokolle der Konferenzen von Vertretern der Zentralverbands-Vorstände (1908; 1909–14).
Protokolle der Sitzungen des Gewerkschafts-Ausschusses der Gewerkschaften Deutschlands (1896–1914).
Protokolle der Sitzungen des Ausschusses des ADGB (1921–30).
Protokolle der General-Versammlungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (1888–1917).
Protokolle des ordentlichen Verband–Tages des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands (1894–1904).
Protokolle der Verhandlungen des Parteitags der SPD (1890–1919, 1946–54).
Daneben ist eine große,aber nicht vollständige Anzahl von Berichten, Jahrbüchern (SPD, ADGB, Ortsgruppen usw.), Statuten verschiedener Verbände (hauptsächlich aus dem ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts) usw. vorhanden.

3) *Broschüren.*
Der Broschüren-Bestand in der Wissell-Bibliothek ist eine in sich geschlossene und ziemlich vollständige Sammlung zu den verschiedensten Problemen der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen 1900 und 1933, insbesondere aus sozialdemokratischer und amtlicher Sicht. In der Sammlung befinden sich hauptsächlich Vorträge, Berichte, Zeitungsausschnitte, Sonderdrucke usw. Besonders erwähnenswert sind die Broschüren zu mannigfaltigen Problemen des Sozial-Versicherungswesens.

4) *Handwerksbibliothek.*
Wie schon erwähnt, umfaßt die Handwerksbibliothek rd. 830 Bände, u.a. handgeschriebene Handwerksbücher aus dem 17. und 18. Jahrhundert sowie verschiedene Städte-, Verbands- und Zunftgeschichten aus dem 19. und 20. Jahrhundert.

DAS „PROJEKTTEAM GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG" IN WIEN

Von Helene Maimann

Die akademische Geschichtsschreibung hat in Österreich bis vor kurzer Zeit der Arbeiterbewegung und ihrer historischen Rolle nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. „Zwar kann . . . die österreichische Sozialdemokratie" schreibt Karl R. Stadler „auf ein stolzes Erbe klassischer Schriften und anerkannter Geschichtswerke zurückblicken, das aus der Schule des Austromarxismus hervorging sowie auf einen stattlichen Fundus von Sekundärliteratur, der zu der sarkastischen Bemerkung führte, 'die Linke schreibe, während die Rechte handle'. Aber die Geschichte und Problematik der Arbeiterbewegung ist – wenn wir von der einseitigen Auseinandersetzung mit ihr absehen wollen – nie systematisch und institutionell in den Wissenschaftsbetrieb eingedrungen. Das mag sowohl an der Personalpolitik vergangener Perioden gelegen sein wie auch an dem Vorurteil, welches das Anliegen der Arbeiterschaft als „parteipolitisch" abtat, im Gegensatz zu der „staatspolitischen" Haltung von Hof, Regierung und Bürgertum". [1]

In den letzten Jahren allerdings hat die Forschung auf dem Gebiet der Geschichte der Arbeiterbewegung einen nicht zu übersehenden Aufschwung erlebt. Derzeit laufen in Österreich etwa 180 Forschungsvorhaben – Diplomarbeiten, Dissertationen, Projekte – die sich mit Problemen der Theorie und Geschichte der internationalen und österreichischen Arbeiterbewegung beschäftigen. Um eine Koordinierung dieser und aller künftiger Arbeiten zu ermöglichen, wurde bereits vor einiger Zeit vom Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Frau Hertha Firnberg, das „Projektteam Geschichte der Arbeiterbewegung" ins Leben gerufen, das eng mit den vier in Österreich der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung verpflichteten Institutionen – dem Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands und dem Verein Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (ITH) – zusammenarbeitet. Neben Vertretern von Bibliotheken und Archiven gehören dem Projekttem eine Reihe von Professoren der Neuen, Österreichischen und Zeitgeschichte, der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte wie auch der Publizistik, der Philosophie, Soziologie und Politikwissenschaft an, wie es dem interdisziplinären Charakter der Historiographie der Arbeiterbewegung entspricht. Allgemeine Zielsetzung ist der Informationsaustausch über den gegenwärtigen Stand der wissenschaftlichen Arbeiten einerseits, die Information des Ministeriums zur Entwicklung einer gezielten Forschungsförderung andererseits.

Die Hauptarbeit des Projektteams bestand bisher in einer Bestandserhebung von Forschungsinstituten, Bibliotheken, Archiven, abgeschlossenen sowie laufenden Forschungsvorhaben und Dissertationen. Ein wichtiger Schritt vorwärts war der Beschluß des Projektteams, ab September 1975 ein Informationsbulletin herauszugeben, das die Aufgabe erhielt, über laufende Arbeiten, Lehrveranstaltungen, Kongresse, neue in- und ausländische Publikationen sowie über die Arbeit des Projektteams selbst zu berichten. Die ersten beiden Nummern – Nr. 2 bietet eine Zusammensstellung aller derzeit laufenden Forschungsprojekte in Österreich, zum Teil auch im Ausland (zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung) –

1 Karl R. Stadler, *Problematik und neue Impulse in der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung*, in: *Wissenschaft und Weltbild. Festschrift für Hertha Firnberg*, Wien 1975, S. 385.

sind bereits erschienen. Alle Interessenten können das Info kostenlos vom „Projektteam Geschichte der Arbeiterbewegung," *A 1080 Wien, Albertgasse 23,* beziehen. Selbstverständlich sind wir gerne bereit, alle einschlägigen Auskunftsersuchen –Quellen, Literatur, Forschungsinstitute, Bibliotheken, Archive etc. – zu beantworten. In diesem Sinne ist inzwischen auch die Koordinierung mit der IWK in die Wege geleitet worden.

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG UND ANGRENZENDER GEBIETE (26)

Bearbeitet von Ursel Fadle

Die IWK versucht, systematisch alle Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete zu erfassen. In dieser Rubrik werden regelmäßig die Ergebnisse dieser Erhebungen veröffentlicht. Bei der weiten Verbreitung der IWK in Fachkreisen ist mit der Anzeige eines Forschungsvorhabens gewährleistet, daß es allgemein zur Kenntnis genommen, somit Doppelarbeit vermieden und Kooperation gefördert wird. Die Redaktion bittet daher alle Bearbeiter einschlägiger Projekte – die in Frage kommenden Themenbereiche sind nachstehend erläutert – um Ergänzung und Rücksendung des Fragebogens, der in jedem Heft als Anhang abgedruckt ist. Auf Wunsch werden Ihnen weitere Fragebogen von der Redaktion übersandt. Auch die Mitteilung von Projekten Dritter ist erwünscht. Juristische Bedenken hiergegen bestehen insofern nicht, als eine Titelanzeige in der IWK nur nach Rücksprache mit dem Bearbeiter erfolgt.
Die Kriterien für die Aufnahme in das Titelverzeichnis sind nicht immer scharf abzugrenzen. Neben Projekten zur Geschichte der deutschen, österreichischen und schweizerischen Arbeiterbewegung, zur Geschichte der Internationalen und zur Marx-Forschung finden verwandte Untersuchungen der Politologie und der empirischen Soziologie sowie Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Berücksichtigung, soweit sie sich mit den Problemen der Industrialisierung, Firmengeschichte und Unternehmerbiographie befassen. Einschlägige Vorhaben über andere Länder werden dann aufgenommen, wenn ein breiteres Interesse der deutschsprachigen Forschung vorausgesetzt werden darf oder wenn sie von Gelehrten der Bundesrepublik bearbeitet werden.

Eine dringende Bitte an unsere Leser!

Um die Berichterstattung über den Fortgang der gemeldeten Forschungs- und Publikationsvorhaben jeweils auf dem neuesten Stand zu halten, bittet die Redaktion dringend darum, ihr auch Mitteilungen über den Stand von bereits angezeigten Projekten zukommen zu lassen. Insbesondere wenn Arbeiten abgeschlossen, publiziert, Titel oder Gegenstand geändert oder aufgegeben wurden, bitten wir um Nachricht. Nur so können wir vermeiden, daß das Verzeichnis der Forschungs- und Publikationsvorhaben der IWK zu einem sogenannten Projektfriedhof ohne tatsächlichen Wert als Hilfsmittel für die Forschung wird. Bitte verwenden Sie die Rückseite des Projekt-Fragebogens am Schluß dieses Heftes.

Die Redaktion dankt für freundliche Beachtung und Unterstützung.

Titelverzeichnis

AGGoH	=	Anglo-German Group of Historians* German Historical Institute, 26 Bloomsbury Square, London WCLA 2PN
AIMS	=	American Institute for Marxist Studies, Newsletter
BzG	=	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
„informationen"	=	informationen projektteam geschichte der arbeiterbewegung Projektteam Geschichte der Arbeiterbewegung, A 1080 Wien, Albertgasse 23
VdD, FU Berlin	=	Verzeichnis der Dissertationen der Freien Universtität Berlin Universitätsschriftenstelle der Universitätsbibliothek, 1 Berlin 33, Garystr. 39
ZfG	=	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

Anfragen bitten wir an die genannten Anschriften zu richten.

* Die Mitteilungen der AGGoH beruhen zum Teil auf einer Fragebogenaktion aus dem Jahre 1974, daher konnten hier keine Angaben zum derzeitigen Stand der Projekte gemacht werden.

A. GESCHICHTSWISSENSCHAFT, HILFSMITTEL

B. QUELLENVERÖFFENTLICHUNGEN NEUDRUCKE, ÜBERSETZUNGEN

2740 SCHLENKE, M. (Historisches Institut, Mannheim): **John Stuart M i l l: Über die Freiheit.** – Übersetzung und Einleitung. – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

C. SOZIALISTISCHE THEORETIKER BEITRÄGE ZUR IDEENGESCHICHTE

2741 KÜNZEL, Ellen (Universität Münster): **Die klassische Arbeitswertlehre und ihre Rezeption in den Theorien der frühen englischen Arbeiterbewegung.**– (Verhältnis von bürgerlicher und sozialistischer Theorie; „egalitäre Anwendung" der von Smith und Ricardo entwickelten Arbeitswertlehre durch die „Ricardosozialisten" Hodgskin, Thompson, Gray, Bray (Hall).) – Magisterarbeit. – Ms.-Abschluß Ende 1975.

2742 McLELLAN, David T. (Eliot College, Kent); **History of Marxist thought.** – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2743 STOLLBERG, Gunnar (PH Bielefeld): **Zur Bedeutung der Geschichte bei M a r x und E n g e l s.** – (Marx' und Engels' historische Studien und der Stellenwert historischer Passagen. Kritik der Konstruktion eines „historischen Materialismus".) – Aufsatz. – Ms.-Abschluß in Kürze. – Soll im Sommer 1976 in „Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie" im Verlag Suhrkamp erscheinen.

2744 SCHÜSSLER, H.-J. (Historisches Institut, Mannheim): **Karl M a r x' Englandbild.** – Habil. – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2745 HANISCH, Ernst (Historisches Institut Salzburg): **M a r x, E n g e l s und Österreich. Vom Vormärz bis zur liberalen Epoche.** – Habil. – Abgeschlossen. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 8.

2746 SKAMBRAKS, Hannes (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin): **Die Bedeutung des ersten Bandes des „Kapitals" von Karl Marx für die Aneignung des Marxismus durch die deutsche Arbeiterbewegung (vom Erscheinen des Werkes 1867 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes 1878).** – Diss. – Angenommen Dezember 1974. – Hinweis in BzG Nr. 3 (1975), S. 522.

2747 BOEKELMAN, Marinus Antonius (Universität Toronto): **Anton Pannekoek. Aspects of parliamentarism and massaction.** – (Quellen: Archive, Korrespondenz, Zeitungen, International Institute for Social History, Amsterdam, Staatsarchiv Bremen.) – Diss. – Ms.-Abschluß Ende 1975.

2748 STEPHAN, Cora (J. W. Goethe-Universität Frankfurt): **Zu einigen Problemen des Verhältnisses von Geld- und Staatstheorie am Beispiel von Rudolf Hilferdings 'Finanzkapital'.** – (Verhältnis von politisch-theoretischer Prämisse und ökonomisch-theoretischer Analyse (Marxscher Theorie und Marxismus) auf dem Hintergrund der Arbeiterbewegung. Quellen: Schriften Hilferdings, zeitgenössische und neuere Diskussion zur Geld- und Staatstheorie.) – Staatsexamensarbeit (bei Prof. H.-J. Blank.) – Angenommen 1973. – Eine gekürzte Fassung ist 1974 in „Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie", Verlag Suhrkamp, Frankfurt, erschienen.

2749 ALBRECHT, Stephan (Universität Hamburg): **Die Staatsauffassung Hermann Hellers und die Diskussion um das Staatsproblem in der Sozialdemokratie am Ausgang der Weimarer Republik. Unter besonderer Berücksichtigung wirtschaftsdemokratischer Vorstellungen.** – (Die Staatsauffassung von Heller, Heimann, Hilferding, Naphtalis und verschiedenen Gruppen in der SPD und deren Relevanz in der Parteidiskussion.) – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Bermbach). – Ms.-Abschluß voraussichtlich 1976.

2750 GROTELÜSCHEN, Claus (Humboldt-Universität zu Berlin): **„Internationales Kräfteverhältnis" oder „Gleichgewicht der Kräfte". Ein Beitrag zur marxistischen Bestimmung der Kategorie „Kräfteverhältnis" und zur Kritik imperialistischen Strategiedenkens.** – Promotion A. – Angenommen Mai 1975. – Hinweis in ZfG 23 (1975), Nr. 8, S. 956.

2751 GRANSON, Volker (FU Berlin): **Die wirtschaftlichen Auffassungen von Viktor Agartz.** – Edition. – In Bearbeitung. – Soll 1976 im Verlag Die Arbeitswelt, Berlin, erscheinen.

D. BIOGRAPHISCHE BEITRÄGE

2752 KANE, Leo (Ludwig-Boltzmann-Institut, Linz): **Robert Danneberg.** – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 8.

2753 BOTZ, Gerhard, BRANDSTETTER, Gerfried und POLLAK, Michael (Ludwig-Boltzmann-Institut, Linz): **Individualistischer Anarchismus als kleinbürgerlich-proletarische Subkultur. Am Beispiel des österreichischen und Hamburger Anarchisten Carl Dopf.** – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 8.

2754 BENECKE, Gerhard und KANE, Martin (Darwin College, Kent): **John Heartfield, George Grosz and Ernst Toller.** – Veröffentlichung als Buch geplant. – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2755 TROTNOW, H. (London): **Karl Liebknecht (1871-1919): a political biography.** – Diss. (bei Prof. James Joll). – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2756 NADAV, Daniel S. (Tel-Aviv): **Gesundheitspolitiker Dr. Julius Moses (1868-1942) und die Richtung der „Sozial-Hygiene" im Wilhelminischen Deutschland und der Weimarer Republik.** – (Nachlaß von J. Moses und das Aufblühen der 'Sozial-Hygiene'.) – Diss. (bei Prof. S. Na'aman, Prof. W. Grab, A. Grotjahn und A. Fischer). – Anfangsstadium der Bearbeitung.

2757 BOCK, Hans Manfred (Gesamthochschule Kassel): **Anton Pannekoek in der Vorkriegssozialdemokratie. Bericht und Dokumentation.** – (P.'s Tätigkeit in der SPD in den Jahren 1906-1914. Quellen: Pannekoek-Archiv und Kautsky-Nachlaß im IISG Amsterdam.) – Abgeschlossen. – Soll in Kürze im Fischer Taschenbuch Verlag, Jahrbuch Arbeiterbewegung 3, Frankfurt/M., erscheinen.

2758 SALZMAN, N. (New York University): **Reform and revolution: The life of Raymond Robins.** – Abgeschlossen 1973. – Hinweis in AIMS XII (1975), Nr. 4.

2759 WIENAND, Peter (Ruhr-Universität Bochum): **Rudolf Rocker: Eine politische Biographie.** – Diss. (bei Prof. Erwin Faul). – Anfangsstadium der Bearbeitung.

2760 HAUTMANN, Hans (Ludwig-Boltzmann-Institut): **Kurze Biographie von Leo Rothziegel.** – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 8.

2761 HUBERT, Rainer (Universität Wien): **Johannes Schober und seine Bedeutung für die österreichische Politik in den Jahren 1929 und 1930.** – Diss. (bei Prof. Jedlicka). – Abgeschlossen 1974. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 7.

2762 MÜLLER, Hans-Harald (Universität Hamburg): **Karl Schröder und 'Der Bücherkreis'. Eine politische Biographie und ein Beitrag zur Geschichte der Literatur der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik.** – (Sch.'s publizistische Arbeiten im Zusammenhang mit Parteiarbeit. Private Zeugnisse, Urkunden, Briefwechsel aus Privatbesitz. Fünf Romane aus der Weimarer Republik). – Monographie. – Ms.-Abschluß Ende 1975/ Anfang 1976. – Veröffentlichung ist geplant.

2763 HONEYCUTT, Karen (Columbia Universität): **Clara Zetkin. A Left-wing Socialist and Feminist in Wilhelmian Germany.** – (Leben und Arbeit bis 1914. Quellen: Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn, Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam, Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin, (Zentrales Parteiarchiv); Interviews mit Rosemarie Bloch (geb. Südekum), Karl Kautsky jun., Gertrud und Konstantin Zetkin.) – Diss. – Abgeschlossen 1975.

E. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITER-BEWEGUNG

I Allgemeine Darstellungen und Darstellungen über größere Zeiträume

2764 SAGARRA, Eda (Manchester): **A social history of Germany 1648-1945 in two parts.** – Soll 1976 bei Methuen, London, veröffentlicht werden. – Hinweis in AGGoH, Oktober 1975.

2765 DASEY, Robyn M. (London): **The social history of German working women in the 19th century.** – M. Phil. (bei Prof. F. L. Carsten). – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2766 BURIANSKI, Klaus (Universität Bremen): **Bestrebungen innerhalb der Arbeiterbewegung auf dem Gebiete der Wohnungspolitik.** – (Sozialdemokratische Wohnungspolitik von Mitte des 19. Jh. bis zum Ende des 1. Weltkrieges – theoretische Positionen und praktische Maßnahmen.) – Diplomarbeit (bei Prof. Chr. Marzahn und Prof. D. Brockmann). – Abgeschlossen.

2767 BREUNING, Eleanor (University College of Wales, Swansea): **Russo – German relations in the 20th century.** – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2768 STEPHAN, Cora (J. W. Goethe-Universität Frankfurt): **Zum Verhältnis von ökonomischer Theorie und politischer Strategie in den Debatten der deutschen Sozialdemokratie bis zur Jahrhundertwende.** – (Marxsche Theorie. Spezifika der sozialdemokratischen Marx-Rezeption im Wilhelminischen Reich, Verhältnis von bürgerlich-demokratischer zu proletarischer Revolution, von Marx zu Ricardo. Quellen: „Social-Demokrat", „Vorwärts", Leipzig, „Sozialdemokrat", Zürich/London, „Neue Zeit", Broschüren.) – Diss. – Ms.-Abschluß voraussichtlich Mitte 1976.

II Darstellungen in zeitlicher Folge

a) Von den Anfängen bis zum Ende des Sozialistengesetzes

2769 LEE, W. R. (Liverpool): **German economic and social history 1750-1850.** – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

b) 1890-1914

2770 ELEY, Geoff: **Reaction or Reform? Social Imperialism in Germany before 1914.** – Veröffentlichung als Artikel geplant. – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2771 BRACK, Rudolf (Universität Bonn): **Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit 1900-1914.** – (Untersuchung auf der Grundlage bisher unbekannten Quellenmaterials.) – Diss. (bei Prof. Eduard Hegel). – Abgeschlossen. – Soll Frühjahr/Sommer 1976 im Böhlau-Verlag, Köln, in der Reihe „Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte," erscheinen.

2772 DORLING, M. J. (London): **The interrelation of the German government and the German chemical industry, 1900-14, with special reference to the Haber-Bosch process.** – Diss. (bei Prof. James Joll). – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

c) Weltkrieg und Revolution

2773 WENDT, B.-J. (Kassel): **War Socialism in World War I.** – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2774 KLUGE, Ulrich (Universität Freiburg): **Krisen des politischen und sozialen Wandels in Deutschland zwischen Kaiserreich und Republik. Die Revolutions- und Rätebewegung 1918/19 als Hauptthema deutscher Forschungen zur Zeitgeschichte.** – Aufsatz. – Abgeschlossen. – Erscheint 1976 bei D. Riesenberger und H. Hömig (Hrsg.), in „Probleme der Zeitgeschichte", Göttingen.

d) Weimarer Republik

2775 DAGARRA, Eda (Manchester): **Weimarer Republik.** – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2776 CARSTEN, F. L. (School of Slavonic & East European Studies, London): **Weimarer Republik.** – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2777 STOLLBERG, Gunnar (PH Bielefeld): **Zur marxistischen Krisendiskussion in der Weimarer Republik.** – („Niedergangskrise des Kapitalismus" und Theorie der periodischen kapitalistischen Krisen unter Berücksichtigung der unveröffentlichen Dissertation Richard Löwenthals.) – Aufsatz. – Ms.-Abschluß in Kürze. – Soll im Sommer 1976 in „Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie", Edition Suhrkamp, erscheinen. – Siehe hierzu Titelverzeichnis Nr. 2319 und 'Berichtigungen und Ergänzungen' in diesem Heft.

2778 STEPHENSON, Jill (Edinburgh): **Women in German society between the wars.** – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2779 DOMURAD, F. (Trinity College, Cambridge): **The political and social development of the „Handwerksstand" in the Weimarer Republik.** – Diss. (bei Dr. J. Steinberg). – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2780 ALPERS, Iris (PH Ruhr Abt. Dortmund): **Jugendverbandsarbeit mit Kindern in der Weimarer Republik am Beispiel der „Falken". – (Theoretische Erziehungskonzeption und praktische Erziehungsarbeit der Kinderfreunde und Falken.)** – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Pfaff). – Abgeschlossen 1975.

2781 BREITMAN, Richard (Harvard University): **Socialism and the parliamentary system in Germany 1918-1932. The political strategy of the German Social Democratic party leaders.** – (Der Zusammenhang zwischen Demokratievorstellung und politischer Strategie. Quellen: IISG Amsterdam, Archiv der Sozialen Demokratie, Bad Godesberg, Bundesarchive Koblenz und Freiburg, DGB-Archiv Düsseldorf.) – Diss. (bei Prof. Franklin Ford). – Abgeschlossen.

2782 HOLL, K. (Bremen): **The german peace movement during the Weimar Republik and earlier, including Anglo-German relations.** – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2783 HUNTER, R. A. (Glasgow): **The organisational deficiencies of the German communist party, 1923-33.** – Diss. (bei Dr. S. White). – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2784 DAYCOCK, D. W. (London): **The KPD and the NSDAP: a study of the relationship between political extremes in Weimar Germany 1923-33.** – Diss. (bei Prof. L. B. Schapiro). – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2785 GIESSELMANN, Gerd (Universität München): **Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften in ihrem Verhältnis zur Angestelltenschaft und ihren Verbänden bis zur Stabilisierungsphase der Weimarer Republik 1924.** – (Sozialdemokratische und freigewerkschaftliche Bemühungen um Erfassung und Organisierung der Angestellten zur Zeit des Kaiserreichs.) – Diss. (bei Prof. Gerhard A. Ritter und Prof. Jürgen Kocka). – Anfangsstadium der Bearbeitung.

2786 HENNIG, Eike (Universität Frankfurt/M.): **Faschistische und proletarische Öffentlichkeit in der Endphase der Weimarer Republik.** (Arbeitstitel.) – (Vgl. Beitrag des Autors in „Ästhetik und Kommunikation", H. 20 (1975). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Frühjahr 1976. – Erscheint 1976 als Sonderheft „Faschistische Öffentlichkeit" der Zeitschrift „Ästhetik und Kommunikation".

e) 1933-1945

2787 MASON, Timothy W. (St. Peter's College, Oxford): **Social history of the Third Reich.** – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2788 KNOTH, Heinz (Universität Frankfurt): **Mittelschichten und Nationalsozialismus. Eine Sekundäranalyse empirischer und theoretischer Materialien als Beitrag zur Rekonstruktion der Faschismusdiskussion und zum Problem der Theorieintegration in den Sozialwissenschaften.** – Diss. (bei Prof. Eike Hennig). – Anfangsstadium der Bearbeitung.

2789 KASTROZZA, Helltor de (Gesamthochschule Duisburg): **Arbeiterwiderstand im Dritten Reich.** – In Bearbeitung.

2790 STEPHENSON, Jill (Edinburgh): **Women in German society, 1930-40.** – Diss. – Abgeschlossen 1974. – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2791 STEPHENSON, Jill (Edinburgh): **The Nazi Women's Movement.** – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2792 GREISER, Gerd (Universität Münster): **Die sozialdemokratische Exilpresse 1933-1945.** – (Presse und Propaganda des PV der Sopade, u.a. „Neuer Vorwärts", „Deutschland-Berichte", „Sozialistische Mitteilungen", „Zeitschrift für Sozialismus". Funktionswandel, Arbeitsbedingungen. Exilstationen: Prag, Paris, London. Quellen: Exilperiodika der SPD, Nachlässe Hertz, Rinner, Stampfer im AsD Bonn, IfZ München, BA Koblenz, IISG Amsterdam.) – Diss. (bei Prof. W. B. Lerg). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1976.

f) Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

2793 WITTEMANN, Klaus Peter (Georg-August-Universität Göttingen): **Die organisatorische Entwicklung und die grundlegenden politischen Auffassungen der Gruppe Arbeiterpolitik 1945-1952.** – (Publikationen der Gruppe, Interviews mit damals Aktiven dieser KPO-Nachfolgeorganisation.) – Diplom-Arbeit (bei Prof. Helga Grebing). – Abgeschlossen.

2794 STEININGER, R. (TU Hannover): **Die Beziehungen zwischen SPD und Labour Party 1946-49.** – Veröffentlichung als Artikel geplant. – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2795 EVANS, Richard J. (Stirling): **Women and society in modern Germany; the feminist movement; women and the SPD.** – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975. – Siehe auch Titelverzeichnis Nr. 2326.

2796 RIEMER, Jeremiah (Cornell University Ithaca): **Betriebsnahe Gewerkschaftspolitik (insbesondere seit 1969).** – (Quellen: DGB-Archiv Düsseldorf und Zeitschriften, hrsg. vom

Soz. Büro Offenbach.) – Aufsatz. – Als Diss. geplant. – Anfangsstadium der Bearbeitung.

2797 BISPINCK, Reinhard (Universität Köln): **Die Tarifrunde 1974 im öffentlichen Dienst. Eine exemplarische Analyse der Tarifpolitik der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr.** – (Ursachen für den ersten bundesweiten Streik in fast allen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Innergewerkschaftliche Entscheidungsabläufe, tarifpolitische Strategie des Hauptvorstandes. Quellen: Veröffentlichungen der Gewerkschaften, Berichterstattung der Massenmedien.) – Dipl. – Abgeschlossen.

g) DDR

2798 GABRIG, Werner (Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin): **Die Entwicklung des sozialistischen Geschichtsbewußtseins in der Klasse der Genossenschaftsbauern. Zur Rolle geschichtlicher Erkenntnisse für das Verständnis der führenden Rolle der Arbeiterklasse bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR.** – Promotion A. – Angenommen April 1975. – Hinweis in ZfG 23 (1975), H. 8, S. 956.

2799 SILBERMANN, M. (Indiana): **Literature of the working world: A study of the industrial novel in East Germany.** – Abgeschlossen 1975. – Hinweis in AIMS XII (1975), Nr. 4.

III. Regionale und lokale Darstellungen

a) Regional

2800 BOAK, Helen L. (Manchester): **Women in the Weimar Republic, with particular reference to Baden 1919-1933.** – Diss. (bei Dr. Ian Kershaw). – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2801 ZIMMERMANN, Christoph (PH Dortmund): **Arbeiterjugendbewegung, Weimarer Republik, Ruhrgebiet.** (Arbeitstitel). – Diss. (bei Prof. Müller). – In Bearbeitung.

2802 BERG, W. (Universität Bielefeld): **Vergleich zwischen der Organisation der Kriegswirtschaft und den sozialen Beziehungen im Ruhrbergbau und in Südwales während des ersten Weltkrieges bis 1921.** – Diss. (bei Prof. Jürgen Kocka). – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2803 PIETSCH, H. (Universität Bochum): **Britische Besatzungspolitik im Ruhrgebiet 1945-46.** – Diss. (bei Prof. R. Vierhaus). – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2804 TAUBERT, Rolf (Ruhr-Universität Bochum): **Die Presse der Revolutionsjahre 1848/49 in Westphalen und der Rheinprovinz.** – (Typology des Pressewesens. Fallstudie zur Bedeutung der Arbeiterpresse. Bibliographie der Zeitungen und Übersicht erhaltener Bestände.) – Diss. (bei Prof. Kurt Koszyk). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1975.

b) Lokal

2805 LÖHER, Karl-Heinz (Gesamthochschule Duisburg): **Die Gewerkschaften in Duisburg und Hamborn in der Weimarer Republik.** – In Bearbeitung.

2806 MAUSBACH-BROMBERGER, Barbara (Referat Geschichtsforschung und -vermittlung beim Präsidium der VVN – Bund der Antifaschisten, Frankfurt/M.): **Der Widerstand der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus in Frankfurt/M. 1933-1945.** – (Quellen: Interviews, Archiv des Präsidiums der VVN, Bundesarchiv Koblenz, Dokumentationsarchiv des Studienkreises zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des Widerstandes, Archiv der Sozialen Demokratie, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Hessische Staatsarchive, IML, Institut für Zeitgeschichte, München, Wiedergutmachungsbehörde Frankfurt.) – Diss. (bei Prof. Wolfgang Abendroth). – Abgeschlossen. – Soll 1976 im Verlag Röderberg, Frankfurt/M., veröffentlicht werden.

2807 EGERER, Wolfgang (Universität Frankfurt): **Die Entwicklung des Nationalsozialismus im Kreis Friedberg unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zu den bäuerlichen Organisationen und des Wahlverhaltens im Kreis Friedberg.** – (Politik des Hessischen Landbundes, Propaganda der NSDAP, Wahlsoziologie.) – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Franz Greß). – Abgeschlossen Oktober 1975.

F. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG ANDERER GEBIETE

China

2808 PICKOWICZ, P. (Wisconsin): **CH'U CH'IU-PAT and the origins of marxist literary criticism in China.** – Diss. – Abgeschlossen 1973. – Hinweis in AIMS XII (1975), Nr. 4.

England

2809 BIRKE, A. M., und GIESEN, D. (FU Berlin): **Recht und soziale Wirklichkeit der britischen Trade Union im 19. Jahrhundert.** – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2810 SCHIFFMANN, K. (Historisches Institut, Mannheim): **England und die kontinentaleuropäischen Revolutionen 1848 unter besonderer Berücksichtigung der englischen Chartistenbewegung.** – Diss. (bei Prof. M. Schlenke). – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2811 BIRKE, A. M. (Universität Bielefeld): **Die Souveränität des viktorianischen Parlaments und die moderne Parlamentarismuskritik.** – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2812 KESPER, H. H. (Universität Marburg): **Beziehungen der Labour Bewegung zur SPD und zu Deutschland 1890-1914.** – Diss. (bei Prof. H. Seier). – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2812 RITTER, G.A. (Historisches Seminar, München): **Geschichte der britischen Labour Party 1900-20.** – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2814 EGGERT, H.-U. (Universität Münster): **Bolschewismus und innere Sicherheit 1918/19. Studien zur Interdependenz von Innen- und Außenpolitik am Beispiel der Regierung D. Lloyd George.** – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2815 KRIEGER, W. (Historisches Seminar, München): **Die Haltung der britischen Labour Party gegenüber der Weimarer Republik 1918-1924.** – Diss. – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2816 KETTENACKER, L. (Deutsches Historisches Institut, London): **Die britischen Deutschlandpläne und die Beurteilung der deutschen Widerstandsbewegung.** – Veröffentlichung als Artikel geplant. – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2817 LUDLOW, Peter (Queen Mary College, London): **Britain and European resistance in World War II.** – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2818 GARDNER, Isabel M. (Clare Hall College, Cambridge): **The German Social Democratic Party in Great Britain in the Second World War (i. e. the party in exile).** – Diss. (bei Dr. J. Steinberg). – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2819 EICKBUSCH, J. (Universität Göttingen): **Die Rolle der 'Umerziehung zur Demokratie' in der britischen Deutschlandpolitik von 1945-49.** – Diss. (bei Prof. R. v. Thadden und Prof. R. Vierhaus). – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2820 WENDT, B.-J. (Kassel): **British Trade Unions after 1945.** – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

Frankreich

2821 SOWERWINE, C. (Wisconsin): **Women and socialism in France, 1871-1921.** – Abgeschlossen 1973. – Hinweis in AIMS XII (1975), Nr. 4.

2822 CEPLAIR, L. (Wisconsin): **The education of a revolutionary labor union minority: The french railroad workers and the CGT, 1890-1922.** – Abgeschlossen 1973. – Hinweis in AIMS XII (1975), Nr. 4.

Irland

2823 SOMMER, Frl. A. (Historisches Seminar, Heidelberg): **Die irische Arbeiterbewegung im nationalen Unabhängigkeitskampf 1896-1916.** – Diss. – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

Italien

2824 WUNDERER, Otto (Universität Wien): **Der italienische Faschismus und die österreichische Arbeiterbewegung 1922-1934.** – Diss. (bei Prof. Stourzh). – Abgeschlossen 1974. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 7.

2825 ALBERS, Detlev (FU Berlin): **Ursachen und Verlauf sozialer Konflikte, dargestellt am Beispiel der italienischen Streikbewegung, 1968-1971.** – Abgeschlossen 1974. – Hinweis in VdD, FU Berlin 1/1975, S. 15.

Österreich

2826 GERERSDORFER, Hans (Universität Linz): **Gesellschaftspolitische Theorie und Praxis in der österreichischen Sozialdemokratie von den Anfängen bis heute.** – Dipl. – Abgeschlossen 1972. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 7.

2827 KELLER, Fritz (Ludwig-Boltzmann-Institut, Linz): **Der Trotzkismus in Österreich.**– In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 8.

2828 WAGNER, Winfried (Universität Salzburg): **Politische Theorie und Geschichte des Trotzkismus in Österreich.** – (Fraktionskämpfe der KP, Organisations- und Revolutionstheorien.) – Diss. (bei Prof. Leser). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Frühjahr 1976.

2829 KONRAD, Helmut, und WEIDENHOLZER, Josef (Ludwig-Boltzmann-Institut, Linz): **Das Entstehen der oberösterreichischen Arbeiterklasse.** – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 8.

2830 ROITHNER, Hans Michael (Ludwig-Boltzmann-Institut, Linz): **Zur Frühgeschichte der Favoritener Arbeiterbewegung.** – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 8.

2831 GUSCHLBAUER, E. (Universität Salzburg): **Der Beginn der politischen Emanzipation der Frau in Österreich (1848-1919).** – Diss. – Abgeschlossen 1975. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 6.

2832 ROTH, Paul W. (Historisches Institut Graz): **Die Glaserzeugung in der Steiermark von den Anfängen bis 1913. Modell der Geschichte eines Industriezweiges.** – (Schwerpunkt: Die Arbeiterbewegung in der Glasindustrie.) – Habil. – Abgeschlossen. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 8.

2833 KNAPIC-KHREN, Cvetka (Ludwig-Boltzmann-Institut, Linz): **Die südslawische Arbeiterbewegung im alten Österreich.** – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S.8.

2834 HAUTMANN, Hans (Ludwig-Boltzmann-Institut, Linz): **Die ökonomische und soziale Lage der österreichischen Arbeiter im Ersten Weltkrieg.** – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 8.

2835 HAUTMANN, Hans (Ludwig-Boltzmann-Institut, Linz): **Revolutionäre Kriegsgefangenenorganisationen der Österreicher in Sowjetrußland 1917-1920.** – In Bearbeitung. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 8.

2836 WEISSEL, Erwin (Ludwig-Boltzmann-Institut, Linz): **Die Ohnmacht des Sieges: Revolution und Sozialisierung in Österreich nach 1918.** – Ms.-Abschluß in Kürze. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 8. – Siehe auch Titelverzeichnis Nr. 1560.

2837 LOBNER, Georg (Universität Wien): **Die Agrarpolitik der österreichischen Sozialdemokratie von 1918-1934.** – Dipl. (bei Prof. Jedlicka). – Abgeschlossen 1975. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 7.

2838 AGNEZY, Hermine (Universität Wien): **Die Frauenbewegung in der Sozialdemokratischen Partei von 1918-1934.** – Dipl. (bei Prof. Jedlicka). – Abgeschlossen 1975. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 7.

2839 HAIDER, Edgar (Universität Wien): **Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918-1938.** – Diss. (bei Prof. Jedlicka). – Abgeschlossen 1975. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S.7.

2840 UITZ, Helmut (Universität Salzburg): **Sozialistische Erziehung in der Zwischenkriegszeit.** – Diss. – Abgeschlossen 1975. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 6.

2841 GERLICH, Rudolf (Universität Wien): **Sozialisierung in der Ersten Republik.** – Diss. (bei Prof. Jedlicka). – Abgeschlossen 1975. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 7.

2842 AGNEZY, Josef (Universität Wien): **Die Verfassungsreform 1929.** – Diss. (bei Prof. Jedlicka). – Abgeschlossen 1974. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 7.

2843 KITTLER, Renate (Universität Wien): **Die Arbeitslosigkeit in Österreich nach der Weltwirtschaftskrise (betrachtet von 1929 bis zum Anschluß).** – Dipl. (bei Prof. Jedlicka). – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 7.

2844 GÜZEYDA, Akören (Universität Wien): **Probleme sozialistischer und kommunistischer Publizistik von der „Selbstausschaltung" des Parlaments bis zum „Anschluß".** – Diss. (bei Prof. Paupié). – Abgeschlossen 1974. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 7.

2845 KAMMERSTÄTTER, Peter (Linz): **12. Februar 1934 in Oberösterreich.** – Materialsammlung. – Soll im Herbst 1976 in „Archiv" veröffentlich werden.

2846 HERLITZKA, Ernst K. (Ludwig-Boltzmann-Institut, Linz): **Zur Geschichte der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Favoriten II: 1934-1974.** – In Bearbeitung. – Soll in „Archiv", H. 1/1976, veröffentlicht werden. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 8.

2847 HINDELS, Josef (Wien): **Illegale Gewerkschaften Österreichs 1934-1945.** – (Kampf gegen Austrofaschismus und Nazismus.) – Soll Ende 1975 im Verlag Österreichischer Gewerkschaftsbund erscheinen.

2848 GATTERBAUER, Helga (Universität Salzburg): **Die ausländischen Zwangsarbeiter in der Ostmark.** – Diss. – Abgeschlossen 1975. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 6

2849 DVOŘÁK, Leonore (Universität Wien): **Die britische Österreichpolitik im Jahre 1943 anhand der Akten des Foreign Office.** – Hausarbeit. – Ms.-Abschluß Herbst 1975.

2850 RABINBACH, Anson (Wisconsin): **Ernst Fischer and the left opposition in Austrian Social Democracy: The crisis of austrian socialism, 1927-1934.** – Abgeschlossen 1973. – Hinweis in AIMS XII (1975), Nr. 4 – Siehe auch Titelverzeichnis Nr. 1863 u. 2318.

2851 TROJAN, Nikolaus (Universität Linz): **Die Rolle des österreichischen Gewerkschaftsbundes bei der Restauration des Kapitalismus nach 1945.** – Diss. – Abgeschlossen 1974. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 7.

2852 MOSER, Aurél B. J. (Universität Salzburg): **Die Stellung der Kommunistischen Partei Österreichs zur österreichischen Neutralitätspolitik von 1955-1972.** – Diss. – Abgeschlossen 1975. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 7.

2853 GERERSDORFER, Hans (Universität Linz): **Die österreichische Sozialdemokratie seit 1966 in ihren programmatischen Entwürfen.** – Diss. – Abgeschlossen 1974. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 7.

2854 KEMPTNER, Josef (Universität Salzburg): **Politische Kommunikation in privatwirtschaftlich organisierter Presse.** – (Berichterstattung der „Kronenzeitung" über Streiks in Österreich.) – Diss. – Abgeschlossen 1975. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 6.

Polen

2855 STROBEL, Georg-Waldemar (Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln): **Die „Arbeitereinigkeit". Ein Beitrag zu den Quellen des polnischen Kommunismus.** – (Politische Problematik und die Geschichte zweier Vereine polnischer Saison-Landarbeiter in Deutschland 1925-1935.) – Instituts-Bericht. – Abgeschlossen. – Wird als Bericht des Bundesinstituts Ende 1975 erscheinen.

Rußland

2856 GOLDBERG, H. (Wisconsin): **The anarchists' view the bolshevik regime, 1918-1922.** – Abgeschlossen 1973. – Hinweis in AIMS XII (1975), Nr. 4.

2857 KRESSE, Helmut (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin): **Die Rolle des sowjetischen Films in der ideologischen Arbeit der KPD von 1922 bis 1933.** – Diss. – Angenommen November 1974. – Hinweis in BzG Nr. 3 (1975), S. 524.

U. S. A.

2858 BELKNAP, M. (Wisconsin): **The Smith Act and the Communist Party.** – Abgeschlossen 1973. – Hinweis in AIMS XII (1975), Nr. 4.

2859 BUHLE, Mari (Wisconsin): **Feminism and socialism in the U. S., 1820-1920.** – Abgeschlossen 1974. – Hinweis in AIMS XII (1975), Nr. 4.

2860 BUHLE, P. (Wisconsin): **Marxism in the U. S., 1900-1940.** – Abgeschlossen 1975. – Hinweis in AIMS XII (1975), Nr. 4.

2861 JAFFE, J. (New York University): **The anti-radical crusade in New York, 1914-1923.** – Abgeschlossen 1971. – Hinweis in AIMS XII (1975), Nr. 4.

2862 BINDLER, N. (New York University): **American socialism and the First World War.** – Abgeschlossen 1970. – Hinweis in AIMS XII (1975), Nr. 4.

2863 RAGG, Albrecht (Loyola University of Chicago): **The German Socialist Emigration in the United States 1933-1945.** – (Situation der deutschen und der amerikanischen Arbeiterbewegung. Politik der verschiedenen Emigrantengruppen vor und während des Krieges. Pläne für den Wiederaufbau nach dem Kriege.) – Diss. – In Bearbeitung.

2864 MARTIN, C. (Tulane): **The Angelo Herndon Case and Georgia justice, 1930-1937.** – Abgeschlossen 1972. – Hinweis in AIMS XII (1975), Nr. 4.

2865 LEMBURG, L. (Pensylvania State): **The CIO and american Foreign Policy, 1935-1955.** – Abgeschlossen 1973. – Hinweis in AIMS XII (1975), Nr. 4.

2866 KIRSTEN, P. (St. Louis University): **Anglo over Bracero: A history of the mexican worker in the U. S. from Roosevelt to Nixon.** – Abgeschlossen 1973. – Hinweis in AIMS XII (1975), Nr. 4.

2867 CHANDLER, Hariette (Clark): **Soviet Russia as seen through the eyes of american policy makers, 1943-1945.** – Abgeschlossen 1973. – Hinweis in AIMS XII (1975), Nr. 4.

G. DARSTELLUNG ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALE

2868 GRUBER, Helmut (Polytechnic Institute of New York): **Socialism's last chance: The Labor and Socialist Internationale 1930-1940.** (Arbeitstitel). – (Hauptthema: Vorherrschende Widersprüche innerhalb der SAI führen in der Zeit vor dem 2. Weltkrieg zu Machtverlust. Quellen: Archive in Amsterdam, Paris, Bad Godesberg, Wien, London, Brüssel, Mailand und Stockholm.) – Monographie. – Anfangsstadium der Bearbeitung.

2869 STEININGER, R. (TU Hannover): **Die Wiederaufnahme der SPD in die Sozialistische Internationale.** – Veröffentlichung als Artikel geplant. – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2870 STEININGER, R. (TU Hannover): **Die britische Labour Party und der Wiederaufbau der Sozialistischen Internationale.** – Veröffentlichung als Artikel geplant. – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

Berichtigungen und Ergänzungen zum Titelverzeichnis

719 PATERSON, W. E.: **The SPD and European Integration.** – Wurde 1974 in London veröffentlicht. – Hinweis in AGGoH, Oktober 1975.

1139 REICHMANN, Richard S.: **The German Communist party in Rhineland Westphalia 1918-25.** – Abgeschlossen 1974. – Hinweis in AGGoH, Oktober 1975.

1801 ZURHORST, Günter: **Gewerkschaftspolitik und technischer Fortschritt: Zum Problem einer basisorientierten Mitbestimmung.** – Abgeschlossen 1975. – Veröffentlicht in der Schriftenreihe „Kritische Gewerkschaftspolitik", 3, bei Die Arbeitswelt, Berlin. – Hinweis in VdD, FU Berlin 1/1975, S. 16.

1836 GRUBER, Helmut: **Soviet Russia masters the Comintern: International Communism in the era of Stalin's ascendancy.** – Erschienen bei Doubledy/Anchor.

1909 SCHURAWITZKI, Reinhard: **Freie Gewerkschaften in Österreich 1934-1938.** – Abgeschlossen 1975. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 7.

1910 BRAUNEIS, Inge: **Widerstand von Frauen in Österreich gegen den Nationalsozialismus 1938-1945.** – Abgeschlossen 1974. – Hinweis in „informationen" 1/1975, S. 7.

1937 CRAMPTON, Richard: **August Bebel and the British Foreign Office.** – Ist erschienen in: History, vol. LVIII, June 1973, pp. 218-232. – Mitteilung der AGGoH, Oktober 1975.

2092 HALL, Alex: **The Social Democratic Press in the Wilhelmine Reich 1890-1914.** – Abgeschlossen 1974. – Hinweis in AGGoH, Oktober 1975.

2251 SEELBACH, Ulrich: **Arbeiter-, Bauern-, Soldaten- und Volksräte in der Stadt und dem Landkreis Gießen (Oberhessen).** – Wird 1975/76 unter dem Titel **Die Rätebewegung im Kreis Gießen 1918/19** in „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins, NF 60, veröffentlicht.

2319 STOLLBERG, Gunnar: **Zur politischen und wissenschaftlichen Entwicklung Richard Löwenthals. Versuch über die Metamorphose eines marxistischen Intellektuellen seit Ende der Weimarer Republik.** – Projekt wurde überarbeitet und unter den im vorliegenden Titelverzeichnis Nr. 2777 genannten Titel weitergeführt.

2340 GRANSON, Volker: **Zur kulturpolitischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis 1973.** – Wurde 1974 als Diss. von der FU Berlin angenommen und 1975 unter dem Titel **Kulturpolitik in der DDR** bei Volker Spiess, Berlin, veröffentlicht.

2457 WHEELER, Robert F.: **Die '21 Bedingungen' und die Spaltung der USPD im Herbst 1920. Zur Meinungsbildung der Basis.** – Veröffentlicht in H. 2/1975 der „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte". –

NEUE LITERATUR

WEHLER, Hans-Ulrich: **Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag** (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 11). – Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1974. 669 S.

Die kritische Würdigung eines Sammelbandes ist für den Rezensenten immer ein Problem, da es kaum möglich ist, allen Beiträgen gerecht zu werden. Dies ist besonders der Fall bei einer Festschrift mit 33 Beiträgen, die nicht nur neue Forschungsansätze und -ergebnisse zur deutschen Sozialgeschichte vorstellt, sondern neben Artikeln zur Wirtschaftsgeschichte auch vergleichende Studien zu Teilaspekten der europäischen Geschichte enthält. Von der Thematik her beschäftigen sich die Autoren im wesentlichen mit „Gesellschaft und Wirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert", der „Bürokratie seit dem 17. Jahrhundert" und dem „Liberalismus im 19. Jahrhundert".
Hans Rosenberg gehört zu jenen Historikern, die im Dritten Reich Deutschland verlassen mußten und in den USA trotz vieler Schwierigkeiten ein neues Arbeitsfeld fanden. Nicht zuletzt ihren Arbeiten und ihrem Engagement für die deutsche Geschichte ist es zu verdanken, daß sich nach dem Zweiten Weltkrieg amerikanische Historiker verstärkt Themen der deutschen Geschichte widmeten und wertvolle Forschungsergebnisse vorlegen konnten. Neben seinem Einfluß auf die Forschung in den USA gelang es Hans Rosenberg, durch Forschungsaufenthalte an der Freien Universität Berlin auch in der Bundesrepublik der historischen Forschung neue Impulse zu geben und besonders durch seine Beschäftigung mit dem „Preußenproblem" (Vgl. „Bureaucracy, Aristocracy and Autocracy. The Prussian Experience 1660–1815", Cambridge/Mass. 1958, das leider immer noch nicht in deutscher Übersetzung vorliegt), in der Auseinandersetzung mit der preußisch-deutschen Geschichte entscheidende Akzente zu setzen. Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß neben amerikanischen Kollegen und Schülern Rosenbergs, der größte Teil der hier vorgestellten Beiträge aus der Feder jüngerer deutscher Historiker stammt. Gemeinsam ist allen Beiträgen, daß gesamtgesellschaftliche Phänomene für die Interpretation politischer, sozialer oder wirtschaftlicher Entwicklungen herangezogen werden.
Mit dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft beschäftigen sich mehrere Aufsätze. Jürgen Kocka untersucht anhand eines Vergleichs zwischen marxistisch-leninistischer und „bürgerlicher" Geschichtsschreibung die jeweiligen Schwächen dieser beiden Ansätze für die Bürokratismusforschung. Ein noch zu erarbeitendes historisch-theoretisches Modell, das sowohl marxistische Fragestellungen als auch die Ansätze von Max Weber und Otto Hintze miteinander kombiniert, erscheint ihm als die beste Möglichkeit, die „relative Selbständigkeit der Bürokratie" sowie „die vielfältigen, sich wandelnden, restriktiven und determinierenden Bedingungen, unter denen jene relative Selbständigkeit sich immer nur verwirklichen konnte" in den Griff zu bekommen.
Während Friedrich Zunkel sich mit der Rolle der staatlichen Bergbaubürokratie beim industriellen Aufbau des Kohlenbergbaus im Ruhrgebiet auseinandersetzt, die anfängliche dirigistisch-merkantilistische Bevormundung der Bergwerksbesitzer durch die Bergbeamten herausarbeitet und die These vertritt, daß die staatliche Einflußnahme auf den Industrialisierungsprozeß im Bergbau bis 1848 eher hemmend als fördernd wirkte, widmet sich Elaine Glovka Spencer dem Verhältnis von staatlicher Verwaltung und Industrieunternehmern im Ruhrgebiet um die Jahrhundertwende. Im Gegensatz zu den Regierungspräsidenten und Landräten, die sowohl aufgrund ihrer sozialen Herkunft als auch ihrer konservativen politischen Einstellung einen engen Kontakt zu den Industriellen des Ruhrgebiets unterhielten, deren Antipathien gegen unabhängige Gewerkschaften, die SPD und den Arbeitnehmerflügel in der Zentrumspartei teilten und die sozialpolitischen Vorstellungen der Unternehmer in Berlin unterstützten, ist die Haltung der kommunalen Verwaltungsbehörden und der Bürgermeister nicht ähnlich eindeutig.
– Mit der Geschichte der Behördenorganisation beschäftigen sich die Beiträge von Peter Lundgreen und Willerd R. Fann. Während der letztere die Entwicklung der preußischen Ministerien während der Reformzeit untersucht, vergleicht Lundgreen

Rekrutierung und Herausbildung des Berufsbeamtentums in Preußen und Frankreich im Ancien Régime.
Neben der Armee, dem Großgrundbesitz und der staatlichen Verwaltung war die protestantische Kirche eine der Säulen des preußischen Staates im 19. Jahrhundert. Obwohl die Ideen der Französischen Revolution, der preußischen Reformbewegung und des vormärzlichen Liberalismus auch in der preußischen Landeskirche an Einfluß gewannen, blieb die Mehrheit der protestantischen Geistlichkeit doch dem preußischen Königshaus eng verbunden, wie Robert M. Bigler feststellt. Seit den zwanziger Jahren gewann die höhere protestantische Geistlichkeit zudem an Prestige und Einfluß, was nicht zuletzt auf das zunehmende Konnubium mit dem Adel zurückzuführen war.
Der deutsche Sonderweg des Liberalismus und seine Bedeutung für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung hat seit der bahnbrechenden Untersuchung von Leonard Krieger, „The German Idea of Freedom, History of a Political Tradition", Chicago 1957, zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit dem politischen Liberalismus im 19. Jahrhundert geführt. James J. Sheehan, ein ausgezeichneter Kenner des deutschen Liberalismus (Vgl. "Liberalism and Society in Germany, 1815–1848", in: „Journal of Modern History", Jg. 45 (1973), S. 583–604), vergleicht Theorie und Praxis des Liberalismus im Vormärz anhand der Begriffe Partei, Volk und Staat. Diese Schlüsselbegriffe zeigen nur zu deutlich, auch wenn es hier graduelle Unterschiede gegeben hat, die Ambivalenz der Liberalen gegenüber einer Parteiendemokratie, die Beschränkung des Volkes auf das Besitz- und Bildungsbürgertum und ihre Hinwendung zum Staat. Diese Kompromißbereitschaft der Liberalen gegenüber der staatlichen Macht zeigte sich 1848 (Vgl. den Beitrag von Michael Stürmer). Im Gegensatz zu dieser Interpretation versucht Gustav Schmidt, in einer vergleichenden Untersuchung der gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen des politischen Liberalismus in Deutschland und England von 1850-1880 den Nachweis zu erbringen, daß die Nationalliberalen während der Reichsgründungszeit durchaus versuchten, sich als Partei zu behaupten und zu profilieren. Schmidt kann zwar Gemeinsamkeiten und Unterschiede der britischen und deutschen Entwicklung herausarbeiten und schätzt die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen sich die Nationalliberalen in Deutschland konfrontiert sahen, – und hier liegt die Bedeutung des Artikels – auch richtig ein, einen Beweis für seine These kann er allerdings kaum erbringen.
Mit einem in der deutschen Geschichte bisher wenig bearbeiteten Gebiet befaßt sich Dirk Blasius in seinem Artikel über die Entwicklung der Geschworenengerichte im Vormärz. Während noch im 18. Jahrhundert die Rechtssprechung unter Ausschluß der Öffentlichkeit und von Laienrichtern durch die staatlichen Organe durchgeführt wurde, forderten die Liberalen im Vormärz die Einführung der öffentlichen und mündlichen Verhandlung, die Unabhängigkeit der Richter und die Einführung von Geschworenengerichten. Diese Forderungen waren auch Ausdruck des Selbstverständnisses der liberalen Bewegung, denn nicht mehr der Staat, sondern die bürgerliche Gesellschaft sollte als Kriterium für die Rechtsprechung dienen. Da die Auswahl der Geschworenen sich nach ihrem Steueraufkommen richtete, bedeutete dies aber den Ausschluß der „unteren Volksklassen". Die Geschworenengerichte waren Partei und der Rheinische Appelationsgerichtshof zu Köln warnte 1833 vor einer Ausdehnung der Wählbarkeit, da man nicht wisse „. . . welche Resultate für die bürgerliche Gesellschaft hieraus hervorgeben mögen" (S. 153). Während die Gerichte im Vormärz nur im Geltungsbereich des französischen Rechts vorhanden waren, bedeutete ihre Einführung im restlichen Preußen 1849 eine qualitative Veränderung der Rechtsprechung. Dies sollte sich besonders in der Verfolgung der während der 48er Revolution begangenen politischen Straftaten zeigen, als Geschworenengerichte, sehr zum Leidwesen der staatlichen Behörden, diese Delikte oft milder beurteilten als es den letzteren wünschenswert erschien. –
Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft steht auch im Mittelpunkt der Untersuchungen von Stefi-Jersch-Wenzel, Reinhard Rürup und Shulamit Angel-Volkov, die sich mit der Emanzipation der Juden bzw. dem Antisemitismus des Kleinhandwerks befassen. Die beiden erstgenannten

Autoren verweisen auf den Zusammenhang zwischen den Kämpfen um die politische Emanzipation des deutschen Bürgertums und der Entwicklung des modernen Antisemitismus in Deutschland.
Zur Geschichte der Arbeiterbewegung enthält diese Festschrift nur wenige Beiträge. Frederick D. Marquardt unternimmt den Versuch, die Sozialstruktur der Berliner „Arbeiterschaft" im Vormärz genauer zu bestimmen. Ausgehend von dem ökonomischen bzw. sozialen Status unterscheidet er fünf Gruppen: die Elitegesellen, die gewöhnlichen Gesellen, die armen Gesellen und die Handarbeiter oder Arbeiter mit den Untergruppen ungelernte Arbeiter und Tagelöhner. Trotz bestehender Unterschiede zwischen diesen Gruppen glaubt Marquardt, die Herausbildung eines Klassenbewußtseins feststellen zu können, das auf der ökonomischen, sozialen und politischen Diskriminierung der Arbeiterschaft fußte.
Die „Revolutionsstrategie" der Sozialdemokratie steht im Mittelpunkt der Untersuchung von Dieter Groh. Unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Krisen des späten 19. Jahrhunderts glaubten August Bebel und andere sozialdemokratische Führer, daß der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems unmittelbar bevorstehe. Daraus entwickelte sich ein „Warten" auf den Zusammenbruch des Systems. (Für die Diskussion der proletarischen und bürgerlichen Revolution bei Marx und Engels siehe den Beitrag von Heinrich A. Winkler). Unter dieser Einstellung mußte natürlich die Entwicklung mittelfristiger Alternativkonzepte leiden. Andererseits zeigten die wachsende Bedeutung der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften im Wilhelminischen Reich, daß gerade in den tagespolitischen Auseinandersetzungen eine Stärkung der Organisation erreicht werden konnte, die von den staatlichen Behörden als Bedrohung empfunden werden mußte. In den Lohnkämpfen vor dem Ersten Weltkrieg versuchte die preußische Staatsregierung aus taktischen Überlegungen heraus, die kompromißlose Haltung der Arbeitgeber zu modifizieren (so 1905), da deren absoluter Herrschaftsanspruch auch auf die Ablehnung der anderen politischen Kräfte stieß und zudem in der Interpretation des preußischen Innenministeriums nur zu einer Stärkung der Sozialdemokratie und der mit ihr verbundenen Gewerkschaften führen konnte. Dies änderte aber nichts daran, daß – wie Klaus Saul feststellt – die „Repression der Gewerkschaften durch Verwaltung und Justiz" fortgeführt wurde und erst in der Weimarer Republik eine Änderung eintrat.
Mit einem in der deutschen historischen Forschung bisher wenig bearbeiteten Thema beschäftigt sich Hartmut Kaelble. In einem historischen Vergleich der sozialen Aufstiegsmobilität in den USA und in Deutschland kommt er zu dem Ergebnis, daß die „soziale Aufstiegsmobilität seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts in Deutschland bzw. in der Bundesrepublik deutlich zunahm und sich der seit dem Jahrhundertbeginn kaum verändernden Aufstiegsmobilität in den USA annäherte, wenn auch wohl nicht anglich."
Die letzten Aufsätze diese Bandes widmen sich der Frage nach dem Verhältnis von Staat und Wirtschaft im 20. Jahrhundert. (Zur konjunkturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft von 1840-1864 siehe die detaillierte Analyse von Reinhard Spree und Jürgen Bergmann). Hier soll besonders auf den Beitrag von Gilbert Ziebura verwiesen werden. Er setzt sich mit den theoretischen und methodologischen Schwierigkeiten bei der Erforschung des Imperialismus auseinander und weist darauf hin, daß es hier weder der marxistischen noch der „kritisch-bürgerlichen" Forschung gelungen ist, die Verbindung zwischen „interner und externer ungleichmäßiger und ungleichgewichtiger Entwicklung" von Wirtschaften herzustellen bzw. die Frage der „Vermittlung von Ökonomie und Politik" zufriedenstellend zu lösen. Ähnlich kritisch setzt er sich mit dem Begriff des Sozialimperialismus für die Analyse der Bismarckschen Herrschaftstechnik auseinander. Mit seiner Forderung nach einer Differenzierung zwischen formellem und informellem Imperialismus und ihrer unterschiedlichen sozialökonomischen und politischen Prämissen, weist er auf neue Möglichkeiten einer gesamtgesellschaftlichen Analyse des Imperialismusphänomens hin.
Dieser Band ist nicht nur eine würdige Festgabe für Hans Rosenberg, sondern auch eine richtungweisende Sammlung neuer Forschungsergebnisse und -ansätze.

Hermann Josef Rupieper

BAUER, Otto: **Das Weltbild des Kapitalismus** (= Marxismus Bibliothek, 1). – Frankfurt/M.: Makol Verlag 1971. 62 S.

Die vorliegende Studie Otto Bauers, die dieser 1916 in sibirischer Kriegsgefangenschaft verfaßte und 1924 in der Festschrift zum 70. Geburtstag Karl Kautskys veröffentlichte, stellt eine geradezu klassische marxistische Studie dar, die Elemente einer allgemeinen Ideologiekritik und Wissenssoziologie mit spezifischen Einsichten der materialistischen Geschichtsauffassung verbindet. Bauer ging es darum, das Ineinandergreifen von ökonomischen Wandlungen und Veränderungen im Weltbild verständlich zu machen, ohne deshalb in die Fehler eines mechanistischen Vulgärmaterialismus zu verfallen, der das Verhältnis von Unterbau und Überbau als mechanische Determiniertheit des letzteren durch den ersteren auffaßt. Obwohl Otto Bauer bei der Abfassung dieser Schrift keine Literatur zur Hand hatte und sich auf sein Gedächtnis verlassen mußte, werden seine reichen Kenntnisse und sein umfassender Blick für Zusammenhänge deutlich. Das Fehlen wissenschaftlicher Belege wirkte sich in diesem Falle insofern günstig aus, als die ganze Schrift durch den unbeschwerten Schwung, der sie unter diesen Umständen auszeichnete, einen geradezu ästhetischen Reiz vermittelt. Unabhängig davon stellt sich die Frage, ob die Ableitungen und Zuordnungen, die Otto Bauer vornimmt, immer zutreffend und nicht vielfach willkürlich oder doch anfechtbar sind, aber dieser Zweifel würde – wie andere formal wissenschaftlichere Werke aus der Schule des historischen Materialismus beweisen – auch durch ein Mehr an formeller akademischer Absicherung nicht behoben.

Interessant ist jedenfalls, daß Otto Bauer, wie aus dieser Schrift deutlich hervorgeht, zwar historischer, aber keineswegs philosophischer Materialist war, daß er den Materialismus als geschlossenes System der Welterklärung für nicht minder überholt hielt wie den Idealismus. Mit der Berufung auf den Empiriokritizisten und Physiker Ernst Mach steht Otto Bauer in der Tradition des Austromarxismus nicht allein, Friedrich Adler widmete „Ernst Machs Überwindung des mechanischen Materialismus" eine eigene Broschüre. Für Lenin und den in seinem Fahrwasser segelnden Marxismus-Leninismus ist diese Affinität freilich ein Beweis mehr für den revisionistischen Charakter des Austromarxismus, denn für diese Lesart des Marxismus besteht ein untrennbarer Zusammenhang zwischen der philosophischen und der historischen Grundhaltung. Diese Studie ist ungeachtet möglicher Einwände eine Leistung, die dem wissenschaftlichen Talent Otto Bauers das beste Zeugnis ausstellt und die weit verbreitete Meinung stützt, daß Otto Bauer besser daran getan hätte, Wissenschaft zu betreiben, statt Politik zu machen.

Norbert Leser

LANDAUER, Gustav: **Revolution**. Einleitung: Harry Pross. Nachwort: Erich Mühsam. – Berlin: Karin Kramer 1974. XXXI, 119, 9 S.

With the resurgence of interest in social criticism and utopia-building which the nineteen-sixties have witnessed, it is appropriate to focus attention once again on the leading European utopians and socialists of bygone years. Much attention has been given to the personalities of Saint-Simon, Fourier, and Owen, who are often cited in historical and religious literature. Less is known about the utopians of the German speaking world, such as Theodor Hertzka, Gustav Landauer, and Franz Oppenheimer. Access to archives, collections of correspondence, and long lost „little journals" is making it possible to reassess the importance of these men for their times and ours. The resurgence of interest in Landauer in this decade has been almost uniform in its picture of the dreamy-eyed, unrealistic, romantic, anti-technocrat and anti-Marxist socialist. All writers focus on his seeming lack of success; all harp on his loneliness; all seem unmindful of the thrust of his writings and the transmissions of his work. Almost none

sees him within the larger spectrum of social theory. Little scope is given in these assessments to those philosophical and critical goals which Landauer set for himself. None sees him within the larger orbit of his European experience as a personality of the fin de siècle and the early 20th century. One would do better to recast the relevant Landauer from the molds of Gershom Scholem's „Sabbatai Sevi", from the molds of Hans Hillerbrand's „Thomas Münzer", from the cadences of James Joll's comparative intellectual interests, and from the contemporary sociological researches of Peter Heintz. For if one searches for a Landauer true to the structures of contemporary Marxism and Anarchism, it is difficult to make the man or his wiritings fit.

Landauer intended to show that „revolution is not what the revolutionaries think it to be". He thought of „Die Revolution" as one more statement of his credo, begun with the introduction to the translation of „Meister Eckhart's Mystical Writings," continued in his „Skepsis and Mystik", and his „Dreißig sozialistische Thesen", focussing on the teachings of those men who, by „Negation", had spoken truth: Heraclitus, Plato, Christ and his followers, Buddha, and Spinoza. The novelty of „Die Revolution", to him, lay in pointing „toward something which was yet to come not yet in the world". The work has an extraordinary passage from Maximus Tyrius at its beginning. „Here, now, you will see the road of passion, which you call 'destruction,' because you make your judgement based on those who have already passed away on it – which I, however, call 'salvation,' basing myself on the order of those yet to come". In this introduction, much remarked upon and at the very outset of the book, Landauer pointed to the eschatological, redemptive conception of revolutionary change, in which he mirrored so much of the mood of the „Heilsgeschichte" of the theologians as well as the „redemptive history" of the Nietzescheans. Aware that he had written a work, poised between optimism and pessimism, Landauer, who wrote the work in a time of great financial crisis (having just lost a two-year affiliation with the firm of Schnabel, a bookstore-publisher, for whom Landauer worked between 1904 and 1907), wrote in response to an invitation rather than from an inner need, as this writer would like to emphasize. It is probably correct to state that this is the only one of Landauer's books which was commissioned. Its very origin and superficial confusion are an invitation to greater analysis. „Die Revolution", following „Skepsis and Mystik," the radical critique of language, man, and society, is indeed a precursor of the Landauer's other „systematic writings". „Dreißig sozialistische Thesen" (1907), the original political actions program, „Die zwölf Artikel des Sozialistischen Bundes" (1908), the summary of his political program in reductionist form, and his full political socialism in „Aufruf zum Sozialismus" (1911), „Die Revolution" must also be seen in realtion to the 1908 founding of the „Sozialistischer Bund" and the 1909 founding of Landauer's *own* (reactivated) „Der Sozialist". Hastily written, „Die Revolution", shows Landauer and his times „at work". At the same time, however, as was the intention of Martin Buber, who commissioned „Die Revolution" in a series of „socio-psychological" monographs entitled „Die Gesellschaft", Landauer did begin to busy himself with that field which we now call „social science" and which can appropriately also be called „philosophical anthropology". Reacting as true anti-Darwinist and anti-Marxist, Landauer wrote a book, largely indebted to Greek philosophical currents and Goethean „nature laws". Characteristic is the sentence at the outset of the book: „Da die Geschichte also keine Theoreme des Geistes schafft, ist sie keine Wissenschaft; sie schafft aber etwas anderes; nämlich Mächte der Praxis".

Landauer, dialectician and critic, saw history as an *ongoing* movement (not forward movement) of static, harmonious periods of shriving called „Utopies"; the transition between them being periods of „Wahn" and redemptive hopefulness

which he termed „Revolution". Landauer was here heir to categories borrowed from French social theory, Oriental and Greek thought, and religo-mystical utopian language and structures.
The twenty page „Introduction" by Harry Pross presents an appreciation – in very „mod" style – of Landauer based on the existing secondary literature and on excerpts from Landauer's own writings. The „Nachwort" by Erich Muehsam, one of Landauer's dovoted, radical friends builds the case that Landauer was the great revolutionary of revolutionaries. Whether Landauer would have recognized his quest in either Mr. Pross' or Mühsam's reading of himself would make an interesting scholary debate.

Ruth Link-Salinger (Hyman)

SCHNEIDER, Michael: **Auf dem Weg in die Krise. Thesen und Materialien zum Ruhreisenstreit 1928/29** (= Die Arbeiterbewegung in den Rheinlanden, Nr. 2). – Wentorf b. Hamburg: Einhorn-Presse 1974, 91 S.

Dem Inhalt dieser Materialsammlung kann man sich erst dann widmen, wenn man den Schock über seine kümmerliche Ausstattung und seinen hohen Preis überwunden hat. Das Rezensionsexemplar zerbrach schon beim ersten Lesen; und eine Seite kostet rund 20 Pfennig (im Gegensatz zu rund 0,10 DM im „Normalfall" bzw. eines Pfennigbruchteiles im Falle auflagenstarker Taschenbücher). Diese äußerlichen und der Verbreitung hinderlichen Nachteile müssen deshalb genannt werden, weil sie der Grund dafür sein dürften, daß auch nach dieser Veröffentlichung Kenntnis und Erforschung des Ruhreisenstreits unzulänglich bleiben werden.
Völlig richtig weist Schneider in seiner 12-seitigen einleitenden „Analyse" auf den politischen Schlüsselwert des als Ruhreisenstreit bekannt gewordenen Arbeitskampfes vom Herbst 1928 hin. Insofern dieser Lohn- und Arbeitszeitkonflikt sich in eine grundlegende Auseinandersetzung über das staatliche Zwangsschlichtungsverfahren ausweitet (wofür die Kapitalseite, der Arbeitgeberverband der „Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller", mit der Aussperrung von 220.000 bis 240.000 Arbeitern und der Negierung einer Verbindlichkeitserklärung Wissells einen wesentlichen Beitrag leistet), kommt ihm in der Tat für die gesamte Endphase der Weimarer Republik sowie insbesondere für SPD, freie Gewerkschaften und die schwerindustrielle Kapitalfraktion eine Schlüsselbedeutung zu.
Die verschiedenen Dimensionen dieser politischen Seite des Ruhreisenstreits werden von Schneider einleitend herausgearbeitet; vor allem wird dabei der Aspekt einer Formierung der Kapitalinteressen gegen die nach den Wahlen vom 20.5.1928 unter sozialdemokratischer Führung gebildete Koalitionsregierung Müller unterstrichen (bes. S. 10). Die Seite der „Wende der unternehmerischen Politik zur offenen Konfrontation" (S. 12) gegen Gewerkschaften und eine sozialdemokratisch geführte Regierung tritt klar hervor, wähend die auch angesprochene Seite (S. 11) des reformistischen Versagens vergleichsweise allgemeiner behandelt wird. Nicht zuletzt an diesem Punkt hätten weiterführende Arbeiten anzusetzen.
Der Dokumenteil umfaßt 23 größtenteils erstmals veröffentlichte Materialien zur sozialen und wirtschaftlichen Situation im Ruhrgebiet 1928/29. Diese Seite des Konflikts wird somit gut dokumentiert, während aber die zentralere politische Dimension kaum durch die angeführten Dokumente vertieft wird. – Insgesamt gesehen kann der Materialsammlung daher nur der Wert eines, hoffentlich weitere Arbeiten initiierenden Anstoßes zugeschrieben werden.

Eike Hennig

Interpretationen zum „Kapital“. Berlin: Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung. Bd. 1: Joachim Bischoff, **Gesellschaftliche Arbeit als Systembegriff**, 1973, 346 S. – Bd. 2: Projektgruppe Entwicklung des Marxschen Systems, **Das Kapitel vom Geld. Interpretationen der verschiedenen Entwürfe**, 1973, 258 S. – Bd. 3: Projektgruppe Kritik der Politischen Ökonomie, **Zur Logik des Kapitals**, 2., neubearbeitete Aufl., 1973, 105 S. – Bd. 4: Frank Rinkleff, **Theorien über die Grundrente. Grundeigentum und Grundrente im System der bürgerlichen Produktion**, 1974,, 157 S.

Die Dissertation Joachim Bischoffs zerfällt in zwei Teile. Der erste handelt von der „Dialektik als Wissenschaft des Gesamtzusammenhanges“, der zweite von der „Genesis der theoretischen Abstraktion“. Seine These (S. 337), daß die idealistische Dialektik Hegels zwar unumgängliche Voraussetzung für die Genesis des wissenschaftlichen Sozialismus gewesen sei, jedoch die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise und die Entstehung der Arbeiterbewegung es erst ermöglicht hätten, daß Marx und Engels als „Vertreter der proletarischen Wissenschaft“ (S. 13) an die idealistische Dialektik, die klassische politische Ökonomie und an den utopischen Sozialismus hätten anknüpfen und eine kritische Analyse der kapitalistischen Produktionsweise erarbeiten können, belegt Bischoff zunächst mit einer Untersuchung der Aussagen Marx' und Engels' über ihre Vorgehensweise. Er zeigt, „daß, wenn Marx von der Anwendung der dialektischen Methode auf die politische Ökonomie spricht, er damit eine spezifische Form der Darstellung anspricht,“ (S. 103), nämlich die kategoriale Entfaltung des Kapitalbegriffs gemäß seiner inneren Logik. „Obgleich Marx selbst die Bedeutung der dialektischen Methode bei der Ausarbeitung des Systems der Kritik der politischen Ökonomie herausstellt, kann die systematische Begründung der wissenschaftlichen Dialektik doch nur Resultat dieser Kritik sein“ (S. 134).
Im zweiten Teil der Arbeit zeichnet Bischoff die Geschichte der Arbeitswertlehre und ihre Weiterentwicklung durch Marx und damit die Vorgeschichte und Geschichte der Herausbildung des Marxschen kategorialen Systems der Kapitalismusanalyse nach. Bischoff beschränkt sich darauf, „einen Gedanken [die Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus], nachzudenken“ (S. 22). Es ist seine Intention, der „Verflachung des wissenschaftlichen Sozialismus“ (S. 22 und S. 328) dadurch zu begegnen, daß unter weitestgehendem Verzicht auf Sekundärliteratur die Marxsche Theorie rekonstruiert wird. Dies wird insofern nicht konsequent durchgeführt, als Bischoff im ersten Teil seiner Arbeit die Entstehungsabfolge der Texte nicht reflektiert. Daher kann er z.B. die These von Maximilian Rubel u.a. von der Legende der Begründung des historischen Materialismus durch Marx *und* Engels ignorieren (S. 27 und S. 40). Dies trifft übrigens noch weit mehr auf Bischoffs Kritiker Klaus Holzkamp zu. Bischoffs Diskussion der Einwände gegen einzelne Elemente der Theorie von Marx und Engels bleibt auf diejenigen Vorhaltungen beschränkt, die diese beiden „fondateurs“ bereits selbst diskutiert hatten. Dieses Verfahren kann die kritische Dimension der Marxschen Theorie auch gegenüber modernen ökonomischen Theoremen nicht zur Geltung bringen. Die wenigen Sätze über Paulsen, Keynes u.a. (S. 162 f.), die das Festhalten der bürgerlichen Ökonomie an der „trinitarischen Formel“ belegen, konterkarieren nicht. Ermüdend wirkt die Breite der häufigen Paraphrasen (z.B. Tombergs, S. 43–47; die mehr als dreißig Seiten der Marxparaphrase über die Manufakturperiode, S. 176 ff.). – Im Bd. 2 der „Interpretationen“ wird mit ausführlichen Paraphrasen und knappen Kommentaren die Entwicklung der Marxschen Geldtheorie von den „Grundrissen“ über den Urtext und die publizierte Fassung von „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ bis zum ersten Kapitel des „Kapital“ Bd. 1 in erster und zweiter Auflage verfolgt, d.h. es wird die Herausbildung der Entwicklung des Geldes aus den Äquivalentformen dargestellt. Diese sehr detaillierte Darstellung bleibt zunächst auf die Marxschen Texte beschränkt; neuere In-

terpretationen werden im zweiten Teil des Buches diskutiert. Eine solche Schilderung der Entwicklung der Marxschen logisch-formgenetischen Vorgehensweise ist nützlich, jedoch vermißt man die nähere Erörterung der „Herausarbeitung des Springpunktes der Politischen Ökonomie" (S. 121), des Doppelcharakters der Arbeit, in „Zur Kritik". Wie Marx zu dieser „Entdekkung" gelangte, ob dabei die erneute Lektüre der Hegelschen „Logik" eine Rolle spielte usw., hätte man gern näher erfahren.

Im zweiten Teil des Buchs werden die Interpretationen von Zelený, Backhaus, Reichelt, Rot, der Hannoveraner „Projektgruppe zur Kritik der Politischen Ökonomie" und Werner Beckers diskutiert. Problematisiert werden u.a. Zelenýs Parallelisierung von logischer und historischer Entwicklung im „Kapital" – statt der Hervorhebung des Logischen vor dem Historischen; Reichelts abstrakte Einführung des Wertbegriffs – statt seiner Entfaltung aus der Ware; Rots unvollkommene Begründung der Ware als Ausgangspunkt der Marxschen Kapitalismusanalyse. Die Hannoveraner Projektgruppe wird wegen ihrer Reduzierung des Werts auf eine gedachte Größe kritisiert sowie wegen ihrer These, die kapitalistische Arbeitsteilung bringe mit sich, daß die Arbeiter zur Durchbrechung der Fetischcharaktere des Kapitals der Hilfe seitens der Intelligenz bedürften (zu diesem Standpunkt vgl. neuerdings die AK München). Schließlich wird Beckers Versuch, Marx des logisch-methodischen Irrationalismus zu überführen, auf Becker zurückgewendet: ihm werden etliche entscheidende Mißverständnisse der Marxschen Arbeitswertlehre vorgehalten.

Die Darstellung der „Logik des Kapitals" ist in der 2. Auflage, die in die Reihe „Interpretationen zum 'Kapital' " aufgenommen worden, um jene im 2. Band der „Interpretationen" kritisierten Stellen, an denen das Verhältnis von Arbeiterklasse und Intelligenz skizziert wurde, gekürzt worden. Im ersten Teil dieser Studie wird der Primat des Logischen vor dem Historischen in der Marxschen Theorie dargestellt; die entsprechenden Marxschen Äußerungen werden recht willkürlich aneinandergereiht, zum Unterschied von Forschungs- und Darstellungsweise Engels und sogar Hegel bemüht (S. 5), ohne daß mögliche Unterschiede zu Marx reflektiert werden. Die Entwicklung der Marxschen Kapitalismusanalyse aus der Kritik der zeitgenössischen politischen (=National–) Ökonomie wird nicht behandelt, vielmehr werden die Marxschen Kritiken an Ricardo u.a. nur als Belege für Marx' Theorieelemente angeführt. Die Übereinstimmung von kategorialer und historischer Entwicklung wird korrekterweise für Marx negiert, für Hegel und Engels behauptet, diese Differenz aber nur als Differenz des Gegenstandes erklärt: Marx habe nur den Kapitalismus, Hegel und Engels jedoch den geschichtlichen Gesamtprozeß gemeint. Dieser Punkt wird nicht weiter erörtert (S. 32). Der zweite Teil, der die kategoriale Entwicklung von der Ware zum Kapital nachvollzieht, erscheint als Nacherzählung wie als erläuternder Kommentar zu knapp. –

Der Titel des vierten Bandes ist irreführend. Zum einen verbergen sich hinter den „Theorien über die Grundrente" zwei Abhandlungen, von denen die erste mit der Grundrente nichts zu tun hat. Zum anderen führt Rinkleffs Arbeit den Titel „Die Marxsche Behandlung der Grundrente". Da aber Rinkleff weitgehend vormarxsche Theorien nachzeichnet, wäre hier der Titel des Gesamtbandes angebracht. Den ersten Teil bildet ein Essay von Frank Unger über die Bedeutung des Proudhonismus für die Herausbildung der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie und über Teile der heutigen Frankfurter Schule. Dieser Essay wird insofern mit wenig Recht als Einleitung zu Rinkleffs Arbeit bezeichnet, als er auf die Grundrente nur auf der vorletzten Seite eingeht. (S. 41 f.). Unger zeichnet die Stadien der Einsschätzung Proudhons durch Marx und Engels von ihrer Hochschätzung der frühen 1840er Jahre bis zum Bruch 1845/46 nach.. Er legt dar, daß Proudhons Anschauungen bereits mit den-

jenigen Ricardos als illusionär „entlarvt" (vgl. S. 25) werden könnten. Er betont die Bedeutung der Proudhon-Kritik für die Entwicklung der Marxschen Kapitalismuskritik, die gegenüber der Bedeutung Hegels und Ricardos häufig vernachlässigt werde. Ungers Kritik an Adorno und Krahl als gewissermaßen neoproudhonistischen Kritikern der Ware statt des Kapitals unterbricht leider eher den Argumentationsgang, als aus ihm hervorzugehen (S. 22 f.). Rinkleff zeichnet vormarxistische Theorien der Grundrente fast ausschließlich aus der Perspektive der Marxschen „Theorien über den Mehrwert" nach (Ausflüge auf heutige bleiben vereinzelt: z.B. zu Myrdal S. 133, 139). Die Rolle des Grundeigentums bei der Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise skizziert er anhand des Kapitels „Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergen" der „Grundrisse" (S. 48–60). Obgleich Rinkleff die Stadien des Marxschen Interesses für die Grundrente und damit die welchselnde Bedeutung dieses Problems innerhalb der subjektiven Entwicklung der Marxschen Kapitalismusanalyse nicht reflektiert, gelingt ihm eine übersichtliche und lesbare Nachzeichnung der vormarxistischen Theorien und ihrer kritischen Aufnahme durch Marx.

Gunnar Stollberg

RABEHL, Bernd: **Geschichte und Klassenkampf. Einführung in die marxistische Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung.** – Berlin: Rotbuch-Verlag 1973, 179 S.

Dieses Büchlein hält nicht, was seine Titel versprechen. Es beginnt mit einem Plädoyer für richtig verstandene, nicht in Moralismus abgleitende, wissenschaftliche Geschichtschreibung (Kapitel 1); wissenschaftlich heißt für Rabehl: „aus den Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung die Aufgaben für eine sozialistische Politik herauszuarbeiten" (S.8). Die Kapitel 2 bis 7 zeichnen einige Hauptlinien des philosophischen, historisch-politischen und ökonomischen Werks von Marx und Engels nach, nachdem die Unvollkommenheiten einiger Vorläufer (Hegel, Feuerbach u.a.) kritisiert worden waren. Die Kapitel 8 bis 11 behandeln den „Bund der Kommunisten" 1848/49 in seinem Verhältnis zu Marx und Engels sowie deren Kontroversen mit Bakunin und Lassalle. Das alles ist nicht neu, will es auch nicht sein, da es Rabehl hauptsächlich darum geht, „für den Normalkonsumenten, für Schüler, Lehrlinge und Jungarbeiter, an Hand unzähliger Hinweise auf die Marxsche Theorie, die Probleme der Klassenkämpfe aufzubereiten" (S. 7). Die Interpretation beweist gründliche Kenntnis der Schriften von Marx und Engels und zweifellos eine – im Vergleich zu anderen marxistischen Marx-Einführungen – größere Bereitschaft, die konkrete historische Entwicklung in ihren Besonderheiten ernst zu nehmen. Allerdings ist der Verfasser vom Werk der „beiden Alten" (S.6) so absorbiert, daß er keinerlei Ansatzpunkte gewinnt, von denen er die eventuell ja doch bestehenden Selektivitäten, Grenzen und Schwächen ihrer Positionen in den Griff kriegen könnte; er ist so bestochen von dem, was er an Wichtigem in „den blauen Büchern" (S. 6) gelesen hat, daß er die dort in der Tat erlernbare historisch-materialistische Kritik ganz vergißt, wenn es um die Einordnung von deren Stammvätern geht; er ist noch immer so auf das Werk von Marx und Engels fixiert, daß er die historische Wirklichkeit , die jenes umgab, nur in Schemen und Verkürzungen sichtbar werden läßt (zumal er ja auch nicht der üblichen „Wissenschaftsbetriebsamkeit" verfallen will – S. 7 – und schon deshalb die reiche historische Literatur über die Zeit, die er behandelt, nur in kleinsten Dosen zur Kenntnis nimmt). Diese durch und durch unkritische Behandlung von Marx und Engels führt manchmal zur ungerechten Verkürzung und Abqualifizierung ihrer Opponenten, so im Falle der „wahren Sozialisten", der Konkurrenten im „Bund der Kommunisten" und im Falle Lassalles (S. 15, S. 72 S. 142 und S. 144). Sie führt dazu, daß Marxsche Positionen nicht problematisiert sondern – manchmal geradezu naiv – übernommen werden, so dessen methodologische Überzeugungen (S. 28) oder die Annahme, daß in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften jede größere Streikbe-

wegung den politischen Massenstreik und damit die soziale Revolution signalisiere (S. 59) – also Positionen, die in der Literatur direkt und indirekt so scharf bestritten wurden, daß auch ein marxistischer Autor sie nicht einfach als allgemein akzeptiert oder selbst – evident hinstellen kann, sondern die Gegenkritik leisten muß, will er an ihnen festhalten. Wie selbstverständlich der Verfasser offenbar zu wissen glaubt, was die „historische Mission" oder „Aufgabe" der einen oder anderen Klasse zu einem bestimmten Zeitpunkt war (so S. 81, S. 128 u. o.), wird die Ungläubigen unter seinen Lesern irritieren.

Die unkritische, ihren Gegenstand zu wenig transzendierende Behandlung, die Rabehl Marx und Engels angedeihen läßt, führt überdies oft zu einer übermäßig verkürzten, verzerrten Darstellung der damaligen ökonomischen, sozialen und politischen Wirklichkeit. Das dauernde Reden vom „Ruin der Kleinbourgeoisie" (z.B. S. 43 und S. 61) entspricht zwar der Prognose des „Kommunistischen Manifests", den düsteren Erwartungen der damaligen Konservativen und den Klagen der mittelständischen Organisationen im 19. und frühen 20. Jahrhundert, nicht aber der Realität bis 1914. Die Behauptung, daß die „Großbourgeoisie . . . einmal das Gespenst der roten Revolution und das andere Mal den Antisemitismus aufmarschieren" ließ, um die Kleinbürger und Bauern „abzulenken von der Koalition mit der Arbeiterklasse" (S. 69), ist schlechter Journalismus. Seit 1834 sei deutlich geworden, so lautet eine andere, zumindest sehr vage Behauptung, „daß die kapitalistische Akkumulation auch in Deutschland zum letzten Schlag gegen die Feudalherren" ansetzte (S. 73). Die sehr sympathisierende Analyse des „Bundes der Kommunisten" fungiert als Beispiel, an dem die Richtigkeit der Einschätzungen und Taktik von Marx und Engels demonstriert wird. Warum fehlt aber die Behandlung von Marxens konkreter Tätigkeit in Köln 1848, warum fehlt auch nur die Erwähnung seines Versuchs, den „Bund" aufzulösen? Hätte das nicht in eine Darstellung gehört, die so sehr Marx und Engels in den Vordergrund rückt und entsprechend auch den „Bund" ganz unter dem Gesichtspunkt seiner Prägung und Leitung durch diese beiden behandelt? Die andere wichtige Arbeiterorganisation von 1848/49, die viel größere „Arbeiterverbrüderung", wird übrigens nicht erwähnt.

Die Beispiele könnten vermehrt werden. Wichtige Fragen bleiben völlig unberücksichtigt, z.B.: Welche Typen von Arbeitern formulierten welche Art von Protest aufgrund welcher Ursachen? Wie veränderten sich die konkreten Arbeits- und Lebensverhältnisse der verschiedenen Arbeiterkategorien als Voraussetzung ihres politischen Verhaltens? Was heißt überhaupt „Arbeiter" in den 40er, was in den 60er Jahren? Wo und bei welchen Arbeitern entwickelte sich zuerst so etwas wie Klassenbewußtsein? Die Vernachlässigung der sozialgeschichtlichen Dimension teilt der Verfasser allerdings mit vielen nicht-marxistischen Autoren, doch ist sie in einer „Einführung in die marxistische Geschichtsbetrachtung der Arbeiterbewegung" besonders bemerkenswert. Rabehl kennt offenbar nicht die ausländische Literatur zur Geschichte von Arbeiterbewegungen und Arbeiterschaft, die sich solcher Unterlassungen weniger schuldig macht und die sich z.T. (E.P. Thompson, E. Hobsbawm) ebenfalls marxistisch orientiert. Überhaupt wirkt Rabehls Ansatz ungemein deutsch und privinziell.

Etwas besser ist das letzte Kapitel, das einen im ganzen überzeugenden, wenn auch sehr kurzen und im einzelnen ungenauen Grundriß der preußischen Entwicklung von 1848 bis 1866/67 gibt. Unter nützlicher Verwendung zeithistorischer Analysen von Engels und Marx werden Diskrepanzen zwischen sozio-ökonomischer Modernität und sozio-politischer Rückständigkeit Preußens, das zunehmende Arrangement (ohne Revolution) zwischen Wirtschaftsbürgertum und Staat, schließlich auch zwischen Bourgeoisie und Junkern herausgearbeitet. Somit wird zu Recht das betont, wodurch sich die preußisch-deutsche

Entwicklung von den westlichen kapitalistisch-bürgerlichen Systemen unterschied. Man fragt sich allerdings, wie das mit der vorher als so entscheidend hingestellten Bewegungslogik des Kapitals (Kap. 4 bis 6) vermittelt ist. Was diese besondere deutsche Entwicklung für die Herausbildung und den Charakter der deutschen Arbeiterbewegung bedeutete, wird schließlich (S. 163) gefragt. Als Antwort wird mehr angedeutet als entwickelt, daß die deutsche Arbeiterbewegung, die sowohl die zurückgebliebene bürgerlich-demokratische Entwicklung als auch die sozialistische Transformation vorantreiben mußte, sich in ihrem politischen Zweig als Bündnis von Kleinbürgertum und Arbeiterklasse herausbildete (S. 144 f., 178 f.). Diesem nicht voll überzeugenden, aber immerhin interessanten Gedanken der ansonsten wenig lesenswerten Arbeit, die ziemlich unvermittelt mit den frühen 1860er Jahren abbricht, wäre weiter nachzugehen.

Jürgen Kocka

MARX, Karl und Friedrich ENGELS: **Staatstheorie. Materialien zur Rekonstruktion der marxistischen Staatstheorie.** Hrsg. und eingeleitet von Eike Hennig, Joachim Hirsch, Helmut Reiche und Gert Schäfer (= Ullstein Buch Nr. 3008).– Frankfurt/M. und Berlin: Ullstein 1974. CLIII, 685 S.

Als Lenin im August/September 1917 seine Arbeit „Staat und Revolution" niederschrieb, sah er seine Aufgabe „in erster Linie in der Wiederherstellung der Marxschen Lehre vom Staat". [1] Aber fast 40 Jahre später schrieb Ralph Miliband, einer der Begründer der englischen „New Left" in einem Aufsatz "Marx und der Staat": „Marx ist mit gegenwärtiger Politik so fest verbunden, sein Denken ist vom offiziellen Marxismus so stark vereinnahmt und sein Name ist von Freunden und Feinden so oft mißbraucht worden, daß es sich lohnt, ihn – mehr als Engels oder Lenin oder Nachfolger, Kritiker und Schüler – zu fragen, was er tatsächlich über den Staat gesagt oder gemeint hat." [2] Marx hat seinen ursprünglichen Plan, seine Theorie in sechs Büchern darzustellen, deren viertes den Staat behandeln sollte, [3] nicht verwirklicht.

So gibt es bis heute weder von Marx selbst noch von einem seiner Schüler eine umfassende Darstellung der „marxistischen Staatstheorie". Auch der jetzt vorliegende Band enthält, so wird im Vorwort ausdrücklich erklärt, nur „Materialien für eine materialistische [hier gleich „marxistische"] Staatstheorie". [4] Die Verfasser bemühen sich darum und beschränken sich darauf, „verstreute Texte von Marx und Engels zusammenzufassen, sie zu kommentieren und Grundfragen einer materialistischen Staatstheorie an Hand dieser Texte zu formulieren. Dabei zeigt es sich," so lesen wir hier weiter, „daß ein unvermitteltes Anknüpfen an den Arbeiten von Marx und Engels insgesamt kaum möglich ist; im strengen Sinne kann daher auch von einer Rekonstruktion marxistischer Staatstheorie nicht gesprochen werden . . . Das Resultat dieser Analyse läßt es problematisch und fragwürdig werden, die Formulierungen der Frühschriften unkritisch zu be-

1 Wladimir Iljitsch Lenin, *Staat und Revolution,* in: ders., *Werke,* hrsg. vom IML beim ZK der SED, 40 Bde, Berlin 1961–1964, Bd. 25, S. 397.

2 Ralph Miliband, *Marx and the State,* in: *The Socialist Register,* Jg. 1965; eine deutsche Ausgabe erschien 1971 unter dem Titel *Marx und der Staat* als H.15 der Reihe *Internationale Marxistische Diskussion* des Merve Verlags in Berlin.

3 Karl Marx an Joseph Weydemeyer, Brief vom 1.2.1859, in: Karl Marx und Friedrich Engels, *Werke,* hrsg. vom IML beim ZK der SED, 39 Bde, Berlin 1960–1969, (im folgenden zitiert: *MEW),* Bd. 29, S. 572; vgl. auch seinen Brief an Engels, in: *a.a.O.,* S. 312.

4 Karl Marx und Friedrich Engels, *Staatstheorie,* (im folgenden zitiert: *Staatstheorie), S.X.*

betrachten, da ihnen eine noch idealistisch zu nennende Position zugrunde liegt". [5] Hier wird, so scheint mir, ein Standpunkt vertreten, gegen den gerade derjenige, der sich bemüht, als Schüler von Marx die gegenwärtige Lage zu analysieren und die gegenwärtigen Aufgaben zu erkennen, Bedenken erheben muß. Wenn es, wie die Herausgeber meinen, problematisch und fragwürdig ist, die Frühschriften von Marx und Engels unkritisch zu betrachten, so ist darin doch implicite die Auffassung enthalten, daß man die späteren Werke von Marx und Engels unkritisch, d.h. dogmatisch behandeln könne und dürfe. Hier scheiden sich die Geister. Wer das Werk von Marx in zwei Teile zerreißt, einen Teil, der noch nicht „echter Marxismus" und einen anderen, der „der wirkliche Marx" ist, wer nicht den *ganzen* Marx kritisch und revolutionär aufnimmt, kritisiert und verarbeitet, der ist ein Dogmatiker und Marx-Fälscher. Das gilt für den gesamten Leninismus-Stalinismus-Maoismus (und auch für den dogmatisierten Trotzkismus), der mit Lenin erklärt: „Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist". [6] Diese Wahrheit, diese dialektische, historisch-bedingte Wahrheit gilt es eben zu beweisen; sonst steht man auf dem Standpunkt jener Theologen, die erklären: „Die Bibel ist vollkommene Wahrheit, weil sie Gottes Wort ist!" Gerade der für Marx auch in seinen ökonomischen Schriften entscheidende und von Hegel (wenn auch nicht unverändert) übernommene Begriff der „Entfremdung" kann nur aus seinen Frühschriften voll begriffen werden.

Dabei ist bemerkenswert, daß die Herausgeber, die die Frühschriften besonders kritisch betrachten, diesen mehr als ein Drittel ihrer Quellenzusammenstellung (264 von insgesamt 685 Seiten) widmen. (Der in Moskau geschulte polnische Marxologe Adam Schaff wirft Lenin gerade wegen der Unkenntnis der erst nach seinem Tode bekannt gewordene Frühschriften ein „nur unvollkommenes Wissen um den Marxismus" vor [7]).

Was ist überhaupt – die vorliegende Ausgabe zwingt zu dieser Frage – „Marxismus"? Engels hat in einem Interview mit dem Korrespondenten der Zeitung „The Daily Chronicle" im Juni 1893 über die „Social Democratic Federation" in England erklärt: „Sie hat den Marxismus in eine Orthodoxie verwandelt." Benedikt Kautsky, der Sohn von Karl Kautsky, behauptet sogar, der „Marxismus" sei dem „Kautskyanismus" gleichzusetzen wenn er schreibt: „Nur dadurch wurde es ihm [Karl Kautsky] überhaupt möglich, aus den Bruchstücken, die Marx hinterlassen, und aus denen Engels ein einheitliches Gebäude aufzurichten begonnen hatte, ein geschlossenes System zu machen, das in Wahrheit erst den Marxismus darstellt". [9]

Eine Unterschätzung der Frühschriften, ihre Überbewertung, wie sie in den letzten 45 Jahren auch vorkam, und eine Dogmatisierung einzelner Werke oder gar einzelner Sätze von Marx sind gleichermaßen nur eine Parodie dessen, was man „Marxismus" nennen könnte. Es geht auch nicht an, wie etwa der Mitbegründer des „religiösen Sozialismus" in Deutschland, Paul Tillich, meint, „mindestens drei Formen des Marxismus" zu konstruieren, [10] nämlich einmal das, „was im ursprünglichen und vor allen Dingen im jüngeren Marx bis zum 'Kommunistischen Manifest' vorliegt", sodann den „wissenschaftlichen Sozialismus" des späteren Marx und endlich den „Marxismus-Leninismus-Stalinismus". Man kann dann auch nicht wie Tillich – und viele andere seit der Veröf-

5 *Ebda.*

6 Wladimir Iljitsch Lenin, *Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus,* in: ders., *Werke,* Bd. 17, S. 3.

7 Adam Schaff, *Marxismus und das menschliche Individuum,* Wien, Frankfurt/M. und Zürich 1965, S. 9.

8 Friedrich Engels, Interview mit *The Dayly Chronicle* (Juni 1893), in: *MEW,* Bd. 22, S. 546.

9 In: *Ein Leben für den Sozialismus. Erinnerungen an Karl Kautsky,* Hannover 1954, S. 8 f.

10 Paul Tillich, *Der Mensch im Christentum und im Marxismus,* Stuttgart und Düsseldorf o.J. (1952?), S. 3.

fentlichung der „Pariser Manuskripte" – fordern: „Der alte Ruf der Renaissance: 'Zurück zu den Quellen ist heute für alle sozialistischen Gruppen, die nicht in den Stalinismus aufgegangen sind, notwendig." . . „Zu den Quellen, in unserem Falle zu dem frühen Marx", fügt Tillich hinzu.[11]
Die Herausgeber teilen ihre Auswahl der Äußerungen von Marx und Engels zur Staatsstheorie in drei Teile, wobei neben den sehr umfangreichen und durchaus lesens- und beachtenswerten vier umfangreichen Einleitungen zum 1. und zum 3. Teil noch je besondere „Erläuterungen zur Auswahl" bzw. „Auswahlkriterien" vorangestellt werden, während – und das erscheint durchaus sinnvoll – dem 2. Teil zur Einführung ein Auszug aus dem berühmten Vorwort „Zur Kritik der Politischen Ökonomie" und ein weiterer Auszug aus Friedrich Engels' Schrift über L. Feuerbach zu lesen sind.
In den „Erläuterungen zur Auswahl der Textauszüge" zum 1. Teil „Die Staatstheorie im Frühwerk von Karl Marx und Friedrich Engels", wird festgestellt, daß es sich als undurchführbar erwies, alle Äußerungen von Marx und Engels aus der Frühzeit" zwanglos den thematischen Schwerpunkten eindeutig zuzuordnen" und daß auch „die bislang viel zu wenig präzise frühe Position von Marx und Engels diesem Anordnungsprinzip zuwiderlief". [12] In der Absicht, „das Frühwerk als schrittweises Aufbrechen einer ursprünglich idealistischen Position" zu deuten, werden die Texte in chronologischer Folge dargeboten. Auch hier wie bereits oben zeigt sich der untaugliche Versuch, Marx in einen „Noch-nicht-Marx" und einen „Voll-Marx zu teilen. Dabei kommt es zu dem seltsamen Ergebnis, daß zwar im 1. Teil wohl alle wesentlichen Äußerungen von Marx und Engels erfaßt sind, daß der 2. Teil mit der Überschrift „Staat und Ökonomie" (S.265–509) durchaus befriedigt, während im 3. Teil „Politische Schriften" viele wesentliche Äußerungen fehlen, vor allem die Briefe von Marx und Engels nur unzureichend berücksichtigt werden.
Auch ist die Trennung der „Politischen Schriften" von den Schriften über „Staat und Ökonomie" gerade bei Marx und Engels völlig unmöglich. Der 2. Teil enthält Schriften zur Politischen Ökonomie im engeren Sinne, wie sie vor allem im „Kapital", den „Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie" u.ä. enthalten sind. Aber Marx schreibt niemals „politische Ökonomie", sondern immer „Kritik der politischen Ökonomie". Ein Lehrbuch der Politischen Ökonomie haben erst die Leninisten-Stalinisten geschrieben. [13] Und es ist auch danach.
In den „Auswahlkriterien" zum 3. Teil gehen die Herausgeber davon aus, daß Marx angeblich „über eine idealistisch zu nennende frühe Position zur programmatischen Deduktion des Standpunktes materialistischer Geschichtsdarstellung vorstößt. Allerdings", so heißt es weiter, „bleibt dieser Standpunkt insofern programmatische Forderung, als er die . . . politischen Arbeiten von Marx und Engels nicht durchgängig prägt. . . . So werden in diesen Arbeiten politische Prozesse weitgehend nur mit politischen Kategorien dargestellt; der methodischen Vorgehensweise einer materialistischen Geschichtsschreibung wird damit aber nur beschränkt entsprochen". [14] Später heißt es dann: „Berücksichtigt werden daher vor allem klassenanalytische Passagen, die zeigen, wie differenziert Marx und Engels analysieren, wenn sie tatsächliche Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen beschreiben wollen". [15]
Von den im Vorwort angekündigten „Bemühungen um 'Rekonstruktion', um eine Wiederherstellung zunächst der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie und zunehmend auch des Staates" bleibt dabei nicht

11 *A.a.O.*, S. 4.

12 *Staatstheorie*, S. 3.

13 *Politische Ökonomie. Lehrbuch*, russische Ausgabe Moskau 1954; deutsche Übersetzung Berlin 1955.

14 *Staatstheorie*, S. 511.

15 *A.a.O.*, S. 513 f.

allzuviel. Erschwerend kommt hinzu, daß häufig Kürzungen der Texte nicht genau bezeichnet sind, weiter, daß die Auswahl die letzten Jahrzehnte des Schaffens von Marx und Engels nur ungenügend berücksichtigt. Das gilt besonders für die Briefe, in denen oft wichtige Hinweise gerade zur Staatstheorie enthalten sind. Dafür einige Beispiele: In einem Brief an die Redaktion der „Otjetschestwennije Sapiski" („Vaterländische Blätter") vom November 1877 schreibt Marx gegen die Neigung mancher Kritiker, aus seinen Lehren ein allgemeines Gesetz zu machen: „Das Kapitel über die ursprüngliche Akkumulation [im „Kapital"]will nur den Weg schildern, auf dem im westlichen Europa die kapitalistische Wirtschaftsordnung aus dem Schoß der feudalen Wirtschaftsordnung hervorgegangen ist. ... [Mein Kritiker] muß durchaus meine historische Skizze von der Entstehung des Kapitalismus in Westeuropa in eine geschichtsphilosophische Theorie des allgemeinen Entwicklungsganges verwandeln, die allen Völkern schicksalsmäßig vorgeschrieben ist, was immer die geschichtlichen Umstände sein mögen, in denen sie sich befinden. ... . Aber ich bitte um Verzeihung. (Das heißt mir zugleich zu viel Ehre und zu viel Schimpf antun.) ... Wenn man jede dieser Entwicklungen für sich studiert und sie dann miteinander vergleicht, wird man leicht den Schlüssel zu dieser Erscheinung finden, aber man wird niemals dahin gelangen, mit dem Universalschlüssel einer allgemeinen geschichtsphilosophischen Theorie, deren größter Vorzug darin besteht, übergeschichtlich zu sein". [16]

Engels schreibt 1883, kurz nach dem Tode von Marx, an den Amerikaner Philip van Patten, der ihn nach der Stellung von Marx zu den Anarchisten gefragt hatte: „Die einzige Organisation, die das Proletariat nach seinem Siege fertig vorfindet, ist eben der Staat. Dieser Staat mag sehr bedeutender Änderungen bedürfen, ehe er seine neuen Funktionen erfüllen kann. Aber ihn in einem solchen Augenblick zerstören, das hieße den einzigen Organismus zerstören, vermittels dessen das siegende Proletariat seine eben eroberte Macht geltend machen, seine kapitalistischen Gegner niederhalten und diejenige ökonomische Revolution der Gesellschaft durchsetzen kann, ohne die der ganze Sieg enden müßte in einer neuen Niederlage und in einer Massenabschlachtung der Arbeiter". [17] In einem Brief an Paul Lafargue vom März 1894 lesen wir: „Die Republik unterscheidet sich, dem Proletariat gegenüber, von der Monarchie nur darin, daß sie die fix und fertige politische Form für die zukünftige Herrschaft des Proletariats ist". [18] Schließlich sei noch an die Kritik von Engels am ersten Entwurf des Erfurter Programms (1891) erinnert, in der es u.a. heißt: „Man kann sich vorstellen, die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen in Ländern, wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert, wo man verfassungsmäßig tun kann, was man will, sobald man die Majorität des Volkes hinter sich hat; in demokratischen Republiken wie Frankreich und Amerika, in Monarchien wie England ..." [19]

16 In: *MEW*, Bd. 19, S. 107–112, Zitate auf S. 108 und S. 111 f.

17 Brief vom 18.4.1883, in: *MEW*, Bd. 36, S. 11.

18 Brief vom 6..3.1894, in: *MEW*, Bd. 39, S. 215 f.

19 Friedrich Engels, *Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891*, in: *MEW*, Bd. 22, S. 234. Marx hat sich zweimal fast gleichlautend geäußert. In seiner Rede in Den Haag (1872) erklärte er: „Wir wissen, daß man die Institutionen und das Herkommen der verschiedenen Gegenden (beim Kampf um die politische Macht) berücksichtigen muß, und wir leugnen nicht, daß es Länder gibt wie Amerika, England und, wenn ich eure Einrichtungen besser kännte, würde ich vielleicht hinzufügen Holland, wo die Arbeiter auf friedlichem Wege zu ihrem Ziele gelangen können. Doch nicht in allen Ländern ist dies der Fall." (*MEW*, Bd. 18, S. 160). Ähnlich über die Debatten im Deutschen Reichstag vom 16./17. September 1878: „Gewinnt z.B. in England

Diese und manche andere, für die Marx-Engelssche Staatstheorie wesentlichen Äußerungen fehlen in dem vorliegenden Bd. und das scheint doch ein wesentlicher Mangel zu sein. Man kann nicht, wenn man wissenschaftlich ehrlich sein will, die Entwicklung der Marxschen Staatstheorie mit den Hinweisen im „18. Brumaire" und dem berühmten Brief an Kugelmann als abgeschlossen ansehen. Die Marxsche Lehre, sei es auf dem Gebiet der Ökonomie, der Philosophie, der Staatspolitik oder der Klassenanalyse, ist nicht abgeschlossen, nicht etwa deshalb, weil Marx durch seine materielle Misere und seine Krankheit nicht dazu gekommen ist, sie zu beenden, sondern weil es im Wesen der marxistischen Methode liegt, alle Bewegungen als in ständigem Fluß, in ununterbrochener Entwicklung befindlich zu betrachten. Es gibt keinen abgeschlossenen Lehrsatz, kein unabänderliches Dogma im Werk von Marx. Es ist für uns alle eine ständige Aufgabe, im Geiste von Marx weiter zu arbeiten, nicht nachträglich mit Ameiseneifer Marx-Thesen festzustellen und zu erläutern. Marx ist heute wie vor 100 Jahren eine Anleitung zum Denken.
Diese wurde leider von den Herausgebern des vorliegenden Bandes nicht genügend beachtet. So liegt hier eine, vor allem im ersten Teil beachtliche Materialsammlung vor. Aber gerade weil dies nach den „Äusserungen der Verfasser im Vorwort, der Hauptzweck der Publikation sein soll, ist das Fehlen wesentlicher Äußerungen von Marx und Engels zu bedauern.

Otto Martin Hoffmann

oder den Vereinigten Staaten die Arbeiterklasse die Majorität im Parlament oder Kongreß, so könnte sie auf gesetzlichem Weg die ihrer Entwicklung im Weg stehenden Gesetze und Einrichtungen beseitigen und zwar auch nur, soweit die gesellschaftliche Entwicklung diese aufwiese". Vgl. *MEW*, Bd. 34, S. 498.

MANDELBAUM, Kurt: **Sozialdemokratie und Leninismus.** Zwei Aufsätze. Mit einer Nachbemerkung von B. Rabehl, W. Spohn und U. Wolter: Historische und politische Voraussetzungen der Kritik Mandelbaums am Sozialdemokratismus und am Leninismus. – Berlin: Rotbuch Verlag 1974. 119 S.
RABEHL, Bernd: **Marx und Lenin. Widersprüche einer ideologischen Konstruktion des „Marxismus-Leninismus".** – Berlin: Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung 1974. 393 S.

Zwischen der Erstveröffentlichung der Schriften von Mandelbaum und der Arbeit von Rabehl erstreckt sich fast ein halbes Jahrhundert. Das von beiden behandelte Thema hat seine Aktualität behalten, obwohl die Sozialdemokratie sich nicht mehr auf Marx bezieht und der Marxismus-Leninismus sozialdemokratischen Zwecken dient. Abgesehen von der Realisierung des ursprünglichen sozialdemokratischen Programms in den staatskapitalistischen Ländern, nämlich der Verstaatlichung der Produktionsmittel und der Einführung der Planwirtschaft, versteht sich der heutige Marxismus-Leninismus als Reformbewegung, die das einst gesetzte staatskapitalistische Ziel vorläufig zurückgestellt hat; nicht nur um die schon existierenden staatskapitalistischen Gebilde vor Erschütterungen zu bewahren, sondern auch um die nächsten Bedürfnisse der kommunistischen Parteibürokraten zu befriedigen. Darin drücken sich nicht nur die begrenzten Möglichkeiten sozialdemokratischer Politik unter den gegebenen nationalen und internationalen Kräfteverhältnissen von Klassen und Nationen aus, sondern auch eine Wandlung des Marxismus-Leninismus selbst, der, sieht man von seiner ideologischen Indienstnahme ab, ebenfalls aufgehört hat, sich auf den Marxismus zu beziehen.
Daß die Sozialdemokratie sehr wenig, wenn überhaupt etwas mit dem Marxismus zu tun hatte, d.h. mit dem Marxismus als revolutionärer Arbeiterbewegung, die sich den Sturz des Kapitals zum Ziel gesetzt hatte, wird von Mandelbaum am Verhältnis der Sozialdemokratie zum Imperialismus nachgewiesen. In vorbildlicher Kürze erzählt er noch einmal die in den reformistischen

Revisionismus einmündende Geschichte sozialdemokratischer Entwicklung. War für Marx ein ausgebildeter Kapitalismus die notwendige Voraussetzung des Sozialismus, so war für ihn doch der Klassenkampf – innerhalb der kapitalistischen Entwicklung – die Voraussetzung der revolutionären Umwälzung, der eine Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit ausschloß. Für den Revisionismus war es jedoch gerade diese Zusammenarbeit, die das Kapital auf einen Punkt der Entwicklung bringen würde, an dem sich der Umschlag in den Sozialismus ohne revolutionäre Auseinandersetzungen vollziehen konnte. Mit dieser Auffassung ließ sich alles vertreten, der bürgerliche Staat, die nationalen Interessen und die Burgfriedenspolitik.

Wurde die westliche Sozialdemokratie aufgrund ihrer eigenen Entwicklung innerhalb des aufsteigenden Kapitalismus zu einer anti-revolutionären und zuletzt konterrevolutionären Bewegung, so schien die unter ganz anderen Bedingungen aufwachsende russische Sektion den revolutionären Inhalt des Marxismus über den toten Punkt des Reformismus hinauszutragen und mit der russischen Revolution zum Sieg zu verhelfen. Diese angebliche Verwirklichung der sozialistischen Revolution in einem kapitalistisch-rückständigen Land widersprach allerdings der Auffassung von Marx. Nur im Zusammenhang mit einer proletarischen Revolution im kapitalistisch entwickelten Westen ließ sich die Möglichkeit eines Überspringens einer gesellschaftlichen Entwicklungsphase in Rußland in Betracht ziehen. Nach Mandelbaum hat sich diese Auffassung am Verlauf der russischen Revolution bewahrheitet.

Anhand des Vorworts zum Briefwechsel zwischen Marx, Engels und Danielson, weist Mandelbaum auf die sich auf Rußland beziehenden Diskussionen über den Charakter der erwarteten sozialen Umwälzung hin, d.h. auf den Streit zwischen den Volkstümlern, die eine Entwicklung nach dem Muster des westlichen Kapitalismus ablehnten und auch für unmöglich hielten, und den russischen Marxisten, die auf die kapitalistische Entwicklung Rußlands und damit einer bürgerlichen Revolution bauten. Auch für Lenin bildete die bürgerliche Revolution die nächste Etappe der russischen Entwicklung. Doch nachdem die Staatsmacht von der bolschewistischen Partei erobert war, kam er zu dem Schluß, daß sich die Revolution auf politischem Wege in eine sozialistische verwandeln ließe, und zwar durch eine erreichbare Übereinstimmung bäuerlicher und proletarischer Interessen. Nach Mandelbaum handelte es sich hier um eine zum Scheitern verurteilte modifizierte Neuauflage der Vorstellung der Volkstümler.

Die Rezensenten der Mandelbaumschen Aufsätze bringen diese mit einer sogenannten Etappentheorie in Verbindung, nach der sich die verschiedenen Entwicklungsstufen des Kapitals im Wandel der Arbeiterbewegung widerspiegeln. Sie gehen nur in der dürftigsten Weise auf Mandelbaums Ausführungen ein, um ihre eigenen Positionen desto ausführlicher vorzutragen, die aber auch nicht mehr aussagen, als bei Mandelbaum schon zu finden ist. Sie sehen einen Mangel der Mandelbaumschen Untersuchungen darin, daß sie sich ausschließlich im Gehege der Dogmenkritik bewegen, anstatt sich auf reale Verhältnisse und konkrete Klassenkämpfe zu beziehen. Was dabei herauskommen würde, wäre jedoch auch nicht viel mehr als das, was in den Mandelbaumschen kurzen Zusammenfassungen schon vorhanden ist.

Rabehls Dissertation verfolgt ausführlich die von Mandelbaum angeschnittene Problematik von Leninismus und russischer Revolution im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Leninrezeption. Erst nach dem Abschluß der Mandelbaumschen Untersuchungen (1928), stellte sich heraus, wohin die Theorie und Praxis des Bolschewismus tatsächlich führten. Der Stalinismus definierte den Leninismus als „Weiterentwicklung" des Marxismus und als Erschließung neuer gesellschaftlicher Bewegungsgesetze, wie dem der „ungleichmäßigen Entwicklung kapitalistischer Länder", auf das sich die Theorie vom „Sozialismus in einem Lande" zu stützten versuchte. Rabehl befaßt sich mit dieser „Weiterentwicklung"

bzw. „Revision" der Marxschen Theorie: Nach einer Darstellung der Marxschen Werttheorie und ihrer materiellen Grundlage, weist er auf die historischen Schranken der Wertproduktion hin, d..h.. auf die Beendigung der kapitalistischen Produktionsweise durch die proletarische Revolution. Die auf dem Wertgesetz basierende kapitalistische Entwicklung setzt die ,,ursprüngliche Akkumulation" voraus, d.h. die gewaltsame Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln und die Entwicklung des gesellschaftlichen Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital. Marx' allgemeines Gesetz der Kapitalproduktion dient der Erkenntnis der sich konkret entfaltenden kapitalistischen Produktion. Für Marx und Engels schien die kapitalistische Entwicklung Rußlands nur eine Frage der Zeit zu sein, da die in dieser Richtung wirkenden Tendenzen bereits offensichtlich waren. Die Zersetzung der feudalen Zustände und die Einbeziehung Rußlands in den Weltmarkt deuteten auf eine kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft bei gleichzeitig zunehmender Industrialisierung hin; ein Prozeß, dem der Zarismus allerdings noch viele Beschränkungen auferlegte und der eine bürgerliche Revolution herausforderte.

Die revolutionären Bewegungen seit 1905, hatten damit – auch als Bauernbewegungen –, einen bürgerlich-revolutionären Charakter, der vorerst und vornehmlich auf die Herausbildung des Privateigentums abzielte, während die Minorität des industriellen Proletariats bereits den Kampf gegen das Kapital aufgenommen hatte. Die Revolution war damit gleichzeitig eine bürgerliche und eine proletarische Revolution, wobei die letztere jedoch durch die Akzeptierung der bürgerlichen Ansprüche der Bauernrevolution die Realisierung sozialistischer Ziele von vornherein ausschloß. War schon die Aufteilung des Bodens unter die Bauern ein Zugeständnis der Bolschewisten, um überhaupt die Staatsmacht in die Hände zu bekommen und wurde diese bereits damals, z.B. durch Rosa Luxemburg, als eine gegenrevolutionäre Maßnahme gekennzeichnet, so stellte sich bald heraus, daß diese notwendige Konzession den ganzen Kurs der Revolution bis hin zur Stalinschen ,,dritten" Revolution „von oben" bestimmte. Die sich entfaltende Diktatur der bolschewistischen Partei und die Vernichtung der Sowjets und jeder Art von Arbeiterkontrolle war nicht nur das unleidige Ergebnis des Bürgerkriegs und der wirtschaftlichen Zerrüttung, auf die Rabehl hinweist, sondern ergab sich, auch ohne diese zusätzlichen Einflüsse, aus den Charakter der Revolution selbst. Ein „gemeinsames Interesse" der Arbeiter und Bauern bestand nur an der Beseitigung der zaristischen Zustände, nicht aber im Hinblick auf die weitere russische Entwicklung. Dieser Interessenunterschied ließ sich nur durch die Diktatur überbrücken, ohne jedoch damit zu verschwinden. Die Diskussionen und Kämpfe innerhalb der bolschewistischen Partei, mit denen sich Rabehl beschäftigt, drehten sich alle um das ungelöste Agrarproblem, das die Revolution hinter ihren Ausgangspunkt zurückzuwerfen drohte und damit ihres „sozialistischen" Charakters berauben würde. Die „Rechtfertigung" der russischen als „sozialistische" Revolution, führte schließlich zur Zwangskollektivierung und der Ausbreitung der schon vollzogenen Diktatur der Partei über die ganze Gesellschaft. Daraus ergab sich ein von marxistischer Seite her unvorhergesehener neuer Typus kapitalistischer Beherrschung, der sich weitgehend vom Konkurrenzkapitalismus unterschied, ohne dem Sozialismus jedoch nur einen Schritt näher zu kommen.

Daß dieser neue Typus kapitalistischer Beherrschung oder, kurz, der Staatskapitalismus, schon in der Marxrezeption Lenins enthalten ist, ist schon daraus zu ersehen, daß für ihn „die Trennung des Produzenten von den Produktionsmitteln und die Aneignung des Produkts seiner Arbeit durch die Industrie- und Dorfkapitalisten unproblematisch blieb". Abgesehen davon, daß der Primat der Politik im Leninschen Denken dieses schon als außerhalb des traditionellen Marxismus stehend ausweist. Die Fehlinterpretation der Engelschen Aussage,

wonach es ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis gibt, die in Lenins Überzeugung von der führenden Rolle der „Wissenschaft" und der kleinbürgerlichen Intelligenz zutage tritt, kennzeichnet ihn als bürgerlich-idealistischen Revolutionär, der sich aus moralischer Verpflichtung der Arbeiterbewegung zur Verfügung stellt. Kurzum, Rabehls kompetente Konfrontation der Marxschen Theorie „mit der Leninschen Marxrezeption, mit seiner Analyse des russischen Kapitalismus und der Agrarverhältnisse, mit seiner Taktik und Parteivorstellung, sowie mit seiner Imperialismustheorie und mit seinen Auffassungen über die kommunistische Politik in der Phase der Diktatur des Proletariats führte zu Ergebnissen, die den marxistischen Theoretiker und Realpolitiker Lenin grundsätzlich infrage stellten, zumindest von dem Thron stürzten, Begründer einer 'neuen' Wissenschaft zu sein".
Nichtsdestoweniger wurde unter dem politischen und ideologischen Druck der russischen Verhältnisse „das allgemeine Lehrgebäude des Leninismus verfestigt zu einer Anweisungs-, Interpretations- und Rechtfertigungssoziologie der praktizierenden Politik". Marx wurde zum Theoretiker eines verflossenen Stadiums des Kapitalismus degradiert und der Leninismus zur Theorie der kapitalistischen Zerfallsperiode erhoben, in der sich neue Gesetzmäßigkeiten bemerkbar machen, die dem Kapitalismus der freien Konkurrenz nicht mehr entsprechen und die Marx nicht beobachten konnte. In Wirklichkeit ist der Leninismus, wie die russische Revolution selbst, ein Ausdruck gesellschaftlicher Widersprüche innerhalb der allgemeinen kapitalistischen Entwicklung, die sich nicht mehr im Rahmen des Konkurrenzkapitalismus bewältigen ließen, aber auch einer sozialistischen Lösung den Weg versperrten. Wohl hat der Privatkapitalismus dem Staatskapitalismus Platz gemacht, ohne jedoch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse die kapitalistische Verteilung, und die kapitalistischen Klassenverhältnisse zu beseitigen. So führte die von Rabehl nachgewiesene Leninsche „Gleichsetzung der Vergesellschaftung der Produktion im Rahmen des Staatskapitalismus mit der sozialistischen Form der Vergesellschaftung" zu einem System, das nur auf marxistischen Wege, durch die proletarische Revolution, zum Sozialismus gelangen kann.

Paul Mattick

SOFSKY, Wolfgang: **Revolution und Utopie. Bemerkungen zur Emanzipationstheorie im fortgeschrittenen Kapitalismus** (= Marxismus Bibliothek, 15). – Frankfurt/M.: Makol Verlag 1971. 84 S.

Die Arbeit von Wolfgang Sofsky stellt die Talentprobe eines Abiturienten dar, der sich schon frühzeitig in sozialistischen Jugendgruppen umgetan hat und dessen Ausführungen auch etwas von der Jugendbewegtheit dieser ersten Eindrücke verraten. Sofsky hat sich in den Gruppen jedoch nicht nur die jugendliche Begeisterung und die revolutionäre Fragestellung, sondern auch einen Fachjargon angeeignet, der seine Schrift, wie viele ähnliche Produkte dieser Art, gerade jenen, denen sie zugedacht ist, unzugänglich macht. Dabei verbreitet sich Sofsky – wie könnte es in einer Abhandlung solcher Art auch anders sein – über die Formierung des revolutionären Subjekts, ohne dessen Tätigwerden alle Träume von einer radikalen Umwandlung der Gesellschaft zum Scheitern verurteilt sind. In durchaus sympathischer und offenherziger Weise macht Sofsky das Dilemma deutlich, in dem sich jede marxistisch orientierte Gesellschaftsbetrachtung befindet. Er lehnt sowohl die leninistische Konzeption der Partei, die den Stalinismus bereits in nuce enthält, als auch den sozialdemokratischen Revisionismus, der eine gesellschaftliche Integrations- an Stelle einer marxistischen Konflikttheorie vertritt, ab. Er zieht es vor, ohne Lenin den Marsch ins Ungewisse anzutreten, als sich mit Lenin dem „bürokratischen Staatskapitalismus" zu unterwerfen. Überhaupt kristallisiert sich bei Sofsky das Problem des Bürokratismus als Zentral-

problem des Marxismus und des mit ihm verbundenen Sozialismus heraus. Dieses Problem ist in keinem der bisherigen Versuche der Verwirklichung des Sozialismus zufriedenstellend gelöst worden. Während diese Einsicht und Tatsache für viele ein Grund ist, zu resignieren oder die Quelle der Täuschungen in der zugrundeliegenden Vorstellungswelt des Marxismus und Sozialismus zu suchen, ist dieser Umstand für Sofsky und alle, die am Konzept eines revolutionären Marxismus festhalten, lediglich ein Grund, neue Wege und Lösungen zur Realisierung der unveränderten Ziele ausfindig zu machen. Diese neuen Wege und Ziele sind aber vielfach nur Kopien und Neuauflagen von Modellen, die in der Vergangenheit eine gewisse Wirksamkeit entfalteten, den Beweis dauernder Bewährung und Anwendbarkeit aber nicht zu erbringen vermochten. So rekurriert Sofsky auf das Rätemodell, ja spricht sich für eine „Rekonstruktion der Rätetheorie" aus, ohne im einzelnen zu untersuchen, welche Faktoren für das baldige Verschwinden dieser Organisationsform verantwortlich waren und welche Vorkehrungen für die Stabilisierung einer gelungenen Neubelebung zu treffen wären. Sofsky, der gegen das „objektivistische Dilemma" der etablierten Marxismen argumentiert, macht das subjektivistische Dilemma derer, die sich aus der Geborgenheit der bürokratischen Zerrformen wegbegeben und die Unsicherheit, die sich bis zur Aussichtslosigkeit steigern kann, wählen, transparent. Man kann dem Autor keinen Vorwurf dafür machen, daß er aus diesem sympathischeren Dilemma keinen Ausweg gezeigt, sondern es lediglich – und dazu noch unfreiwillig – transparent gemacht hat.

Norbert Leser

KÜHN, Dieter (Hrsg.): **Johann Most. Ein Sozialist in Deutschland** (= Reihe Hanser, Bd. 174). – München: Carl Hanser 1974. 180 S.

Im Gefolge der antiautoritären Studentenbewegung in der Bundesrepublik verstärkte sich das Interesse an Linksradikalismus und Anarchismus in der Geschichte der Arbeiterbewegung. In diesen Zusammenhang gehören auch mehrere Publikationen zu Johann Most (1846–1906), so die 1972 von Hans Magnus Enzensberger besorgte Edition der Mostschen „Kapital"-Exzerpte, eine mit dem Signet der „Roten Armee-Fraktion" versehene Ausgabe seines Handbüchleins „betreffend Gebrauches und Herstellung von Nitro-Glyzerin, Dynamit, Schießbaumwolle, Knallquecksilber, Bomben, Brandsätzen, Giften usw." sowie ein 1973 erschienener Neudruck der materialreichen Most-Biographie von Rudolf Rocker. Bei dem hier vorliegenden Text handelt es sich nun um eine Kompilation von zwei Erinnerungsbüchern Mosts: „Acht Jahre hinter Schloß und Riegel, Skizzen aus dem Leben Johann Mosts" (New York 1886) und „Memoiren. Erlebtes, Erforschtes und Gedachtes" (New York 1903/1905). In der Tatsache, daß es sich bei beiden Büchern inhaltlich um Fragmente handelt, sieht der Herausgeber eine Legitimation für die – im Einzelnen unausgewiesene – Koppelung der beiden Autobiographien.

Most schildert seinen Lebenslauf von der Geburt bis zum Sozialistengesetz 1878. Er wurde als Sohn eines Schreibers und einer Gouvernante in Augsburg geboren und wuchs dort in ärmlichen Verhältnissen auf. Der um ihn sehr bemühten Mutter verdankte er eine recht ordentliche Elementarbildung, die ihn auch zum Besuch der Realschule befähigte, von der er freilich wegen der „Inszenierung einer Nies-Demonstration . . . und Anzettelung eines Schülerstreiks" bald relegiert wurde (S. 14). Danach – von 1858 bis 1863 – absolvierte Most eine Buchbinderlehre bei einem jener kleinen Meister, die hauptsächlich vom Lehrbubenschinden lebten. Er war deshalb besonders empört über schlechte Behandlung und überlange Arbeitszeit, weil er den Beruf des Schauspielers als seine eigentliche Berufung ansah. An die Lehre schloß sich eine fünfjährige Wanderschaft durch Deutschland, Oberitalien, Österreich, Ungarn und die Schweiz an. Obwohl Most während dieser Wanderjahre schon über-

zeugter Republikaner und Gegner der „Spieß- und Mastbürger" war, stand er damals sozialistischen Anschauungen noch durchaus fern. Er besuchte lediglich Vorträge der Arbeiterbildungsvereine, deren Resultat nach seiner Beobachtung „meist ein sachter Gähnkrampf oder sanfter Schlummer" war (S. 27). Dies änderte sich erst im März 1867, als Most in Le Locle (Kanton Neuchatel/Schweiz) eine Arbeit als Uhrenetuimacher aufnahm. Hier im Schweizer Jura schloß er im Deutschen Arbeiterbildungsverein und durch eine Sektion der IAA genauere Bekanntschaft mit sozialistischen Gedanken, fühlte sich von Lassalles Schriften „förmlich begeistert" und wurde als Sekretär des Bildungsvereins Agitator und Funktionär der Arbeiterbewegung. Mit den Worten „Von da ab fühlte ich mich eigentlich erst als Mensch" und „ich lebte mich ins Reich der Ideale hinein" kennzeichnet Most seine Wandlung (S. 44). In den folgenden Jahren wurde er, der 1871 nach Deutschland zurückgekehrt war, wiederholt wegen revolutionärer Agitation angeklagt und verurteilt; trotz zum Teil passabler Bedingungen haben diese Haftzeiten die Radikalisierung Mosts und seine Empörung über das bestehende System sehr verstärkt. Dazwischen „etablierte" er sich in der deutschen Sozialdemokratie als Redakteur und Mitarbeiter verschiedener Zeitungen und – seit 1874 – Mitglied des Reichstags.
In seinem Bericht über diese Zeit gibt Most vorwiegend Impressionen aus seinen Gefängnis-Aufenthalten und seiner Parteiarbeit als Redner, während er sich zum Beispiel über seine Rolle als Interpret und Verteidiger Eugen Dührings nicht äußert. Seine spätere Wandlung zum Anarchisten deutet er implizit damit an, daß er allmählich dem „Prinzip der freien Kommune" und der „freien Liebe" positiver gegenüber gestanden habe (S.106). Zu seinem „populären Auszug" (S. 91) aus dem „Kapital" vermerkt er, daß Wilhelm Liebknecht „förmlich nach Luft" schnappte, als ihm Most von diesem Werk Mitteilung machte (S.93). Weitere Informationen auch über die partielle Kooperation mit Marx und Engels bei der Publikation von „Mosts Machwerk" [1] finden sich indes leider nicht.
An Mosts Notizen schließt sich ein Nachwort des Herausgebers mit dem Titel „Von Johann Most zu John Most" an, in dem Dieter Kühn den Lebensweg Mosts nach 1878 in London und den USA skizziert. Dabei wird deutlich, daß ein entscheidender Anstoß für Mosts Wendung zum Befürworter des individuellen Terrors das Verhalten der deutschen Sozialdemokraten unter dem Sozialistengesetz war, das ihm als „feige" erschien. In diesem Nachwort rühmt Kühn Witz und lakonische Knappheit, den „Zugriff und Zubiß" in Mosts Schreibweise (S. 125). Und hier scheint mir das eigentliche Verdienst der Präsentation dieser Aufzeichnungen zu liegen. Denn die burschikose Stilistik des Johann Most wirkt in der Tat anregend und vergnüglich, während sachlich dem Buch kaum etwas zu entnehmen ist, was über Rockers Most-Biographie hinausgeht.

Volker Gransow

KREPPEL, Klaus: **Entscheidung für den Sozialismus. Die politische Biographie Pastor Wilhelm Hohoffs 1848–1923** (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 114). – Bonn – Bad Godesberg: Neue Gesellschaft 1974. 196 S.

Kreppel stellt in seiner von Iring Fetscher betreuten Dissertation die Biographie des Paderborner Priesters in den Zusammenhang des „politischen Katholizismus" in Deutschland und erörtert ausführlich Hohoffs Marx-Rezeption. Er wendet sich insbesondere gegen die entpolitisierende Vereinnahmung dieses katholischen Antikapitalisten durch die heutige Amtskirche. Kreppel skizziert eingangs die Behandlung der sozialen Frage im „politischen Katho-

1 Friedrich Engels, Zum Tode von Karl Marx in: *MEW* Bd. 19, S. 346. Vgl. auch Engels an Marx, Brief vom 24.5. 1876, in: *MEW* Bd. 34, S. 12.

lizismus" von 1848–1880 und setzt dann mit der aus den Schriften, dem Nachlaß usw. präzis rekonstruierten Biographie Hohoffs ein, die er an etlichen Stellen derjenigen Franz Hitzes als eines mit Amtskirche und Gesellschaft zunehmend übereinstimmenden Widerparts gegenüberstellt. Er schildert Hohoffs Hinwendung zur Marxschen Arbeitswertlehre und die Abkehr des „politischen „Katholizismus" von Lassalle nahen Positionen und entwickelt auf diesem Hintergrund den Konflikt Hohoffs mit der Amtskirche. Detailliert wird Hohoffs Adaption der Marxschen Werttheorie an seine vorindustriellen Wertvorstellungen herausgearbeitet und sein Versuch, Thomas von Aquin als mit Marx übereinstimmend zu deuten, diskutiert: ein Versuch, den August Bebel freudig als wissenschaftliche Anerkennung der Marxschen Theorie begrüßte. In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß der „Revisionist" Conrad Schmidt Hohoffs Schriften als Agitationsmaterial in katholischen Gebieten verwerten wollte, deren Inhalt jedoch kritisierte, während z.B. der „orthodoxe" Julian Karski Hohoffs Position pauschal akzeptierte (S. 91 f.). Ein Schlaglicht auf den „politischen Katholizismus" wirft das Schreiben eines Arbeiters an den Paderborner Bischof aus dem Jahre 1919, in dem Beschwerde über die Forderung eines Priesters geführt wird, vor der Absolution die Austrittsbescheinigung aus der SPD beizubringen. (S. 100, Anm. 499).

Zwar ist Kreppels eigene Version der Marxschen Arbeitswertlehre, mit der er deren Rezeption durch Hohoff konfrontiert, stellenweise selbst durch Hohoff beeinflußt (z.B. erklärt Kreppel mit Werner Hofmann und Hohoff den Mehrwert als Differenz zwischen hohem Gebrauchs- und niedrigem Tauschwert der Ware Arbeitskraft, statt als Resultat ihrer spezifischen Eigenschaft, mehr Wert produzieren zu können, als sie selbst ist: S. 137, vgl. S. 152) und der Einfluß Kautskys auf Hohoffs spezifische Marx-Rezeption wird eher angedeutet als untersucht (S.139f.), dennoch bleibt Kreppels Diskussion der Hohoffschen Marx-Rezeption im Detail genau und inhaltlich weitgehend adäquat.

Gunnar Stollberg

BIRKER, Karl: **Die deutschen Arbeiterbildungsvereine 1840-1870** (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 10). – Berlin: Colloquium Verlag 1973. 239 S.

Eine wesentliche Rolle in der frühen deutschen Arbeiterbewegung haben die Arbeiterbildungsvereine (ABVe) gespielt. Ihre Bedeutung für die Kontinuität der deutschen Arbeiterbewegung in den Jahren 1850/54–1863 bzw. für die Vorgeschichte des VDAV wurde wegen des lange Zeit auf ihnen lastenden Verdikts, sie seien Agenturen des liberalen Bürgertums gewesen, verkannt. Birker geht es um einen Gesamtüberblick über die Entwicklung der deutschen ABVe (zu denen er auch bildungsbezogene Arbeiter-, Gewerbe- und Handwerkervereine zählt) mit der geographischen Konzentration auf Norddeutschland (S.8) und der zeitlichen auf die 60er Jahre. Gegenstand der Arbeit ist nicht die politische Arbeiterbewegung, vielmehr soll sie einen Beitrag „zu einer immer noch fehlenden Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland" leisten.

Nach einem Einleitungskapitel über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Deutschland sowie den rechtlichen Hintergrund der ABV-Bewegung (S. 1–20) behandelt Birker im 1. Kapitel die „allgemeine Geschichte der Handwerker- und der Arbeiterbildungsvereine" in Deutschland im angegebenen Zeitraum (S.21–87). Im (systematischen) 2. Kapitel hat Birker zahlreiche Fakten zur Entwicklung der Vereine in den einzelnen Regionalverbänden und Städten zusammengetragen (S. 89–133), wobei er aber die süddeutschen ABVe (Baden, Württemberg und Bayern, die eigentlichen Zentren der ABV-Bewegung !) nur tabellarisch er-

faßt. [1] Das 3. Kapitel widmet sich der Organisation, Mitgliederschaft und Bildungsarbeit der Vereine (S. 134–175). In einer Zusammenfassung resumiert Birker die Beziehungen zwischen den ABVen und der Bildungssituation der Arbeiter in der 2. Hälfte des 19. Jh., der Erwachsenenbildung und der Arbeiterbewegung, wobei er besonders den „emanzipativen Charakter" der Arbeiterbildung herausstreicht. Neben dem Dokumentenanhang sind die zahlreichen Tabellen erwähnenswert.

Die ABVe der 60er Jahre standen im Spannungsfeld der divergierenden politischen und wirtschaftlichen Interessen von bürgerlichem Liberalismus und handwerklicher Arbeiterschaft. Jede Untersuchung der ABVe und ihrer Bildungstheorien bzw. -praxis muß diese auf dem Hintergrund der sie konstituierenden politischen und sozio-ökonomischen Grundlagen analysieren, um Kriterien zur Bewertung des Charakters, des Stellenwertes und der Bildungskonzeption der ABVe zu gewinnen, will sie nicht bei einer deskriptiven Materialaufbereitung stehen bleiben. Obwohl sich Birker auf die pädagogische und nicht auf die politische Bedeutung der ABVe konzentriert, gilt diese Forderung auch für seine Arbeit, denn sie zielt auf die bildungspolitische Funktion der praktizierten Bildungsvermittlung und verweist auf die zeitgenössischen politischen Zusammenhänge, die neben der gegebenen ökonomischen Konstellation erst die Blüte des ABV-Wesens in den 60er Jahren ermöglichten. Konstitutiv für diese war neben der sozialen Situation bestimmter (handwerklicher) Arbeiterschichten das Interesse des Bürgertums an einer qualifizierten und disziplinierten Arbeiterschaft, worauf Birker nur kurz und gesondert eingeht (S. 149–155). Doch erst eine von ihm – eingestandenermaßen (S. 5 f.) – nirgendwo geleistete bzw. versuchte sozialgeschichtliche Analyse der einzelnen Arbeiterschichten und ihres Interesses an ABVen sowie der Absicht des Bürgertums und der für die ABV-Bewegung nach 1850 konstitutiven Politik des Liberalismus gegenüber der Arbeiterbewegung [2] hätte die Frage nach der Funktion der praktizierten Arbeiterbildung und ihrer emanzipatorischen Auswirkung sinnvoll stellen lassen. [3] Daß Birker diesen Weg nicht gewählt hat, ist zum Teil auf seine sehr schmale Quellen- und Literaturbasis [4]

1 Birker hat für die badischen ABVe einen Aufsatz nachgeliefert. Vgl. Karl Birker, *Die badischen Arbeiterbildungsvereine vor dem Ersten Weltkrieg*, in: *IWK* H. 18 (1973), S. 1–22

2 Besonders zu nennen sind die einzelnen sozialpolitisch tätigen liberalen Gruppen und Persönlichkeiten, so Fauchert und Böhmert als Agitatoren des *Kongreß deutscher Volkswirte*, der *Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen*, Hermann Schulze-Delitzsch, die Gebrüder Wirth mit ihrem *Arbeitgeber*, Feodor Streit mit seiner *Arbeiterzeitung* und die *Deutsche Fortschrittspartei*.

3 Die fehlende Korrelierung von jeweils herrschender Sozialstruktur und Vereinstypen für eine Erklärung der unterschiedlichen Vereinslandschaften (z.B. Maingau, Baden, Westfalen) führt zwangsläufig zu Fehlurteilen bei der Interpretation der Relevanz wirtschaftsstruktureller Faktoren (vgl. etwa S. 83, und S. 136).

4 Birker hat Material aus dem *Archiv der Arbeiterbewegung (August-Bebel-Institut)* beim Vorstand der *Sozialdemokratischen Partei* in Berlin, dem *Niedersächsischen Staatsarchiv* in Hannover und dem *Hessischen Staatsarchiv* in Darmstadt herangezogen . Vor allem macht sich die fehlende Aufarbeitung der Broschürenliteratur bemerkbar. So ist z.B. von Moritz Müllers über 400 [!] Flugschriften und Broschüren, die – soweit erhalten – sehr interessante Details über Vereinsinterna enthalten, nicht eine einzige erwähnt. Mangelhaft aufgearbeitet ist die Regionalliteratur; desgleichen hätten einige Zeitungen und Zeitschriften als Quellen ersten Ranges (so der *Arbeitgeber* und das *Felleisen)* herangezogen werden müssen. An sonstiger Literatur fehlt vor allem Otmar Frühauf, *Bürgerlich-liberale Sozialpolitik 1856–1865. Aus dem Frankfurter 'Arbeitgeber' von Max und Franz Wirth*, phil. Diss., München 1966; Klaus Gerteis, *Leopold Sonnemann*, phil. Diss. Frankfurt/M. 1968; Wolfgang Friedrich, *Die Überwindung des bürgerlichen*

zurückführen, die den politischen Aspekt der ABV-Bewegung nicht in den Blick kommen läßt. So verkennt Birker den Charakter der wichtigen Kongreßbewegung 1862/3 [5] und vermag den Unterschied zwischen der eine (politisierende) Allgemeinbildung fordernden und der nur fachliche und gewerbliche Fortbildung anstrebenden Richtung nicht genügend herauszuarbeiten.
Birkers Verdienst liegt in der Aufbereitung von aufschlußreichem Material über Tätigkeit und Struktur der ABVe. Er widerlegt das alte Vorurteil, daß „die Arbeiterbildungsvereine von den geistigen Abfällen des Nationalvereins" gelebt hätten (Bernhard Becker). Birkers Ansätze zu einer Analyse der Bildungswelt des Arbeiters (vgl. z.B. S. 17), seine Darstellung der Bedeutung der ABVe für die Arbeiterbewegung (S. 186 ff.) und die organisationsgeschichtlichen Partien seiner Arbeit führen die Forschung weiter. Leider vermindern zahlreiche Lükken und Ungenauigkeiten die Brauchbarkeit der Vollständigkeit anstrebenden (so S. 88) Tabellen der Regionalverbände. [6]
Birkers Arbeit trägt weitgehend deskriptiven Charakter. Den zahlreichen interessanten und zutreffenden Einzelbemerkungen und Feststellungen liegt kein sie integrierendes Konzept zugrunde. Daher steht auch Birkers Urteil über den emanzipativen Charakter der ABVe auf schwachen Füßen. Dieses hätte auszugehen von der Frage, wer die in den ABVen verbreiteten Bildungsinhalte fast durchweg positivistischer Natur bestimmte und wem sie nützten, d.h. wer sie aus welchen Gründen förderte. Birker beurteilt die Wirkung der ABVe positiv, aber er beantwortet nicht die Frage, *wie* die Vereine zur sozialen Emanzipation einer stark handwerklich strukturierten Arbeiterschaft beitrugen. Die Liberalen hatten einen Arbeitertyp im Auge, der – zwischen 3. und 4. Stand angesiedelt – über Bildungsmotivationen und Aufstiegsinteresse verfügte, eine Schicht also, die das Bürgertum verbreitern sollte (liberale Bildungsideologie !). Dies war nicht die genuine Lohnarbeiterschaft. Birker betont mit Recht, daß die ABVe mit ihrer unpolitischen Bildungsarbeit der letztgenannten Gruppe im wesentlichen nicht helfen konnten, da sie nicht von der konkreten Arbeitswelt ausgingen. Es bleibt zu befürchten, daß auch Birkers Arbeit wegen der aufgezeigten methodischen Mängel zur Verbreitung des undifferenzierten und falschen Urteils beitragen wird, daß die „liberale Arbeiterbewegung mit ihrer Bildungsarbeit ebenfalls zur Emanzipation der Arbeiterschaft beigetragen" habe. [7] Dies muß stark bezweifelt werden angesichts des tatsächlichen Bildungsangebots, der durchschnittlich erreichten Arbeiterzahl und der regelmäßigen Beteiligung. In ihrer Blütezeit wirkten die ABVe als Katalysatoren auf dem Weg zu einer organisatorisch selbständigen Arbeiterbewegung, als ein Ort der Selbstverständigung, und kompensatorischen Elementarbildung. Als Institution lebten sie z.T. über die 70er Jahre hinaus als Stätten der Erwachsenenbildung weiter. [8]

Toni Offermann

Bildungsideals in den deutschen Arbeitervereinen, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung,* Jg. 7 (1965), S. 77–84; T. Kellen, *Arbeiter-Bildungsvereine,* in: *Sozialer Fortschritt,* Nr. 20, Leipzig o.J. (1904).

5 Vgl. dazu Shlomo Na'aman, *Die Konstituierung der deutschen Arbeiterbewegung 1862/63,* Assen 1975.

6 Vor allem die Tabelle für Württemberg S. 132 ist stark ergänzungsbedürftig; vgl. dazu Wolfgang Schmierer, *Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik. Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg 1862/63–1878,* Hannover 1970, S. 269f.

7 Ursula Ratz, *Zur Sozialgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung,* in: *Neue Politische Literatur,* Jg. 15 (1970), S. 349; ähnlich Wolfgang Treue, *Die deutschen Parteien,* Frankfurt/M., Berlin und Wien 1975, S. 41.

8 Z.T. anschließend an Birkers Arbeit die 1973er Bochumer Dissertation von Horst Dräger, *Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung. Eine historisch-problemgeschichtliche Darstellung von 1871 bis 1974,* Stuttgart 1975.

DOMANN, Peter: **Sozialdemokratie und Kaisertum unter Wilhem II. Die Auseinandersetzung der Partei mit dem monarchischen System, seinen gesellschafts- und verfassungspolitischen Voraussetzungen** (= Frankfurter Historische Abhandlungen, Bd. 3). – Wiesbaden: Franz Steiner 1974. 244 S.

Die Arbeit Peter Domanns wird durch den Untertitel charakterisiert: sie beschäftigt sich mit den Vorstellungen und parktischen Vorstößen der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg zur Veränderung des verfassungspolitischen Beziehungsgefüges im Deutschen Reich. Diese Bemühungen richteten sich aufgrund der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geschaffenen Verfassungsrealitäten darauf, „Art und Umfang der monarchischen gegenüber der parlamentarischen Gewalt zu bestimmen und zu begrenzen" (S. 6). Sie orientierten sich an Lassalle und den entschieden liberalen Positionen der preußischen Konfliktszeit und damit am französischen und besonders englischen Konstitutionalismus.

Diese Grundfeststellung zur sozialdemokratischen Haltung wird ergänzt durch die differenzierte Sicht der Verfassungsentwicklung im Zweiten Reich: die alternativen Möglichkeiten der Entwicklung lassen sich nicht auf Staatsstreich und kontinuierlichen Verfassungswandel zur parlamentarischen Monarchie reduzieren, sondern an die Stelle der Staatsstreichdrohung traten Versuche zur plebiszitären Durchsetzung der kaiserlichen Weltpolitik, die die „Austrocknung", nicht die Abschaffung des Parlaments intendierten. Vor diesem Hintergrund stellt Domann Hauptlinien der Argumentation und praktischen Initiative der Sozialdemokratie in der Verfassungsfrage dar. Er stützt sich dabei vor allem auf die Reichstagsprotokolle, zieht aber doch auch Protokolle der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der Parteitage, sowie zeitgenössische hier relevante Aufsätze und Nachlaßmaterialien heran. Als Komponenten der Auseinandersetzung um die Gestaltung des institutionellen Machtgefüges verfolgt er besonders die Reaktionen auf den plebiszitären Trend, auf die Konzeption des sozialen Kaisertums und schließlich die Reflexion des preußischen Einflusses mit den Machtfaktoren Armee und Bürokratie auf das Reich.

Auf zwei Ergebnisse läuft diese Arbeit zu: die Sozialdemokratie erstrebt den Verfassungswandel, indem sie ihn in ihrem parlamentarischen Verhalten soweit wie möglich antizipiert. Ihre ursprünglich „prinzipiellen", aus der liberalen Verfassungstradition stammenden Vorstellungen vom Gegensatz zwischen Republik und Monarchie gibt sie dabei faktisch zunehmend zugunsten einer Entsheidung für die parlamentarische Monarchie auf. Domann, der durchaus die Detailerfolge dieser Taktik verzeichnet, arbeitet vor allem den Zusammenhang beider Momente heraus. Indem die Taktik des sich Einlassens auf das Gegebene mehr und mehr das prinzipielle Korrelat verliert, führt sie zur Annäherung an die Regierung bis hin zu deren Unterstützung, ohne daß dies im Sinne „langfristiger sozialdemokratischer Zukunftsplanung" (s. S. 29) durchreflektiert gewesen wäre: „eine aus den tagespolitischen Erfordernissen resultierende Eigengesetzlichkeit" (S. 42) wird für das Handeln der Partei bestimmend. Dadurch, daß er diese Tendenz in der Vorkriegssozialdemokratie für die Verfassungsfragen repräsentativ belegt, hat Domann zweifellos einen Beitrag zur genaueren Kenntnis dieser Entwicklung geleistet, der die mehrheitliche Reaktion der Partei 1914 und besonders danach besser verstehen hilft.

Die Begrenzung seiner Untersuchung auf die Verfassungsvorstellungen auch bei denjenigen, für die sie nur Teil einer umfassenderen Veränderungsperspektive waren, läßt allerdings die Entwicklungslinie stringenter und unumstrittener und das zeitgenössische Problembewußtsein und den Reflexionshorizont weniger entwickelt erscheinen, als dies tatsächlich war. Bei Einbeziehung des Charakters der längerfristigen Veränderungsperspektive, wie sie von Fall zu Fall durchaus vorhanden war, stellen sich die Unterschiede her, die die erbitterten Auseinandersetzungen in der Sozial-

demokratie bedingten. Dies würde heißen, die Differenz, die Domann gelegentlich mit den Begriffen einer „rechtspositivistischen" und einer „soziologischen" Betrachtungsweise anspricht (S. 27 f., s. auch Anm. 11), in ihren Konsequenzen zu verfolgen.
Vor hieraus gewänne seine einleitend formulierte und die Arbeit durchziehende Frage, wie denn bei der Annäherung an das Bestehende Veränderung überhaupt möglich sei, eine andere Akzentuierung: angesichts des zeitgenössischen Problemhorizonts für eine zeitadäquate Veränderungsstrategie müßte diese Frage nach dem Möglichen auf die Untersuchung der breiteren Mitgliedschaft angewendet werden. Dies enthält auch Domanns Gedankengang immanent, wenn er feststellt, daß nicht die „intransigente Theorie" die Handlungsoffenheit der Partei blockierte, sondern daß die „Eigengesetzlichkeit" der tagespolitischen Erfordernisse auf dem von ihm untersuchten Gebiet zum praktischen Verlust der „selbstgewählte[n] Verpflichtung einer sozialdemokratischen Partei, die Gesellschaft von Grund auf zu ändern" (S. 1), führte. Auf die Frage, wieweit sich hier das Wünschbare und das Verwirklichbare ohne Chance zur Kongruenz gegenüberstanden, hat aber die Forschung bisher nur höchst subjektive – also wenn man so will, gar keine – Antworten gefunden.

Monika Kramme

KLUGE, Ulrich: **Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/1919** (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 14). – Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1975. 480 S.

Ist diese seit langem erwartete Studie die Entsprechung zu der seinerzeit bahnbrechenden Arbeit von Kolb über die Arbeiterräte in der Novemberrevolution, daß man sagen könnte, nach den Arbeiterräten haben nun die Soldatenräte und darüber hinaus die militärpolitischen Entscheidungen des Winters 1918/19 ihre adäquate Darstellung gefunden? Die Antwort muß negativ ausfallen, denn gegenüber der in sich mitunter zwar auch widersprüchlichen, insgesamt jedoch um Differenzierung bemühten Arbeit Kolbs erscheint die Darstellung Kluges vor allem als der Versuch, sehr viel verkürzter als dies bei Kolb der Fall ist, die These von den verpaßten Möglichkeiten der sicheren Verankerung der deutschen Demokratie durch das angeblich vorhandene Potential einer breiten demokratischen Rätebewegung mit einem unendlichen Aufwand von Detailschilderungen und Einzelfakten zu belegen, wobei die Breite der Darstellung von Einzelheiten im klaren Kontrast zu Unklarheiten und Verzeichnungen in der Analyse der entscheidenden Punkte steht.
Von zentraler Wichtigkeit für die Konzeption Kluges ist seine Beurteilung des Umsturzes und der sich daraus ergebenden verfassungsrechtlichen Konsequenzen. Denn mit dem 9./10. November und den folgenden Wochen ist für ihn nicht, wie man dies gemeinhin in der Literatur findet, eine offene, der staatsrechtlichen Definition im Grunde entzogene Situation gegeben, kein durch die Konstituante zu beendender Übergangszustand, sondern von diesem Tage an existiert eine neue „revolutionär-republikanische" Ordnung, gleichsam eine revolutionäre Legalität, gegen die eine Berufung auf rechtsstaatliche oder parlamentarisch-demokratische Prinzipien kaum möglich war. Zugleich gibt es seit diesen Tagen des Umsturzes – und diese Behauptung zieht sich in monotoner Wiederholung durch das ganze Buch – mit einer „nach außen hin deutlichen politischen Geschlossenheit" (S. 124) eine „revolutionär-demokratische" Rätebewegung, ohne daß jedoch der Versuch gemacht wird, diese überall in den Städten unabhängig von einander sich bildenden Räte, deren Summierung dann die Bewegung darstellt, auf ihre politische Einstellung hin zu untersuchen, um endlich einmal sichere Unterlagen dafür zu haben, inwieweit bei der Bildung der jeweiligen Arbeiter- und Soldatenräte nur die bestehenden Stärkeverhältnisse der politischen Arbeiterbewegung reproduziert wurden – ob etwa die sozialdemokratische Führung

einer Stadt sich jeweils im Arbeiter- und Soldatenrat wiederfindet – oder ob tatsächlich eine neue, jenseits der bestehenden Parteien existierende politische Kraft aufgetaucht ist. Diese ständige Betonung der Geschlossenheit und Stärke der Bewegung führt dann in der Zusammenfassung am Schluß der Behauptung, daß die Soldatenräte „ein einsatzbereites Kräftepotential darstellten, in das neben den proletarischen Elementen stark linksbürgerliche Elemente eingeschlossen waren, wodurch sich eine breite Basis ergab, auf der Arbeiterschaft und bedeutende Teile des nichtsozialistischen Bürgertums gemeinsam agieren konnten" (S. 354). Wo, wann und unter welchen Umständen diese bürgerlichen Schichten – eine geradezu sensationelle Entdeckung – in Erscheinung getreten sind, wird jedoch nicht mitgeteilt.
Die Darstellung des Umsturzes in Berlin bietet ein gutes Beispiel für die Darstellungsweise Kluges. So erhält die Versammlung im Zirkus Busch am 10. November, auf der die Bestätigung des Rates der Volksbeauftragten und die Wahl bzw. die Ansätze zu einer solchen für den Vollzugsrat erfolgten, im revolutionären Legalitätsdenken Kluges eine zentrale Bedeutung: Denn sie „prägte die revolutionäre Verfassungswirklichkeit" (S. 93), indem sie nicht etwa als Akklamationsorgan eingeschätzt wird, sondern den Rat der Volksbeauftragten wie den Vollzugsrat erst in ihre Ämter einsetzte: „Diese Mandatsübertragung, . . . implizierte die Anerkennung dieser Versammlung durch Regierung und Vollzugsrat als 'souveräne' Körperschaft, die ihr Recht aus der revolutionären Erhebung ableitete". Dieser über Nacht einberufenen Versammlung, mit deren Hilfe jede der beiden miteinander konkurrierenden, in erbitterter Feindschaft sich gegenüberstehenden Gruppierungen versuchte, die andere zu überrumpeln, als souveräne Körperschaft, gleichsam als die oberste Instanz, der die Regierung „dementsprechend verantwortlich war", zu charakterisieren, zeigt den klaren Willen zur Verzeichnung der Tatsachen. Denn daß die am Vormittag des 10. November, bekanntlich einen Sonntag, gewählten Arbeiter- und Soldatenräte eine äußerst willkürliche Auswahl darstellten, selbst wenn keine Wahlmanipulationen im Spiel waren, dürfte wohl schwerlich zu widerlegen sein. War das – vor allem wenn man auch an das chaotische Gebaren der von Wels emotional aufgeladenen Soldatenvertreter denkt. und deren Drohungen mit der Militärdiktatur – was übrigens Kluge nach Kräften verharmlost – einer, um mit Rürup zu reden, „der wenigen Augenblicke in der deutschen Geschichte, in denen ein mündiges, politisch verantwortliches Volk den Versuch unternahm, eine neue demokratische Gesellschaft . . . zu verwirklichen"? (Reinhard Rürup, (Hrsg.), „Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet", Wuppertal 1975, S. 16). Der Betonung der zentralen Bedeutung der Zirkus Busch-Versammlung entspricht die entschiedene Abwertung der vorübergehenden Betrauung Eberts mit dem Amte des Reichskanzlers. Dabei ist es sehr fraglich, ob diese Designation Eberts tatsächlich nur ein „bedeutungsloser verfassungspolitischer Akt, die Übertragung eines Mandats ohne Übergabe einer realen Machtbasis" (S. 92f.) war. Die Interpretation greift zu kurz, wenn man dieses Zwischenspiel nur unter machtpolitischen Gesichtspunkten bewerten wollte. Vielmehr muß die kurzfristige Beauftragung, so problematisch ihr Rechtscharakter immer gewesen sein mag, doch als von hohem politischen Wert angesehen werden. Dies betrifft vor allem die Unterzeichnung des Waffenstillstandes, aber auch die Beziehungen zum Militär und zur Bürokratie, deren Bereitschaft zur Zusammenarbeit durch diese vorübergehende Beauftragung verstärkt wurde, da dies eine gewisse Kontinuität zu gewährleisten schien. Was den Abschluß des Waffenstillstandes angeht, so muß die Fiktion eines noch amtierenden Reichskanzlers, an der man auch noch am 10. November bei der Aufforderung zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes bewußt festhielt, als wichtige Voraussetzung für die Unterzeichnung angesehen werden, da die Alliierten einer Regierung unbekannter Revolutionäre sicherlich anders gegenübergestanden hätten.

Das vielzitierte „Bündnis" zwischen Ebert und Groener, das überhaupt nur versteckt in den Anmerkungen direkt angesprochen wird, hat faktisch nicht bestanden, genauer gesagt, kann gar nicht bestanden haben, da Groener, und mit ihm die Oberste Heeresleitung, nicht bündnisfähig waren, erlitten sie doch nach Kluge am 9./10. November einen „totalen Machtverlust", während Ebert als Vertreter der „revolutionär-republikanischen Kräfte" die beherrschende Rolle einnahm. Daher kann die OHL nur einen „militärtechnischen" Auftrag erhalten haben, die zeitlich begrenzte Aufgabe, „Liquidationsinstitution" des Feldheeres zu sein, in deren Rahmen der Heeresleitung die „Ausübung legalisierter Rechte" eingeräumt wurde. Dabei bewegt Kluge die kritische Frage, ob es denn opportun war, gerade die betont antirepublikanische OHL und nicht „eine andere militärische Organisation mit Liquidationsfunktionen zu betrauen", z.B. das preußische Kriegsministerium, das durch seinen Sitz in Berlin wesentlich bessere Kontrollmöglichkeiten bot, obwohl Kluge an anderer Stelle selbst sagt, daß für die Bewältigung der Rückzugs- und Demobilmachungsprobleme keine Alternative zur OHL bestanden habe. Abgesehen von der absurden Vorstellung, daß sich hochspezialisierte militärbürokratische Eliten beliebig austauschen lassen, überrascht doch die Gewaltsamkeit dieser Konstruktion. Kann man denn im Ernst von einem „zweitätigen Machtvakuum" sprechen? Durch den Umsturz und die Installierung eines – im übrigen friedlichen – Soldatenrates bei der OHL hatte sich sicherlich ein Verlust an Manövrierfähigkeit eingestellt, was jedoch nicht allein die Heeresleitung betraf, sondern ganz allgemein als das charakteristische Merkmal des Umsturzes anzusehen war, der aber in diesem Falle durch die tatsächliche Unersetzbarkeit mehr als ausgeglichen wurde. Gewiß kann man die Skepsis Kluges gegenüber zu weitgehenden Ausdeutungsversuchen des angeblichen Bündnisses zwischen Ebert und Groener verstehen; in der Leugnung des persönlichen Elementes bei ihrer Kontaktaufnahme am 10. November zeigt er jedoch kein Gespür für die historische Situation. Denn nachdem beide am 6. November voneinander Abschied genommen hatten in dem vollen Bewußtsein der Möglichkeit, daß sie sich in Zukunft als Bürgerkriegsgegner gegenüberstehen könnten, mußte die Kontaktaufnahme des 10. November in der völlig veränderten Situation zugleich auch einen eminent politischen Charakter haben. Um die Alternative kurz zu beleuchten: Es bedarf keiner großen Phantasie, im Falle der Verweigerung und des Widerstandes der OHL sich die Folgen vorzustellen, wenn man bedenkt, daß die Revolte, die Bildung der Soldatenräte usw. nicht vom Feldheer, sondern von der Heimat ausging und von sehr heterogenen Kräften – Matrosen, Urlauber, Deserteure, Angehörige des Ersatzheeres, militärisch gesehen also marginalen Gruppen, getragen wurde.

Die Abschnitte des Buches, die sich mit dem Versuch der OHL beschäftigen, in den Wochen nach dem Umsturz Einfluß auf die politischen Entscheidungen in Berlin zu gewinnen und mit Hilfe des Truppeneinmarsches die Lage in ihrem Sinne zu „bereinigen", bieten zwar ebenfalls verschiedene Ansatzpunkte der Kritik, sind aber dennoch als die stärksten Teile des Buches zu werten. Auch wenn beispielsweise die „Analyse" der Vorgänge am 6. Dezember (Ausrufung Eberts zum Reichspräsidenten und Verhaftung des Vollzugsrates) eher den Eindruck einer Anklageschrift – mit allerdings oft fadenscheinigen Argumenten - macht, ergeben sich wichtige Aufschlüsse, vor allem für die Beurteilung der Politik Eberts, der sich den primitiven Pressionen der OHL geschickt entzog und den friedlichen Einmarsch der Truppen erreichte – ein Ergebnis, das auch Kluge „als einen kleinen Erfolg" Eberts anerkennen muß.

Die Darstellung und Beurteilung der auf dem Rätekongreß erörterten und verabschiedeten militärpolitischen Grundsätze, der sogenannten Hamburger Punkte, nehmen naturgemäß eine zentrale Stelle ein und können als besonders deutliches Beispiel für die Einstellung und Arbeitsweise Kluges gelten. Die entscheidende Zuspit-

zung der militärpolitischen Debatte auf dem Kongreß entwickelte sich nach dem Eindringen radikaler Soldatenräte am 17. Dezember, die durch ihren Auftritt den Kongreß an den Rand des Abbruches brachten. Sie trugen eine Protestresolution vor, die die – nach Kluge – „legitimierten Vertreter" von 19 Berliner Räteorganisationen ausgearbeitet hatten – eine auffallende Formulierung, wenn man darüberhinaus erfährt, daß diese Vertreter am folgenden Tage „einstimmig" feststellten, daß sie die „tatsächlich legitimierten Sprecher ihrer Truppenteile seien" (S. 251). Dieses überraschende Legitimierungsbedürfnis wird erst verständlich, wenn man weiß, daß 11 dieser Formationen bei der Kongreßleitung schriftlich gegen ihre Nennung protestierten, da sie „von den heute im Abgeordnetenhaus durch angebliche Delegationen gestellten Forderungen nichts [wissen]" (Kongreß-Protokoll, S. 187), wovon bei Kluge nicht der geringste Hinweis zu finden ist. Nachdem mit diesen Berliner Forderungen – überhaupt wäre es dringend erforderlich gewesen, die Berliner Räteszene etwas stärker auszuleuchten – die Stimmung angeheizt war, wurden dann bekanntlich die sieben Punkte ohne eigentliche Debatte angenommen, da die MSP-Führer der Sachdebatte auswichen in der Annahme, daß diese Punkte nur Richtlinien darstellten, an die man sich nicht zu halten brauchte. Der diese Einschätzung stützende Passus fiel jedoch vor der Schlußabstimmung weg, so daß diese Punkte, primär als Ausdruck der Verbitterung des einfachen Soldaten gegenüber den militärischen Schikanen der Kriegszeit anzusehen, formal den gleichen Rang erhielten wie der Beschluß zur Einberufung der Nationalversammlung. Was hält nun Kluge von diesem Programm, dessen wichtigste Bestimmungen festlegten, daß die Kommandogewalt in einer Garnison der jeweilige örtliche Arbeiter- und Soldatenrat innehaben und die Wahl der Offiziere durch die Truppe erfolgen sollte? Eine kritische Analyse findet nicht statt, denn in der Wahl der Offiziere scheint Kluge kein Problem zu sehen, unbeschadet der Tatsache, daß es in keiner demokratischen Armee derartiges gibt. Für Kluge sind diese Hamburger Punkte ein praktikables Modell, das für den Demokratisierungsprozeß richtungweisende Impulse aufwies, da sich nach seiner Ansicht die Aufrechterhaltung der Disziplin „voll bewährt hatte" (was wohl die chaotischen Szenen auf dem Kongreß zeigen sollten) und bei der Wahl ja nicht alle Offiziere ausscheiden müßten, sondern nur die, die „die Verbindung zu ihren militärischen Untergebenen verloren hatten" (S. 255). Ganz unproblematisch scheint Kluge jedoch diese Verharmlosung selbst nicht zu sein, so daß er noch den wahren Schuldigen präsentieren zu müssen glaubt: „Nicht radikaldemokratische Kräfte hatten diese Beschlüsse erzwungen, sondern die Heeresleitung hatte sie systematisch provoziert" (S. 254). Hier ist jedoch der entscheidende Einwand gegen die Konzeption von Kluge zu erheben: Er wirft der OHL vor, durch ihren Eintritt in die Innenpolitik als selbsternannter Ordnungsfaktor von sich aus den Bürgerkrieg entfesselt zu haben; während von diesem Ordnungsfaktor bei ihm dauernd die Rede ist, fehlt jede nähere Erwähnung der Unordnung als der Voraussetzung dafür, daß jemand zum Ordnungsfaktor werden kann, d.h. der Aktivitäten der Linksradikalen. Von ihnen ist nach Kluge keine Bedrohung ausgegangen, so daß der Januaraufstand isoliert als eine „unheilvolle Entwicklung" (S. 268) entsprechend kurz abgehandelt wird. Die Amputation dieses wesentlichen Faktors der revolutionären Entwicklung bewirkt aber die Verzeichnung des Gesamtprozesses und kann keineswegs mit der angeblichen Machtlosigkeit der Radikalen gerechtfertigt werden. Vielmehr ist es für die Beurteilung der Politik der Sozialdemokratie und ihrem nach langem Zögern erfolgten Rückgriff auf die Machtmittel der OHL entscheidend wichtig herauszuarbeiten, wie diese auf die Provokationen und Aktionen von links reagierten. Die Darstellung der Berliner Entwicklung fällt wohl vor allem deshalb so knapp und vage aus, weil in dieser Stadt sich vor allem das Gegenteil seiner

These aufweisen ließe, daß nicht eine demokratische Rätebewegung, sondern die scharfe und erbittert geführte Auseinandersetzung zwischen den radikalen Linken bzw. was sich an aktionsbereiten „Massen" dazu rechnete, und der Sozialdemokratie die bestimmende Rolle gespielt hat.
So erscheint in der abschließenden Beurteilung diese Arbeit nicht als ein Versuch der historischen Klärung und Aufarbeitung eines wichtigen Kapitels der Novemberrevolution, sondern sie verfolgt primär das Ziel, die These von den verpaßten Chancen der Rätebewegung abzustützen und entwickelt dabei eine Konezption, die von unbewiesenen Behauptungen ausgeht und mit der willkürlichen, historisch völlig unbegründeten Konstruktion einer revolutionären Legalität arbeitet. Daher bleibt eine Untersuchung, die kritisch den Stellenwert der Soldatenräte ermittelt, weiterhin ein Desiderat der Forschung.

Henning Köhler

PANTIĆ, Vladan: **Radnička veća u Nemackoj 1917–1920** (= Medjunarodni radnički pokret. Studije i monografije). – Institut za medjunarodni radnicke pokret. **[Die Arbeiterräte in Deutschland 1917–1920** (= Internationale Arbeiterbewegung. Studien und Monographien). Hrsg. vom Institut für die internationale Arbeiterbewegung, Belgrad]. – Belgrad 1972. 666 S.

In seiner 1970 als Dissertation an der Belgrader Universität verteidigten Arbeit behandelt Pantić folgende Probleme: 1. Die Charakteristika der gesellschaftlich-politischen Entwicklung Deutschlands von 1871 bis 1918; 2. Die Arbeiterräte in Deutschland bis zur Novemberrevolution 1918; 3. die Arbeiter- und Soldatenräte in der Novemberrevolution 1918; 4. die Liquidierung der Arbeiter- und Soldatenräte als Organe der politischen Macht; 5. den Kampf der Arbeiter- und Soldatenräte gegen die Politik, sie als Organe der politischen Macht zu liquidieren; 6. die Arbeiterräte als Organe der Wirtschaftsdemokratie und 7. die Konzeptionen der deutschen Arbeiterbewegung über ein Rätesystem.
Weil Pantić als Jugoslawe den Vorteil hatte, in west- und osteuropäischen Archiven arbeiten zu können, soll zunächst der Frage nachgegangen werden, ob sein Aufenthalt im „Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus" beim ZK der SED für die Forschung über die Räte neue Aspekte bringt. Dort hat Pantic die „Protokolle des Vollzugsrates der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte" sowie die „Protokolle der Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte" eingesehen und besonders zur Analyse des Machtkampfes zwischen dem Berliner Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte und dem Rat der Volksbeauftragten benutzt. Diesen sieht Pantic – abgesehen von der Auseinandersetzung um den Einfluß auf die Armee bzw. um die Organisierung eigener bewaffnerter Kräfte des Vollzugsrates – vor allem im Konflikt um die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung. Während die Mehrheitssozialdemokratie und der rechte Flügel der USPD schon seit dem 13. November 1918 für die Einberufung der Nationalversammlung waren, forderte Ernst Däumig auf der Sitzung des Vollzugsrates vom 16. November, daß der Vollzugsrat sich gegen die Einberufung einer Nationalversmamlung aussprechen sollte und daß „durch die Vereinigung aller Arbeiterräte Deutschlands ein Zentralrat der Arbeiterräte Deutschlands gebildet werden muß, der eine den Prinzipien einer proletarischen Demokratie entsprechende Verfassung verabschieden wird". (Pantic, S. 212; Übersetzung aus dem Serbokroatischen). Es gelang Däumig aber nicht, die Mehrheit für diesen Antrag im Vollzugsrat zu gewinnen; vielmehr wurde beschlossen, daß ein innerhalb einer gesamtdeutschen Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte zu wählender Zentralrat einen Verfassungsentwurf der Nationalversammlung zur Bestätigung vorzulegen habe. Daß dieser Beschluß im Gegensatz zur Auffassung Pantics eher als ein Sieg der USPD zu interpretieren ist, wurde auf der Sitzung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte vom 19. November deutlich, die der Vertreter der USPD Richard Müller mit den Worten

abschloß: „Ich werde mich darum kümmern, daß die verfassunggebende Versammlung dann einberufen wird, wenn für die erkämpften Errungenschaften der Revolution keinerlei Gefahr mehr besteht". (Pantic, S. 218; Übersetzung aus dem Serbokroatischen). Denn eine solche Haltung ist nur aus der Zuversicht der USPD auf eine Mehrheit auf dem gesamtdeutschen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte erklärbar, weshalb man behaupten kann, daß die MSPD zur Einberufung eines solchen Kongresses gezwungen wurde. Die später vorhandene Mehrheit der MSPD kam dann nicht nur für diese überraschend. Solche Mehrheitsverhältnisse aber ermöglichten die Wahl eines ausschließlich von der MSPD-Mitgliedern besetzten Zentralrats der Deutschen Sozialistischen Republik. – Ausgehend von einer Unterteilung der Räte in zwei Typen – gemäßigte und radikale – entwickelt Pantić eine Überlegung, die für die Forschung einen Neuansatz bieten könnte. Für Deutschland im Jahre 1918 sieht Pantić hinsichtlich der Räte zwei Wege: die Einführung eines reinen Rätesystems sowie die Kombination von Räten und parlamentarischer Demokratie. Während Pantić unter den Befürwortern eines reinen Rätesystems – im wesentlichen die revolutionären Obleute bzw. der linke Flügel der USPD sowie die KPD – keine erheblichen Unterschiede sieht, unterscheidet er bei den Befürwortern des Mischsystems drei Gruppen: solche, für die das Rätesystem die Priorität besaß; solche, die beide Systeme als gleichwertig einschätzten und schließlich solche, für die das parlamentarische System die Priorität besaß. Personalisiert sieht Pantić die erste Gruppe etwa durch Kurt Eisner, die zweite durch den USPD-Vertreter Haase, die dritte durch Karl Kautsky. Warum weder das reine Rätesystem noch die radikale Variante des Mischsystems verwirklicht werden konnten, erklärt Pantić damit, daß „die Rätebewegung, wie übrigens auch in vielen anderen Ländern (Österreich, England, Italien, Ungarn usw.), historisch zum Untergang verurteilt war" (S. 615). Diese Erklärung aber kann nicht ganz befriedigen, weil sie letztlich auf die schon in den 50er Jahren vertretene These hinausläuft, daß die Räte vornehmlich deshalb keine Chance hatten, weil die MSPD im Kampf gegen sie die Konkretisierung des Kampfes gegen die Bol'ševiki sah – eine Notwendigkeit, die auch Pantić erwähnt. Das heißt, daß die in späteren Zeiten geäußerte These, daß die MSPD die Räte als Demokratisierungspotential nicht auszunutzen vermochte, von Pantic letztlich nicht geteilt wird, obwohl er selbst beispielsweise konzediert, daß etwa die Mitbestimmung durchaus einen Weg zur Verwirklichung eines Rätesystems darstellen kann. Da Pantic in den Räten das eigentliche Gegenstück zur parlamentarischen Demokratie sieht, ist es für ihn nur konsequent, daß eine Partei, die 1914 weitgehend systemintegriert war, 1918 nur der Systemintegration gemäß wirken konnte, so daß sie eine radikale Gegenposition nicht beziehen durfte. Gerade aber die historische Erfahrung bei der Behandlung der Räte nach der Oktoberrevolution in Rußland, die auch die deutsche Sozialdemokratie bei etwas intensiverer Beschäftigung mit der Praxis der Bol'ševiki den Sowjets gegenüber durchaus hätte machen können, zeigt die Möglichkeit eines historisch grundlegend anderen Verhaltens, daß nämlich die MSPD das Demokratisierungspotential der Räte hätte nutzen können, um ihren Kampf gegen die Bol'ševiki wirksam unter Beweis zu stellen. Da Pantić selbst die These, wonach die Bolseviki ihrerseits schon sehr früh diese radikaldemokratische Position verlassen hatten, aus politischen Gründen nicht unterstützen kann, kann er auch nicht die Möglichkeit eines Demokratisierungspotentials der Räte in der Revolution 1918/19 akzeptieren. Die politische Prämisse verursacht also eine statische Betrachtensweise der deutschen Revolution. Bei Pantić ist der für den radikalen Flügel der deutschen Arbeiterbewegung ungünstige Ausgang der Revolution nicht nur von vornherein angelegt, sondern geradezu vorprogrammiert, weshalb er nicht imstande ist, diese Revolution als einen Prozeß zu analysieren. Ein solcher

Zugang hätte aber bedeutet, daß zumindest im November 1918 die Möglichkeit eines radikalen Ansatzes nicht auszuschließen war, daß aber diese Möglichkeit zunehmend unwahrscheinlicher wurde. Diese statische Betrachtungsweise Pantićs steht obendrein im engen Zusammenhang mit seinem unmittelbar politischen Interesse am Thema, weil die Behandlung der deutschen Revolution auch für die Theorie und Praxis der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung relevant ist. Das rührt gewiß einerseits daher, daß in Jugoslawien seit 1950 eine Arbeiterselbstverwaltung eingeführt und verwirklicht wird, soll aber zugleich die historische Berechtigung des jugoslawischen Ansatzes nachdrücklich unterstreichen.

Diese Kritik darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hier – abgesehen von Drabkins Arbeiten zu Problemen der Novemberrevolution in Deutschland – um die wohl materialreichste Studie über das Phänomen der Räte in der Revolutionsperiode in Deutschland handelt. Allein deshalb wäre es wünschenswert gewesen, die vorgestellte Arbeit dieses politisch gewiß nicht ganz unabhängigen, deshalb aber engagierten Autors einem Leserkreis außerhalb Jugoslawiens zugänglich zu machen. In diesem Sinne hätte man von vornherein eine serbokroatische und eine englische Fassung herausgeben sollen – eine Praxis, die bei wichtigeren wissenschaftlichen Werken in der CSSR oder in Ungarn durchaus üblich ist.

Othmar Nikola Haberl

HALFMANN, Dieter: **Der Anteil der Industrie und Banken an der faschistischen Innenpolitik** (= Hefte zum Geschichts- und Sozialkundeunterricht, 3). – Köln: Pahl-Rugenstein 1974. 48 S.

Die vorliegende Veröffentlichung ist eins der ersten in einer angekündigten Reihe von 32 Heften, herausgegeben von fünf bundesdeutschen Professoren. Der Zweck der Reihe wird von diesen folgendermassen dargestellt: „Unternehmerverbände verfügen über massive Einwirkungsmöglichkeiten unterschiedlichster Art. Die Gewerkschaften auf der anderen Seite, die Interessenvertreter von Millionen von Arbeitern und Angestellten, haben bisher über die Vertretung von materiellen Interessen der im Schulbereich abhängig Arbeitenden hinaus erst ansatzweise auf die Gestaltung der Lehrinhalte einwirken können. Dieses Kräfteverhältnis widerspricht der Idee des Pluralismus und läßt sie zur Herrschaftsideologie einer priviligierten Minderheit werden. Um so dringlicher bedarf es der Stärkung und Ausfüllung der demokratischen Alternativen im Schulbereich". Die Hefte, die zu sehr niedrigen Preisen angeboten werden, sind also ausdrücklich für Lehrer und Schüler bestimmt. Was der Verfasser sowie anscheinend die Herausgeber unter „demokratischen Alternativen" verstehen, wird Fachleuten bei der Lektüre dieses Heftes sofort klar, man mag aber bezweifeln, ob dies auch Lehrern und vor allem Schülern ebenso auffallen wird. Schon des Verfassers Erklärung seiner Methodik ist ein Warnzeichen für den Historiker: „Intention und Umfang der folgenden Ausführungen zum Thema erlauben nicht, die gesamte zum Komplex Faschismus-Wirtschaft vorliegende Literatur aufzuarbeiten. . . . Zugunsten der Darstellung wurden deshalb nur dort, wo es geboten schien [Kriterium ?] Hinweise auf die Literatur eingefügt. (Der interessierte Leser sei auf die im Anhang aufgeführte Auswahl aus der Literatur verwiesen.) Der Sache [welcher ?] dienlicher schien die Einarbeitung von Dokumenten aus dem 'Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg . . . und aus den z.T. ungedruckten Prozeßakten der sog. Nachfolgerprozesse vor dem US-Militärgerichtshof in Nürnberg" (S. 6). Bei der Lektüre stellt man jedoch trotz dieser Erklärung fest, daß der Text vorwiegend auf Veröffentlichungen aus der DDR basiert, obwohl dies nur z.T. durch Anmerkungen gekennzeichnet wird. Es handelt sich in der Tat um ein wissenschaftlich verbrämtes Konzentrat der „marxistisch-leninistischen"

Stamokap-These der SED. Damit diese Verbrämungen der „Sache" dienlich wirken, werden alle nicht-kommunistischen Studien, deren Inhalt der Verteidigung der Hauptthese Schwierigkeiten bereiten würde (darunter einige, die in der Bibliographie erscheinen), einfach totgeschwiegen. Das gleiche gilt für diejenigen Nürnberger Dokumente, die nicht in das Schema des Verfassers passen. Von unbequemen, differenzierteren Veröffentlichungen und Quellen soll der Leser offenbar nichts erfahren. Sonst ginge wohl die hinreißende Einfachheit und damit die Wirksamkeit der Hauptthese verloren.

Das kleine Heft weist eine Unzahl von Entstellungen, Widersprüchen, Fehlschlüssen und unbelegten bzw. längst widerlegten Behauptungen auf. Da z.B. nach der „marxistisch-leninistischen" Lehre der „Unterbau" für den „Überbau" bestimmend sein muß, stand der Staat im Dritten Reich unter die „direkten Beherrschung durch die Monopole" (S. 207). Auf keinen Fall wurde, wie westdeutsche Historiker irrtümlich behaupten, der Staat durch die „Person des 'Diktators' Hitler" beherrscht (S. 45). Die „Monopolbourgeoisie" jener Zeit „gewann den maßgebenden Einfluß in allen Lenkungsorganen der Wirtschaftspolitik, auf die Organisation des Staatsapparates und auf die außenpolitischen Angelegenheiten" (S. 46). Ja, sie war sogar verantwortlich für die „Übergabe der politischen Macht an die Faschisten" (S. 8). Ohne die unheilvolle politische Rolle vieler damaliger deutscher Großunternehmer im geringsten in Abrede zu stellen, ist es nicht schwierig, die Unzulänglichkeiten solcher Behauptungen zu beweisen. Wie z.B. die „Übergabe der politischen Macht" – man würde meinen ein Angelpunkt der ganzen Entwicklung – von den Unternehmern vollzogen wurde, wird vom Verfasser nicht verraten, obwohl er eine ganze Reihe schon lange widerlegter Legenden über die angebliche Unterstützung der NSDAP durch die Industrie vor 1933 (Kirdorf und die Kohlensyndikat-Umlage, Harzburger Treffen, Eingabe an Hindenburg im November 1932) anführt. Dazu kommt, daß es dem Verfasser unmöglich gewesen ist, zu beweisen, daß auch nur an einem der wichtigen Wendepunkte der Geschichte des Dritten Reiches die „Monopolkapitalisten" den Ausschlag gegeben haben. Er hält es für eine grobe Entstellung, wenn westdeutsche Historiker die Kriegspolitik des NS-Regimes auf die „ideologischen Ansätze des Faschismus" (S. 7) zurückführen, bringt aber keine Beweise dafür, daß die Kapitalisten die außenpolitischen Entscheidungen, die zum Krieg führten, beeinflußt geschweige denn bestimmt haben. Aus seiner Schilderung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Jahre 1933–1939 ergibt sich zwangsläufig für den unvoreingenommenen Leser die einfache Frage, die der Verfasser selbst so gern in Anspruch nimmt: cui bono ? Das heißt, wenn es der deutschen „Großbourgeoisie" schon so glänzend gegangen wäre, wie der Verfasser behauptet, welchen Grund hätte sie gehabt, ihren braunen Dienern zu befehlen, einen äußerst risikoreichen Krieg, der die Gefahr in sich barg, alles zu verlieren, vom Zaum zu brechen ?

Mit der cui-bono Frage allein sind die Entwicklungen vor 1939 kaum zu erklären, was der Verfasser anscheinend erkannt hat. Zurückgreifend auf die in der DDR-Wissenschaft beliebte Monopolgruppentheorie, versucht er also vieles durch einen angeblichen Kampf hinter den Kulissen der Politik zwischen den alten Industrien, geführt durch die Schwerindustrie, und den neuen, geführt durch die Chemie, d.h. die I.G. Farben, zu erklären. Für Halfmann, der die weithergeholte und schwach belegte These des DDR-Historikers Gossweiler übernimmt, bedeutete z.B. die Säuberung vom 30. Juni 1934 „die Ausschaltung jener Persönlichkeiten der Reichswehrgeneralität . ... und der NSDAP . .., deren Konzeption dem politischen Programm des Chemieflügels der Monopolbourgeoisie entsprach" (S. 21), und damit einen Sieg der Schwerindustrie.

Jedoch kaum mehr als zwei Jahre später war der nach Halfmann angeblich geschlagene I.G. Farben-Konzern an der „Entste-

hung und der gesamten Entwicklung des Vierjahresplans" maßgeblich beteiligt (S. 26), und zwar z.T. Dank ihres Einflusses innerhalb der Wehrmacht, aus der doch ihre Anhänger zwei Jahre vorher ausgeschaltet worden waren (S. 27). An anderer Stelle gibt der Verfasser zwar zu, daß es keinerlei Belege dafür gibt, daß Industrielle an der Konzipierung von Hitlers bekannter Denkschrift über den Vierjahresplan beteiligt waren, versichert aber gleichzeitig dem Leser: „Man kann berechtigt davon ausgehen, daß die Zielsetzung in den oberen und mittleren Instanzen der Bürokratie und bei den Wirtschaftsführern bekannt war" (S. 25), ohne allerdings den Grund für eine solche Berechtigung anzudeuten. Ebenso unerklärt bleibt der Sieg der I.G. Farben im Jahre 1936, es sei denn, man greife auf Entscheidungen der politischen Führung, d.h. des „Überbaues", zurück, was der Verfasser ablehnt.

Man brauchte wohl mehr als die 48 Seiten des Heftes, um auf alle seine methodologischen und faktischen Mängel hinzuweisen. Am Schluß dieser Besprechung soll daher nur noch auf zwei allgemeinere Aspekte hingewiesen werden. Den einen kann man als eine Art neudeutschen Chauvinismus von links bezeichnen. Wie im alten Rechtschauvinismus, nimmt nämlich der Verfasser dieses Heftes an – wie viele andere linke Schriftsteller im heutigen Deutschland –, daß was deutsch ist bzw. war, zentral und maßgebend für die Menschheit ist. Der einzige Unterschied liegt darin, daß die Vorzeichen jetzt umgekehrt sind: während die deutsche Vergangenheit früher positiv bezeichnet wurde, wird sie jetzt negativ bewertet. Aber der Anspruch auf Zentralität und Allgemeingültigkeit ist der gleiche. Der Verfasser dieses Heftes macht dies deutlich, indem er gleich zu Anfang ankündigt, daß er einen „Sachverhalt" behandelt, „der . . . als allgemeingültig für die historisch-gesellschaftliche Entwicklung überhaupt vorausgesetzt werden kann" (S. 5). Er befaßt sich zudem nicht mit dem Nationalsozialismus, sondern mit dem „Faschismus", obwohl keine andere vermeintliche Spielart des „Faschismus" – einschließlich des ursprünglichen italienischen – auch nur erwähnt wird. Der zweite fragliche Aspekt des Heftes, auf den noch hinzuweisen bleibt, ist wohl der wichtigste angesichts der Tatsache, daß diese Reihe von Heften für Schüler bestimmt ist. Bei einem Schüler, der ein solches Heft liest, wird kaum das Interesse an einem weiteren Studium dieses wichtigsten Kapitels der Zeitgeschichte erweckt. Stattdessen werden die Schüler, die das Heft lesen, wohl den trügerischen Eindruck bekommen, daß alles schon bekannt und im Grunde genommen sehr einfach zu erklären ist, vorausgesetzt, daß man die richtigen Formeln anwendet. Dies ist keine Geschichtsschreibung, sondern Indoktrination, keine Vergangenheitsbewältigung, sondern Vergangenheitsvergewaltigung.

Henry Ashby Turner jr.

WEBER, Hermann: **Die SED nach Ulbricht** (= Edition Zeitgeschehen, 28). – Hannover: Fackelträger Verlag 1974. 135 S.

In diesem Buch sind 54 Dokumente zur Geschichte der SED seit dem 8. Parteitag dieser Partei im Juni 1971 und dem kurz vorher stattgefundenen Wechsel im Amt des Ersten Sekretärs von Walter Ulbricht zu Erich Honecker zusammengefaßt. Die Dokumentation setzt die gleichfalls von Hermann Weber edierte Arbeit „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 1946–1971" fort. Ob mit dem gegenüber dem älteren Buch veränderten Titel eine Analogie zu Theo Pirkers „Die SPD nach Hitler" beabsichtigt war, entzieht sich meiner Kenntnis; in jedem Fall wäre die Analogie nicht zutreffend, denn Weber selbst betont, „daß die Diskontinuität zur Ulbricht-Ära geringer ist als die Kontinuität der Gesamtentwicklung" (S. 11).

Die – notwendigerweise – gekürzten Dokumente sind nach fünf Themenbereichen geordnet: 1. Programmatik und Ideologie der SED; 2. Struktur und Arbeitsweise der Partei; 3. die Staatspartei; 4. die SED und der Weltkommunismus; 5. Deutschlandpolitik. Diese Gliederung ist sinnvoll, jedoch

müßte m.E. die Außenpolitik der DDR bzw. der SED stärker, vielleicht als selbständiger Komplex, berücksichtigt werden. Die Strukturierung ist praktisch unverändert aus dem ersten Buch über die SED bis 1974 übernommen worden, und die Vernachlässigung der Außenpolitik mag damals angesichts der unterentwickelten Außenbeziehungen der DDR auch angemessen erschienen sein. In dem hier behandelten Zeitraum von 1971 bis 1974 vollzog sich aber außer der Grundsteinlegung für die Normalisierung zwischen beiden deutschen Staaten auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und fast allen wichtigen Ländern der Welt sowie ihr Beitritt zur UNO. Zudem hat die SED spätestens seit 1971 die außenpolitischen Akzente insofern neu gesetzt, als sie die Bundesrepublik als imperialistisches Ausland und die Beziehungen zu ihr als Teil der Außenpolitik ansieht; zudem hebt sie die Notwendigkeit der Ost-Integration ungleich stärker hervor als vor 1971.
Die kurze Einleitung des Herausgebers (16 Seiten) erhebt nicht den Anspruch, die gegenwärtige Politik der SED bis ins einzelne zu erklären, sondern soll lediglich die Benutzung der Dokumente erleichtern (S. 7). Dabei folgt Weber thematisch der Gliederung der Dokumentation; vorab faßt er die wesentlichen, neuen Elemente der Honecker-Politik zusammen: Erstens lehnt sich die SED nunmehr wieder enger an die KPdSU an, ohne damit jedoch die Abhängigkeit der fünfziger Jahre zu wiederholen. Zweitens hat sich der Arbeitsstil der Partei versachlicht; es soll mehr Mitwirkung „von unten" erreicht werden, ohne daß die auch konstitutionell verankerte Führungsrolle der Partei aufgegeben wird. Diese führende Position wird im Gegenteil noch ausgebaut. Drittens gibt es eine Besinnung auf die Interessen der „unteren Schichten", die sich nicht nur in zahlreichen sozialpolitischen Maßnahmen niederschlägt, sondern auch darin, daß der Arbeiteranteil innerhalb der SED stark erhöht wurde. Alles in allem ist mithin die SED unter der Leitung Erich Honeckers bestrebt, „die DDR effektiver und flexibler zu regieren, aber mehr denn je ihren Führungsanspruch durchzusetzen und den Kurs der Politik zu bestimmen" (S. 11).
Während man dieser Einschätzung grosso modo zustimmen kann, müssen zu einigen Einzelpunkten Einwände erhoben werden. So schreibt Weber zur Entwicklung der „Staatspartei" seit 1971: „Die SED sieht in der DDR eine 'Klassengesellschaft neuen Typs' (Dok. 24) ohne antagonistische Widersprüche" (S. 20). Die Formulierung von der DDR als einer Gesellschaft ohne antagonistische Widersprüche findet sich in diesem Dokument 24 (einem Zitat aus dem „Politischen Grundwissen" über Klassen in der DDR) nicht. Und tatsächlich scheint die Behauptung, „die SED" sehe solche Widersprüche nicht, im Hinblick auf die Anfang der siebziger Jahre in der DDR und anderen Ländern geführte Diskussion über Widersprüche und Antagonismen im Sozialismus [1] ausgesprochen merkwürdig. In dieser Diskussion stellten sich nämlich der SED angehörende Diskutanten auf den Standpunkt, es gebe in der sozialistischen Gesellschaft antagonistische Widersprüche; man war sich nur über Ursachen und Bewertung dieser Widersprüche nicht einig. [2] Auch die Interpretation der neuen SED-Kulturpolitik durch Weber wirkt recht seltsam, wenn er vermerkt, hier zeichne sich „trotz des Bekenntnisses zum 'sozialistischen Realismus' ... eine freizügigere Einstellung ab" (S. 22). Hier könnte man richtiger sagen: Mit einer „weiteren", eher „nur-perspekti-

1 Vgl. Autorenkollektiv, *Widerspruch und Antagonismus im Sozialismus*, in: *Sozialistische Politik*, H. 24, Jg. 5 (1973), S. 39–49; Peter Christian Ludz, *Widerspruchstheorie und entwickelte sozialistische Gesellschaft*, in: *Deutschland Archiv*, Jg. 6 (1973), S. 506–518.

2 Vgl. z.B. Jürgen Kuczynski, *Gesellschaftliche Widersprüche*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, Jg. 20 (1972), S. 1269–1279; Peter Bollhagen und Gottfried Stiehler, *Widersprüche als Quelle historischen Fortschritts*, in: *a.a.O.*, Jg. 20 (1972), S. 185–203.

vischen" Deutung des „sozialistischen Realismus" zeichnet sich eine freizügigere Einstellung ab. [3] Ebenfalls scheint es mir irrig, die Einführung der Fristenregelung in der DDR auf die „Diskussion in der Bundesrepublik" (S. 22) zurückzuführen; denn für die DDR war die Abtreibungs-Freigabe in Polen ja wohl wichtiger. Zudem könnte man an dieser Stelle ruhig das Novum erwähnen, daß bei der Abstimmung über die Fristenregelung in der Volkskammer erstmals Gegenstimmen verzeichnet wurden.

Es ist sicher falsch, im Rahmen einer Rezension auf Redaktions- und Druckfehler „herumzureiten"; trotzdem sollen zwei Fehler dieser Art festgehalten werden, weil sie geeignet sind, Mißverständnisse hervorzurufen: Erstens befand sich Horst Sindermann während der Zeit des Nationalsozialismu nicht in „den ZKs Sachsenhausen und Mauthausen" (S. 128), sondern „natürlich" im KZ. Zweitens ist das verdienstvolle Buch von Gudrun Traumann über Journalistik in der DDR nicht in „Berlin(Ost)" (S. 133), sondern in München-Pullach erschienen. Solche – wie auch die vorgenannten – Schwächen beeinträchtigen freilich kaum den Nutzen dieser Arbeit, die geeignet ist, einen ersten Einblick in die Politik der SED seit 1971 und manche Anregung zur Beschäftigung mit diesem Gebiet zu geben. Dieser Nutzen wäre durch ein Personen- und Sachregister noch vergrößert worden.

Volker Gransow

3 Vgl. Autorenkollektiv, *Zur Theorie des sozialistischen Realismus*, Berlin 1974.

BERICHTIGUNGEN, ERGÄNZUNGEN UND BRIEFE AN DIE REDAKTION

Zu Sybil Miltons Bericht „Die Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Leo Baeck Institut New York", in: IWK, Jg. 11 (1975), H. 2, S. 231 - 243.

I.

Die Autorin bittet, die nachstehenden Ergänzungen und neuen Archivbestände hinzuzufügen und folgenden Druckfehler zu berichtigen:

S. 242, Sp. 2:
Gesellschaftsspiegel 1845 - 1846
(statt 1945 - 1946)

Ergänzungen

zu Nr. 35 (S. 238):
Landauer, Gustav
Photokopien . . . sind aus der Rehse Collection, in: Library of Congress, Manuscript Div., Washington, D.C.

zu Nr. 40 (S. 239):
Luxemburg, Rosa
Photokopien . . . sind aus der Rehse Collection, in: Library of Congress, Manuscript Div., Washington, D.C.

Neue Archivbestände

49. Grimme, Adolf (1889 - 1963)
38 Stücke, darunter 20 Briefe von Edmund Husserl 1917 - 1934, 7 Briefe von Else Lasker-Schüler 1930 - 1931, 7 Briefe von Max Liebermann 1931 - 1933, 3 Briefe von Max Scheler 1916 - 1921, 1 Brief von Sigmund Freud, Wien 15.5.1931
AR-A. 1090/3723

50. Gross, Babette L. (1898 -)
92 Briefe und Postkarten von Babette Gross und Margarete Buber-Neumann an Kurt Kersten 1940 - 1961; viel Material über die Zeit seit 1919, besonders über die Emigration.
AR-C. 1617/4061
(Kurt Kersten Nachlaß)

51. Grosz, George (1893 - 1959)
1 Brief an Kurt Kersten 1948.
AR - C. 1617/4061
(Kurt Kersten Nachlaß)

52. Stoessinger, Felix (1889 - 1954)
Biographische Angaben, 4 Briefe an Kurt Kersten 1950 - 1952.
AR-C. 1617/4061
(Kurt Kersten Nachlaß)

Ergänzungen zum Literatur- und Findmittelverzeichnis

Library and Archives News, Leo Baeck Institute, New York, No. 1 (Febr. 1975), No. 2 (June 1975).

Mason, Philip P. (ed.) *Directory of Jewish Archival Institutions,* Detroit 1975 [Wayne State University Press], enthält: Leo Baeck Institute, pp. 29-38; Bund Archives of the Jewish Labor Movement, pp. 39-47; YIVO Institute for Jewish Research, pp. 60-69.

Die Redaktion

II.

Die wertvollen, von der IWK gebotenen Übersichten, dank deren man mühelos eine Vorstellung von dem über ungezählte Institutionen zerstreuten Quellenmaterial der Arbeiterbewegungs-Geschichte erhält, sind um eine Darstellung der einschlägigen Schätze des New Yorker Leo Baeck Instituts bereichert worden. Wie sie binnen zweier Jahrzehnte zusammengetragen wurden, hat kürzlich sein ehemaliger Leiter, Dr. Max Kreutzberger, skizziert ("The fruit of twenty years", in: *LBI* News", Jg. 16 (1975), S. 2-3; vgl. auch das Faksimile einer Notiz von Leo Trotzki für Victor Adler vom 2.6.1912, a.a.O., S. 7). Dr. Sybil Milton hat als Wissenschaftliche Mitarbeiterin des LBI dankenswerterweise nicht allein die schwierige Aufgabe übernommen, aus einer bloß indirekt mit der Arbeiterbewegung verbundenen Bücher-, Zeitschriften- und Dokumentensammlung das vorzuführen, was vom Blickpunkt eines IWK-Lesers bedeutungsvoll erscheint. Sie macht außerdem auch auf einige andere New Yorker Zentren zum gleichen Themenkreis aufmerksam. Wenn hier zu ihrem Unternehmen ein paar Bemerkungen vor-

gebracht werden, so zunächst, um auf zwei offensichtliche Druckfehler hinzuweisen. Bei der kompletten Ausgabe des seltenen, von Moses Hess redigierten „Gesellschaftsspiegel" muß es sich um das 1845-46 in Elberfeld erschienene Original, und nicht um einen 1945 - 46 dort hergestellten Nachdruck handeln (vgl. S. 242). Die historiographische Meditation Eduard Rosenbaums (S. 233) gilt mit Sicherheit Ferdinand, statt Friedrich, Lassalle. An Hessiana besitzt das LBI ferner (aus den Vorarbeiten zu meiner leider noch immer unpublizierten Monographie für die „Kölner Biographien") Fotos von drei Dokumenten zur Eheschließung von David Hess und Jeanette Floersheim am 23.8.1809 und einer Anfrage des Oberpräsidenten der Rheinprovinz wegen der Staatsbürgerschaft des „Dr." Hess vom 3.3.1845. Zur Bruno Bauer- und damit zur Karl Marx-Forschung vermissen wir, neben diesen Urkunden, die ausgezeichnete Studie von Nathan Rotenstreich, „The Bruno Bauer Controversy", in: *„Year Book"*, IV, „Publications of the Leo Baeck Institute of Jews from Germany" (1959). Bei Marx selbst bleiben die dem Institut zugeleiteten Fotokopien der von mir aufgestöberten Petition für die Gleichstellung der Juden von 1843 ungenannt, die Marx zu entwerfen bereit war, und die von seinen Kollegen an der „Rheinischen Zeitung" unterzeichnet wurde.

Recht sibyllinisch muten diese Angaben zu Position 28 an: „(Hirsch, H. Collection) teilweise nicht katalogisiert, teilweise nicht zugänglich". Zu jeder der bislang 120 von mir dem LBI vermachten Korrespondenzen habe ich eine, oft mit Inhaltsandeutung versehene Regeste geliefert, deren gelegentliche, altersbedingte (?) Irrtümer die Sekretärin des heutigen Institutsleiters, Frau Dora Ziegellaub, mit bewunderungswürdiger Sorgfalt ausmerzt. Gesperrt ist meines Wissens z.Zt. (aus Taktgründen) nur ein einziger Brief. Unerfindlich ist, warum aus der Masse der Schriftwechsel lediglich „Boris Nicolaevsky, N.Y. 1942 - 1964" (das Dossier geht bis 1966) sowie „Paul und Rosi Frölich (geb. Rosi Wolfstein 1941 - 1956" (das Dossier reicht inzwischen schon fast 20 Jahre weiter) herausgegriffen und letzteres mit der viel zu engen Beschreibung versehen wurde: „teilweise betr. Hirschs 'Rosa Luxemburg'-Buch". So lohnend jede Mitteilung des alten Menschewiken war, stets verhielt er sich konspirativ, d.h. einsilbig. Wieviel gehaltreicher ist da beispielsweise der Briefwechsel mit Karl und Hedda Korsch, um von einem der längsten und detailliertesten, demjenigen mit dem Pariser Marxologen Prof. Maximilien Rubel und seinem wechselnden Team, ganz zu schweigen! Man erhielte – außer dieser und jener leicht schwankenden Gestalt – eine stattliche Liste namhafter Gelehrter in Ost, Nahost und vor allem im Westen mitsamt den ihnen nahestehenden Instituten, Publikationsorganen und Verlagshäusern, stellten wir (was selbstredend nicht unsere Sache ist) eine Liste der in Betracht kommenden Korrespondenzen zusammen. Nennen wir nur, weil sie fraglos Beachtung verdienen, den F.A. Lange- und W. Liebknechtspezialisten Georg Eckert; Henry Jacoby (Sebastian Franck) – zu seinem Lebenswerk bekam das LBI auch meinen WDR-Vortrag vom 9.10.1974 „Sozialismus: Ideal von gestern oder heute?" –; Karl Kautsky, M.D., den Sohn und Herausgeber der Korrespondenz Karl Kautskys mit August Bebel; meinen Chicagoer Emigrationsfreund, Prof. Siegfried Marck, und die über 150 Stück umfassende Material- und Briefsammlung zum Besuch Erich Ollenhauers in Chicago am 22.2.1957. Erführe etwa jemand aus der Lektüre eines Schreibens, daß eine Bebel-Dokumentation aus finanziellen Rücksichten um 400 000 Anschläge gekürzt werden mußte, dann könnte er besser beurteilen, ob ein Rezensent behaupten durfte, ihr Verfasser betreibe lediglich „die verdeckte und 'flexiblere' Form der Verfälschung". Darin unterscheide er sich von „den plumpen Verfälschungen", mit denen „Willy Brandt im Geleitwort des Bandes versucht, Bebel zur Rechtfertigung der Politik der westdeutschen Führer der Sozialdemokratie zu mißbrauchen". Es wäre zu wünschen, daß dieser Stil der wissenschaftlichen Auseinandersetzung endgültig der Vergangenheit angehört.

Abschließend wird in dem Bericht aus Amerika mitgeteilt, die Helmut Hirsch Collection befinde sich „teilweise in: State University of New York, teilweise in: LBI New York". Das ist mißverständlich. Es handelt sich um zwei voneinander unabhängige Sammlungen. Der allseitigen Unterrichtung halber geht jeweils dem LBI ein Durchschlag der für die Emigrationsforschungsstelle in Albany bestimmten Regesten zu. Ihre Zahl erreicht bis jetzt ungefähr die Hälfte des nach New York City Geschickten, während die Gesamtmenge der Albany geschenkten Brieftexte noch erheblich kleiner ist. An Sozial- oder Geistesgeschichtlern, Politologen, Politikern usw., die von unserer Thematik her als Schreiber oder Empfänger von Briefen im Besitz der Staatsuniversität aus der anderen Kollektion hervorzuheben wären, erwähne ich: Günter Bartsch, Charles Beard, Richard Becker, Hanna Bertholet, Joseph Buttinger, Lewis A. Coser (nebst seinem bekannten Schwiegervater „Jola"), Peter Demetz, Alfred Döblin, Eduard Dolléans, Willy Eichler, Ossip K. Flechtheim, Ruth Fischer, S. Grumbach, Paul Hagen, Theodor Heuss (mit einem interessanten Kommentar zu Jean Jaurès), Kurt Hiller, Max Horkheimer, Alfred Kantorowicz, Harold Laski, Susanne Miller, Jakob Moneta, Peter und Maria Nettl, Emil und Emmie Oprecht, Ernst Reuter, Carlo Schmid, Arno Scholz, Kurt Schumacher, Arnold Toynbee und Kostia Zetkin. In Sonderfällen kommen auch dort Briefschreiber vor, die als solche in die LBI-Gruppe gehören. Dadurch (und durch mannigfaches Anderswodeponieren des Archivmülls einer jahrzehntelangen Forschertätigkeit) entsteht allerdings, um einen Ausdruck von Miss Milton zu verwenden, ein „buntscheckiges Bild". Wie manches andere verrät es die Nöte der Emigrationen und Remigrationen.

Helmut Hirsch

Anmerkungen zu den „Anmerkungen zur Kontroverse zwischen Gunnar Stollberg und Helga Grebing" von Eike Hennig

Obwohl ich mich in meiner Kritik an Gunnar Stollbergs Versuch einer materialistischen Faschismus-Analyse durch Eike Hennig (vgl. IWK, Jg. 11 (1975), S. 346 - 352) eher bestärkt finde, möchte ich doch noch auf einige Momente in seinen Ausführungen eingehen. Es sind die Momente, die den Eindruck vermitteln könnten, ich sei „blind" bzw. könne Stollbergs positiven Neuanfang in der marxistischen Faschismus-Diskussion nicht sehen und würde damit hinter den Anspruch, den ich selbst in den „Aktuellen Faschismus-Theorien" formuliert habe, zurückfallen – zum Nachteil von Stollberg.

Ich denke, ich hatte eine gute Brille auf der Nase, als ich Stollbergs Text las: Gerade die Tatsache, daß Stollberg einen methodischen Ansatz in Anspruch nimmt, der sich von dem Kühnls u.a. in der von Hennig angedeuteten Weise unterscheidet, motivierte mich zu meiner Kritik und erklärt ihre Schärfe. *So* ist der Anspruch, den Stollberg stellt, eben nicht zu realisieren, *so* bringt er weder erkenntnistheoretisch noch heuristisch-instrumentell etwas anderes als auch wieder nur dogmatisierte und dogmatisierende Ableiterei; statt pluralistisch-beliebigen Methodeneklektizismus nun weltanschauungsnaher Methodenmonismus. Im übrigen habe ich nicht behauptet, daß bei Stollberg eine „falsche" Handhabung einer allgemeinen Kapitalismustheorie Marxscher Oberservanz vorliege. „Richtig"- oder „Falsch"-Kennzeichnungen sind bereits Momente eines latenten Gegendogmatismus, dem ich nicht verfallen sein möchte. Mir ging es um den Versuch einer Adäquanzfeststellung zwischen a) einem methodischen Anspruch und seiner Realisierung und b) den Ergebnissen der Realisierung dieses Anspruchs und tendenzieller Realitätsdeckung.

Eike Hennig stellt deshalb auch durchaus zu Recht fest, daß ich meine Position inhaltlich nicht klar genug machen konnte und mich auf Andeutungen beschränke. Aber daß man beim kritischen Abarbeiten an vorgegebenen Theorie-Entwürfen bestenfalls Andeutungen über, Vorschläge für Neuorientierungen machen kann, das müßte Eike Hennig als Autor der „Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933 – 1939" ja eigentlich gut wissen.

Mit jedenfalls ist klar – und einen anderen Anspruch stelle ich nicht –, daß ein solches kritisches Verfahren allenfalls dazu taugt, Weiter-Denk-Anstöße zu geben.
In Kinderaugen-großes Erstaunen haben mich allerdings die Schlußerwägungen von Eike Hennig versetzt: . . . ob ich mich vielleicht nicht doch schon von dem unvollkommenen Marx gelöst haben könnte . . .? Wer sich lösen will, muß angebunden sein! Meine Orientierung an Marxschen Kategorien habe ich nie als ein Anbinden verstanden, dessen Negation dann eine „Lösung" wäre; auch habe ich mich nie beteiligt an Unternehmungen, einen heilen, geheilten (statt des unvollkommenen) Marx herzustellen, um auf diese Weise seiner sich für immer zu vergewissern und zu bemächtigen zur Interpretation und Veränderung der Welt.

Vielmehr ist mein Bemühen um Aneignung und Anwendung von Marx immer ein kritisch-dynamischer Prozeß der Überprüfung des „Gebrauchswertes" von Marx gewesen und wird es bleiben, bestimmt von der täglich neuen Suche nach Interpretations- und Orientierungsmustern für je immer historisch-konkrete Realität. Kann sein, daß das für sich selbst als richtige Marxisten Verstehende nicht legitim ist, kann sein, daß das für sie „Revisionismus" ist. Nun ja, dann bin ich eben ein Revisionist und dies gar nicht einmal ungern (ein leidenschaftlicher Reformist war ich schon immer, wie Eike Hennig aus gemeinsamer Frankfurter Zeit noch wissen wird). Und die Welt wäre dann ja auch für die richtigen Marxisten wieder in Ordnung.

Helga Grebing

Autoren dieses Heftes:

Dr. David E. Barclay, Assistant Professor am Department of History des Kalamazoo College, Kalamazoo, Michigan 49007, USA.

Doc. dr. hab. Franciszek Hawranek, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instytut Śląski in Opole, ul. Luboszycka 3,45 – 036 Opole, VR Polen.

Dr. Arnita Ament Jones, Assistant Professor am Department of History der Indiana University Southeast, 4201 Grant Line Road, New Albany, Indiana 47150.

Dr. Helene Maimann, Wissenschaftlicher Sekretär des Projektteams Geschichte der Arbeiterbewegung in Wien, A 1080 Wien, Albertgasse 23.

Dr. Robert Sigel, Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft, 8 München 5, Erhardstr. 9.

ISSN 0046-8428
INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE KORRESPONDENZ ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG (Zitierweise: IWK)
Redaktion: Ursel Fadle, Gunter Krüschet (verantw.), Peter Lösche, Walter Momper, Dirk H. Müller, unter ständiger Mitarbeit von Gerhard Beier.
Anschrift von Redaktion und Vertrieb: 1 Berlin 45, Tietzenweg 79, Tel.: 030/833 30 61.

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung. Für alle Beiträge behält sich die Historische Kommission alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen sowie der fotomechanischen Wiedergabe.
Gerichtsstand: West-Berlin.

Die IWK ist kein Gegenstand des Buchhandels. Sie wird von der Historischen Kommission zu Berlin ausgegeben und erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember).
Preis: Einzelheft DM 10,50 (Studenten und andere Auszubildende DM 7,–), Jahresabonnement DM 42,– (Studenten und andere Auszubildende DM 28,–). zuzüglich Porto und Verpackung. Zahlung nach Erhalt unserer Rechnung auf das Postscheckkonto Historische Kommission – Sonderkonto L, Nr. 215515 - 105, beim Postscheckamt Berlin-West. Das Abonnement kann mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Geschäftsjahres (IWK-Jahrgang) gekündigt werden. Andernfalls verlängert sich das Abonnement automatisch um ein weiteres Geschäftsjahr (IWK-Jahrgang). Von den älteren Heften sind noch lieferbar die Nummern 5, 7, 8, 13 - 19/20 und Jg. 10 (1974) ff. Weitere Nachdrucke vergriffener Hefte sind geplant. Ein Gesamtinhaltsverzeichnis für die Hefte 1 - 10 geben wir kostenlos ab.

Gedruckt mit Unterstützung des Senators für Wissenschaft und Kunst, Berlin.
Satz: Composersatz Marschall, Berlin 46, Arnstädter Str. 1.
Druck: Kleinoffset Dressler, Berlin 36, Oranienstr. 10/11.

IWK Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

IM AUFTRAGE DER HISTORISCHEN KOMMISSION ZU BERLIN
HERAUSGEGEBEN VON HENRYK SKRZYPCZAK

INHALTSVERZEICHNIS UND REGISTER

BERLIN

11. JAHRGANG 1975

ISSN 0046-8428
INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE KORRESPONDENZ ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG (Zitierweise: IWK)

Redaktion: Ursel Fadle, Gunter Krüschet (verantw.), Peter Lösche, Walter Momper, Dirk H. Müller, unter ständiger Mitarbeit von Gerhard Beier.
Anschrift von Redaktion und Vertrieb: 1 Berlin 45, Tietzenweg 79, Tel.: 030/833 30 61.

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung. Für alle Beiträge behält sich die Historische Kommission alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen sowie der fotomechanischen Wiedergabe.
Gerichtsstand: West-Berlin.

Die IWK ist kein Gegenstand des Buchhandels. Sie wird von der Historischen Kommission zu Berlin ausgegeben und erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember).
Preis: Einzelheft DM 10,50 (Studenten und andere Auszubildende DM 7,–), Jahresabonnement DM 42,– (Studenten und andere Auszubildende DM 28,–). zuzüglich Porto und Verpackung. Zahlung nach Erhalt unserer Rechnung auf das Postscheckkonto Historische Kommission – Sonderkonto L, Nr. 215515 - 105, beim Postscheckamt Berlin-West. Das Abonnement kann mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Geschäftsjahres (IWK-Jahrgang) gekündigt werden. Andernfalls verlängert sich das Abonnement automatisch um ein weiteres Geschäftsjahr (IWK-Jahrgang). Von den älteren Heften sind noch lieferbar die Nummern 5, 7, 8, 13 - 19/20 und Jg. 10 (1974) ff. Weitere Nachdrucke vergriffener Hefte sind geplant. Ein Gesamtinhaltsverzeichnis für die Hefte 1 - 10 geben wir kostenlos ab.

Gedruckt mit Unterstützung des Senators für Wissenschaft und Kunst, Berlin.
Satz: Composersatz Marschall, Berlin 46, Arnstädter Str. 1.
Druck: Kleinoffset Dressler, Berlin 36, Oranienstr. 10/11.

INHALTSVERZEICHNIS UND REGISTER
JAHRGANG 11 (1975)

AUFSÄTZE UND MISZELLEN

Hennig, Eike: Zur Bestimmung des Gebrauchswerts „klassischer" Diskussionsbeiträge im Kontext der gegenwärtigen Faschismusdiskussion. Anmerkungen zur Kontroverse zwischen Helga Grebing und Gunnar Stollberg 3 347

Jones, Arnita Ament: Paul Levi and the Comintern: A Postscript 4 437

Mittmann, Ursula: Das Postulat der innerparteilichen Demokratie. Der Dampfersubventionsstreit 1884/85 . . . . . 1 1

Müller, Hans-Harald: Vom „Proletarier" zur „Roten Fahne". Untersuchungen zur politischen Biographie und zum autobiographischen Roman „Vaterlandslose Gesellen" von Adam Scharrer 1 30

Offenberg, Mario: Sozialismus oder Zionismus? Die Palästina-Diskussion in den Beziehungen zwischen der Komintern und der Poalei-Zion-Organisation 1919–1922 . . . . . 3 297

Saage, Richard: Antisozialismus, Mittelstand und NSDAP in der Weimarer Republik 2 146

Schmidt, Rudi: Die Geschichtsmythologen der 'anderen' Arbeiterbewegung 2 178

Sigel, Robert: Die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe: Ihr Einfluß auf die Ideologie der deutschen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg 4 421

Skrzypczak, Henryk: Fälscher machen Zeitgeschichte. Ein quellenkritischer Beitrag zur Gewerkschaftspolitik in der Ära Papen und Schleicher 4 452

DOKUMENTATION

Evans, Richard J.: Ein Brief Hugo Haases an Clara Zetkin aus dem Jahre 1915 . . . . . 1 139

FORSCHUNGSSTANDANALYSEN UND LITERATURBERICHTE

Hellige, Hans-Dieter: Die Sozialisierungsfrage in der deutschen Revolution von 1918/19. Zu einigen neueren Darstellungen 1 91

Miyake, Tatsuru: Ergebnisse und Tendenzen der neueren japanischen Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1 69

Projekt Arbeiterbewegung in Hannover: Zur Sozialgeschichte der Arbeiterbewegung in Hannover. Fragestellungen und erste Ergebnisse 3 337

ARCHIVBERICHTE, QUELLENÜBERSICHTEN

Staatliche Archive

Fuchs, Achim: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Staatsarchiv Amberg 3 353
Hoffmann, Hermann: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Staatsarchiv Würzburg 2 228
Jarck, Horst Rüdiger: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Staatsarchiv Bückeburg 1 60

Spezialarchive

Milton, Sybil: Die Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Leo Baeck Institut, New York 2 231
Momper, Walter: Die Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung 4 482

Nachlaß

Brantz, Rennie W.: The Erkelenz Papers: Anton Erkelenz and the Hirsch-Duncker Unions 3 365

FORSCHUNGSEINRICHTUNGEN

Barclay, David E.: Die Bibliothek Rudolf Wissells in der Historischen Kommission zu Berlin 4 496
Hawranek, Franciszek: Die Geschichte der Arbeiterbewegung in den Forschungen des Schlesischen Instituts in Opole (VR Polen) 4 487
Lorenz, Einhart : Die schwedische Zeitschrift „Arkiv för studier i arbetarrörelsens historia" 2 257
Maimann, Helene: Das „Projektteam der Arbeiterbewegung" in Wien 4 499

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG UND ANGRENZENDER GEBIETE – Bearbeitet von Ursel Fadle

	Titelverzeichnis		*Nachträge*
	Heft	Seite	Seite
23 (2412 – 2498)	1	79	89
24 (2499 – 2608)	2	244	256
25 (2609 – 2739)	3	368	380
26 (2740 – 2870)	4	501	512

NEUE LITERATUR

(KA = Kurzanzeige)

Arbeidernes Leksikon, 3 Bde, 2. gekürzte Neuauflage, Oslo 1974 *(Gerhard Beier)* 3 382
Asendorf, Manfred: Aus der Aufklärung in die permanente Restauration. Geschichtswissenschaft in Deutschland, Hamburg 1974 *(Dorothea Fitterling)* 2 260
Autorenkollektiv: Gewerkschaften und Medizin, Bd. 1-3, Berlin 1974 *(Hans Halter)* 2 288

Bauer, Otto: Das Weltbild des Kapitalismus, Frankfurt/M. 1971 *(Norbert Leser)* 4 516
Bergmann, Joachim, Otto Jacobi und Walter Müller-Jentsch: Gewerkschaften in der BRD, Frankfurt/M. 1974 *(Gerhard Beier)* 1 125
Bers, Günter: Der Jülicher Arbeiter- und Soldatenrat im November 1918, Jülich 1974 *(Ulrich Kluge)* 2 285
Beyme, Klaus von (Hrsg.): Empirische Revolutionsforschung, Köln 1973 *(Gerhard Haupt und Karin Hausen)* 2 272
Biechele, Eckhard: Der Kampf um die Gemeinwirtschaftskonzeptionen des Reichswirtschaftsministeriums im Jahre 1919, Diss. FU Berlin 1973 *(David Barclay)* 1 119
Birker, Karl: Die deutschen Arbeiterbildungsvereine 1840-1870, Berlin 1973 *(Toni Offermann)* 4 533
Bludau, Kuno: Gestapo – geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933-1945, Bonn-Bad Godesberg 1974 *(Eike Hennig)* 2 286
Botz, Gerhard, Helmut Konrad und Hans Hautmann: Ferdinand Hanusch. Ein Leben für den sozialen Aufstieg, 1866-1923, Wien 1973 *(Anton Pelinka)* 2 290
Burkhardt, Richard: Ein Kampf ums Menschenrecht. Hundert Jahre Tarifpolitik, Stuttgart 1974 *(Gerhard Beier)* 1 115
Crusius, Reinhard und Manfred Wilke: Elemente einer Theorie der Gewerkschaften im Spätkapitalismus, Berlin 1971 *(Uta Stolle)* 1 123
Dandois, Bernard (Hrsg.): Entre Marx et Bakounine: César Paepe. Correspondance, Paris 1974 *(Heinz-Gerhard Haupt)* 3 390
Deist, Wilhelm (Hrsg.): Militär und Innenpolitik 1914-1918, 2 Teile, Düsseldorf 1970 *(Ulrich Kluge)* 2 264
Domann, Peter: Sozialdemokratie und Kaisertum unter Wilhelm II., Wiesbaden 1974 *(Monika Kramme)* 4 536
Dutschke, Rudi: Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen, Berlin 1974 *(Otto Martin Hoffmann)* 1 107
Dutt, Rajani Palme: Faschismus und Revolution, Frankfurt/M. 1972 *(Niels Kadritzke)* 3 404
Die Fabrikordnung der Firma F. Brandts (Nachdruck d. Ausg. 1885), Mönchengladbach 1974; Der Volksverein für das katholische Deutschland 1890-1933, Mönchengladbach 1974 *(Dirk H. Müller)* 2 262
Feidel-Mertz, Hildegard: Zur Ideologie der Arbeiterbildung, 2., erw. Neuauflage, Frankfurt/M. 1972, *(Gerhard Wuthe)* 3 406
Fetscher, Iring (Hrsg.): Marxisten gegen Antisemitismus, Hamburg 1974 *(Henryk Katz)* 2 269
Fülberth Georg und Jürger Harrer: Die deutsche Sozialdemokratie 1890-1933, Darmstadt und Neuwied 1974 *(Heinrich Potthoff)* 3 409
Geiss, Immanuel und Jürgen Wendt (Hrsg.): Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Fritz Fischer zum 65. Geburtstag, Düsseldorf 1973 *(Hermann-J. Rupieper)* 3 387
Geschichte der politischen Ökonomie. Grundrisse. Von einem Autorenkollektiv, Berlin 1973 *(Gunnar Stollberg)* 1 110
Goebel, Klaus (Hrsg.): Aufstand der Bürger. Revolution im westdeutschen Industriezentrum, Wuppertal 1974 *(Walter Grab)* 2 282
Grab, Walter (Hrsg.): Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Bd. 1-3, Tel Aviv 1972-1974 *(Jaques Grandjonc)* 3 383
Gruppe Arbeiterpolitik (Hrsg.): Volksfrontpolitik, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens, Bremen 1974 *(Niels Kadritzke)* 3 395
Hahn, Manfred: Präsozialismus: Claude-Henri de Saint-Simon, Stuttgart 1970 *(Michael Vester)* 3 397

Halfmann, Dieter: Der Anteil der Industrie und Banken an der faschistischen Innenpolitik, Köln 1974 *(Henry Ashby Turner jr.)* 4 543
Hautmann, Hans und Rudolf Kropf: Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945, Wien 1974 *(Anton Pelinka)* 2 289
Hillmann, Susanne (Hrsg.): Rosa Luxemburg, Schriften zur Theorie der Spontaneität, Reinbek 1970 *(Hasko Hüning)* 3 391
Interpretationen zum „Kapital" Bd. 1-4 Berlin 1973/74 *(Gunnar Stollberg)* 4 519
Kammler, Jörg: Politische Theorie von Georg Lukács, Darmstadt und Neuwied 1974 *(Gottfried Mergner)* 2 274
Klotzbach, Kurt (Hrsg.): Drei Schriften aus dem Exil, Bonn-Bad Godesberg 1974 *(Gunnar Stollberg)* 2 267
Kluge, Ulrich: Soldatenräte und Revolution, Göttingen 1975 *(Henning Köhler)* 4 537
Kollmann, Eric C.: Theodor Körner. Militär und Politik, München 1973 *(Josef Weidenholzer)* 1 113
Koszyk, Kurt: Deutsche Presse 1914-1945, Berlin 1972 *(Harry Pross)* 3 410
Krause, Hartfrid: Revolution und Konterrevolution 1918/19 am Beispiel Hanau, Kronberg/Ts. 1974 *(Ulrich Kluge)* 2 283
Kreppel, Klaus: Entscheidung für den Sozialismus. Die politische Biographie Pastor Wilhelm Hohoffs 1848-1923, Bonn-Bad Godesberg 1974 *(Gunnar Stollberg)* 4 532
Kühn, Dieter (Hrsg.): Johann Most, München 1974 *(Volker Gransow)* 4 531
Landauer, Gustav: Revolution, Berlin 1974 *(Ruth Link-Salinger-Hyman)* . . . 4 516
Langewiesche, Dieter: Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung, Düsseldorf 1974 *(Dorothea Fitterling)* 2 279
Linse, Ulrich (Hrsg.): Gustav Landauer und die Revolutionszeit 1918/19, Berlin 1974 *(Augustin Souchy)* 3 417
Lüdecke, Willi: Der Film in Agitation und Propaganda der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung (1919-1933), Berlin 1973 *(Reinhold F. Bertlein)* 1 122
Mandelbaum, Kurt: Sozialdemokratie und Leninismus, Berlin 1974; Bernd Rabehl, Marx und Lenin, Berlin 1973 *(Paul Mattick)* 4 527
Marx, Karl und Friedrich Engels: Die russische Kommune. Hrsg. von Maximilien Rubel, München 1972 *(Thomas Kohl)* 1 105
Marx, Karl: Verker i utvalg. Redigert av Jon Elster og Einhart Lorenz (Karl Marx. Werke in Auswahl), 7 Bde., Oslo 1970/71 *(Lutz Mez)* 1 102
Marx, Karl und Friedrich Engels: Staatstheorie. Materialien zur Rekonstruktion der Marxschen Staatstheorie, Frankfurt/M., Berlin und Wien 1974 *(Otto Martin Hoffmann)* 4 523
Meyer, Ahlrich (Hrsg.): Wilhelm Weitling, Garantien der Harmonie und Freiheit, Stuttgart 1974 *(Alexander Brandenburg)* 3 389
Mommsen, Hans (Hrsg.): Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei. Verhandlungen der Sektion „Geschichte der Arbeiterbewegung" des Deutschen Historikertages in Regensburg, Frankfurt/M. 1974 *(Helga Grebing)* 3 407
Neuland, Franz: Proletarier und Bürger. Arbeiterbewegung und radikale Demokratie 1848 in Frankfurt am Main, Frankfurt/M. 1973 *(Walter Grab)* 2 280
Neumüller, Michael: Liberalismus und Revolution, Düsseldorf 1974 *(Dorothea Fitterling)* 1 101
Pantić, Vladan: Radnička veća u Nemackoj 1917-1920 (Die Arbeiterräte in Deutschland 1917-1920), Belgrad 1972 *(Othmar Nikola Haberl)* 4 541
Perels, Joachim: Kapitalismus und politische Demokratie Frankfurt/M. 1973 *(Gunnar Stollberg)* 2 273

Potthoff, Heinrich: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945 Bonn-Bad Godesberg 1974 *(Georg Fülberth und Jürgen Harrer)* 2 276
Rabehl, Bernd: Geschichte und Klassenkampf, Berlin 1973 *(Jürgen Kocka)* 4 521
Reulecke, Jürgen (Hrsg.): Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Wuppertal 1974 *(Anneke Sager)* 2 278
Ernst Reuter. Schriften, Reden. Hrsg. von Hans E. Hirschfeldt† und Hans J. Reichardt, Bd. 1 und 2, Berlin 1972/73 *(Hermann Weber)* . . 1 106
Ritter, Gerhard A. und Susanne Miller (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918-1919, Dokumente, 2., erh. erw. und überarb. Ausgabe, Hamburg 1975 *(Ulrich Kluge)* 3 414
Roth, Karl Heinz: Die 'andere' Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart, München 1974 *(Monika Kramme)* 1 114
Saul, Klaus: Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Außenpolitik des Wilhelminischen Deutschland 1903-1914, Düsseldorf 1974 *(Dirk H. Müller)* 3 412
Scherer, Herbert: Bürgerlich-oppositionelle Literaten und sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach 1890, Stuttgart 1974 *(Monika Kramme)* 1 118
Schneider, Michael: Auf dem Weg in die Krise. Thesen und Materialien zum Ruhreisenstreit 1928/29, Wentorf b. Hamburg 1974 *(Eike Hennig)* 4 518
Schraepler, Ernst: Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830-1853, Berlin und New York 1972 *(Jaques Grandjonc)* 3 413
Schulz, Til (Hrsg.) und Willi Münzenberg: Propaganda als Waffe. Ausgewählte Schriften 1919-1940, Frankfurt/M., 1972 *(Willi A. Boelcke)* 3 395
Schwarzmaier, Hansmartin (Bearb.): Der deutsche Südwesten in der Stunde Null. Zusammenbruch und Neuanfang im Jahr 1945 in Dokumenten und Bildern, Karlsruhe 1975 *(Ulrich Kluge)* 2 287
Sofsky, Wolfgang: Revolution und Utopie, Frankfurt/M. 1971 *(Norbert Leser)* 4 530
Stehr, Uwe: Vom Kapitalismus zum Kommunismus. Bucharins Beitrag zur Entwicklung einer sozialistischen Theorie und Gesellschaft, Düsseldorf 1973 *(Volker Gransow)* 3 403
Waldenberg, Marek: Wzlot i Upadek Karola Kautskyego (Aufstieg und Fall Karl Kautskys), 2 Bde, Kraków 1972 *(Wanda Lanzer)* 3 399
Weber, Hermann: Die SED nach Ulbricht, Hannover 1974 *(Volker Gransow)* 4 545
Weber, Hermann und Gerda: Lenin-Chronik. Daten zu Leben und Werk, München 1974 *(Dirk H. Müller)* 1 112
Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.): Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, Göttingen 1974 *(Hermann-J. Rupieper)* 4 513

TAGUNGEN

Beier, Gerhard: Probleme der Gewerkschaftsforschung. Kolloquium aus Anlaß des 50. Jahrestages der Eröffnung des Instituts für Sozialforschung 1 128

Hawranek, Franciszek: Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1875-1975. Ein Bericht über die wissenschaftliche Tagung in Poznań am 22. und 23. Mai 1975 . . . . . 4 480

Krüger, Sigrid und Walter Momper: 5. Jahrestagung der International Association of Labour History Institutions (IALHI) 1 135

Momper, Walter: Die 10. Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung in Linz vom 10.–14. September 1974: Arbeiterbewegung und Faschismus; Der Februar 1934 in Österreich 2 200

Müller, Dirk H.: Die 11. Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung in Linz vom 9.–13. September 1975: Einheits- und Volksfrontpolitik im antifaschistischen Kampf der Arbeiterbewegung bis 1939. Klassenkampf und nationale Frage in der Zeit der Zweiten Internationale (bis zum Ersten Weltkrieg) 4 472

NACHRUF

Herzfeld, Hans: Ernst Fraenkel zum Gedächtnis 2 145

BERICHTIGUNGEN, ERGÄNZUNGEN UND BRIEFE AN DIE REDAKTION

Bartsch, Günter: Zu Peter Lösches Rezension von Günter Bartsch, „Anarchismus in Deutschland", in: IWK, Jg. 10 (1974), H. 3, S. 398–403 . . . . . 2 293

Evans, Richard J.: Ein Brief Hugo Haases an Clara Zetkin aus dem Jahre 1915 . . . . . 1 139

Grebing, Helga: Anmerkungen zu den „Anmerkungen zur Kontroverse zwischen Gunnar Stollberg und Helga Grebing" von Eike Hennig, in: IWK, Jg. 11 (1975), H. 3, S. 347–352 . . . . . 4 549

Hirsch, Helmut: Leserbrief zu Sybil Miltons Bericht „Die Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Leo Baeck Institut New York", in: IWK, Jg. 11 (1975), H. 2, S. 231–243 . . . . . 4 548

Klein, Jürgen: Zu Gerhard Beiers Rezension von Jürgen Klein, „Vereint sind sie alles?", in: IWK, Jg. 10 (1974), H. 2, S. 262–264 . . . . . 1 141

Kurata, Minoru: Ergänzungen zu „Rudolf Hilferding. Bibliographie seiner Schriften, Artikel und Briefe", in: IWK, Jg. 10 (1974), H. 3, S. 327–346 . . . . . 2 294

Milton, Sybil: Ergänzungen zu „Die Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Leo Baeck Institut New York", in: IWK, Jg. 11 (1975), H. 2, S. 231–243 . . . . . 4 548

Parlow, Friedrich: Berichtigung zu dem Artikel von Friedrich Georg Herrmann, „Otto Rühle als politischer Theoretiker", in: IWK, H. 17 (1972), S. 16–60 . . . . . 3 419

Tarumi, Setsuko und Hartfrid Krause: Ergänzungen zu „Bibliographie der USPD-Broschüren 1917–1922", in: IWK, Jg. 10 (1974), H. 4, S. 458–471 . . . . . 2 294

AUTORENREGISTER

Barclay, David
H. 1, S. 119;
H. 4, S. 496
Bartsch, Günter
H. 2, S. 293
Beier, Gerhard
H. 1, S. 115, 125, 128;
H. 3, S. 382
Bertlein, Reinhold, F.
H. 1, S. 122
Boelcke, Willi A.
H. 3, S. 395
Brandenburg, Alexander
H. 3, S. 389
Brantz, Rennie W.
H. 3, S. 365
Evans, Richard, J.
H. 1, S. 139
Fitterling, Dorothea
H. 1, S. 101;
H. 2, S. 260, 279
Fuchs, Achim
H. 3, S. 353
Grab, Walter
H. 2, S. 280, 282
Grandjonc, Jaques
H. 3, S. 383, 413
Gransow, Volker
H. 3, S. 403;
H. 4, S. 531, 545
Grebing, Helga
H. 3, S. 407;
H. 4, S. 549
Haberl, Othmar Nikola
H. 4, S. 541
Halter, Hans
H. 2, S. 288
Harrer, Jürgen
H. 2, S. 276
Haupt, Heinz-Gerhard
H. 2, S. 272;
H. 3, S. 390
Hausen, Karin
H. 2, S. 272
Hawranek, Franciszek
H. 4, S. 480, 487
Hellige, Hans-Dieter
H. 1, S. 91
Hennig, Eike
H. 2, S. 286;
H. 3, S. 347;
H. 4, S. 518
Herzfeld, Hans
H. 2, S. 145
Hirsch, Helmut
H. 4, S. 548
Hoffmann, Hermann
H. 2, S. 228
Hoffmann, Otto Martin
H. 1, S. 107;
H. 4, S. 523
Hüning, Hasko
H. 3, S. 391
Jarck, Horst Rüdiger
H. 1, S. 60
Jones, Arnita Ament
H. 4, S. 437
Kadritzke, Niels
H. 3, S. 395, 404
Katz, Henryk
H. 2, S. 269
Klein, Jürgen
H. 1, S. 141
Kluge, Ulrich
H. 2, S. 264, 283, 285, 287;
H. 3, S. 414
Kocka, Jürgen
H. 4, S. 521
Köhler, Henning
H. 4, S. 537
Kohl, Thomas
H. 1, S. 105
Kramme, Monika
H. 1, S. 114, 118;
H. 4, S. 536
Krause, Hartfrid
H. 2, S. 294
Krüger, Sigrid
H. 1, S. 135
Kurata, Minoru
H. 2, S. 294
Lanzer, Wanda
H. 3, S. 399
Leser, Norbert
H. 4, S. 516, 530
Link-Salinger-(Hymann), Ruth
H. 4, S. 516
Lorenz, Einhart
H. 2, S. 257
Maimann, Helene
H. 4, S. 499
Mattick, Paul
H. 4, S. 527
Mergner, Gottfried
H. 2, S. 274
Mez, Lutz
H. 1, S. 102

Milton, Sybil
H. 2, S. 231;
H. 4, S. 548
Mittmann, Ursula
H. 1, S. 1
Momper, Walter
H. 1, S. 135;
H. 2, S. 200;
H. 4, S. 482
Müller, Dirk H.
H. 1, S. 112;
H. 2, S. 262;
H. 3, S. 412;
H. 4, S. 472
Müller, Hans-Harald
H. 1, S. 30
Offenberg, Mario
H. 3, S. 297
Offermann, Toni
H. 4, S. 533
Parlow, Friedrich
H. 3, S. 419
Pelinka, Anton
H. 2, S. 289, 290
Potthoff, Heinrich
H. 3, S. 409
Projektteam Arbeiterbewegung in Hannover
H. 3, S. 337
Pross, Harry
H. 3, S. 410
Rupieper, Hermann-J.
H. 3, S. 387;
H. 4, S. 513
Saage, Richard
H. 2, S. 146
Saager, Anneke
H. 2, S. 278
Sigel, Robert
H. 4, S. 421
Skrzypczak, Henryk
H. 4, S. 452
Souchy, Augustin
H. 3, S. 417
Schmidt, Rudi
H. 2, S. 178
Stollberg, Gunnar
H. 1, S. 110;
H. 4, S. 519, 532
H. 4, S. 519
Stolle, Uta
H. 1, S. 123
Tarumi, Setsuko
H. 2, S. 294
Tatsuru, Miyake
H. 1, S. 69
Turner jr., Henry Ashby
H. 4, S. 543
Vester, Michael
H. 3, S. 397
Weber, Hermann
H. 1, S. 106
Weidenholzer, Josef
H. 1, S. 113
Wuthe, Gerhard
H. 3, S. 406

IWK Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Anschrift: Historische Kommission zu Berlin, IWK-Redaktion, 1 Berlin 45, Tietzenweg 79, Telefon 030/833 30 61

MITTEILUNG ÜBER EIN PROJEKT

N A M E (des Verfassers, Bearbeiters oder Herausgebers):

VORNAME:

ANSCHRIFT:

ORT DER WISSENSCHAFTLICHEN WIRKSAMKEIT (bei Kandidaten: Sitz der Hochschule, an der die Prüfung abgelegt werden soll):

ART DES VORHABENS (z. B.: Edition, Aufsatz, Monographie, phil. Diss., Staatsexamensarbeit):

TITEL DES VORHABENS (Arbeitstitel genügt):

ERLÄUTERUNGEN (Problemstellung, Gliederung, Akzente; Quellenbasis):

WISSENSCHAFTLICHER BETREUER (falls vorhanden):

STAND DER ARBEIT (z. B.: geplant, Anfangsstadium der Bearbeitung, voraussichtlicher Zeitpunkt des Ms.-Abschlusses):

SONSTIGES (z. B.: soll im Herbst 197 . im Verlag . . . . . erscheinen):

Bitte beachten Sie auch die Rückseite!

MITTEILUNG ÜBER DEN STAND EINES BEREITS ANGEZEIGTEN PROJEKTS

N A M E (des Verfassers, Bearbeiters oder Herausgebers):

VORNAME:

ANSCHRIFT:

ORT DER WISSENSCHAFTLICHEN WIRKSAMKEIT:

TITEL DES VORHABENS (wie angezeigt):

TITELVERZEICHNIS NR.

Zutreffendes bitte ergänzen, ankreuzen bzw. unterstreichen.

Die Arbeit wurde unter dem Titel . . . . . .

. . . . . .

☐ abgeschlossen.

☐ als Staatsexamensarbeit/Magisterarbeit/Dissertation/Habilitationsschrift im Jahre . . . . . von der Universität/Hochschule . . . . . angenommen.

☐ ist/wird voraussichtlich unter dem Titel . . . . . .

. . . . . .

im Jahre . . . . . im Verlag/in der Zeitschrift/im Rahmen des Werkes . . . . .

. . . . . .

erschienen/erscheinen.

☐ Die Bearbeitung dauert an; Abschluß voraussichtlich . . . . . .

☐ Das Thema wurde wie folgt geändert: . . . . . .

. . . . . .

☐ Die Bearbeitung wurde eingestellt.

Sonstiges: . . . . . .

. . . . . .

. . . . . .